

# ALTGRIECHISCHE GESETZE

Natur und Entwicklung eines Rechtsinstituts

von

Domingo Avilés

Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde an der Philosophischen Fakultät der Universität  
Freiburg (Schweiz). Genehmigt von der Philosophischen Fakultät auf Antrag der Professoren  
M. Piérart (1. Gutachter) und R. Etienne (2. Gutachter).

Freiburg, den 21.10.2010.

Prof. Thomas Austenfeld, Dekan

# 1. ALLGEMEINER TEIL

## 1.1 Einleitung

Dem Forscher, der sich dem Studium der altgriechischen Rechtstexte, vor allem derjenigen der archaischen Zeit widmet, begegnen sogleich mindestens zwei weitgehend voneinander getrennte Forschungsgebiete: Auf der einen Seite gibt es ausgefeilte Studien zum griechischen Völkerrecht und zu dessen vornehmstem Instrument, dem Staatsvertrag; auf der anderen sieht er sich mit einem sehr umfassenden Betätigungsfeld altertumswissenschaftlicher Gelehrsamkeit konfrontiert, namentlich dem Studium des innerstaatlichen Rechts, welches in den letzten Jahrzehnten eine einzigartige Blüte erlebt hat. Das Privatrecht ist Gegenstand einer intensiven Debatte unter Rechtshistorikern, in der es vornehmlich um die Anwendbarkeit von Kategorien geht, die dem römischen und modernen Recht entnommen sind; in diesem Zusammenhang stellt sich mancher juristisch ausgebildete Gelehrte die Frage, ob für heutige Rechtswissenschaftler ihre Kenntnisse nicht eher ein Hindernis denn eine Hilfe seien, wenn es darum gehe, das griechische Recht zu verstehen, und ob Philologen hier nicht in einer besseren Ausgangslage seien: Schließlich stünden sie dem Denken der antiken Autoren näher als die Juristen, die eher den Denkmustern der römischen Rechtsgelehrten verpflichtet und verhaftet seien.<sup>1</sup>

Vor allem wird die Existenz des für das römische Recht zentralen obligatorischen Vertrages angezweifelt, was auf den deutschen Rechtsgelehrten WOLFF zurückgeht.<sup>2</sup> An dieser und anderen rechtshistorischen Diskussionen beteiligen sich auch einige Altertumswissenschaftler (hauptsächlich aus englischsprachigen Ländern).<sup>3</sup> Neben den literarischen Quellen spielen hierbei auch die inschriftlich oder indirekt überlieferten Gesetzestexte eine große Rolle, und obwohl letztere traditionell zum Forschungsgebiet der Juristen gehören, werden sie keineswegs nur von Rechtswissenschaftlern behandelt, sondern auch Althistoriker haben neuerdings speziell zu den Gesetzen eingehende Studien vorgelegt, die es sich zum Ziel machen, die Bedeutung der Gesetzgebung für die Polis überhaupt erkennbar zu machen.<sup>4</sup>

Die Gesetzesforschung war immer mehr oder weniger selbständig und unbekümmert um den erstgenannten Bereich, den der Staatsverträge und des Völkerrechts; mit der Zunahme der

---

<sup>1</sup> So MARTINI (2003), 648.

<sup>2</sup> WOLFF (1957).

<sup>3</sup> Z.B. GAGARIN, TODD und CARAWAN.

<sup>4</sup> Insbesondere ist hier HÖLKESKAMP (1999) zu erwähnen. Weiterhin zu beachten ders. (2000), (2002), (2005); GEHRKE (1994) u. (1995).

Beschäftigung und der Sekundärliteratur zu den Gesetzen hat sich diese Tendenz nur verstärkt. Nur gelegentlich wird auf einzelne Staatsverträge ein Blick geworfen, und dies geschieht überdies nur beiläufig;<sup>5</sup> dass die beiden Phänomene, namentlich die Entwicklung der Gesetzgebung und das Vorhandensein zahlreicher schriftlicher zwischenstaatlicher Verträge, irgendetwas miteinander zu tun haben könnten, wird selten oder gar nicht thematisiert.

Die Forschung zu den altgriechischen Rechtstexten hat sich um zahlreiche neue Instrumente bereichert, nicht zuletzt dank neuer Textausgaben.<sup>6</sup> Diese ergänzen oder verbessern die „klassischen“ Inschriftensammlungen wie die von DITTENBERGER,<sup>7</sup> SCHWYZER u.a. in begrüßenswerter Weise.<sup>8</sup> Die Ergebnisse der Forschung sind neuerdings in einem handlichen Sammelband zusammengefasst.<sup>9</sup> In allen diesen Werken werden altgriechische Rechtstexte in Kategorien eingeordnet, die dem modernen Rechtsleben entnommen sind. Es wird somit wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass manche Texte „Gesetze“ wiedergäben, manche anderen hingegen „Erlasse“ oder „Staatsverträge.“ Für die Termini, die sich im Altgriechischen auf Rechtstexte und –normen beziehen, stehen seit langem Standardübersetzungen zur Verfügung, wobei den Forschern schon mehrfach aufgefallen ist, dass jedes dieser Wörter mehr als nur eine Übersetzung in moderne Sprachen zulässt. Diesem Problem wurden genaue Untersuchungen zur antiken Rechtsterminologie gewidmet.<sup>10</sup>

Dennoch ist an ihnen zu bemängeln, dass ihr Ansatz sich im Wesentlichen darauf beschränkt, mögliche Übersetzungen der fraglichen altgriechischen Wörter aufzulisten und diese als deren „Bedeutungen“ auszugeben. Hiermit bleibt aber die viel wesentlichere Frage nach dem Grad der tatsächlichen *inhaltlichen* Übereinstimmung altgriechischer und moderner Rechtstermini unerörtert; eine Frage, die zwar auf der Ebene von Instituten des Privatrechts sehr wohl gestellt wird, nicht aber auf jener des Staats- und Völkerrechts und der Rechtsquellen als solcher.

---

<sup>5</sup> Etwa in HÖLKESKAMP (1999), 106. Hier kommen einige Beobachtungen bezüglich der Ähnlichkeit eines Vertragstextes mit Gesetzestexten zur Sprache, die auch im vorliegenden Buch – freilich ins Allgemeine gewendet – eine große Rolle spielen werden. Dennoch ziehen weder Hölkeskamp noch die von ihm zitierten Autoren die aus meiner Sicht auf der Hand liegenden Schlüsse.

<sup>6</sup> So sind die Gesetze aus archaischer Zeit von KÖRNER und in Nomima, die Staatsverträge aus archaischer und klassischer Zeit StV II u. III herausgegeben worden (s. Bibliographie, I.), die „heiligen Gesetze“ von SOKOŁOWSKI (LSAM, LSCG und LSCG Suppl.); und zuletzt haben RHODES/LEWIS die Erlasse der griechischen Poleis herausgegeben.

<sup>7</sup> In der Sekundärliteratur meist als „Syll.“ zitiert.

<sup>8</sup> Die notwendig gewordenen Konkordanzen sind enthalten in SEG 43 (1993), 1235; SEG 44 (1994), 1735; FELL (1997), 184-196; GAWANTKA (1977). Zu beachten auch ARNAOUTOGLOU (1998), der eine möglichst vollständige Auflistung der Quellen zur altgriechischen Gesetzgebung zu bieten versucht.

<sup>9</sup> GAGARIN (2005).

<sup>10</sup> Die neueste ist GSCHNITZER (1997); siehe aber auch WEISS (1923), 60-70 und QUASS (1971), 2-23.

Dementsprechend sind auch die meisten der dem altgriechischen Recht gewidmeten Textsammlungen, die neben den allgemeinen Inschriftenausgaben existieren, auf jeweils eine dieser Kategorien beschränkt; auch in der jungen Sammlung archaischer Rechtstexte, um die EFFENTERRE und RUZÉ die altertumswissenschaftliche Forschung bereichert haben,<sup>11</sup> werden die herausgegebenen Inschriften nach diesen Kategorien überschrieben.

Auf dieser Basis wird die Diskussion über die im alten Griechenland vorhandenen Rechtsquellen geführt. Wenn man behauptet, das (geschriebene) Gesetz sei damals die einzig gültige und anerkannte Rechtsquelle gewesen,<sup>12</sup> so versteht man es so, dass es dem entspreche, was die klassischen Athener νόμος nannten. Dieses Wort steht nach Meinung der Gelehrten der Art seiner Verwendung und anscheinend auch seiner Bedeutung nach dem heutigen Gesetzesbegriff sehr nahe, wenn er nicht gar mit ihm gleichgesetzt wird. Sobald man aber diesen literarisch und historiographisch gut beleuchteten Ausschnitt aus der griechischen Geschichte verlässt und in die archaische Zeit blickt, so stellt sich die Lage nicht mehr so durchsichtig dar: Das Wort νόμος ist als Bezeichnung für das geschriebene Gesetz nicht vor dem 5. vorchristlichen Jahrhundert bezeugt; die ersten jener Texte jedoch, die wir gerne als „Gesetze“ einordnen, sind wesentlich älter und benennen sich selbst (wenn man in ihnen überhaupt einen Selbstverweis findet) mit Wörtern, die „Beschluss“ oder „Geschriebenes“ bedeuten oder deren Grundbedeutung unklar ist. Die terminologische Fixierung auf νόμος scheint also relativ spät erfolgt zu sein, und die einzig ausreichende Beleglage für eine einigermaßen ausgefeilte Terminologie stammt ausgerechnet aus dem klassischen Athen, einem Stadtstaat, der wegen seiner Größe und der daraus resultierenden Komplexität der politisch-rechtlichen Strukturen einen Sonderstatus einnimmt.

Doch wo die Komplexität groß genug ist, folgt naturgemäß auch eine entsprechende institutionelle und juristische Differenzierung.<sup>13</sup> Es ist daher nicht verwunderlich, dass wir in Athen das Entstehen eines einigermaßen ausdifferenzierten Rechtssystems quasi direkt beobachten können; daraus ist aber der Umkehrschluss zu ziehen, dass kleinere Stadtstaaten, zumal in archaischer Zeit, kein differenziertes Staatsrecht besaßen. Es ist also legitim zu fragen, ob der Befund aus der Archaik nur auf eine mangelhaft ausgebildete Terminologie zurückgeht oder ob im Fehlen der uns als selbstverständlich erscheinenden Differenzierung zwischen „Gesetz“, „Beschluss“, „Staatsvertrag“

---

<sup>11</sup> Nomima (s. o. Anm. 6). Rezension bei PETZL (1997).

<sup>12</sup> So etwa WOLFF (1970), 68-72.

<sup>13</sup> Ein Beispiel dafür ist die Bedeutungsentwicklung von νόμος und ψήφισμα, die im Athen des 4. Jh. zwei verschiedene Rechtsinstitute bezeichnen, obwohl sie ursprünglich keine unterschiedlichen staatsrechtlichen Bedeutungen hatte. S. QUASS (1971).

u.ä. nicht vielmehr ein Hinweis darauf zu erblicken ist, dass diese Differenzierung damals auch in der Sache fehlte. Schließlich sind die genannten Begriffe ganz und gar modern, und die Schwierigkeit, die scheinbare schillernde Vielfalt archaischer Begriffe zu erfassen, könnte sehr wohl darin begründet liegen, dass wir dem altgriechischen Recht nicht nur in (privatrechts-) dogmatischer Hinsicht, sondern auch bezüglich der Rechtsinstitute, durch die die Griechen Recht setzten, Kategorien aufstülpen, die der altgriechischen Kultur und dem damaligen Rechtsdenken überhaupt fremd waren.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, dem gerade beschriebenen Problem auf den Grund zu gehen und mögliche Alternativlösungen vorzuschlagen, die ihm und den aus ihm entstehenden Schwierigkeiten, die unten genauer nachzuweisen sind, nach Meinung des Verfassers besser gerecht werden als die Kategorisierung der bisherigen Forschung.

## 1.2 Methodische Vorbemerkung

Mitnichten soll hier die Ansicht vertreten werden, die Anwendung moderner Begriffe und Kategorien sei an sich falsch. Im Gegenteil: Wir können nicht anders als zu versuchen, die Vergangenheit mit unseren eigenen Kategorien zu erfassen.<sup>14</sup> Und es ist auch nicht so, dass wir diesem Zwang entgehen würden, wenn wir auf die Anwendung moderner oder besonders modern anmutender Begriffe verzichteten.<sup>15</sup> Es ist vielmehr notwendig, die heutige Begrifflichkeit bewusst anzuwenden, d.h. indem wir die von uns benutzten Wörter genau definieren und uns somit ihren tatsächlichen Gehalt ins Bewusstsein rufen. Dadurch werden wir in die Lage versetzt, die Übereinstimmung der von uns gebrauchten Termini mit denjenigen, die in den alten Sprachen in der von uns angenommenen Bedeutung gebräuchlich waren, und mit den durch sie bezeichneten Gegenständen zu überprüfen und somit jederzeit über die Berechtigung ihrer Verwendung Rechenschaft abzulegen.

Bei der Erforschung speziell des griechischen Rechts wird die Problematik der Verwendung moderner Termini besonders akut. Denn hier stehen sich nicht lediglich moderne und antike Sprachen mit der jeweils eigenen Begrifflichkeit und den ihnen zugrunde liegenden, durch das Gefälle zwischen Antike und Moderne getrennten Weltdeutungen und Wertsetzungen gegenüber, sondern es tritt die besondere Schwierigkeit der juristischen Fachsprache für Rechtslaien zutage. Die meisten Altertumsforscher sind aber Rechtslaien, und auch unter denjenigen, die sich speziell mit dem griechischen Recht beschäftigen, dürfte die Anzahl der Nichtjuristen sich mit der der Rechtsgelehrten (meist Lehrstuhlinhaber für Römisches Recht) im Großen und Ganzen die Waage halten.

Ob diese aus verschiedenen Fachrichtungen stammenden Gelehrten alle unter den Rechtsbegriffen, die sie verwenden, dasselbe verstehen, ist zumindest fraglich; empirische Beobachtung tendiert eher dazu, das Gegenteil zu erweisen.<sup>16</sup> Wem aber diese Lage noch nicht kompliziert und verzwickelt genug sein sollte, der wird spätestens dann seine helle Freude haben, wenn er – was für einen am altgriechischen Recht Interessierten unvermeidlich ist – Sekundärliteratur in mehreren Sprachen

---

<sup>14</sup> Es sei denn, die Zeitgenossen selbst haben das passende Begriffsinstrumentarium entwickelt. Was das Recht angeht, ist dies in Rom durchaus der Fall; in Griechenland hingegen fehlt eine echte Rechtswissenschaft.

<sup>15</sup> Eigentlich ist es ganz und gar unmöglich, auf moderne Begriffe zu verzichten, es sei denn, wir schreiben unsere wissenschaftlichen Arbeiten auf Altgriechisch. Selbst dann wäre es aber immer noch mehr als fraglich, ob wir damit tatsächlich zu einem besseren Verständnis der griechischen Antike gelangen würden.

<sup>16</sup> Über seltsamen Gebrauch juristischer Termini durch Philologen s. MARTINI (2003), 646-648.

lesen muss, von denen die einen in Ländern gesprochen werden, die der kontinentaleuropäischen, die anderen hingegen in solchen, die der angelsächsischen Rechtstradition angehören.<sup>17</sup>

Angesichts dieser Lage könnte man versucht sein, sich im Anschluss an MACDOWELL vorzunehmen, keinerlei Vorannahmen in die Erforschung des griechischen Rechts mit hineinzubringen und sich möglichst unberührt von juristischer Theoriebildung an die Arbeit zu machen.<sup>18</sup> Dennoch ist es nach TODDs Kritik nicht mehr möglich, dieses Verfahren ohne weiteres für angemessen zu halten, hat doch dieser Gelehrte an einem Beispiel nachgewiesen, dass MacDowell selbst keineswegs vorurteilsfrei das attische Recht untersucht hat, sondern sich seiner Vorurteile nur nicht bewusst geworden ist.<sup>19</sup> Das Reflektieren auf die eigene Terminologie, welches, soll es nun in seriöser Weise geschehen, an der rechtswissenschaftlichen Begriffsbestimmung nicht vorbeigehen kann, ist aber eine unabdingbare Voraussetzung für besagtes Bewusstwerden; ohne dieses wiederum ist es dem Altertumsforscher, der sich (auf welcher Ebene auch immer) des griechischen Rechts annimmt, unmöglich, die erstmal unvermeidlich vorhandenen Vorurteile zu überwinden.

Reflexion über die juristischen Begriffe, die wir benutzen werden, muss daher der Analyse des antiken Quellenmaterials vorausgehen. Rechtsbegriffe oder Begriffe, die sowohl in der juristischen Fachsprache als auch in der Alltagssprache vorkommen, benutzt jeder geradezu täglich, gleichgültig, ob er juristisch vorgebildet ist oder nicht; Beispiele hierfür sind die Wörter „Mord“, „Vertrag“, „Gesetz“, aber auch „Haftung“, „Vorsatz“, „grundsätzlich“ usw. usf. Der Gelehrte, der antikes Recht zu erfassen und zu beschreiben sucht, kann auf solche Wörter nicht verzichten; dabei sind gerade sie eine Quelle von Mehrdeutigkeit und Unschärfe, so dass bei ihnen besondere Vorsicht geboten ist. Aufgrund ihrer tatsächlichen Vieldeutigkeit, die sich aus dem Umstand ergibt, dass sie – die Verschiedenheit der unterschiedlichen Sprachen und Rechtstraditionen wollen wir erstmal ausklammern – von verschiedenen Gruppen anders verwendet und mit unterschiedlichen Bedeutungen und Konnotationen versehen werden, ist es nötig, diese Vokabeln möglichst genau zu definieren.

---

<sup>17</sup> Zu dieser Problematik s. insbes. TODD u. MILLETT (1990), wo die beiden Autoren einen vorzüglichen Umriss der Entwicklungsgeschichte der zwei großen europäischen Rechtsordnungstypen (2-7) mit besonderem Augenmerk auf die Unterschiede vorgelegt haben. Zusätzlich gehen sie mit ein paar Beispielen auf die Frage ein, wie sich diese Unterschiede in der Rechtsmentalität auf die Forschung zum altgriechischen Recht auswirken (10f.).

<sup>18</sup> MACDOWELL (1978), 9.

<sup>19</sup> TODD (1993), 23: MacDowell geht wie selbstverständlich von einem Vorrang des materiellen Rechts vor dem Verfahrensrecht aus; dies ist aber für das griechische Recht höchst umstritten und wäre zu thematisieren gewesen. S. auch ebd., 17.

Dabei muss sich die jeweilige Definition an der rechtswissenschaftlichen zumindest orientieren, wenn nicht sogar mit ihr identisch sein: Andernfalls würde wieder eine verwirrende Bedeutungsvielfalt entstehen, der zu entgehen eben eines der Ziele des Definitionsbestrebens war. Ist dies geschehen, so bleibt es noch übrig, die auf diese Weise herauspräparierten Begriffe mit der antiken Realität zu vergleichen, auf ihre Tragfähigkeit für die Beschreibung antiker Rechtsinstitute zu überprüfen und sie eventuell dahingehend zu korrigieren, dass sie mit den antiken Gegebenheiten völlig übereinstimmen.

Letzteres wird ein unumgänglicher Teil des Verfahrens sein. Denn die Griechen, soviel hat die Forschung festgestellt, hatten ein ganz anderes Rechtsverständnis als wir, z.B. was ihre Vorstellungen über Natur und Entstehung von Verbindlichkeiten betrifft oder – für die vorliegende Arbeit besonders relevant – den bei ihnen auszumachenden Vertragsbegriff. Daraus ergibt sich für den Forscher die Notwendigkeit, die heutigen Begriffe aller zufällig hinzukommenden Konnotationen zu entkleiden und den Kern eines jeden Begriffs, bestehend ausschließlich aus denjenigen Merkmalen, die für ihn absolut wesentlich sind, herauszukristallisieren.<sup>20</sup>

Der Zielsetzung der vorliegenden Arbeit entsprechend sind die Begriffe „Gesetz“ und „Vertrag“ genau unter die Lupe zu nehmen. Da der „Beschluss“ (ψήφισμα) in der Forschung bereits eingehend untersucht worden ist, und zwar insbesondere in seinem Verhältnis zum Gesetz, erscheint es zweckmäßig, ihn zusammen mit dem Gesetzesbegriff abzuhandeln. Die ψήφισμα-Forschung gehört nämlich eindeutig zur Gesetzesforschung; zu den Staatsverträgen hingegen gibt es, wie bereits ausgeführt, einen eigenen Wissenschaftszweig, der mit demjenigen über Gesetze, Beschlüsse und überhaupt über innerstaatliches Recht nur selten in Berührung kommt. Hiermit ist der Überblick über die Quellen gesetzten Rechts im antiken Griechenland vollständig.

---

<sup>20</sup> Das war das Anliegen von SAVIGNY (s.u.). Das beschriebene Verfahren hilft nicht nur, über antike Rechtsbegriffe Klarheit zu gewinnen, sondern auch über das heute geltende Recht.



## 1.3 Begriffsdefinitionen

### 1.3.1 Gesetz

Unter “Gesetz” versteht die Rechtswissenschaft nach der wohl einfachsten Definition “eine durch bewusste Setzung entstandene Regel.”<sup>21</sup> Dabei gilt es zwischen Gesetz in materiellem und in formellem Sinne zu unterscheiden. Gesetz in materiellem Sinne ist jeder Rechtsnormenkatalog, der allgemeine Verbindlichkeit beansprucht. Es ist notwendig, dass der Regelungsgehalt des Normwerks nicht auf einzelne Personen, Gegenstände oder Situationen bezogen ist, sondern auf eine unbestimmte Vielzahl von Sachverhalten und Adressaten. Hierzu gehören sowohl Gesetze als auch Satzungen, Rechtsverordnungen und gewohnheitsrechtliche Rechtssätze.<sup>22</sup> Gesetz in formellem Sinne ist jeder rechtsverbindliche Text, der von einem zu dieser Aufgabe berufenen Gesetzgebungsorgan beschlossen und in einem ordentlichen, d.h. im jeweiligen Gebiet staatsrechtlich geregelten Verfahren verabschiedet wird.<sup>23</sup>

Der Grund dafür, überhaupt zwischen Gesetzen im materiellen und im formellen Sinne zu unterscheiden, liegt im heutigen Recht hauptsächlich darin, dass es in einzelnen Fällen Gesetze im formellen Sinne gibt, die im materiellen keine sind, z.B. Haushaltspläne;<sup>24</sup> mit Bezug auf das altgriechische Recht ist diese Unterscheidung vor allem deswegen von Belang, weil man sich als Forscher immer vergegenwärtigen muss, dass bei weitem nicht alle griechischen Texte, die man als Gesetze einzuordnen pflegt, den Anforderungen an Allgemeinheit genügen, die für Gesetze im materiellen Sinne gelten. Der Fall also, dass ein Rechtstext, der der Form nach ein Gesetz ist, nicht als Gesetz im materiellen Sinn gelten kann, ist im alten Griechenland viel häufiger als in heutigen Rechtsordnungen. Davon gibt vor allem der Umstand beredtes Zeugnis, dass in Athen gegen 400 v. Chr. die Einschränkungen bezüglich des Erlasses von νόμοι ἐπ’ ἀνδρί, also eines auf einen Einzelnen gemünzten „Gesetzes“ (welches aber für die Griechen wie selbstverständlich ein νόμος war!), selbst ausdrücklich zum Gesetz gemacht werden mussten, um politisch motivierte Missbrauchsfälle zu verhindern.<sup>25</sup> Dies ist auch den heutigen Erforschern der altgriechischen Gesetzgebung bekannt, welche deswegen eine Definition benutzen, die dem Gesetz in bloß formellem Sinne entspricht.<sup>26</sup>

---

<sup>21</sup> So TILCH/ARLOTH s.v. “Gesetz”, Sp. 1962.

<sup>22</sup> Ebd. Inwieweit das Gewohnheitsrecht auf “bewusster Setzung” beruht, ist mir nicht klar.

<sup>23</sup> Ebd., 1962f.

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> S. dazu WOLFF (1970), 74.

<sup>26</sup> Etwa HÖLKESKAMP (1999), 63.

Es ist weiterhin zu beachten, dass sich so feine Unterscheidungen zwischen verschiedenen Rechtstexten wie im modernen Recht, das ja zwischen Gesetzen, Rechtsverordnungen und Satzungen trennt, zumindest im archaischen Griechenland nicht feststellen lassen.<sup>27</sup> Außerdem wird der Verfasser im Folgenden die Berechtigung der Verwendung des Begriffs “Gesetz” auf archaische Verhältnisse überhaupt in Frage stellen, wodurch ohnehin kein Raum mehr für Binnendifferenzierungen innerhalb dieser Kategorie übrigbleiben wird. Es soll hier lediglich hervorgehoben werden, dass der in der Literatur zum antiken Griechenland benutzte Gesetzesbegriff dem Gesetz im formellen, nicht aber im materiellen Sinne entspricht, und dass sich auch der Sprachgebrauch der vorliegenden Arbeit danach ausrichten wird.

Festzuhalten ist, dass Gesetze auf hoheitlicher Anordnung beruhen.<sup>28</sup> Daraus folgt, dass ihre Gültigkeit nicht vom Einverständnis der Normadressaten abhängt, sondern in der staatlichen Machtvollkommenheit begründet liegt.

### 1.3.2 Vertrag

Die ausführlichste Erörterung des Vertragsbegriffes und die allgemeinste (weil rechtsgebietübergreifende) Definition dieses Rechtsinstituts, die ich gefunden habe, entstammen der Feder von F. C. V. SAVIGNY, dem berühmten preußischen Rechtsgelehrten aus dem 19. Jahrhundert. Savigny versuchte, das gesamte zeitgenössische Recht mithilfe der von den römischen Juristen entwickelten Kategorien zu beschreiben, und er entwickelte – wie eben im vorliegenden Fall – die inhaltliche Analyse dieser Kategorien auch weiter. Ein Vertrag ist ihm zufolge “die Vereinigung Mehrerer zu einer übereinstimmenden Willenserklärung, wodurch ihre Rechtsverhältnisse bestimmt werden.”<sup>29</sup> An dieser Definition sind vor allem zwei Elemente zu betonen, weil diesbezügliche Unklarheit auch in der altertumswissenschaftlichen Literatur immer wieder Verwirrung stiftet:

1) Es müssen “mehrere” Kontrahenten dasein, keineswegs aber nur zwei (ob Einzelpersonen oder Gruppen, ist irrelevant). Wie Savigny anmerkt, ist der Fall, dass die Kontrahenten nur zwei an der

---

<sup>27</sup> Zu der erst nach dem Peloponnesischen Krieg in Athen erfolgenden Unterscheidung von νόμος und ψήφισμα s. QUASS (1971).

<sup>28</sup> TILCH/ARLOTH ebd., 1962. Dass dieser Satz, der im Text unmittelbar auf Gesetze in materiellem Sinn bezogen ist, auch für Gesetze im formellen Sinne gilt, ergibt sich daraus, dass letztere eben durch besondere staatliche Organe erlassen werden.

<sup>29</sup> SAVIGNY (1840), 309. Fast wortgleich ders. (1853), 7.

Zahl sind, zwar der weitaus häufigste, keineswegs aber ein notwendiges Merkmal eines Vertrages: Die Gründung einer GmbH erfolgt in der Regel zwischen mehr als nur zwei Gesellschaftern.<sup>30</sup> Es gilt daher, das bloß Zufällige vom Wesentlichen zu trennen.

2) Die Kontrahenten regeln durch den Vertragsschluss *ihre* Rechtsverhältnisse, nicht aber diejenigen von Dritten. Das entscheidende Merkmal eines Vertrags ist also nicht, dass er kein Recht setzen würde, sondern dass er grundsätzlich<sup>31</sup> nur die Rechtsverhältnisse derjenigen bestimmt, die ihn geschlossen haben.

In den heutigen Lehrbüchern des Zivilrechts findet sich eine andere Definition: Ein Vertrag ist demzufolge ein „Rechtsgeschäft, das aus inhaltlich übereinstimmenden, mit Bezug aufeinander abgegebenen Willenserklärungen von mindestens zwei Personen besteht.“<sup>32</sup> Ein inhaltlicher Unterschied zu Savignys Definition lässt sich nicht feststellen. Der Nachsatz „wodurch ihre Rechtsverhältnisse bestimmt werden“ wird wohl deswegen ausgelassen, weil einerseits der Terminus „Rechtsgeschäft“ dies hinlänglich klar macht, andererseits das Wort „Willenserklärung“ als zivilrechtlicher Terminus technicus bereits auf Erklärungen eingeengt ist, die auf eine Rechtsfolge abzielen; definiert wird es als „private Äußerung eines auf einen Rechtserfolg gerichteten Willens.“<sup>33</sup> Höchstens ist an dieser Definition im Vergleich zu jener Savignys auszusetzen, dass sie nicht so deutlich zur Sprache bringt, dass die Rechtsfolgen eines Vertrages grundsätzlich nur die Rechtsverhältnisse der Kontrahenten selbst betreffen, weswegen z.B. ein Beschluss in einer Vereinsvorstandssitzung kein Vertrag ist, obwohl er mehrere übereinstimmende Willenserklärungen in sich vereinigt. Bei einem solchen werden nämlich auch die Rechtsverhältnisse derjenigen mitgeregelt, die gegen den Beschluss gestimmt, also keine mit der Rechtsfolge übereinstimmende Willenserklärung abgegeben haben.<sup>34</sup>

Selbstverständlich kommt es für das Verständnis dieser Vertragsdefinition entscheidend auf den Begriff der Willenserklärung an. Savigny ordnet ihn unter den Oberbegriff „juristische Tatsachen“ ein, welcher seinerseits definiert ist als „die Ereignisse, wodurch der Anfang oder das Ende der

---

<sup>30</sup> SAVIGNY (1840), 308.

<sup>31</sup> Ausnahmen ergeben sich nur insoweit, als durch die im Vertrag getroffenen Regelungen indirekt auch Dritte betroffen sein können.

<sup>32</sup> So etwa BROX (2002), 51.

<sup>33</sup> BROX (2002), 81; vgl. ebd. 52.

<sup>34</sup> BROX (2002), 58. Hierauf geht bereits SAVIGNY (1840), 308f. ein.

Rechtsverhältnisse bewirkt wird.“<sup>35</sup> Somit steht dem Gelehrten das begriffliche Material zur Verfügung, das zur Erläuterung des Begriffes „Willenserklärung“ benötigt wird: „Unter Willenserklärungen oder Rechtsgeschäften sind diejenigen juristischen Thatsachen zu verstehen, die nicht nur freye Handlungen sind, sondern in welchen zugleich der Wille des Handelnden auf die Entstehung oder Auflösung eines Rechtsverhältnisses unmittelbar gerichtet ist.“<sup>36</sup> Mit dem Begriff „Rechtsgeschäft“ brauchen wir uns nicht zu beschäftigen: Zur Untersuchung der Verträge reicht es aus, mit der Willenserklärung als deren wesentlichem Bestandteil vertraut zu sein. Eine Willenserklärung setzt also den bewussten Entschluss voraus, eine Rechtsfolge herbeizuführen.

An anderer Stelle führt Savigny aus (Hervorhebung im Original):<sup>37</sup> „Die Grundlage jeder Willenserklärung ist das Daseyn des Wollens (...); unsere Betrachtung muß nun weiter fortschreiten zu der Offenbarung desselben, wodurch das innere Ereignis des Wollens in die sichtbare Welt als Erscheinung eintritt; das heißt, wir haben die *Erklärung* des Willens zu betrachten.“ Mit anderen Worten: Jede Willenserklärung besteht sowohl aus dem inneren Willen, eine Rechtsfolge herbeizuführen, als auch aus der konkreten Äußerung des besagten Willens. Wie diese stattfinden kann oder muss und welche Formen von Willenserklärung es überhaupt gibt, ist bei Savigny Gegenstand sehr langer Ausführungen. Für unsere Zwecke dürfte es jedoch vorerst reichen festzuhalten, dass bei jedem Text, für den eine Einordnung als Vertrag erwogen wird, als erstes nach den Willenserklärungen der Beteiligten Ausschau zu halten ist, also nach einer von jedem einzelnen von ihnen gemachten Äußerung, durch die er sich auf den Inhalt der Vereinbarung verpflichtet und somit den eigenen Willen bindet.

Obwohl dies alles nach der Begrifflichkeit von Rechtsgelehrten beschrieben ist, die in den Kategorien des römischen Rechts dachten oder denken, dürfen wir trotzdem davon ausgehen, dass die Grundzüge ihrer Vertragsdefinition auf das griechische Recht anwendbar sind. Diese Annahme wird dadurch gerechtfertigt, dass ein Vertrag ohne Willenserklärungen einfach nicht denkbar ist. Auch das Vorhandensein von Verträgen im griechischen Recht überhaupt ist nicht zu leugnen, worauf ich unten eingehen werde.<sup>38</sup> Die große Allgemeinheit und die daraus resultierende Flexibilität des Vertrags- sowie des Willenserklärungsbegriffs versetzt sie zudem in die Lage, die

---

<sup>35</sup> SAVIGNY (1840), 3.

<sup>36</sup> SAVIGNY (1840), 98f.

<sup>37</sup> SAVIGNY (1840), 237.

<sup>38</sup> S u. 1.4.1

Verhältnisse selbst fremder Rechtsordnungen wie der altgriechischen erfassen zu helfen,<sup>39</sup> ohne sie zu verfälschen. Wie die Willenserklärung konkret aussehen muss, um die gewünschte Rechtsfolge herbeizuführen, hängt von der jeweiligen Rechtsordnung ab, weswegen sich eine Auseinandersetzung mit Savignys Untersuchung des Themas in einer dem altgriechischen Recht gewidmeten Arbeit erübrigt. Es ist vielmehr genau nach den Merkmalen der griechischen Willenserklärungen Ausschau zu halten, wie sie in den Quellen zutage treten. Dies wird in dem Kapitel über das griechische Vertragsrecht allgemein und den Eid geschehen.<sup>40</sup>

Aus diesen Ausführungen dürfte der Unterschied zum Gesetz klargeworden sein: Während dieses ein Akt hoheitlicher Rechtssetzung ist, der als solcher Befehlscharakter hat, beruht der Vertrag auf der freiwilligen Selbstbindung der Kontrahenten, die (grundsätzlich) als einzige von den durch ihn ausgelösten Rechtsfolgen betroffen werden. Dies kommt insbesondere darin zum Vorschein, dass Beschlüsse, Urteile, kurz: alle Arten hoheitlicher Rechtssetzung ausdrücklich aus dem Vertragsbegriff ausgeschlossen sind.

Was die Binnendifferenzierungen im Vertragsbegriff angeht, so unterscheidet Savigny zwischen völkerrechtlichen, privatrechtlichen und staatsrechtlichen Verträgen. Er hebt nämlich hervor, dass Verträge entgegen der Auffassung mancher Autoren in allen diesen Rechtsgebieten vorkommen können, und macht sich sodann an die Aufgabe, dies durch Beispiele zu untermauern.<sup>41</sup> Während dem Leser viele Beispiele für Verträge aus dem Privatrecht wie Kauf, Miete usw. und auch einige für solche aus dem Völkerrecht einfallen werden, bedürfen ihre staatsrechtlichen Äquivalente wohl einer näheren Erörterung. Als staatsrechtlicher Vertrag *par excellence* gilt Savigny die Wahlkapitulation, jene Abmachung zwischen dem zukünftigen Kaiser und den ihn wählenden Kurfürsten, bei welcher die Macht des Monarchen erheblich eingeschränkt wurde.<sup>42</sup> In diesem Fall ist der Vertrag offensichtlich nicht privater Natur, sondern betrifft das gesamte Staatswesen; andererseits ist er wegen der Beschränkung auf die Verhältnisse innerhalb eines besonderen Staates nicht zu den völkerrechtlichen Verträgen zu zählen.

Ein weiteres Beispiel betrifft das Verhältnis des Einzelnen zu einem bestimmten Staat: Savigny weist zwar die Theorie vom Gesellschafts- und Unterwerfungsvertrag u.a. mit der Begründung

---

<sup>39</sup> Hier fingiere ich eine Einheitlichkeit aller altgriechischen Rechtsordnungen, deren Vorhandensein in der Forschung sehr umstritten ist.

<sup>40</sup> 1.4.2. u. 1.4.3.

<sup>41</sup> SAVIGNY (1840), 309-314.

<sup>42</sup> SAVIGNY (1840), 311 Anm. (d).

zurück, dass ein Staatsbürgerschaftsvertrag zwischen einem Individuum und dem Staatsgebilde, in das er zufällig hineingeboren sei, nie stattgefunden habe; er hebt aber zugleich hervor, dass solche Rechtsverhältnisse wie eben die Staatsangehörigkeit durch freien Entschluss aufgehoben oder verändert werden könnten und dass der Eintritt in einen Staat, den ein Erwachsener vornehme, je nach dem Recht des betreffenden Gemeinwesens die Gestalt eines echten Vertrages annehmen könne.<sup>43</sup> Dieses Beispiel eines staatsrechtlichen Vertrags zwischen einem einzelnen Bürger und dem Staat als Ganzem scheint manchen Rechtstexten aus dem alten Griechenland wie auf den Leib geschneidert. Darauf wird an passender Stelle zurückzukommen sein.<sup>44</sup>

---

<sup>43</sup> SAVIGNY (1840), 311f.

<sup>44</sup> Vgl. 2.2.

## 1.4 Das griechische Recht<sup>45</sup>

### 1.4.1 Verträge im antiken Griechenland

Es ist unzweifelhaft, dass die alten Griechen den Vertrag als Rechtsinstitut kannten. Nicht nur sind in rechtlichen Zusammenhängen Wörter mit der Bedeutung „Abmachung“ belegt (συνθήκη, ὁμολογία), sondern auch ein athenisches Gesetz, das eben die Gültigkeit privatrechtlicher Verträge zum Gegenstand hatte.<sup>46</sup> Auf völkerrechtlicher Ebene sind Verträge aus allen Zeiten erhalten, und in der Ilias führt der Dichter seinen Zuhörern den Abschluss eines Staatsvertrages zwischen den Achäern und den Trojanern vor Augen.<sup>47</sup> In diesem literarischen Beispiel, das sicher auf reale, dem damaligen Publikum wohlbekannte Vorlagen Bezug nimmt, schwören beide Parteien, sämtliche kriegerischen Auseinandersetzungen zu beenden und den Streit um Helena von Paris und Menelaos selbst in einem Zweikampf entscheiden zu lassen. Selbstverständlich werden hier Willenserklärungen ausgetauscht, die das Verhältnis der am Krieg beteiligten Völkerschaften untereinander umgestalten sollen und es auch täten, würde der Vertrag denn eingehalten. Zahlreiche weitere Beispiele für (fiktive oder reale) Vertragsschlüsse im alten Griechenland werden im folgenden begegnen.

Es fragt sich nun, welche besondere Form – falls es überhaupt Formerfordernisse gab – die den Vertragsschluss bildende gemeinsame Willenserklärung hatte. Auf den ersten Blick liegt es am nächsten, sie in einer Schwurformel zu sehen: Wichtige Verträge, vor allem im politischen und internationalen Bereich, wurden beeidet. Diesem Phänomen sind die nachfolgenden Ausführungen gewidmet.

### 1.4.2 Der Eid im griechischen Recht

Allgemein wird der Eid definiert als „die bedingte Verfluchung entweder der eigenen Person (evtl. verstärkt durch die Einbeziehung der Nachkommen) oder eines Wertobjekts, an dem der Affekt

---

<sup>45</sup> Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass das Folgende (im Grunde die ganze Arbeit) sich lediglich auf das *geschriebene* Recht bezieht. Die sog. „ungeschriebenen Gesetze“ (ἄγραφοι νόμοι oder Ähnliches; s. etwa ROMILLY [2001], 25-38) sind nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

<sup>46</sup> Isaeus 5,1; Dem. 47,77; 48,54; 56, 1f.; Plat. symp. 196b-c; Plat. leg. 920d; Arist. rhet. 1375b.

<sup>47</sup> Il. 3, 71-75; 255-268.

oder das Prestige des Schwörenden hing.“<sup>48</sup> Noch genauer wird er in der jüngsten einschlägigen Arbeit definiert: Er besteht demnach aus „(1) A declaration, which may be a statement about the present or past (in which case the oath is *assertory*) or an undertaking for the future (in which case it is *promissory*). (2) A specification of the „powers greater than oneself“ who are invoked as witnesses. (3) A curse which the swearer(s) call down upon themselves if their assumption is false or if their promise is violated.“<sup>49</sup> Die hier bereits in die Definition mit aufgenommene Unterscheidung zwischen assertorischem und promissorischem Eid ist mindestens so alt wie HIRZEL;<sup>50</sup> SOMMERSTEIN geht insoweit über diesen Gelehrten hinaus, als er den dem Eid immanenten Selbstfluch hervorhebt, der in der älteren Monographie nicht zu dessen Kern gezählt, sondern als nur gelegentlich, je nach Grad der Feierlichkeit, hinzukommendes Beiwerk hingestellt wird. Schwören ist also mehr als „fest versprechen“:<sup>51</sup> Wie Sommerstein direkt nach der oben wiedergegebenen Definition erklärt, ist die Selbstverfluchung auf jeden Fall mitzudenken: „The curse is often left to be understood, implicit in the words of the oath itself, particularly in the performative verb „I swear“ [...]; but when there is need for special assurance, it may be, and often is, spelt out.“

Man muss hinzufügen, dass der Gegenstand, an dem sich die Strafe für den eventuellen Meineid vollziehen sollte, vom Schwörenden selbst verschieden sein konnte, wie die DNP-Definition klarmacht. Dies braucht in einer Untersuchung wie der vorliegenden nicht jedesmal gesondert hervorgehoben zu werden: In den folgenden Ausführungen ist mit „Selbstverfluchung“ auch die Verfluchung der eigenen Nachkommen oder von Objekten, die für einen wichtig sind, mitgemeint, so wie unter „Fremdverfluchung“ auch die Verwünschung des Geschlechtes des Feindes oder eines ihm lieben Gegenstandes zu subsumieren ist.<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> So in DNP s.v. „Eid“.

<sup>49</sup> SOMMERSTEIN (2007a), 2.

<sup>50</sup> S. HIRZEL (1902), 2. Vgl. „Gelöbniseid“ ebd. 214f.

<sup>51</sup> So Augustinus, Enarr. in Psalm. 131,4: *iurare est firme promittere*; vgl. HIRZEL (1902), 3 Anm. 4.

<sup>52</sup> ROSÉN (1977), 20f. behauptet, ὀμνύναι bedeute im „Code“ von Gortyn „als Zeugen herbeirufen“: Das sei nämlich die Grundbedeutung dieses Verbes, denn bei einem Schwur würden eben die Götter als Zeugen bestellt; im Code von Gortyn würden hingegen Menschen als solche bestellt. Diese Interpretation ist entschieden abzulehnen, gibt es doch keinen einzigen Beleg dafür, dass das Verb je etwa anderes als das „Schwören“ bezeichnen könne. Was ὀμνύναι genau bedeutet, d.h. welche Vorstellungen und Handlungen sich für die Griechen damit verbanden, ist nachzulesen in SOMMERSTEIN (2007a), 2.



Lange Zeit wurde in den Altertumswissenschaften der Eid nicht in dem Maße erforscht, das aufgrund seiner Wichtigkeit angemessen wäre.<sup>53</sup> Auf rechtshistorischem Gebiet dennoch haben sich zahlreiche Arbeiten mit der Funktion von Schwurhandlungen im Gerichtsverfahren beschäftigt. In der Sekundärliteratur werden ältere Arbeiten wie die von ZIEBARTH, LATTE und HEUSS<sup>54</sup> immer wieder zitiert und stellen umfangreiche und unentbehrliche Quellensammlungen, in denen eine eingehende und umfassende Lektüre der Quellen ihren Niederschlag findet, dar, so dass ihre Lektüre unabhängig davon lohnt, ob ihre Auffassungen immer noch geteilt werden oder nicht. Hinzu kommt seit 2008 der von SOMMERSTEIN herausgegebene Sammelband hinzu.<sup>55</sup> Insgesamt scheint folgendes als gesicherte Erkenntnis gelten zu dürfen:

Wie bereits angesprochen, kann die Wichtigkeit der bedingten Selbstverfluchung, also des Eides, im griechischen Recht eigentlich nicht überschätzt werden.<sup>56</sup> Hierin unterscheidet sich die altgriechische Kultur nicht im geringsten von den sie umgebenden.<sup>57</sup> Dem Eid kam in allen Lebensvorgängen, die wir unter „Recht“ subsumieren würden, höchste Bedeutsamkeit zu, und zwar auch und vor allem im Staatsrecht. Den Griechen selbst war dies bewusst, schreibt doch der attische Redner Lykurg, der Eid sei „das, was die Demokratie zusammenhält.“<sup>58</sup> Sowohl Amtsträger wie Geschworene wie auch einfache Bürger seien – so Lykurg – durch Schwüre gebunden; vor dem Zorn der Götter gebe es nämlich kein Entrinnen, und wenn sie nicht den Meineidigen selbst bestrafen, so treffe die göttliche Rache dessen Nachkommen. Amtsträger und sogar normale Bürger mussten schwören, dem Vaterland treu zu bleiben und seine Gesetze zu befolgen.<sup>59</sup> In den *Thesmophoriazusen* des Aristophanes ist in V. 359 von den „üblichen Eiden“ die Rede, die selbstverständlich auch in der von den Frauen neu gegründeten Polis geschworen werden müssen. Die Kommentatoren<sup>60</sup> erklären die Wendung mit „Amtseid“; es ist aber fraglich, ob wirklich nur

---

<sup>53</sup> Gerade aus diesem Grund wurde im Jahr 2004 in Nottingham ein Kongress über dieses Thema abgehalten, den SOMMERSTEIN (2003) (der selbst auf die Dürftigkeit der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Thema hinweist) ankündigte.

<sup>54</sup> S. Bibliographie. Die letzte umfassende Untersuchung zum Thema „Eid“ insgesamt, also auch außerhalb der Rechtsgeschichte, ist HIRZEL (1902). Die Belege, die im zwischen ihm und uns liegenden Jahrhundert entdeckt wurden, sind nirgendwo umfassend verarbeitet. Diesem Mangel abzuhelfen ist Ziel eines Projekts der Universität Nottingham, die dem dort abgehaltenen Kongress folgte (s. vorige Anm.).

<sup>55</sup> S. vorletzte Anm.

<sup>56</sup> So schon ZIEBARTH (1892).

<sup>57</sup> BURKERT (1977), 377: „Doch hat die Schriftlichkeit in den alten Hochkulturen den Eid nur langsam zurückgedrängt und nie ganz verdrängt.“ Fraglich ist, ob überhaupt ein Kausalzusammenhang zwischen dem Rückgang des Eides und der Schriftlichkeit besteht.

<sup>58</sup> Leokr. 79. Vgl. noch Lys. 25, 28; HIRZEL (1902), 132.

<sup>59</sup> S. PLESCIA (1970), 15-32.

<sup>60</sup> AUSTIN (2004) ad loc.

Amtseide gemeint sind oder ob die Wendung auch andere Eide einschließt wie den Bürgereid oder die Beeidigung von Gesetzen und Verträgen.<sup>61</sup> Schließlich mussten Bürger, die zu Richtern bestellt wurden, einen Eid des Inhalts ablegen, dass sie gemäß den geltenden Gesetzen urteilen würden.<sup>62</sup>

Auf der einen Seite musste also jeder Bürger sich selbst eidlich verpflichten, die Gesetze einzuhalten, auf der anderen war den Griechen anscheinend die Vorstellung nicht fremd, dass Eide vererbbar waren: Für diese Auffassung findet sich beim Redner Lykurg einen Beleg.<sup>63</sup> Ein vererbbarer Eid ist aber eigentlich gleichbedeutend mit einem vererbbaaren Vertrag. Daher konnten Staatsverträge auch über Generationen hinweg Bestand haben; dieser Umstand ist auch für Gesetze wichtig (sie müssen ja ebenfalls möglichst lange bestehen bleiben), worauf ich unten eingehen werde. Ebenso deutlich ist aber, dass den Griechen die Selbstbindung der Vorfahren nicht als ausreichende Gewährleistung für die Gesetzes- (Vertrags-)Treue der Nachkommen erschien, weswegen nicht nur jeder Bürger beim Eintritt in die Volljährigkeit, sondern auch jeder zum Amtsträger oder Richter Gewählte unmittelbar vor dem Beginn seiner jeweiligen Tätigkeit erneut den Gesetzen die Treue schwören musste.

#### **1.4.3 Der Eid als Vertragsschluss**

In der altgriechischen Kultur wurden sowohl privatrechtliche als auch staats- und völkerrechtliche Verträge<sup>64</sup> recht oft von einer feierlichen Schwurhandlung begleitet, in der die Parteien eine bedingte Selbstverfluchung aussprachen. Die Bedingung wurde durch den Vertragsinhalt bestimmt: Wurden dessen Klauseln nicht befolgt, so sollte die Strafe der angerufenen Gottheiten den Übertreter treffen.<sup>65</sup>

Bei (im heutigen Sinne) privatrechtlichen Verträgen war die Beeidigung nicht zwingend. Die Darlehensvereinbarung zwischen dem Spartaner Glaukos und dem Milesier in Hdt. 6, 86, 3-5b würden wir heute als rechtswirksamen Vertrag ansehen, kann die Leistung doch offensichtlich klageweise erzwungen werden, worauf Glaukos' Ansinnen, einen Meineid zu schwören (6, 86, 5g), hindeutet: Aller Wahrscheinlichkeit nach erwartet er eine Klage seitens der Söhne des Milesiers, und im Prozess will er sich durch einen Eid aus der Affäre ziehen, durch welchen er die den

---

<sup>61</sup> Zu letzterer s. PLESCIA (1970), 23f.

<sup>62</sup> Zum Richtereid in Athen s. MIKALSON (2005), 177f.; TODD (1993), 54f.

<sup>63</sup> Lyk. 127. Auch IvP 251 (= DITTENBERGER 1007; **Q10**) spricht dafür.

<sup>64</sup> Zu dieser Einteilung vgl. SAVIGNY (1840), 310-312 (**1.3.2**).

<sup>65</sup> Mitunter wird spiegelbildlich dazu der Wunsch geäußert, wer sich an die Bestimmungen halte, möge mit Wohlergehen gesegnet sein (so z.B. in Nomima 44, 16).

gegnerischen Anspruch begründende Tatsache leugnen wird. Der einzige Eid, den Herodot in dieser Erzählung erwähnt, ist also ein prozessualer: Die παρακαταθήκη (Depositum), die der Milesier mit Glaukos abschließt, bedarf keines Eids. Daher kommt Glaukos erst dann in die heikle Situation, über einen Meineid nachzusinnen, als die Angelegenheit zum ersten Mal streitig wird: Von einem Meineid durch den Vertragsbruch als solchen ist nirgendwo die Rede.

Freilich ist die Frage berechtigt, inwiefern wir den modernen Begriff „Vertrag“ überhaupt auf diesen Fall anwenden dürfen. Denn der Anspruch der Söhne des Milesiers ergab sich nach griechischer Auffassung wohl eher aus dem Umstand, dass Glaukos von ihm Geld entgegengenommen hatte. Hier rühre ich jedoch an ein schwieriges rechtshistorisches Problem, das den Rahmen dieser Untersuchung sprengt. Es sei nur soviel angemerkt, dass die herrschende Meinung in der juristischen Gräzistik davon ausgeht, die Griechen hätten den Begriff eines obligatorischen Vertrages nicht gehabt, d.h. eines Rechtsgeschäftes, bei dem das Schuldverhältnis aus den in ihm abgegebenen Willenserklärungen als solchen entstehe.<sup>66</sup> Vielmehr ergebe sich dieses lediglich aus dem jeweiligen Realakt, z.B. der Zahlung des Kaufpreises durch den Käufer, welche erst den Verkäufer zur Herausgabe der Ware verpflichtet habe.

Nichtsdestoweniger handelt es sich bei solchen Vereinbarungen durchaus um Verträge im Sinne des Savignyschen Definition. Die Tatsache, dass das einklagbare Schuldverhältnis nicht direkt aus der Vereinbarung erwuchs, sondern entweder aus dem Realakt oder aus der in einer eigens dazu verfassten Klausel festgehaltenen Unterwerfung unter den Vollstreckungszugriff des Gläubigers, ändert nichts daran, dass zur Gestaltung der Rechtsverhältnisse der beiden Kontrahenten die gegenseitigen Willenserklärungen nötig waren, aus denen, da sie sich inhaltlich vollkommen deckten, ein Vertrag sich ergab. Nur mussten die Rechtsfolgen der Nichteinhaltung der Abmachung im griechischen Recht, sollten sie nicht im Realakt, sondern im Vertrag selbst begründet sein, offenbar gesondert und ausdrücklich festgelegt werden. Wie wir sehen werden, wird in Staatsverträgen und Gesetzen diese Funktion von den Sanktionsklauseln erfüllt, die den Übertreter mit einer mehr oder weniger empfindlichen Strafe, sei es religiöser (Verfluchung) oder (häufiger) finanzieller Art, belegten.

Im Athen des 5. und 4. Jh. kamen Verträge zwischen Einzelpersonen in der Regel ohne Eid aus.<sup>67</sup> Hinzu kommt, dass selbst die Durchführung eines Stipulationsrituals bei der Besiegelung von

---

<sup>66</sup> Klassisch hierzu WOLFF (1957).

<sup>67</sup> S. etwa CARAWAN (2007), 157.

Staatsverträgen zwischen den Poleis vertraglich vereinbart wurde.<sup>68</sup> Man muss in den Vereinbarungen, die die Gesandten der Poleis und das Volk miteinander darüber trafen, wie ein bestimmter Staatsvertrag genau abzuschließen, namentlich mit welchen Schwurformeln und – ritualen er zu untermauern sei, sehr wohl einen Vertrag in dem in dieser Arbeit zugrunde gelegten Sinne sehen. Es ist nämlich nicht zu bestreiten, dass hier Willenserklärungen abgegeben wurden; diese wurden aber gerade nicht beeidet.

Der Eid begleitet viele Verträge, ist aber offenbar generell keine Voraussetzung dafür, dass ein Vertrag als rechtlich verbindlich gilt – wenngleich Staatsverträge, die nicht beeidet wurden, anscheinend als „formnichtig“ angesehen wurden (oder jedenfalls von mancher interessierten Partei als solche hingestellt wurden, wie eine von Thukydides erzählte Geschichte vor Augen führt<sup>69</sup>). Die Funktion des Eides bestand anscheinend vor allem darin, die Verbindlichkeit der Vereinbarungen psychologisch zu verankern, worauf ja die Benutzung besonders schrecklicher Selbstverfluchungsweisen hindeutet; nichtsdestoweniger scheint sich bei völkerrechtlichen Verträgen hinsichtlich des Eides eine Art Formerfordernis herausgebildet zu haben. Aber auf jeden Fall kann eine generelle Gleichsetzung von Willenserklärung und Eid nicht aufrechterhalten werden. Auch einfache Willensbekundungen konnten eine Wirkung entfalten, die wir als rechtlich ansehen können, ist doch die Klagbarkeit, also die prinzipielle Eignung, aufgrund besagter Willenserklärung staatlichen Zwang in Anspruch zu nehmen, per definitionem eine Rechtsfolge.

Andererseits ist die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass auch bei privatrechtlichen Vertragsschlüssen der Eid eine große Rolle gespielt zu haben scheint. So konnte, wie BURKERT anmerkt,<sup>70</sup> z.B. die Gründung der Handelskolonie Naukratis nicht ohne den Bau zahlreicher Heiligtümer vonstatten gehen:<sup>71</sup> Offenbar wurden Heiligtümer und Altäre benötigt, um die feierlichen Eide zu ermöglichen, durch die man die Verträge abzusichern pflegte. Es sei am Rande noch angemerkt, dass dies auch bei den Römern der ursprüngliche Zustand, vor der weitgehenden Säkularisierung des Rechts, gewesen zu sein scheint, bei denen die *stipulatio*-Formel, die manchen privatrechtlichen Verträgen Rechtswirksamkeit verlieh, das Wort *spondeo* enthielt, dessen Verwandtschaft mit gr. σπένδω außer Zweifel steht und auch in der Antike gesehen wurde.<sup>72</sup> Diese

---

<sup>68</sup> BUSOLT/SWOBODA II, 1252f.

<sup>69</sup> Thuc. 2,5,6.

<sup>70</sup> BURKERT (1977), 380.

<sup>71</sup> Zu Naukratis s. MÖLLER (2000); HÖCKMANN (2001).

<sup>72</sup> S. ERNOUT/MEILLET s.v. „spondeo.“

Formel bestand aus der Frage „spondesne?“, die am Ende des Vertragsangebots stand, welches im AcI vom genannten Verb unmittelbar abhing, und der Antwort „spondeo“.<sup>73</sup>

Auch der formelhafte privatrechtliche Vertragsschluss der Römer enthielt also zumindest ursprünglich eine Schwurhandlung, die in klassischer Zeit freilich nur noch erheblich abgeschwächt zutage tritt. Wenngleich Rückschlüsse aus der einen Kultur auf die andere gefährlich und naturgemäß nur mit großer Vorsicht anzuwenden sind, ergibt sich aus der Zusammenschau der verschiedenen Indizien eine gewisse Plausibilität für die These, dass in den antiken Kulturen zumindest des Mittelmeerraumes wichtige Verträge, gleichgültig, ob sie zwischen Privatpersonen oder Gemeinwesen geschlossen wurden, regelmäßig von einem Eid begleitet wurden.

Es sei am Rande noch angemerkt, dass der Eid Zeichen vorhandener oder möglicher Feindschaft, jedenfalls eines anerkannten oder zu erwartenden Interessenkonflikts war, das die Parteien zwang, die jeweils andere stärker zu binden als durch ihr bloßes Wort. So konnte die Aufforderung zum Eid oder die allzu große Bereitschaft zu schwören sehr leicht den Beigeschmack der Unzuverlässigkeit oder Schlechtigkeit bekommen.<sup>74</sup>

---

<sup>73</sup> LIEBS (2004), 233-235; KUNKEL (2001), 36-39. Beispiel: „Centum modios tritici mihi dari spondesne?“, d.h. „Versprichst du, dass mir 100 Scheffel Weizen gegeben werden?“, mit „modios“ als im Akkusativ stehendem Subjekt des Infinitivs „dari“, welcher seinerseits von „spondes“ abhängt.

<sup>74</sup> SOMMERSTEIN (2007a), 3f.

#### 1.4.4 Völkerrechtliche Verträge

Im Privatrecht war der Eid also kein unverzichtbarer Bestandteil eines Vertrages. Demgegenüber wurden völkerrechtliche Verträge (Staatsverträge<sup>75</sup>) stets durch feierliche Schwurhandlungen besiegelt. Das altgriechische Staatsvertragswesen ist möglicherweise altorientalischen Ursprungs.<sup>76</sup> Auch bei den Griechen begegnet genauso wie im alten Orient ein ausgebildetes, feierliches Ritual, in dem der Eid eine zentrale Rolle spielte.

Zu den Staatsverträgen im griechisch-römischen Bereich hat A. HEUSS eine umfassende Studie vorgelegt.<sup>77</sup> Was das Verhältnis zwischen dem Vertragsschluss und der Vertragsurkunde angeht, so steht in der Forschung schon seit langem fest, dass die Rechtswirksamkeit internationaler Verträge auf den Schwur zurückging und nicht auf die Abfassung einer schriftlichen Urkunde, die ja nur Aufzeichnung des abgeschlossenen Vertrags und seines Inhalts war.<sup>78</sup> Besonders wichtig ist hierbei die Erkenntnis, dass die geschriebenen, inschriftlich erhaltenen Vertragstexte Urkunden waren, d.h. Beweis- und nicht Perfektionsmittel,<sup>79</sup> und die damit einhergehende genaue Untersuchung der verschiedenen Arten der Beurkundung.

Am wichtigsten ist die Unterscheidung zwischen psephismatischen und völkerrechtlichen Urkunden:<sup>80</sup> die psephismatischen geben den innerstaatlichen Vorgang der Entscheidungsfindung durch die dazu berufenen Polisorgane wieder, die völkerrechtlichen hingegen spiegeln den Vertragsentwurf wider, auf den sich die Unterhändler der betroffenen Stadtstaaten geeinigt haben. Angaben über die Beeidung der Verträge finden sich naturgemäß nur in psephismatischen Urkunden, und zwar als Gegenstand der Beschlussfassung des jeweiligen Polisorgans, welches ja zusätzlich zur Bestimmung des materiellen Inhalts der Vereinbarung auch die Form der Inkraftsetzung und der Niederschrift derselben verfügen musste.

---

<sup>75</sup> Unpraktischerweise bezeichnet der Terminus "Staatsvertrag" so gut wie immer keinen staatsrechtlichen, sondern einen völkerrechtlichen Vertrag. Daran ist nichts mehr zu ändern, übernehmen doch selbst die einschlägigen Ausgaben diese Bezeichnung sogar im Titel (vgl. StV II u. III).

<sup>76</sup> BEDERMAN (2001), 61f. Zu den Merkmalen altorientalischer Verträge s. ebd., 62-67, mit zahlreichen Literaturnachweisen. Vgl. auch HÖGEMANN (2000), 27-29.

<sup>77</sup> HEUSS (1934).

<sup>78</sup> S. HEUSS (1934), 342; 395-397; 412-419. In Ausnahmefällen kam der Besiegelung der Vertragsurkunde anscheinend Rechtswirksamkeit zu; diese trat aber neben die Schwurhandlung und ersetzte sie nicht (ebd. 392 mit Anm. 2). Im 4. Jh. v. Chr. sieht es indes gelegentlich anders aus: vgl. THOMAS (1992), 85.

<sup>79</sup> HEUSS (1934), 342; 412-419.

<sup>80</sup> HEUSS (1934), 395-406.

Ein Beispiel für eine eher beiläufige Erwähnung des einem Staatsvertrag zugrunde liegenden Eides findet sich im Text des Abkommens zwischen Sybaris und den Serdaiern.<sup>81</sup> Sowohl über das letztgenannte Volk als auch über die in Zz. 7f. erwähnte Stadt Poseidania ist wenig bekannt.<sup>82</sup> Auf die Schwierigkeiten, die sich bei dem Versuch einstellen, die Rolle von Poseidania näher zu bestimmen, und insbesondere auf die Frage, wie die Worte *και πολις ποσειδανια* am Ende der Inschrift syntaktisch und inhaltlich zu verstehen sind, wird an anderer Stelle, bei der Übersetzung dieses Quellentextes, eingegangen werden.<sup>83</sup> Wichtig ist, dass in diesem Dokument die Götter als Zeugen des Vertrages in Erscheinung treten. Dies kann wiederum nur bedeuten, dass bei ihnen ein Eid geschworen wurde. In Zz. 5ff. werden Zeus (gewiss der olympische), Apollon (vermutlich der delphische) und darüber hinaus alle übrigen Götter *προξενoi* genannt. Letzteres ist eindeutig ein Prädikatsnomen. Am ehesten ist das Wort hier mit „Zeugen“ wiederzugeben.<sup>84</sup> Manche (wie BENGTON<sup>85</sup>) übersetzen das Wort als „Bürge“, was auf dasselbe hinausläuft, wenn man den Begriff nur nicht im strengen juristischen Sinne versteht. Eindeutig ist auf jeden Fall, dass die Götter hier in ihrer Funktion als überlegene Instanzen auftreten, die man beim Schwur als Garanten für dessen Einhaltung anruft. Dieselbe Funktion haben sie auch etwa in der Odyssee, wo sie als „Zeugen“ des Vertrages (*ρήτορη*) angerufen werden.<sup>86</sup>

Durch den Vertragsschluss binden sich ganze Polisgemeinschaften. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit jeder einzelne Bürger schwören musste und inwieweit umgekehrt einzelne Amtsträger befugt waren, die ganze Stadt, der sie angehörten, durch einen Eid zu binden. Ein Vertragsabschluss durch Gesandte oder Feldherren war in Griechenland sehr selten und auf Ausnahmefälle beschränkt.<sup>87</sup> Gesandte brauchten dazu eine besondere Vollmacht, so dass sie des öfteren Aufforderungen zur sofortigen Beeidigung mit der Begründung ablehnten, sie hätten keinen diesbezüglichen Auftrag erhalten.<sup>88</sup> Ansonsten waren in der Regel einige Beamte mit der Eidesleistung beauftragt, die offenbar stellvertretend für die ganze Polis handelten; es war aber

<sup>81</sup> Nomima 42; StV II 120; SEG 22, 336.

<sup>82</sup> Allgemein zum Verhältnis der beiden Städte DUNBABIN (1968), 154f.; GRAHAM (1971), 91-93.

<sup>83</sup> S. Q1.

<sup>84</sup> S. hierzu die umfangreiche Studie zu diesem Begriff bei GAUTHIER (1972), 17-61, zu dieser Inschrift speziell 33-35. Seine Deutung als „Zeuge“ (*“témoins”,* näher erklärt als *“dieux du serment”*) findet Zustimmung bei MOSLEY (1979), 228; vgl. GSCHNITZER (1973), 634f.

<sup>85</sup> StV II 120.

<sup>86</sup> S. 14, 393f., u. vgl. GSCHNITZER (1997), 6f.

<sup>87</sup> HEUSS (1934) 351-7.

<sup>88</sup> So etwa in Xen. hell. 7,1,39.

keineswegs ausgeschlossen, dass die gesamte Bürgerschaft zu schwören hatte,<sup>89</sup> was vermutlich einem erhöhten Bedürfnis nach Sicherheit entsprang, welches wiederum naturgemäß dann entstand, wenn der Vertragspartner besonders unzuverlässig erschien und man daher eine möglichst umfassende und ernste Eidesleistung für geboten befand. Den Normalfall dürfte jedoch die Hinzuziehung von Nichtbeamten zu den zum Schwur delegierten Amtsträgern gewesen sein.<sup>90</sup> Bei Verträgen mit dem persischen Großkönig pflegten nur die Griechen zu schwören, was vermutlich durch eine unterschiedliche Auffassung vom Wesen eines Staatsvertrags bei den Persern bedingt ist.<sup>91</sup>

Eine sehr anschauliche Beschreibung des Ablaufs einer Schwurhandlung, durch die ein völkerrechtlicher Vertrag abgeschlossen wird, findet sich im dritten Buch der Ilias, in dem die Achäer und die Trojaner einen Vertrag des Inhalts schließen, Paris und Menelaos sollten auf Leben und Tod gegeneinander kämpfen und der Sieger solle Helena besitzen; die übrigen Angehörigen der beiden Kriegsparteien aber sollten jedwede Kriegshandlung unterlassen.<sup>92</sup>

Das Ritual unterstreicht die Schrecken der Vernichtung und des Blutvergießens, die demjenigen an den Hals gewünscht werden, der den Vertragsklauseln zuwiderhandeln sollte.<sup>93</sup> Die blutige Schlachtung der Opfertiere soll dabei sinnbildlich das Verderben vor Augen führen, in das der Eidbrecher stürzen soll. Es ist absichtlich von "stürzen" die Rede, weil das Handeln eines göttlichen Agens nicht immer vorausgesetzt zu sein scheint, sondern manchmal kommen eher magische Vorstellungen zum Vorschein.<sup>94</sup> Dies lässt sich an Texten wie Nomima 41, 40-51 sehr gut beobachten, wo kleine Wachsfiguren, die im Feuer zerschmelzen, das Schicksal des Meineidigen versinnbildlichen.<sup>95</sup> Aber auch bei den „klassischen“ feierlichen Schwurarten, die an Tieren durchgeführt wurden, scheint reine Magie eine größere Rolle zu spielen (oder ursprünglich gespielt zu haben), als man angesichts des griechischen Glaubens an das strafende Eingreifen die Moral

---

<sup>89</sup> S.u.

<sup>90</sup> Z.B. in StV II 293, 15f.; StV III 553, 12f.

<sup>91</sup> S. z.B. Xen. hell. 5,1,32 u. 7,1,39, wo nur die Griechen, nicht aber der Großkönig selbst einen Eid ablegt. Zum Ganzen s. BUSOLT/SWOBODA II, 1252f.; SOMMERSTEIN (2007a), 4f. Letzterer hebt hervor, dass diejenigen Amtsträger, die mit der Eidesleistung betraut waren, insofern eine besonders exponierte Stellung innehatten, als es vermutlich ihre Sache gewesen wäre, einen gegen den Vertrag verstoßenden Antrag bei der Volksversammlung zu stellen, weswegen der Eid gerade auf sie selbst eine besondere Wirkung ausüben musste. Ferner betont er, dass bei Streitbeilegungen und sonstigen staatsrechtlichen Akten innerhalb der Polis alle Vollbürger schwören mussten. Zu dieser Problematik vgl. BOLMARCICH (2007), 49f.

<sup>92</sup> Ilias 3, 264-309 (vgl. 2.3.; Q11).

<sup>93</sup> Vgl. BURKERT (1977), 379f.

<sup>94</sup> Dies ist auch bei altorientalischen Eiden oft der Fall, vgl. BEDERMAN (2001), 66f.

<sup>95</sup> FARAONE (1993), 60-65.



schützender Gottheiten zu denken geneigt ist.<sup>96</sup> Die Wichtigkeit der völkerrechtlichen Verträge gebot also, eine besonders feierliche, d.h. vor allem furchterregende Art von Schwurhandlung zu benutzen, welche den Selbstfluch durch Ritualhandlungen anstatt mit bloßen Worten vorsah und ihn somit besonders ernsthaft und an das Gemüt appellierend machte.

Abgesehen von diesem allgemeinen Charakter der möglichst schrecklichen Selbstverfluchung, verfügte wohl jede griechische Polis über eigene Schwurformeln und -riten, was daraus ersichtlich wird, dass bei Thukydides<sup>97</sup> berichtet wird, wie mehrere vertragsschließende Poleis aufgefordert werden, ihren jeweils heiligsten Eid zu schwören. Diese Formenvielfalt legt die Vermutung nahe, dass die Gepflogenheiten bezüglich der Aufnahme von Schwurformeln in die schriftlichen Vertragsurkunden ebenfalls von Stadt zu Stadt variierten, was auch die Frage betreffen konnte, ob sie überhaupt mit aufgezeichnet oder ob nur die Vertragsklauseln wiedergegeben wurden. Im Grunde braucht nur der Vertragsinhalt aufgeschrieben zu werden, damit man ihn jederzeit überprüfen und sich in Erinnerung rufen kann; der darauf abgelegte Schwur ist hingegen für sich allein wirksam, und in der Vertragsurkunde genügt es eigentlich, wenn man die Klauseln in irgendeiner Weise mit dem Schwur in Verbindung bringt.<sup>98</sup>

Daher ist BALTRUSCH nicht zu folgen, wenn er vermutet, dass im ältesten erhaltenen Symmachievertrag „der schriftlichen Fixierung rechtserhebliche Bedeutung zukam und nicht wie üblich der Schwurhandlung, von der in dem Dokument keine Rede ist.“<sup>99</sup> Im fraglichen Text, einem Staatsvertrag zwischen Elis und Heraia,<sup>100</sup> werden die Vertragsbestimmungen durch die Worte *α φράτρα* eingeleitet, deren Formelhaftigkeit außer Zweifel steht;<sup>101</sup> bedeutet der Terminus *ρήτρα* / *φράτρα*<sup>102</sup> (auch) „Vertrag“, was ebenfalls nachgewiesen ist,<sup>103</sup> und erlangt ein staats- oder völkerrechtlicher Vertrag so gut wie immer durch eine Schwurhandlung Rechtswirksamkeit, so besteht kein Grund, letztere gesondert hervorzuheben, ist sie doch bereits im Wort *φράτρα*, durch das der Text sich selbst charakterisiert und seine Rechtsnatur zu erkennen gibt, hinreichend kenntlich gemacht. Daher ist die ausdrückliche Nennung des Eides denn auch die Ausnahme, und

---

<sup>96</sup> FARAONE (1993), 65-72.

<sup>97</sup> 5,18,9; 5, 47,8.

<sup>98</sup> S. hierzu HEUSS (1934), 346. Ss. 346-351 werden die verschiedenen Formen dargelegt, in denen dies geschehen konnte.

<sup>99</sup> BALTRUSCH (1994), 11 Anm. 45.

<sup>100</sup> Nomima 52 = StV II Nr. 110, IvO 9 (2.1.1).

<sup>101</sup> Vgl. Nomima 51 = StV II Nr. 111; Nomima 21, 23, 56 (s.u. 2.1.2, 2.2.1 u. 2.2.2).

<sup>102</sup> Zu *ᾱ* anstelle von *ε* in diesem und anderen elischen Wörtern s. SCHWYZER GG I, 92; zur Konstruktion mit dem Dativ der Personen, zwischen denen der Vertrag geschlossen ist, s. ebd. II, 153.

<sup>103</sup> GSCHNITZER (1997), 5 Anm. 8, u. s.u.

in den meisten Fällen geschieht sie eher in Form einer zufälligen, beiläufigen Anspielung denn als ordentlicher Vermerk.

### 1.4.5 Die altgriechische Begrifflichkeit

Die archaischen griechischen Dialekte kennen jeweils nur ein einziges Wort für “Gesetz” und “Vertrag”, d.h. regional bedingt entweder *θεσμός* oder *ρήτρα*, und die Auffassung, in der Sache sei den archaischen Griechen ein Unterschied bewusst gewesen, sollte nicht unhinterfragt bleiben. Es ist nämlich hervorzuheben, wie unwahrscheinlich die Annahme einer ganz und gar abstrakten Bedeutung ist, welche sich erst in der jeweiligen sprachlichen Äußerung zur Bezeichnung eines konkreten Rechtsinstituts gleichsam verdichten sollte. Viel plausibler ist es in meinen Augen, dass diese beiden Wörter nur einen einzigen Gegenstand bezeichneten und dass besagter Gegenstand dem modernen Betrachter mal als Vertrag, mal als Gesetz oder Beschluss erscheint. Sicher handelt es sich um Rechtsnormen, ist es doch unbestritten und geht aus den Quellen eindeutig hervor, dass ein *θεσμός* oder eine *ρήτρα* eine Verbindlichkeit beansprucht, die sogar durch religiöse Sanktionen bekräftigt werden kann und oft genug auch wird.<sup>104</sup>

Das in der Forschung gebräuchliche Wort “Gesetz” hat den Nachteil, dass es gegenüber der modernen juristisch korrekten Verwendungsweise etwas frei angewendet werden muss, denn viele der sogenannten “Gesetze” aus der griechischen Antike werden dem oben beschriebenen Erfordernis der Abstraktheit und Allgemeinheit nicht gerecht.<sup>105</sup> Will man jedoch einen angemessenen Gebrauch moderner Rechtstermini pflegen, was ich oben, in der methodischen Vorbemerkung, entschieden verfochten habe, so kann man auf Begriffe wie “Erlass”, “Dekret” oder “Beschluss” ausweichen, die mit dem Gesetzesbegriff gemeinsam haben, dass sie eine hoheitliche Rechtssetzung bezeichnen. Eine solche ist aber in all den Fällen ausgeschlossen, in denen es sich um Verträge auf zwischenstaatlicher Ebene handelt, denn gerade hier fehlt es eben an einer übergeordneten Staatsmacht, die etwas hoheitlich beschließen und durchsetzen könnte; ferner ist sie auch dann ausgeschlossen, wenn eindeutig eine Vereinbarung zwischen zwei Privatpersonen vorliegt, was zumindest im literarischen Beispiel in Od. 14, 393f. der Fall ist. So bleibt uns, akzeptiert man die in diesem Abschnitt dargelegten Voraussetzungen, nichts anderes übrig, als den genannten Wörtern die Grundbedeutung “Vertrag” zuzuschreiben.

---

<sup>104</sup> S. z.B. Nomima 31; Nomima 21-23 (staatsrechtliche Verträge).

<sup>105</sup> HÖLKESKAMP (1999), 63 thematisiert dieses Problem und schreibt: “Die (durchaus absichtlich) tastend und provisorisch formulierte Arbeitsdefinition soll vielmehr weitgehend offen für verschiedene Arten von normativen Regelungen sein, sie soll ein noch fließendes und ungeschiedenes Spektrum von Varianten abzudecken in der Lage sein – nur so ist jene Unvoreingenommenheit gegenüber der anfänglichen Offenheit der archaischen Zeit und dem darin angelegten Potential an Varianten und Optionen gewährleistet, die eine genuin historische Analyse und Erklärung der Entstehung und Entwicklung der archaischen Gesetzgebung erst möglich macht.” Dem ist zuzustimmen.

Das ist die These der vorliegenden Arbeit: **Diejenigen Rechtstexte aus dem archaischen Griechenland, die die Forschung “Gesetze” nennt, sind in Wahrheit Verträge.** Von all den modernen Begriffen, die Rechtstexte bezeichnen, kommt “Vertrag” dem Wesen archaischer geschriebener Rechtsnormen am nächsten.<sup>106</sup> Es wird im Laufe der vorliegenden Arbeit die Annahme überprüft werden, dass die sog. archaischen Gesetze unter die Savignysche Definition zu subsumieren, mithin keine Gesetze im modernen Sinne sind, sondern staatsrechtliche Verträge.

Diese meine These entspricht denn auch der von zahlreichen Gelehrten gemachten Beobachtung, dass die altgriechischen νόμοι auf dem Konsens der Stadtbürger beruhten.<sup>107</sup> In diesem Lichte betrachtet, erscheint sie also schon *per se* durchaus plausibel. Es gilt nun, sie an dem vorliegenden Quellenbefund zu überprüfen und darüber hinaus zu präzisieren, d.h. soweit wie nur möglich darüber Klarheit zu verschaffen, wie weit die Ähnlichkeit zum modernen gleichnamigen Rechtsinstitut geht und wo wir hingegen besonders vorsichtig sein müssen.

Gewiss wird bei vielen dieser Texte sowie bei zahlreichen Belegstellen für die Wörter ῥήτρα und θεσμός die Bezeichnung bzw. Übersetzung “Vertrag” dem Leser nicht einleuchten. Dies liegt aber m.E. lediglich daran, dass dieser moderne Begriff dem antiken Rechtsinstitut zwar am nächsten kommt, wenn wir die Grunddefinition zugrunde legen, die Savigny liefert, wir jedoch mit diesem Wort in aller Regel vieles verbinden, was zum Vertrag im alten Griechenland nicht passt. Damit diese Schwierigkeit überwunden werden kann, ist es notwendig zu versuchen, dem Rechtsinstitut, das sich hinter den genannten archaischen Begriffen verborgen hält, auf die Spur zu kommen. Dabei wird sich herausstellen, dass viele scheinbare Probleme und Unstimmigkeiten verschwinden, wenn wir Savigny folgend aus dem Vertragsbegriff das Zufällige herausnehmen und nur seine wesentlichen Merkmale berücksichtigen.

Mein Einwand gegen die in der Forschung entwickelte Klassifizierung von Rechtstexten besteht nun, wie schon oben angeklungen ist, nicht etwa darin, dass ich die Anwendung von Wörtern aus dem heutigen Rechtsleben an und für sich als falsch zurückweisen würde. Die Kritik setzt vielmehr an dem zuletzt hervorgehobenen Punkt an: In der einschlägigen Sekundärliteratur kommt die

---

<sup>106</sup> Für das römische Recht kommt BEHREND (2004) zu derselben Schlussfolgerung. Freilich ist dort das geschriebene Gesetz, anders als es meiner These zufolge in Griechenland der Fall war, nicht hauptsächlich aus dem Bedürfnis hervorgegangen, verschiedene politische Parteien auf bestimmte staatsrechtliche Regeln zu verpflichten, damit der Fortbestand der Polis selbst gesichert war, sondern vielmehr aus dem Bestreben, die verschiedenen Stände in das Gesetzgebungs- und Legitimationsverfahren einzubinden (vgl. ebd., 16f.).

<sup>107</sup> Normalerweise wird dies aber als Konstruktion der Philosophen aufgefasst, so etwa ROMILLY (2001), 127 u. 133-136 (mit Bezug auf Platons Dialog *Kriton*). Besonders kritisch WOLFF (1970): s. u., 1.4.6.

notwendige Reflexion auf die eigene Begrifflichkeit zu kurz. Ich habe oben darauf hingewiesen, dass einige Forscher wertvolle Untersuchungen zum altgriechischen Vokabular für Recht und Gesetz geliefert haben;<sup>108</sup> trotzdem stellen sie diese Einteilung nicht in Frage, sondern überprüfen lediglich, welchem modernen Begriff aus ihrer Sicht die zahlreichen altgriechischen Wörter, die in Frage kommen, entsprechen, und übersetzen sie dann sogleich im Einklang damit, woraus sich eine merkwürdige Polysemie vor allem archaischer griechischer Ausdrücke ergibt.

Selbst in einer so durchdachten Monographie zu den archaischen Gesetzestexten wie der von HÖLKESKAMP wird zwar das Problem erkannt, dass die Anwendung der modernen Einteilung in „Gesetze“, „Dekrete“, „Verordnungen“ u.ä. auf das archaische Griechenland verfehlt ist, weil diese ein fortgeschrittenes Rechtsdenken, ja eine ausgebildete Rechtswissenschaft voraussetzt, die bei den Griechen der damaligen Zeit kaum zu erwarten ist, und dementsprechend stuft der Autor einige Textsammlungen wie die von RHODES/LEWIS als problematisch ein;<sup>109</sup> dennoch definiert Hölkeskamp selbst zwar den Begriff „Gesetz“, nicht aber die anderen, die beim Versuch der Einordnung einiger altgriechischer Rechtstexte mit ihm konkurrieren könnten und somit nicht ungestraft vernachlässigt werden dürfen, wenn besagte Einordnung wirklich rational und angemessen ausfallen soll. Dementsprechend sind seine Zuordnungen zur Gattung „Gesetz“ in manchen Fällen von dieser Seite durchaus anfechtbar, wofür unten bei der Analyse einzelner Rechtstexte einige Beispiele begegnen werden.<sup>110</sup>

Auch in den gängigen Textsammlungen wie der von EFFENTERRE und RUZÉ (Nomima) geschieht die Einordnung meist, ohne dass der Leser eine halbwegs zufriedenstellende Begründung für die getroffene Entscheidung findet. Einen besonders merkwürdigen Fall stellen zwei Inschriften sehr ähnlichen Inhalts dar, die beide aus Elis und beide aus der ersten Hälfte des 5. Jh. stammen.<sup>111</sup> Die eine (Nomima 23) überschreiben die Herausgeber als „Décision des Eléens pour Patrias“.<sup>112</sup> Dann drängt sich aber die Frage auf, warum der andere Text (Nomima 21) nun ein „Accord des Khaladriens et de Deucalion“ sein soll. Die Herausgeber meinen (S. 100), die Form sei nicht ganz diejenige eines Beschlusses, sondern es handle sich, worauf das Wort *πάτρα* (Dialektform für

---

<sup>108</sup> S. 1.1.

<sup>109</sup> HÖLKESKAMP (1999), 63 mit Anm. 10.

<sup>110</sup> Vgl. 2.2.1. u. 2.4.1.

<sup>111</sup> Nomima 21 u. 23 = IvO 11 u. 2 (s.o.).

<sup>112</sup> Damit geben sie zu erkennen, dass sie der Auffassung folgen, im Wort *patrian* sei ein Eigenname zu sehen, was ich ebenfalls für richtig halte (s. 2.2.2.).

ρήτρα) hindeute, um eine „Vereinbarung“, ja „fast“ um einen „Vertrag.“<sup>113</sup> Auf S. 110 meinen sie hingegen, in Nomima 23 einen „Erlass“ (décret) zu erkennen, ganz unangefochten von dem Umstand, dass auch dieser Text sich selbst eine *φράτρα* nennt.

Es ist wohl unerlässlich, an dieser Stelle eine semantische Untersuchung der beiden Begriffe aus archaischer Zeit, die geschriebene Rechtsnormen bezeichnen, in Angriff zu nehmen. Diese soll das aufarbeiten, was die Forscher in über ein Jahrhundert lang andauernder Beschäftigung zur Verwendung dieser zwei Wörter herausgefunden haben; darüber hinaus soll sie aber auch die oben dargelegten Ergebnisse der Reflexion über die von uns verwendeten Begriffe mit berücksichtigen, wie sie oben unter Anwendung der modernen Begriffserklärungen, wie sie in rechtswissenschaftlichen Lehrbüchern anzutreffen sind, erfolgt ist. Wie sich herausstellen wird, ist dies, obwohl es in der bisherigen Forschung so gut wie vollständig ausgeblieben ist, ein durchaus lohnendes Unterfangen.

#### 1.4.5.1 *ῤήτρα*

Zu Unstimmigkeiten der gerade erwähnten Art führt auch die nach dem oben beschriebenen Prinzip durchgeführte Erforschung der altgriechischen Begrifflichkeit für „Recht“. So erfährt man, dass sowohl *ρήτρα* als auch *θεσμός* sowohl „Vertrag“ als auch „Beschluss“ als auch „Gesetz“ bedeuten können.<sup>114</sup> Gewiss sind diese Begriffe regional verteilt, so dass *ρήτρα* vor allem auf dorischem Gebiet begegnet, während anderswo der Begriff *θεσμός* fest etabliert ist. Die angenommene Polysemie ist aber auffällig. Es ist durchaus nicht selbstverständlich, dass eine Sprache so grundverschiedene Dinge wie ein Gesetz und einen Vertrag nicht unterscheidet, ja dass die Gesetze, die dem spartanischen Gesetzgeber Lykurg zugeschrieben wurden,<sup>115</sup> ein Dienstvertrag<sup>116</sup> und eine mehr oder weniger förmliche Vereinbarung unter Soldaten<sup>117</sup> den gleichen Namen tragen können. Weiterhin ist festzustellen, dass sich aus rein sprachlichen oder stilistischen Merkmalen heraus

---

<sup>113</sup> Wenn dieser Text denn kein (wirksamer und Recht setzender) Vertrag ist, sondern lediglich eine (unverbindliche) Vereinbarung: Wieso wurde er dann in diese Sammlung aufgenommen?

<sup>114</sup> GSCHNITZER (1997), 5. Laut WADE-GERY (1958), 62-64, und HUXLEY (1962), 120 Anm. 283, kann das Wort sowohl „Vereinbarung“ als auch „Beschluss“ bedeuten; vgl. QUASS (1971), 8.

<sup>115</sup> Plut. Lyc. 6,1 u. 7; 13,1 u. 4; 8.

<sup>116</sup> Nomima 31.

<sup>117</sup> Xen. An. 6,6,28. Vgl. *δόγμα* in 6,6,8. Die Parallele zu den von Volksversammlungen gefassten Beschlüssen ist offenkundig; s. WADE-GERY (1958), 63 Anm. 3.

nicht erkennen lässt, welchem Rechtsinstitut der jeweilige Inschriftentext zuzuordnen ist. Dies wird im Laufe der vorliegenden Arbeit anhand zahlreicher Beispiele nachgewiesen werden.

Dennoch hält die in der Forschung herrschende Meinung daran fest, dass dem Wort ῥήτρα zunächst die etymologische Bedeutung „Spruch“, verstanden als „rechtlich verbindliches Wort“, zugrunde zu legen sei, von der „Gesetz“, „Beschluss“, „Vertrag“ usw. nur besondere, je nach Zusammenhang variierende Ausprägungen seien. An dieser Deutung der Semantik dieses Wortes kann jedoch, wie bereits erwähnt, mit Fug und Recht gezweifelt werden. „Vertrag“ ist die Bedeutung, die in der *Odyssee* belegt ist.<sup>118</sup>

Der einzige epische Beleg deutet also auf eine Grundbedeutung „Vertrag“ hin, also eine Vereinbarung mit rechtlich verbindlichem Charakter; der verbindliche Charakter wird daraus deutlich, dass an der fraglichen Stelle keine Geringeren als die Götter als „Zeugen“ (μάρτυροι) bezeichnet werden. Es dürfte kaum zu bezweifeln sein, dass die epische Sprache älter ist als die frühesten griechischen Gesetze. Somit verliert die referierte allgemeine Forschungsmeinung m.E. stark an Plausibilität: Es ist nämlich kaum anzunehmen, die Sprecher des archaischen Griechisch hätten einen Begriff des „rechtlich verbindlichen Wortes“ in ihrem Wortschatz gehabt, den sie zuerst nur auf Verträge angewendet hätten, dann aber auch auf „Gesetze“, sobald sie mit diesem neuen Rechtsinstitut konfrontiert gewesen wären, weil auch diese ja schließlich „rechtlich verbindliche Worte“ seien.<sup>119</sup>

Sollte nämlich diese Auffassung stimmen, so müsste man zeigen können, auf welche Art von rechtlich relevanten Handlungen das Wort sich zu beziehen pflegte. Es ist kaum davon auszugehen, dass ein Wort sich auf etwas Abstraktes als Grundbedeutung bezog, was keinen Gegenstand in der gesellschaftlichen Praxis darstellte; will man unbedingt ein „rechtlich verbindliches Wort“ im fraglichen Begriff sehen, so müsste man daher als nächstes darlegen können, wie „rechtlich verbindliche Worte“ im Rechtsleben der archaischen Zeit zustande kamen, ob sie als „Machtwort“ eines Königs oder eines anderen Höhergestellten gesprochen wurden, ob sie von einer Schwurhandlung begleitet wurden und durch diese ihre Verbindlichkeit erlangten oder ob sie etwa

---

<sup>118</sup> 14, 393.

<sup>119</sup> WADE-GERY (1958), 64 führt zu ῥήτρα aus: “These senses, a treaty between two parties, an enactment of the Demos, possibly a pronouncement of a Demos, cohere very well. A Rhetra is a form of words to which a number of people agree.” Diese Definition weist zwar in die richtige Richtung, bleibt aber m.E. immer noch zu abstrakt.

durch den Mund eines Wahrsagers als von den Göttern höchstpersönlich inspirierte Sprüche, die unbedingten Gehorsam erforderten, den von ihnen Betroffenen vernehmbar wurden (s. lat. *ius*).<sup>120</sup>

Wir sollten also nach konkreten Rechtsinstituten Ausschau halten. Es ist viel wahrscheinlicher, dass die Griechen auf das neue Institut des "Gesetzes" ein Wort anwendeten, das etwas Ähnliches bezeichnete. Da wir aber keinen Beleg für *ρήτρα* im Sinne von "Machtwort", "Befehl" oder ähnliches haben, noch weniger im Sinne von "überlieferte Rechtsnorm", so müssen wir davon ausgehen, dass die archaischen Griechen es deswegen auf jene Rechtstexte anzuwenden pflegten, die wir "Gesetze" nennen, weil diese den Verträgen zumindest sehr ähnlich waren.

Es ist an und für sich keineswegs undenkbar, dass Rechtsnormen aus Verfügungen von Menschen, die mit besonders großer, sogar sakraler Macht ausgestattet waren, entstehen können. Bei anderen antiken Völkern war der König Bezugspunkt und in gewissem Maße Erschaffer des Rechts: so z.B. bei den alten Ägyptern.<sup>121</sup> Doch gerade dieses mächtige Königtum mit starker religiöser Verankerung finden wir bei den Griechen nicht. In altorientalischen Monarchien mag daher das Königswort Rechtscharakter besessen haben, in Griechenland ist dies jedoch äußerst schwer vorstellbar.

Ebensowenig ist hier ein Priesterstand bekannt, dessen Ansehen und Befugnisse auch nur annähernd mit denjenigen vergleichbar gewesen wären, die z.B. die altindischen Brahmanen innehatten. Vielmehr taucht das Wort *ρήτρα* sehr oft in Verbindung mit Volksentscheiden auf, wie z.B. in einem sog. Gesetz<sup>122</sup> aus Chios, das vom Funktionieren der Staatorgane handelt.<sup>123</sup> In Zz. A 1f. findet sich nämlich der Ausdruck *δήμου ρήτρας φυλάσσω*, der sich vermutlich, wie der Zusammenhang nahelegt, auf einen Beamten bezieht. Die Übersetzung des Partizips *φυλάσσω* hat insofern zu Problemen geführt, als einige es dahingehend verstehen,<sup>124</sup> dass die Beamten über die Einhaltung der Gesetze zu „wachen“ hätten. Gewiss ist „bewachen“ oder „beschützen“ die erste Bedeutung des Verbs *φυλάσσειν*, dennoch gibt es im Griechischen eine feste Idiomatik, nach der es

---

<sup>120</sup> Die Wortanalyse bei QUASS (1971), 7-9 ist insofern unbefriedigend, als der Autor zwischen etymologischer und Grundbedeutung nicht unterscheidet. Das deutsche Wort „Sage“ stammt etymologisch von „sagen“ ab, dennoch ist die Grundbedeutung nicht „das Gesagte“ oder „der Spruch.“ Quass' Argumentation krankt an derselben Schwäche wie eine Analyse des Wortes „Sage“, die die o.g. Grundbedeutung zugrunde legte.

<sup>121</sup> S. ASSMANN (1995), 222-231.

<sup>122</sup> Von hier an werde ich der Einfachheit halber auf die Benutzung von Wörtern wie „sog.“ im Allgemeinen verzichten und alle Texte, die die Forschung als Gesetze ansieht, auch als solche bezeichnen, obwohl ich mit der damit implizit einhergehenden Kategorisierung nicht einverstanden bin.

<sup>123</sup> Nomima 62; KÖRNER 61; ML 8 (Q8).

<sup>124</sup> So KÖRNER; dagegen Nomima richtig: „garder les lois.“ Das französische Verb „garder“ verhält sich in dieser Wendung genauso wie das griechische Wort, das damit übersetzt wird, nämlich mit der (übrigens auch im Deutschen anzutreffenden) Bedeutungsentwicklung von „beobachten“ zu „einhalten“.



in Verbindung mit Worten, die eine Äußerung, einen Befehl oder ein Versprechen bezeichnen, schlicht „beachten“, „einhalten“, „beherzigen“ bedeutet.<sup>125</sup> So ist das Verb auch hier zu übersetzen. Es wird den Beamten also aufgetragen, sich bei der Ausübung ihres Amtes an die ῥήτραι des Volkes zu halten, die offenbar die höchste Autorität im Staat besitzen. Dies wird durch eine andere Satzung bestätigt, in der der φράτρα δαμοσία der Status einer letzten Instanz zukommt.<sup>126</sup>

Die hier kritisierte Forschungsmeinung ist zwar sehr alt und dürfte heutzutage als einzige vertreten werden; dennoch hat es schon sehr früh eine abweichende Auffassung über die Bedeutung von ῥήτρα gegeben, wenngleich sie zunächst auf das spartanische Staatsrecht der archaischen Zeit bezogen war (so wie das Wort überhaupt für die lakonische und elische Sprachlandschaft eigentümlich zu sein scheint). Aufgrund der in der Odyssee festzustellenden Bedeutung des Begriffes kamen namhafte Gelehrte des 19. Jahrhunderts zu der Auffassung, die berühmte spartanische „Große Rhetra“<sup>127</sup> sei ein Vertrag gewesen, durch den die widerstreitenden politischen Kräfte die spartanische Verfassung verabschiedet hätten.<sup>128</sup>

Hiergegen wandte sich v.a. MEYER und behauptete, in Sparta sei „Gesetz“ die ursprüngliche Bedeutung von ῥήτρα gewesen.<sup>129</sup> Er zählt Belege für die Bedeutung „Gesetz“ auf, die aber, wie wir sehen werden, nur dann aussagekräftig sind, wenn man nicht den hier zugrunde gelegten Vertragsbegriff anwendet, sondern einen mehr oder weniger aus volkstümlichen Vorstellungen über dieses Rechtsinstitut zusammengeschnitzten. Seine Beweisführung krankt an dem gleichen Mangel, den ich oben bei der neueren Forschung festgestellt habe: Er definiert und reflektiert die von ihm gebrauchten rechtlichen Begriffe nicht und ordnet die verschiedenen Rechtstexte so ein, wie es einem modernen Menschen einleuchtend erscheint. Eine innerhalb eines Staatswesens gültige, vom Volk demokratisch beschlossene Norm ist nicht unbedingt ein Gesetz im modernen Sinne: daher sind Nomima 21, 23 u. 109 keine Gegenbeispiele.

Auch die Argumentation, mit der er bei Nomima 21,<sup>130</sup> einer φράτρα zwischen der Polis der Khaladrier und einem gewissen Deukalion, durch die diesem die Staatsbürgerschaft verliehen wird, die Vertragsnatur dieses Textes in Abrede stellt, ist im Lichte der auf Savigny zurückgehenden

---

<sup>125</sup> S. LSJ s.v. B 3., mit zahlreichen Belegen.

<sup>126</sup> Nomima 109, 2 (Q7).

<sup>127</sup> Diese Bezeichnung ist nicht antik; jedenfalls bezeichneten bereits antike Autoren (wie Plutarch a.a.O.) spartanische Gesetze und auch die spartanische Verfassung als Ganzes als ῥήτραι, ein (bewusstes) Echo des lakonischen Sprachgebrauchs. Auch in Xen. an. 6,6,28 wird das Wort allem Anschein nach als Dorismus angewendet. S. DNP s.v. Rhetra [2].

<sup>128</sup> So GILBERT (1872), 8; WILAMOWITZ (1884), 280.

<sup>129</sup> MEYER (1892), 262-264. So auch BUSOLT/SWOBODA 43 u. 630c Anmm. zu Ss. 32,2 u. 43,1.

<sup>130</sup> S. 2.2.1.

Bestimmung des Vertragsbegriffs unhaltbar. Er hebt nämlich hervor, von Gegenseitigkeit sei dort keine Rede. Falls diese Aussage so gemeint ist, dass in diesem Text keine Verpflichtungen des Deukalions gegenüber der Polis zur Sprache kämen und man ihn deswegen nicht als Vertrag ansehen könne, so ist das Argument fehlerhaft: Zu einem Vertrag gehört mitnichten, dass beide Seiten sich zu einer Leistung verpflichten, sondern dass beide sich inhaltlich deckende Willenserklärungen abgeben, mit deren Hilfe sie ihre Rechtsverhältnisse bestimmen. So spricht denn auch die Zivilrechtslehre von „einseitig verpflichtenden Verträgen“.<sup>131</sup> Das Einzige, was „gegenseitig“ sein muss, ist die Abgabe der Willenserklärung: Ein Vertrag liegt hier demnach nur vor, wenn nicht nur die Polisbürgerschaft, sondern auch Deukalion einwilligt.<sup>132</sup> Darüber steht in der Inschrift zwar nichts, doch aus dem Fehlen einer einschlägigen Beurkundung kann man nicht ohne weiteres auf das Fehlen dessen schließen, was unserer Ansicht nach hätte beurkundet werden sollen.<sup>133</sup>

Ähnliches gilt für Meyers Behauptung, in Xen. an. 6,6,28 könne man in diesem Begriff deswegen keinen Vertrag sehen, weil es sich hierbei um einen Beschluss des Heeres über sich selbst handele. Dies scheint vorauszusetzen, dass ein Vertrag in jedem Fall zwei Kontrahenten brauche. Dies trifft, wie bereits erläutert, nicht zu. Es reicht, wenn mehrere Leute sich zusammenschließen, um eine übereinstimmende Willenserklärung abzugeben, was bei den Soldaten, die ja ohne das Eingreifen eines Vorgesetzten bestimmte Regeln aufgestellt haben, durchaus naheliegt.<sup>134</sup>

Die von Meyer kritisierte Auffassung wurde dann auch von WEISS in seinem Buch über das griechische Privatrecht wieder aufgegriffen. In seiner Zusammenschau der altgriechischen Begriffe für „Gesetz“ geht er ausführlich auf *νόμος* ein;<sup>135</sup> er macht u.a. auf die Umschreibung dieses Wortes bei Photios, in der Suda und im Etymologicum Magnum aufmerksam, die in der Tat die Bedeutung „Vereinbarung“ in den Vordergrund stellen, während „Gesetz“ eher zurücktritt und als Sonderbedeutung erscheint. In der Version des Lexikon des Photios heißt dieses Lemma wie folgt:

<sup>131</sup> S. etwa MUSIELAK (2002), 42f. Typisches Beispiel hierfür ist (nach geltendem deutschem Recht) die Schenkung.

<sup>132</sup> Dies wird unter der Fiktion abgehandelt, bei einem Vertrag müsse es zwei Seiten geben. In Wahrheit vertrete ich keineswegs die These, bei den archaischen Gesetzen handle es sich um *zweiseitige* Verträge; vielmehr kam es auf die übereinstimmende Willenserklärung aller Bürger, und zwar eines jeden für sich, an, sich an die vereinbarten Regeln zu halten.

<sup>133</sup> S. 1.4.6.

<sup>134</sup> Richtig QUASS (1971), 8 Anm. 42. Zu beachten auch sein Hinweis auf SCHWYZER 679 = Nomima 31.

<sup>135</sup> WEISS (1923), 60-63.

ρήτραι· συνθήκαι, λόγοι, ὁμολογίαι. Ταραντῖνοι δὲ νόμους καὶ οἷον ψηφίσματα· παρὰ Λακεδαιμονίοις  
ρήτρα Λυκούργου νόμος, ὡς ἐκ χρησμοῦ τιθέμενος· οἱ δὲ ρήτρας ὁμολογίας, οἱ δὲ συγγράμματα· καὶ  
ρήτροφύλακας τοὺς συγγραμματοφύλακας.

„*Rhêtrai*: Vereinbarungen, Reden, Verträge. Die Tarantiner nennen so die Gesetze und anscheinend Abstimmungen; bei den Spartanern ist „ρήτρα“ das Gesetz des Lykurg, das ja infolge eines Orakelspruches gegeben wurde; andere nennen so die Verträge, andere die Urkunden, und ρήτροφύλακες die Urkundenbewahrer.“

Diese Definition findet sich in fast identischem Wortlaut auch in der Suda und im Etymologicum Magnum, außer dass in letzterem die Wiedergabe durch λόγῳ fehlt. Συνθήκη und ὁμολογία sind aber die klassischen Vokabeln für „Vertrag.“<sup>136</sup>

Zusätzlich hebt Weiß hervor, dass noch der klassische Autor Xenophon in seiner „Verfassung der Spartaner“ die Grundlage der spartanischen Ordnung in einem Vertrag sah, den die Ephoren als Vertreter des Volkes auf der einen, die Könige auf der anderen Seite beschworen: erstere versprachen, die königliche Machtstellung zu akzeptieren, letztere hingegen, sich an die beschlossenen Gesetze zu halten.<sup>137</sup> Gegen Weiß wandte sich wiederum EHRENBURG, ohne sich jedoch mit seiner Position in nennenswerter Weise argumentativ auseinanderzusetzen.<sup>138</sup> Nichtsdestoweniger fand diese Ansicht, die spartanische Staatsordnung gehe auf einen Vertrag zwischen den politischen Akteuren zurück, in der nachmaligen Forschung wenig Beachtung. Es ist zu vermuten, dass dies nicht zuletzt an dem Umstand liegt, dass auch die Vertreter dieser Sichtweise nicht radikal genug vorgingen: Zum einen bezogen sie sich ausschließlich auf die spartanische Verfassung, zum anderen stellten sie die altehrwürdige Einteilung in Verträge und Gesetze als solche nicht in Frage. Gerade dies ist aber nach Meinung des Verfassers notwendig, um in dieser Angelegenheit Klarheit zu schaffen.

Eine Bedeutung „Urteil“ findet sich bei Hesych: Unter dem Lemma ρήτρα findet sich die Umschreibung δίκαι. Der Terminus scheint an einer Stelle tatsächlich „Urteil“ zu bedeuten, namentlich in einem „heiligen“ Gesetz, dessen Text auf einer in Olympia entdeckten Bronzeplatte zu lesen ist.<sup>139</sup> In Z. 1 handelt es sich um Vergehen, die das Heiligtum entweihen, wie Geschlechtsverkehr innerhalb des heiligen Bezirks, um die diesbezüglichen Reinigungsriten, denen

<sup>136</sup> Zu der Version, die bei Hesych zu finden ist, s.u.

<sup>137</sup> Xen. Lac. 15,1; WEISS (1923), 62.

<sup>138</sup> EHRENBURG (1925), 18f.

<sup>139</sup> Nomima 109; IvO 7; SCHWYZER 412 (Q7).

sich der Missetäter unterwerfen muss, und um das Verfahren der Straffestsetzung. In Z. 2 heißt es nun, dass ein Urteil, das gegen das Geschriebene (το γραφός: gemeint ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Gesetzestext selbst) verstößt, nichtig (ατελες), die φράτρα δαμοσια hingegen rechtsgültig (τελεια) sein soll.

Man könnte zwar annehmen, dass diese Bezeichnung sich auf ein geschriebenes Gesetz bezieht, das das Volk verabschiedet hat. Eine Schwierigkeit bildet aber der Umstand, dass die φράτρα eine δικαδοσα (= δικάζουσα) ist: Das Verb δικάζειν bedeutet sonst nur „urteilen“, d.h. einen konkreten Rechtsstreit entscheiden. Es bestehen also, soweit ich sehen kann, zwei Deutungsmöglichkeiten: Man könnte etwa annehmen, dass ῥήτρα hier tatsächlich „Urteil“ bedeutet. Dies könnte darin begründet liegen, dass auch ein Urteil, das von einem mehrköpfigen Gremium gefällt wird, die Einigung der Entscheidenden voraussetzt, also eine „Vereinigung Mehrerer zu einer übereinstimmenden Willenserklärung“ darstellt. Freilich würde dies von der hier zugrunde gelegten Vertragsdefinition insofern abweichen, als die die Willenserklärung Abgebenden nicht ihre eigenen, sondern fremde Rechtsverhältnisse bestimmen.<sup>140</sup> Ansonsten würde die Verwendungsweise von ῥήτρα im bekannten Rahmen bleiben.

Die zweite Möglichkeit wäre anzunehmen, dass es sich in Wahrheit nur um ein und dasselbe (bereits erlassene) Gesetz handelt, von dem einer etwas freieren Anschauung gemäß ausgesagt wird, es „richte“ im jeweiligen Fall, was wohl heißen soll, dass man es der Entscheidung zugrunde legt und den Fall im Lichte der in ihm enthaltenen Rechtsnormen beurteilt. Hierfür spricht die Formulierung des Textes selbst, in der das Wort φράτρα den bestimmten Artikel bei sich hat, ja sowohl dem Substantiv selbst als auch dem es begleitenden Adjektiv ein bestimmter Artikel beigelegt wird: α δε κα φρατρα α δαμοσια usw.: es scheint sich also um einen bereits bekannten Rechtstext zu handeln. Nach dieser Interpretation würde die betreffende Passage also im Endeffekt besagen, dass die Urteile nicht nach der Willkür des einzelnen Amtsträgers zu fällen sind, sondern gemäß dem allgemeinen Gesetz, das den Willen der Volksversammlung, somit der Polisbürgerschaft wiedergibt. Solche Aussagen sind wahrlich keine Seltenheit in griechischen Rechtstexten der archaischen und klassischen Zeit. Es gibt also gute Gründe für die Auffassung, dass ῥήτρα nie einfach „Urteil“ bedeutet. Die Beleglage ist zu dürftig, um eine solche Annahme zu tragen.

---

<sup>140</sup> Vgl. genau das Beispiel eines von einem mehrköpfigen Gericht gefällten Urteils bei SAVIGNY (1840), 307f.

Erster nachhomerischer Beleg für das Wort ῥήτρα und ältestes uns bekanntes Beispiel für die Anwendung des Begriffes auf die Verhältnisse in Sparta (in der klassischen Zeit und in der späteren Antike sein vornehmster Anwendungsbereich) ist das Vorkommen in einem Gedicht des Tyrtaios, das allgemein als das “Eunomia-Gedicht” bekannt ist.<sup>141</sup> Für diese Stelle werden in der Regel zwei mögliche Interpretationen genannt: nach der einen bezeichnet der Dativ εὐθείαις ῥήτραις das, worauf geantwortet wird; nach der anderen handelt es sich hingegen um einen instrumentalen Dativ, der zum Ausdruck bringt, *womit* das Volk seinerzeit erwidert.

Erstere Übersetzung können wir m.E. getrost ausschließen, sprechen doch sowohl sprachliche wie auch inhaltliche Gründe eindeutig für die zweitgenannte Auffassung. Der Dativ bei ἀμείβομαι ist in der älteren Dichtung immer als ein instrumentaler zu verstehen, wie in den homerischen Formeln ἀμείβετο μύθῳ, ἐπέεσσιν usw.<sup>142</sup> Das früheste Beispiel für den Dativ zur Bezeichnung der Sache, auf die geantwortet wird, dürfte in Ai. Eum. 422 enthalten sein, also in einem Werk, das ins Jahr 458 v. Chr. zu datieren ist. Rein inhaltlich ist eine Aussage “Die Männer aus dem Volk antworten auf die geraden ῥήτραι” sehr unwahrscheinlich, ist der Begriff ῥήτρα doch in aller Regel mit dem Volk oder genauer: mit der Volksversammlung verbunden und stellt allem Anschein nach ein besonderes, sie kennzeichnendes Merkmal ihrer politischen Tätigkeit dar: Man vergegenwärtige sich die Ausdrücke φρατρα δαμοσια in Nomima 109 und δημοῦ ρητρας im Text des berühmten “Staatsordnungs”-Gesetzes aus Chios.<sup>143</sup> Auch der Ductus des Textes im Tyrtaios-Gedicht erfordert, dass die Tätigkeit der “Männer aus dem Volk” inhaltlich beschrieben wird, wie es bei denjenigen der Könige und der Ratsherren geschehen ist; dabei ist es mit einem bloßen “Antworten” nicht getan, sondern der vom Verb abhängige Dativ muss als einziges sonst vorhandenes Satzelement zum Ausdruck bringen, was die Volksversammlung als eigenes Charakteristikum zur “Erwiderung” auf das Handeln der beiden anderen Staatsorgane tut.

Wie man sieht, stimmen die Ergebnisse einer rein sprachlichen und einer inhaltlichen Interpretation des Gedichts des Tyrtaios hinsichtlich des genannten syntaktischen Problems überein. Es bleibt nur noch übrig, die von mir angenommenen Bedeutung des Wortes ῥήτρα in die Übersetzung einzufügen. Dabei könnte es dem Leser höchst merkwürdig vorkommen, wenn die Übersetzung von V. 6 so lautet: “(die Männer aus dem Volk sollen) mit gerechten *Verträgen*

<sup>141</sup> GENTILI/PRATO 1b (Q2).

<sup>142</sup> Das wird aus Stellen wie Od. 2,38 od. 12,278 deutlich, an denen dieses Verb neben dem Dativ der Sache den Akkusativ der Person regiert, der man antwortet (eig.: der man vergilt). Die Konstruktion ist z.B. mit ἀμείβεσθαι δώροισι (Od. 24,285) identisch.

<sup>143</sup> KÖRNER 61 = Nomima 62, 1f. (Q8).

erwidern.“ Dies rührt daher, dass für unsere Ohren im Wort “Vertrag” Merkmale mitschwingen, die zur geschilderten Situation ganz und gar nicht passen. Legt man aber den “harten Kern” des Vertragsbegriffs zugrunde, den wir oben mit Savignys Hilfe herausgeschält haben, so erkennen wir, dass das Volk in Sparta nach Aussage des Tyrtaios “mit gerechten Rechtsnormen erwidert, die durch die übereinstimmende Willenserklärung Mehrerer zustande kommen, durch welche die Rechtsverhältnisse dieser Mehreren bestimmt werden.”

Die die erforderliche gemeinsame Willenserklärung Abgebenden sind nach meiner Auffassung all jene Spartaner, die befugt sind, in irgendeiner Weise am politischen Leben teilzunehmen. Dies würde erklären, wieso in diesem Text die normgebende Kompetenz als das ureigenste Betätigungsgebiet der Volksversammlung dargestellt wird: Ohne das Einverständnis der versammelten Bürger kann es keine gültige Rechtssetzung geben. Die “Gesetz”gebung ist (im Gegensatz zum Treffen von tagespolitischen Entscheidungen) diejenige politische Tätigkeit, in die die größtmögliche Zahl, ja alle Bürger eingebunden werden müssen. Man kann niemanden an eine neuartige Rechtsnorm binden, ohne dass er selbst sich vertraglich zu deren Einhaltung verpflichtet. Dass das Wort „Orakelspruch“ bedeute, wie Plutarch behauptet, ist von der Forschung abgelehnt worden.<sup>144</sup> In der Tat lässt sich diese angebliche Bedeutung, der wir auch oben bei den Worterklärungen der Lexikographen begegnet sind, in archaischer und klassischer Zeit nicht belegen. Der Sage nach ging die spartanische Verfassung zwar auf einen Orakelspruch zurück; dennoch würde dieser Umstand, selbst wenn er zweifellos historisch wäre, uns noch lange nicht berechtigen, deren Benennung als ῥήτρα auf ihn zurückzuführen, sondern wir müssten bei der viel wahrscheinlicheren Hypothese bleiben, dass dieses Wort, das ja allgemein staatsrechtliche Satzungen bezeichnet, mit der Zeit quasi zum Eigennamen für die Satzung par excellence, die Verfassung, wurde. Die kaiserzeitlichen Autoren und die spätantiken oder byzantinischen Lexikographen gaben sich höchstwahrscheinlich bloßen Spekulationen hin, was dadurch erleichtert wurde, dass der Begriff ῥήτρα in ihrer eigenen Sprache nicht vorkam. Es handelt sich ja, wie bereits erwähnt, um ein dialektales Wort, das nicht in die klassische Sprache aufgenommen wurde und daher nicht zum vertrauten Wortschatz der in der nachklassischen Schriftsprache schreibenden späteren Autoren gehörte.

---

<sup>144</sup> Plut. Lyc. 13,11. Zur Meinung der heutigen Forschung s. etwa WADE-GERY (1958), 62-64.

#### 1.4.5.2 Θεσμός

Bei *θεσμός* und Verwandten ist die Bedeutung „Vertrag“ nicht so klar zu fassen. Zunächst einmal wird das Wort in der altgriechischen Literatur – vor allem in der Dichtung – oft genug in einem recht allgemeinen Sinne verwendet, was hauptsächlich daran liegen dürfte, dass es im griechischen Sprachraum weiter verbreitet war und daher, anders als *ῥήτρα*, auch nicht zur Bezeichnung der Verhältnisse in einer speziellen Landschaft benutzt wurde. Ein weiterer Grund für die allgemeinere Verwendungsweise ist sicher darin zu erblicken, dass in diesem Substantiv das zugrunde liegende Verb *τίθημι* für die Sprecher des archaischen und klassischen Griechisch noch deutlich herauszuhören war. Dies wird etwa in Pind. Ol. 13,40 ersichtlich, wo mit *θεθμοί* Spiele gemeint sind, die als solche auf eine „Gründung“ oder „Satzung“ zurückgehen. Derselbe Dichter benutzt das Wort in Nem. 4,33 und in Isth. 6,20 (*θεθμόιον*), um die „Regeln“ der Dichtkunst zu bezeichnen. Noch weiter entfernt von einer rein rechtlichen Bedeutung ist der Plural (*θεσμῶν*) in Soph. Trach. 682, wo damit die Anweisungen des Nessos an Deianeira bezeichnet werden.<sup>145</sup>

Wo *θεσμός* im rechtlichen Sinne gebraucht zu werden scheint, ohne dass ein direkter Bezug auf geschriebene Satzungen erkennbar wäre, lässt es sich am besten als „grundlegendes Regelwerk“ (quasi „Satzung“ im engeren Sinne) deuten,<sup>146</sup> so in Aesch. Eum. 681. Hier ist die Übersetzung „Satzung“ besonders angeraten, kommen doch in der Art, wie das Wort in diesem Vers benutzt wird, beide Aspekte zutage, die dem griechischen Begriff sowie dem deutschen Äquivalent innewohnen: der des Regelwerks, welches die Gesamtheit des eine bestimmte Institution betreffenden gesetzten Rechts enthält, und der der Gründung, die durch diese Satzung erfolgt und von ihr eigentlich nicht zu trennen ist. Nicht zwingend erscheint es hingegen aus dem vorliegenden Befund, in *θεσμός* auf jeden Fall eine Norm sakraler Herkunft zu sehen.<sup>147</sup>

Ebensowenig muss der Sprachgebrauch in der athenischen Literatur, der dazu neigt, unter *θεσμός* eine autoritative Rechtssetzung durch eine besonders wichtige Einzelperson zu verstehen, die im Gegensatz steht zu den auf dem Konsens der Bürger beruhenden *νόμοι*, als ein Beweis dafür gelten, dass dies auch die archaische Verwendungsweise des Begriffs gewesen wäre, geschweige denn für eine Entwicklung von autoritativer zu demokratischer Rechtssetzung in der realen griechischen

---

<sup>145</sup> Weitere Belege für eine allgemeinere Bedeutung bei OSTWALD (1969), 12-19; EHRENBURG (1921), 109.

<sup>146</sup> Vgl. OSTWALD (1969), 14: „fundamental regulation.“

<sup>147</sup> So aber SHIPP (1978), 20.

Geschichte.<sup>148</sup> Dies dürfte man nur annehmen, wenn der Sprachgebrauch der archaischen Inschriften diese Sichtweise stützen würde; das ist aber nicht der Fall. Die Gesetzesinschriften, in denen das Wort *θεσμός* vorkommt, sind älter als die genannten literarischen Belege und dürften auch terminologisch sauberer verfasst sein. Somit ist es ratsam, bei der semantischen Untersuchung dieses Wortes den inschriftlichen Belegstellen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die meisten von ihnen lassen die Übersetzung „Gesetz“ an sich zu – wobei sie nichts darüber aussagen, wie dieses Gesetz zustande gekommen ist – und erzwingen in keiner Weise eine Wiedergabe als „Vertrag“. Einige vereinzelte Belege sind aber am besten in diesem Sinne zu interpretieren: So bedeutet das Wort einmal<sup>149</sup> allem Anschein nach „Kaufvertrag“; in SCHWYZER 523, 64-74 ist wohl von „Zeugen des Vertrags“ oder „des Geschäfts“ (*τω τεθμω πιστορες*) die Rede.<sup>150</sup>

KÖRNERs Auffassung, *τεθμῖον* bedeute hier „Tat“,<sup>151</sup> geht von einer Bedeutung von *τίθημι* aus, die ich nirgendwo im Griechischen belegen kann. Das Verb kann manchmal soviel wie „machen“, „erschaffen“ bedeuten (vgl. LSJ s.v. B.: „*make*“), wird im Griechischen aber nie zum bloßen „Tun“ (obwohl ebendieses deutsche Verb auf genau dieselbe indogermanische Wurzel \**dhe-* zurückgeht). Das Zeugnis des lateinischen (*facere* – ein weiterer Ableger dieser Wurzel) und des Germanischen (deutsch „tun“, englisch „do“) reicht nicht aus, solange kein eindeutiger Beleg innerhalb des Griechischen nachgewiesen wird.

Eine Bedeutung „Tat“ für *θεσμός* und Verwandte können wir daher getrost ausschließen. Das Bedeutungsspektrum dieser Vokabeln umfasst vielmehr (in ihrer juristischen Verwendung) die Begriffe der „Satzung“, der „Festsetzung“, der „festen Regel“ und Ähnliches, so auch des „Vertrages“ und des „Gesetzes“ (vorbehaltlich der noch erfolgenden allgemeinen Kritik an der Anwendung des letztgenannten Wortes auf die archaische Polis). Der einzige Unterschied zu *ρήτρα* liegt in seiner überregionalen Verbreitung; die Wahl des einen Wortes anstatt des anderen ist somit lediglich eine Dialekterscheinung.

Einer in der Forschung allgemein verbreiteten Meinung zufolge besteht jedoch ein semantischer Unterschied zwischen *θεσμός* und *νόμος*. Daher erscheint es mir an dieser Stelle angebracht, auf das letztgenannte Wort einzugehen, was im folgenden Kapitel geschehen wird. Daneben verweise auf meine Ausführungen bezüglich OSTWALDs Thesen, die den Abschluss meiner Untersuchung

<sup>148</sup> Es ist somit ALLEN (2005), 389 zu widersprechen, die sich für ihre Auffassung u.a. auf OSTWALD (1969), 55 und SHIPP (1978), 10 beruft.

<sup>149</sup> Nomima 24 = SCHWYZER 411, KÖRNER 39, IvO 4, 2f. (Q3).

<sup>150</sup> S. Q12. Eingehend GSCHNITZER (1997), 5 Anm. 10.

<sup>151</sup> S. KÖRNER, S. 117.



bilden;<sup>152</sup> dort werde ich auf den angenommenen Gegensatz zu νόμος eingehen und auf die geschichtswissenschaftlichen Schlussfolgerungen, die er aus seiner semantischen Analyse zieht.

#### 1.4.5.3 Diskussionen zum νόμος-Begriff

Traditionell ist man der Auffassung, dass dieses Wort ursprünglich „Brauch“ bedeutet habe.<sup>153</sup> Eine Ausnahme bildet eine Arbeit von SHIPP, der in einem Buch, das zwar kurz ist, aber gleichwohl genügend Material zur Untermauerung der in ihm vertretenen These bietet, gegen die etablierte Meinung argumentiert und versucht, für seine eigene Sichtweise Belege zu liefern.<sup>154</sup> Das Wort νόμος sei von Anfang an mit der Bedeutung „Gesetz“ bzw. „Recht“<sup>155</sup> ausgestattet gewesen, und die Verwendung im Sinne von „Sitte“ sei die abgeleitete und nicht umgekehrt. Genauer gesagt, war die Bedeutung „staatliches Recht“ Shipp zufolge die erste, die nach der etymologischen, namentlich „Aufteilung“ o.ä. (es dürfte außer Zweifel stehen, dass νόμος ein Verbalsubstantiv zu νέμω „teilen, zuweisen“ ist), in Gebrauch kam. Der Bedeutungswandel sei dadurch zu erklären, dass die ersten staatlichen Gesetze, die gemäß der Tradition in den süditalienischen Kolonien erlassen worden seien, die Aufteilung des Ackerlandes unter den Bürgern betroffen hätten.<sup>156</sup>

Shipp's Theorie ist einleuchtend und seine Argumente bedenkenswert. Er könnte daher m.E. mit seiner Auffassung durchaus recht haben, wonach νόμος von seiner eigentlichen Bedeutung her nicht die Sitte oder einen einfachen „Brauch“ bezeichnet, sondern sich auf das Recht bezieht, d.h. auf die in einem bestimmten Gemeinwesen geltenden Regeln, die für das staatliche Handeln relevant sind, und dass die Bedeutung „Sitte“ und alle anderen (wie „Naturgesetz“ o.ä.) von dieser abgeleitet sind. Was aber m.E. weiterhin zweifelhaft bleibt, ist die Ansicht, vor dem 5. Jh. habe das Wort einen geschriebenen Rechtstext bezeichnen können. Hierfür gibt es keinen stichhaltigen Beweis: Alle

---

<sup>152</sup> **Anhang I.**

<sup>153</sup> S. etwa ROMILLY (2001), 13-17.

<sup>154</sup> SHIPP (1978).

<sup>155</sup> Das englische Wort „law“ lässt beide Übersetzungen zu. Vgl. TODD (1993), 18.

<sup>156</sup> SHIPP (1978), 14-17. Ob diese Gesetze von Anfang an νόμοι genannt wurden, halte ich trotz HIRZEL (1907), 339 u. 345 Anm. 5 (auf den sich Shipp beruft) für zweifelhaft. Die sprichwörtlichen Ausdrücke Ζαλεύκου bzw. Ὁξύλου νόμος mögen zwar „alt“ gewesen sein zu dem Zeitpunkt, als die Parömiographen sie in ihre Sammlungen aufnahmen, doch vermag ich keinerlei Anhaltspunkt dafür zu sehen, dass sie ausgerechnet in die Zeit dieser legendären Gesetzgeber zurückreichen. Überhaupt ist die Historizität dieser Figuren in den letzten Jahrzehnten (m.E. zu Recht) zunehmend in Zweifel gezogen worden: vgl. etwa SZEGEDY-MASZAK (1978); HÖLKESKAMP (1999), 44-59. Man sollte daher lieber das Zeugnis der Inschriften zugrunde legen, in denen vor dem 5. Jh. Gesetzestexte nie νόμοι genannt werden.

Quellen, nach denen z.B. die Gesetze des Solon (im Gegensatz zu denjenigen Dracons) νόμοι geheißen hätten, sind spät;<sup>157</sup> Solon selbst nennt seine Gesetze θεσμοί.<sup>158</sup>

Auch im sog. „Siedlergesetz“ aus Lokris<sup>159</sup> wird es an keiner Stelle deutlich, dass νόμος und verwandte Wörter speziell das geschriebene Gesetz bedeuteten. Eher wird man davon ausgehen müssen, dass νόμος allgemein eine „Rechtsnorm“ bezeichnete, gleichgültig, ob sie geschrieben war oder nicht. So konnte jeder beliebige innerstaatliche Rechtssatz als νόμος bezeichnet werden, und das erklärt darüber hinaus auch, warum der Plural dieses Wortes so häufig benutzt wurde, um das gesamte Recht einer gegebenen Stadt zu bezeichnen.

Dies gilt auch dann, wenn man mit SVENBRO<sup>160</sup> unter νόμος „das Gelesene“ verstehen möchte. Als Verbalsubstantiv zu νέμω könnte es durchaus diese Bedeutung haben, da dieses Verb auch in der Bedeutung „rezitieren“ oder „lesen“ belegt ist.<sup>161</sup> Gesetze wären also nach ihrer Eigenschaft benannt, geschriebene Texte zu sein, die man vorlesen muss (wie es in der Tat in den erhaltenen Gerichtsreden des öfteren geschieht).<sup>162</sup> Gegen diese Ansicht spricht, dass sie einen Bedeutungssprung von einem allgemeinen Sinn auf einen ganz besonderen voraussetzt, welcher seinerseits der Erklärung bedürftig ist. Bezeichnet νόμος nämlich das Geschriebene und Gelesene, so fragt es sich, wieso ausgerechnet das Gesetz so genannt wird, das ja bei weitem nicht die einzige Art von Text ist, die vorgelesen wird. Vorausgesetzt, dass in der frühen archaischen Zeit vor allem Rechtstexte aufgeschrieben wurden, so ist es noch nicht klar, warum das Wort nicht auch auf Staatsverträge angewandt wird.

Auf jeden Fall scheint νόμος auf das innerstaatliche Recht beschränkt zu sein und allgemein „Rechtsnorm“ oder „Gruppe von Rechtsnormen“ zu bedeuten.

---

<sup>157</sup> SHIPP (1978), 18f. führt mehrere Quellen für νόμος im besagten Sinne auf, von denen aber keine einzige älter ist als das 5. Jh.

<sup>158</sup> Fr. 36, 21 WEST. Falls im selben Fragment, V. 18f., die Lesart κράτει νόμου richtig sein sollte, so würde dies meine These bestätigen, dass νόμος und θεσμός inhaltlich nicht identisch waren (s.u.).

<sup>159</sup> Nomima 43 (2.4.1.); vgl. SHIPP (1978), 18.

<sup>160</sup> SVENBRO (1988), 123-136.

<sup>161</sup> SVENBRO (1988), 124f.; 61 Anm. 3. S. auch LSJ s.v. νέμω, A.IV.

<sup>162</sup> Vgl. GAGARIN (2008), bes. 39-66. Näheres zur Debatte über die Schriftlichkeit und den angenommenen Kodifikationscharakter der archaischen Gesetze unter 3.3.

#### 1.4.6 Formale und inhaltliche Merkmale von Gesetzen und Staatsverträgen

Sind die sog. Gesetze also gemäß meiner These staatsrechtliche Verträge, so dürften auch sie durch Schwurhandlungen Rechtskraft erlangt haben. Wie diese bei Staatsverträgen nicht immer aufgezeichnet sind, so müssen sie es auch bei Gesetzen nicht unbedingt sein. Die Frage ist vielmehr, ob zwischen den Gesetzestexten und den Abschriften völkerrechtlicher Verträge Unterschiede bestehen bezüglich der Häufigkeit, mit der ausdrücklich auf einen Eid Bezug genommen wird, und der Formen, in denen die sakrale Absicherung des Regelungsinhalts erfolgt. Dabei sind die Ergebnisse zu der ersten Frage wenig aussagekräftig, denn für die archaische Zeit sind zu wenige Staatsverträge inschriftlich erhalten, als dass eine statistische Auswertung Sinn ergeben könnte: bis 500 v. Chr. sind lediglich 3 Verträge erhalten, aus dem 5. Jh. (also an der Grenze zwischen archaischer und klassischer Zeit) 33.<sup>163</sup> Vielmehr muss die zweite Fragestellung eingehend erörtert werden: Es ist namentlich zu untersuchen, ob Gesetzen und völkerrechtlichen Verträgen bzw. ihren jeweiligen Urkunden die formale Ausgestaltung gemeinsam ist.

Die psephistische Urkundenart<sup>164</sup> ist in Staatsverträgen nicht vor dem 5. Jahrhundert belegt.<sup>165</sup> Aus früherer Zeit begegnen nur Exemplare der völkerrechtlichen Art, welche SWOBODA „abgekürztes Dekret“ nannte.<sup>166</sup> Charakteristisch für diese Art ist, dass die Verhandlungen, die dem Vertragsschluss vorausgingen, und die Riten, in denen er bestand, völlig ausgeblendet wurden und nur der Vertragstext selbst aufgeschrieben wurde. Allein deswegen ist eine Schlussfolgerung wie die von BALTRUSCH (s.o.) problematisch. Der Eid braucht nicht erwähnt zu werden, weil es sich beim fraglichen Text eben um eine Urkunde handelt, die lediglich über den Inhalt des Vertrages Auskunft gibt, nicht aber über die konkreten Handlungen, die ihn zur Perfektion gebracht haben, also um eine Urkunde der „völkerrechtlichen“ Art.<sup>167</sup> Dass im Text eines anderen inschriftlich überlieferten Staatsvertrages ausdrücklich ein „Eid“ (ορκος) erwähnt wird,<sup>168</sup> spricht nicht gegen die hier vertretene Auffassung, ganz im Gegenteil: Eid und Vertrag fallen im Sprachgebrauch dieses Dokuments zusammen, was einen weiteren Beleg für die Untrennbarkeit der beiden Dinge im antiken Griechenland darstellt.

---

<sup>163</sup> Vgl. die Tabelle bei WHEELER (1984), 255.

<sup>164</sup> S. oben, 1.4.4.

<sup>165</sup> HEUSS (1934), 397.

<sup>166</sup> SWOBODA (1890), 46ff.; vgl. QUASS (1971), 50f.

<sup>167</sup> Nomima 51 = StV II 111, 5 (2.1.2).

<sup>168</sup> S. vorige Anm.

Wird also bei Staatsverträgen erwiesenermaßen oft genug der Eid nicht beurkundet, so ist es fast zu erwarten, dass er auch bei den sog. Gesetzen oft nicht, manchmal aber durchaus in der Urkunde erscheint. Dies ist genau der Befund. Das Fehlen eines expliziten Bezuges auf Schwurhandlungen in „Gesetzes“urkunden beweist daher nicht, dass diese Rechtstexte nicht beeidet wurden; um so weniger, falls es – genauso wie bei den Staatsverträgen – doch einige Inschriften gibt, die von einem Eid berichten. Und auch letzteres trifft zu: Gerade in einem Rechtstext, den die Forschung als den ältesten erhaltenen Gesetzestext aus einer griechischen Polis ansieht, das berühmte Verbot der Amtsiteration aus Dreros,<sup>169</sup> werden am Schluss (Z. 5) die „Schwurmänner“ (d.h. offenbar die Beschwörer des vorliegenden Rechtstextes) aufgezählt. Das griechische Wort ὁμότης (dorisch ὁμότας) ist vereinzelt belegt, vor allem aber begegnet das Kompositum ὀρκωμότης (in der Bedeutung „Geschworener“) recht oft.

Manchmal gibt zudem ein inschriftlicher Normtext, dem keine ausdrückliche Beschreibung der Schwurhandlung beigelegt ist, indirekt Aufschluss über die zugrunde liegende Eidesleistung. Besonders bemerkenswert ist der sog. „Ligdami-Pakt“ (MAFFI<sup>170</sup>), eine vermutlich im zweiten Viertel des 5. Jh. entstandene Satzung, die in Bodrum, ehemals Halikarnass, auf einer Marmorsäule gefunden wurde und die Rechtsverhältnisse zweier Poleis, Halikarnass und Salmakis, bezüglich Rechtsstreitigkeiten über Grundstücke regelte.<sup>171</sup> Bei allen Unklarheiten, die der Text sonst bietet, ist gerade dessen Schlussteil, Zz. 32-Ende, für die vorliegende Untersuchung äußerst aufschlussreich.

Zuerst ist anzumerken, dass hierüber ein Streit in der Literatur stattgefunden hat, namentlich über die Frage, ob es sich um einen „Pakt“ (so bezeichnet ihn Maffi) oder um ein „Gesetz“ handelt, als das KÖRNER und Nomina den Text bezeichnen. Der Text selbst nennt sich ein νόμος (Zz. 32 u. 34), was für die Einordnung als „Gesetz“ spricht; andererseits ist die Tatsache, dass mehrere Staatswesen davon betroffen sind, ein Indiz für dessen Vertragsnatur. Ist die in dieser Arbeit vertretene These richtig, so ist dieser Streit natürlich gegenstandslos. Dass es sich bei dieser Inschrift um eine vertragliche Vereinbarung handelt, wird daraus deutlich, dass die Wirksamkeit der niedergeschriebenen Rechtsvorschriften auf einen Eid zurückgeht. Wie bereits angedeutet, ist dieser Eid nirgendwo direkt dokumentiert; dennoch ist seine beiläufige Erwähnung in Z. 44 unmissverständlich: die Klagebefugnis kommt jedem zu, der die vorliegenden Vorschriften nicht

---

<sup>169</sup> Nomima 81 (2.3).

<sup>170</sup> S. MAFFI (1988).

<sup>171</sup> Nomima 19 (2.5).

übertritt, „wie sie beeidet wurden“, wörtlich: „wie (sie: unbestimmtes Subjekt) die Opfertiere geschnitten haben“ (τα ὄρκια ἐταμον). Der Ausdruck ὄρκια τέμνειν ist schon homerisch<sup>172</sup> und bezeichnet das die Schwurhandlung begleitende Opfer, das der Selbstverfluchung Nachdruck verleihen soll.

Die Art, wie dieser νόμος zur Perfektion gelangte, unterscheidet sich also in nichts von der, die bei Staatsverträgen bekannt ist. Dass es sich um Normen handelte, die von den beiden Gemeinschaften sehr ernst genommen wurden, ist aus der Schwere der Zz. 35-41 dem Übertreter angedrohten Sanktionen ersichtlich. So wundert es auch nicht, dass die Schwurhandlung von einem blutigen Opfer begleitet wurde.<sup>173</sup>

Es gibt aber für die Beeidigung von Gesetzen noch aus hellenistischer Zeit Belege: So berichtet eine Beschlussinschrift aus Pergamon,<sup>174</sup> die vermutlich aus dem ausgehenden 3. Jh. stammt, wie alle Amtsträger zum Eid bestellt werden sollten, wodurch sie den Vertrag der Polis mit einer Priesterfamilie besiegeln, der die Polis somit das Amt bis in alle Ewigkeit zusichert. Ergänzend dazu sei auf eine Inschrift ähnlichen Inhalts hingewiesen, die einen Vertrag zwischen der Polis Eretria und einem gewissen Chairephanes über die Trockenlegung von Moorland zum Gegenstand hat<sup>175</sup> und der zufolge alle Bürger zum Eid verpflichtet wurden und (sofern wir die diesbezüglichen Passagen des stark beschädigten Textes richtig rekonstruieren) denjenigen, die sich weigerten, diesen zu leisten, der Verlust der Bürgerrechte drohte (Zz. 42-44).

Ähnliche Maßnahmen, die der Willensbildung der Bürgerschaft „nachhelfen“ sollten, sind übrigens auch aus einer athenischen Inschrift aus der Mitte des 5. Jh. bekannt,<sup>176</sup> die ja auch für die einschlägigen Ergänzungen in der eretrischen Inschrift die Vorlage liefert. In der letztgenannten geht es übrigens um einen Staatsvertrag: Die athenische Volksversammlung beschließt, ein Bündnis mit Chalkis einzugehen, und setzt einen Vertrag auf, der (wie alle Staatsverträge) von allen beteiligten Städten beeidet werden muss, und zwar in diesem Fall von der gesamten Bürgerschaft; während auf athenischer Seite die Amtsträger einfach „dafür sorgen“ werden, dass jeder Bürger schwört (Zz. 19f.), werden in Zz. 32ff. die Maßnahmen festgelegt, die jeden Bürger von Chalkis treffen sollen, der sich weigern sollte mitzuschwören: Verlust der Bürgerrechte und Einziehung eines Teils des Vermögens.

---

<sup>172</sup> Il. 3, 94; 3, 256.

<sup>173</sup> KÖRNERs Zweifel (S. 323 Anm. 29) sind daher unbegründet. Auch angesichts der sonst bekannten griechischen Gepflogenheiten ist ein solches Opfer durchaus zu erwarten: vgl. FARAONE (1993).

<sup>174</sup> IvP 251 = DITTENBERGER 1007, 27ff. (vgl. 2.5; Q10).

<sup>175</sup> IG XII (9), 191 (Q16).

<sup>176</sup> IG I<sup>3</sup>, 40 (Q18).

Die Zusammenschau dieser drei Inschriften liefert einen anschaulichen Beleg dafür, dass noch in nacharchaischer Zeit privatrechtliche Verträge, Staatsverträge und „Gesetze“ (eigentlich: staatsrechtliche Verträge) im Grunde dasselbe waren und sich in den meisten Poleis nur dem Namen nach unterschieden.<sup>177</sup> Um so weniger müssen sie sich in archaischer Zeit unterschieden haben, wo – bevor das Wort νόμος als in Inschriftentexten zu findende Bezeichnung für innerstaatliche Rechtsnormen auf den Plan kam – nicht einmal unterschiedliche Benennungen auszumachen sind.

Vor diesem Hintergrund ist die Auffassung WOLFFs abzulehnen, der die oben genannten Passagen antiker Autoren, in denen der Vereinbarungscharakter der Gesetze zum Ausdruck kommt, als bloß rhetorisch oder von sophistischen Ideen beeinflusst abtut.<sup>178</sup> Er übersieht nämlich die Bedeutung des Eides für die Gültigkeit der positiven Normen in den altgriechischen Poleis; Athen ist keineswegs eine Ausnahme von diesem Grundsatz, obwohl gerade dort eine Beeidung spezieller Gesetze in klassischer Zeit nicht belegt ist. Was aber die Gesetze Solons angeht, so liegen tatsächlich Quellen dafür vor, dass die zeitgenössischen Athener sie beschworen: Das wird in der *Athenaion Politeia* ausdrücklich berichtet:<sup>179</sup>

ἀναγράψαντες δὲ τοὺς νόμους εἰς τοὺς κύρβεις ἔστησαν ἐν τῇ στοᾷ τῇ βασιλείῳ καὶ ὥμοσαν χρῆσθαι πάντες.

„Sie (die Athener) ließen die Gesetze auf die κύρβεις schreiben, ließen diese in der Königlichen Säulenhalle aufstellen und schworen alle, dass sie sie befolgen würden.“

Außerdem weist Herodots berühmte Erzählung über Solon in dieselbe Richtung, wenn es heißt:<sup>180</sup>

ὁρκίοισι γὰρ μεγάλοισι κατείχοντο δέκα ἔτεα χρῆσθαι νόμοισι τοὺς ἄν σφι Σόλων θῆται.

„(Die Athener) waren nämlich durch gewichtige Eide dazu angehalten, zehn Jahre lang die Gesetze zu befolgen, die ihnen Solon geben würde.“

---

<sup>177</sup> Vgl. 2.5.

<sup>178</sup> WOLFF (1970), 72f. Hiermit wendet er sich gegen PAOLI (1933), 45-51.

<sup>179</sup> [Arist.] AP 7,1.

<sup>180</sup> Hdt. 1,29,2. Vgl. Plut. Sol. 25,1.

Wenngleich es hier anscheinend um eine etwas andere Vorgehensweise geht (offensichtlich beeiden die Athener nicht den konkreten Gesetzestext, sondern versprechen, sich an jedwedes Gesetz zu halten, das bloß von Solon stammt), die Parallele zu der Angabe in der AP ist offensichtlich. Es bleibt festzuhalten, dass hier höchstwahrscheinlich ein Reflex der Schwurhandlung vorliegt, die für die Rechtswirksamkeit der die Normen enthaltenden Texte offenbar notwendig war und auf die schließlich auch die Gültigkeit von Solons Gesetzgebung zurückgeht.

Das Gleiche berichtet die Tradition auch von anderen Gesetzgebern. Es gehört zu den traditionellen Motiven in den Gesetzgeberviten, dass sie, vor das Problem gestellt, ihrem Werk Dauerhaftigkeit und Unabänderlichkeit verleihen zu müssen,<sup>181</sup> dieses auf die gleiche Weise gelöst hätten: indem sie nämlich die Machthaber und die gesamte Bürgerschaft hätten schwören lassen, den von ihnen geschriebenen Gesetzen treu zu bleiben und sie nicht ohne ihr Einverständnis zu ändern, und daraufhin ihre Stadt verlassen hätten. Solon tat dies gemäß der Überlieferung für zehn Jahre; Lykurg hingegen soll den Spartanern den Eid abverlangt haben, nichts an den Gesetzen zu ändern, bis er von einem erneuten Besuch des Delphischen Orakels zurückgekehrt sei, woraufhin er aufgebrochen und nie wieder nach Sparta zurückgekommen sei.<sup>182</sup>

Auch vermag ich keinen echten Widerspruch zu sehen zwischen den drei bei den Griechen gängigen Erklärungsmodellen über Natur und Entstehung der Gesetze, namentlich als Geschenk der Götter, als Einsicht weiser Männer und als verbindliche Vereinbarung der Polis. WOLFF greift hier die Behauptung LESKYs auf, die drei Erklärungsmodelle seien inkompatibel.<sup>183</sup> Die Götter können sich jedoch sehr wohl des Mittels der Inspiration bedienen, die sie besonders weisen Menschen zuteil werden lassen; damit die gottgegebene Einsicht geltendes Recht wird, bedarf es dann der Vereinbarung unter den Bürgern<sup>184</sup>. Sehr seltsam ist diese Konstellation nicht: Auch die indischen Veden sind der Tradition zufolge sowohl göttlicher Herkunft als auch das Werk menschlicher Seher, die sie "erschaut" hätten.<sup>185</sup>

In der Forschung wird bei den Gesetzen quasi wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Bürger oder Amtsträger, die nach Angabe der Quellen einen Gesetzestext beeideten, einen

---

<sup>181</sup> In der Tat war es ein Anliegen frühgriechischer Gesetzgebung, dass die Gesetze nicht geändert werden sollten; s. hierzu etwa CAMASSA (1996), 571-576.

<sup>182</sup> Plut. Lyk. 29, 1-4. Zum Ganzen s. HÖLKESKAMP (1999), 49f.; SZEGEDY-MASZAK (1978), 206-209; MCGLEW (1993), 107f.

<sup>183</sup> LESKY (1969), 18.

<sup>184</sup> So auch Dem. 25, 15f.

<sup>185</sup> Zum Offenbarungscharakter der Veden s. STIETENCRON (2001), 18.

„Treueeid“ schworen.<sup>186</sup> Obwohl dies nie thematisiert wird, muss man dies wohl so verstehen, dass bei Gesetzen die Bürger oder Amtsträger zwar einen Eid ablegten, mit dem sie ihnen gegenüber Gehorsam versprachen, das jeweilige Gesetz jedoch unabhängig vom Eid rechtsgültig war.

Dem ist entgegenzuhalten, dass sich bei Staatsverträgen die Lage nun einmal anders darstellt, da sie ja, worüber in der Forschung keinerlei Streit herrscht und wozu auch der Quellenbefund passt, erst durch den Eid selbst zur Perfektion gelangten. Angesichts dieser Tatsache müsste man, wäre die gängige Forschungsmeinung über die Gesetze richtig, davon ausgehen, dass die in Literatur und Inschriften genannten Eide in zwei Kategorien einzuteilen wären, von denen die eine die für Verträge notwendigen Perfektionseide bildeten, die andere hingegen jene Eide, die nicht rechtlich notwendig wären, sondern nur die Treue der der Norm Unterworfenen verstärken sollten.

Man müsste also einen Gegensatz konstruieren zwischen Perfektions- und Treueeiden. Es fragt sich aber, ob eine solche Unterscheidung plausibel ist. Diese Frage ist zu verneinen: Nichts in den vorhandenen Quellen deutet darauf hin, dass den Griechen ein Unterschied zwischen diesen zwei Arten von Eiden bekannt gewesen wäre.

Die Identität von Gesetzen und Verträgen im archaischen Griechenland lässt sich somit durch verschiedene voneinander unabhängige Beobachtungen bestätigen: Nicht nur werden sie bis ins 5. Jh. herab nicht begrifflich voneinander getrennt, sondern sie weisen auch die gleiche Entstehungsart auf. Dass diese beiden nicht die einzigen Übereinstimmungen in formaler und inhaltlicher Hinsicht zwischen den zwei Rechtsinstituten sind, wird anhand der Untersuchung einzelner Rechtstexte aus dem archaischen Griechenland nachzuweisen sein.

---

<sup>186</sup> So etwa CAMASSA (1994), 103.



## 2. EINZELNE RECHTSTEXTE AUS ARCHAISCHER ZEIT

Bevor ich mit der Besprechung der ausgewählten inschriftlichen Rechtstexte aus archaischer Zeit beginne, muss ich kurz die Kriterien der Auswahl selbst erläutern. Denn in der Tat sind aus der Zeit bis ungefähr 450 v.Chr. sehr viele Texte erhalten, die Rechtsnormen enthalten, wie ein Blick in die Standardausgaben bestätigen wird. Das Problem bei den meisten dieser Inschriften ist, dass sie einer wesentlichen Anforderung nicht genügen, die an sie zu stellen ist, sollen sie für die in der vorliegenden Arbeit verfolgte Fragestellung von Nutzen sein: Sie müssen Rückschlüsse über ihren „Sitz im Leben“ erlauben, zumindest aber über die Art, wie sie als normative, verbindliche Regelwerke zustande kamen.

Während die Autoren der Textsammlungen hauptsächlich an den Rechtsnormen als solchen interessiert sind, weswegen sich auch einem unzusammenhängenden Textbruchstück unter Umständen Informationen über dessen normativen Gehalt abgewinnen lassen, geht es in dieser Arbeit darum, in Anbetracht der allgemeinen Frage, ob der jeweilige Inschriftentext ein Gesetz oder ein Vertrag gemäß den oben erläuterten Definitionen ist, festzustellen, woher er seine Geltung als mindestens für eine ganze Polisgemeinschaft verbindliche Rechtsnorm bezog. Dies steht aber naturgemäß nicht in den Normtexten selbst, sondern entweder in den Überschriften oder den Anmerkungen zur Urkunde als solcher (wenn sie überhaupt vorhanden sind!), oder es wird in einzelnen Aussagen beiläufig und zufällig angedeutet. Einzige Ausnahme ist der Charakter mancher Texte als Staatsverträge, welcher insofern aus dem eigentlichen Normtext selbst hervorgeht, als der normative Gehalt als solcher die Rechtsverhältnisse zweier oder mehrerer Poleis regelt, was unter der wohl unumstrittenen Voraussetzung, dass es im archaischen Griechenland keine überstaatliche Macht gab, die Vertragsnatur des Textes hinreichend beweist.

Die meisten Rechtstexte sind aber viel zu fragmentarisch erhalten, um Aufschluss über ihren Sitz im Leben und die Art ihrer Geltung zu geben, und mussten daher bei der diesem zweiten Teil zugrunde gelegten Auswahl ausscheiden. Aber selbst bei gut oder gar vollständig erhaltenen Inschriften ist es keineswegs gewährleistet, dass der heutige Leser in ihnen die Antworten auf diese Fragen erkennen kann. Zum Beispiel sind sie dem großen „Code“ aus Gortyn – und allgemein den Gesetzen, die aus dieser Stadt erhalten sind – nicht zu entnehmen, obwohl dieser vollständig erhalten ist und keinerlei Schwierigkeiten hinsichtlich der Lesarten bereitet.<sup>187</sup> Höchstens kann

---

<sup>187</sup> Dies könnte mit dem anzunehmenden Kodifikationscharakter dieses Textes zusammenhängen (3.3).

man äußerst indirekt aus dem Umstand, dass er sich eigentlich an den Richter wendet, auf seinen Vertragscharakter schließen, indem man darauf hinweist, dass jeder Richter gewiss aus dem Kreis der Vollbürger stammte, die vermutlich den Gesetzestext beeidet und sich somit auf ihn verpflichtet hatten, so dass jede der im „Code“ enthaltenen Normen eigentlich nur für diejenigen unmittelbar verpflichtend war, die sie beeidet hatten; für alle anderen (Frauen, Sklaven, Fremde) wirkte sie hingegen nur mittelbar, insofern als sie die Grundlage für eine sie betreffende Gerichtsentscheidung bilden konnte. Es liegt aber auf der Hand, dass diese Überlegung kein Beweis für den Vertragscharakter des „Code“ ist, sondern allenfalls seine Vereinbarkeit mit der zentralen These dieser Arbeit aufzeigt. Ein positiver Beweis wird hingegen nur möglich werden, wenn sich aus der Untersuchung der ausgewählten Texte auf die oben genannte Fragestellung hin genügend Anhaltspunkte dafür ergeben werden.

Auf den normativen Gehalt der von mir einzeln untersuchten Rechtstexte will ich demgegenüber nur insofern eingehen, als dies für die Grundfragestellung dieser Arbeit von Bedeutung ist. Eine Beschäftigung mit dem juristischen Inhalt der Texte um seiner selbst willen würde den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprengen, welche selbst bei der eher gering ausfallenden Auswahl an archaischen Rechtsinschriften in keiner Weise einen Kommentar ersetzen kann. Der bessere und m.E. aus wissenschaftlicher Sicht einzig vertretbare Kurs, den ich hier einzuhalten gedenke, ist, nur das für die Fragestellung dieses Buches Relevante zu besprechen und den Leser ansonsten auf die reichlich vorhandene Sekundärliteratur zu verweisen.

Konkret will ich nun zunächst drei Staatsverträge analysieren, um die Hauptmerkmale dieser Gattung herauszuarbeiten (2.1). Darauf werden einige staatsrechtliche Verträge folgen, die eine Polis mit einer Einzelperson geschlossen hat; hier dürfte die Nähe zu den sog. „Gesetzen“ am augenfälligsten sein, was sich auch an ein paar Einordnungsproblemen bemerkbar macht, die die Forschung beschäftigt haben (2.2). Anschließend werde ich einige Rechtstexte unter die Lupe nehmen, deren Einordnung unter die „Gesetze“ in der Literatur unumstritten ist, um ihre Ununterscheidbarkeit von den Verträgen, zumal den staatsrechtlichen, deutlich zu machen (2.3f.). Daraufhin wird ein besonderer Rechtstext, dessen Einordnung übrigens ebenfalls nicht ganz einfach ist, interessante Erkenntnisse über die Bedeutung des Begriffs νόμος bieten, der in klassischer Zeit typischerweise zur Bezeichnung innerstaatlicher Rechtsnormen benutzt wird und dasjenige altgriechische Wort ist, das unserem Begriff „Gesetz“ am ehesten entspricht (2.5). Schließlich werde ich in einem Überblick über die Ergebnisse der Untersuchung die festgestellten

allgemeinen Merkmale gesondert hervorheben, die nach meiner Ansicht eine eigene Textgattung charakterisieren, welcher sowohl die Staats- und sonstigen öffentlichrechtlichen Verträge wie auch die sog. Gesetze angehören (2.6).

## 2.1 Staatsverträge

### 2.1.1 Elis und Heraia (Nomima 52)

Ἀ φράτρα τοῖρ φαλείοις : καὶ τοῖς Εὐφαιοῖς :

Συνμαχία κ' ἕα ἑκατὸν φέτεα : ἄρχοι δέ κα τοῖ : αἱ δέ τι δέοι : αἶτε φέπος αἶτε φάργον : συνέαν κ' ἀλλήλοισ :

τά τ' ἄλλα καὶ πὰ[5]ρ πολέμω : αἱ δέ μὰ συνέαν : τάλαντον κ' ἀργύρω : ἀποτίνοιαν : τῶι Δι' Ὀλυμπίωι : τοὶ  
καδαλέμενοι : λατρεῖόμενον : αἱ δέ τιρ τὰ γράφεα : ταῖ καδαλέοιτο : αἶτε φέτας αἶτε τελεστὰ αἶτε δᾶμος : ἐν  
τ' ἐπιάρωι κ' ἐνέχ[10]οιτο : τῶι ἵνταυτ' ἐγραμένωι.

Das ist der Vertrag zwischen den Eleern und den Eueern (?):

Es bestehe ein Bündnis für hundert Jahre, anfangend vom jetzigen<sup>188</sup> (Jahr). Wann immer Hilfe durch Wort oder Tat nötig ist, sollen sie einander beistehen, [5] insbesondere im Krieg.

Sollten sie nicht einander beistehen, so sollen die Übertreter ein Talent Silber zahlen, das für den Olympischen Zeus abzuarbeiten ist.

Sollte jemand diesen<sup>189</sup> Text zerstören, sei es eine Privatperson, ein Beamter oder das ganze Volk, so soll er zu der Buße verurteilt werden, [10] die hier aufgeschrieben ist.

Der Text des Vertrages zwischen den Eleern und einer sonst unbekannten Polis, die ein Volk bewohnte, dessen Name, je nach Lesart eines unklaren Buchstaben, als Εὐφαιοι oder Ἡραίοι rekonstruiert wird,<sup>190</sup> ist auf einer 1813 in Olympia gefundenen Bronzeplatte zu lesen.<sup>191</sup> Er datiert vermutlich an das Ende des 6. oder an den Anfang des 5. Jh.

Auf eine Überschrift mit der in Elis üblichen Formulierung: α φράτρα τοιρ φαλειος και τοις ευφαιοις („Das ist eine φράτρα zwischen den Eleern und den Eueern[?]“) folgt unmittelbar der Vertragstext.

Dieser ist von besagter Überschrift dadurch abgesetzt, dass zwischen ihr und den darauffolgenden Worten jedwede Satzverbindungspartikel fehlt, was in diesem Dokument einmalig ist. Anders als in der klassischen Prosa ist auf Gesetzesinschriften das Fehlen der im Griechischen sonst üblichen

<sup>188</sup> Τοι ist wohl zweisilbig zu lesen für τοδί (verstärktes τόδε), genauso wie ται in Z. 8.

<sup>189</sup> S. vorige Anm.

<sup>190</sup> S. Nomima S. 215 zu Z.1.

<sup>191</sup> Nomima 52; StV II 110; ML 17; IvO 9; LSAG S. 220 Nr. 6; GDI 1149; DITTENBERGER 9; BUCK 62; SCHWYZER 413.

Partikeln, die einen neuen, syntaktisch unabhängigen Satz oder ein neues Satzgefüge einleiten, durchaus geläufig. Aus solchen Asyndeta lässt sich schließen, dass der nachfolgende Satz zu einem neuen Textabschnitt gehört, der gegenüber dem vorangegangenen inhaltlich unabhängig ist. Dies ist selbstverständlich vor allem an Stellen wie dieser zu erwarten, an denen nach einer einleitenden Überschrift mehr oder weniger formelhaften Charakters der eigentliche Text einsetzt, zu welchem die Überschrift selbst ja nicht gehört. Im Laufe des eigentlichen Vertragstextes wird jeder neue Satz hingegen durch die Partikel *δέ* eingeleitet. Darauf wird gleich zurückzukommen sein.

Für den Gräzisten besonders auffällig ist die Benutzung des Optativs in Verbindung mit der Partikel *κα* in Sätzen, die offenbar nicht eine Möglichkeit, sondern eine Vorschrift ausdrücken. Hierbei muss es sich um eine dialektale Eigentümlichkeit des Elischen handeln.<sup>192</sup> Auch in Nebensätzen ist der Konjunktiv unbekannt und wird durchgehend durch den Optativ ersetzt.<sup>193</sup> Dementsprechend wird auch die Hauptvorschrift des Textes so formuliert:

*Συμμαχία κ'εα εκατον ρετα,*

also „Ein Bündnis soll bestehen für hundert Jahre“, d.h. wohl „bis in alle Ewigkeit“. Zwischen welchen Staaten dieses Bündnis bestehen soll, ergibt sich aus der Überschrift und braucht daher nicht nochmal ausgedrückt zu werden. Jeder nachfolgende Satz wird nun, wie bereits ausgeführt, durch ein *δέ* eingeleitet. Man achte darauf, dass es bis auf eine Ausnahme immer in der Verbindung *αι δε* vorkommt: eine in griechischen Gesetzesinschriften überhaupt außerordentlich häufige Gebrauchsweise,<sup>194</sup> die sich naturgemäß auf die verschiedenen Abwandlungen eines Tatbestandes bezieht, auf die zahlreichen möglichen Ereignisse, die sich der Komplexität der menschlichen Verhältnisse entsprechend typischerweise dem in der Norm ins Auge gefassten Grundsachverhalt modifizierend, ergänzend oder aufhebend beitreten können. Die genannte Ausnahme bildet der erste auf die Grundvorschrift folgende kurze Satz (Z.3):

---

<sup>192</sup> S. dazu BUCK S. 138.

<sup>193</sup> Eine Entwicklung, die zu derjenigen des nachklassischen Griechisch gegenläufig ist und den Verhältnissen im Altindischen entspricht. Durch die Aufgabe eines der zwei Modi gehen Nuancierungsmöglichkeiten verloren, die in anderen archaischen Rechtstexten vorhanden sind, so jene zwischen einem gebilligten und erwarteten Tatbestand (Konjunktiv mit *ἄν/κα/κε*) und einem, der als rechtswidrig gilt und den zu unterbinden die Vorschriften bezwecken (Optativ). Auf Beispiele hierfür werden wir in anderen in der vorliegenden Arbeit analysierten Texten stoßen. Da besagte Nuancen nicht überlebenswichtig sind, pflegen die Sprecher einer Sprache sie im Laufe der Zeit zugunsten eines vereinfachten Verbalsystems aufzugeben.

<sup>194</sup> Vgl. GAGARIN (1981), 81 und die darauffolgenden Ausführungen.

αρχοι δε κα τοι,

nämlich „dieses (Jahr) soll der Anfang sein“, mit Verwandlung von τοῦτ in τοί, wie die etablierte Interpretation besagt. Hier kommt δε nicht in der oben genannten Verbindung vor, es fehlt ja sogar der sonst vorhandene Nebensatz, der in den anderen Perioden am Anfang steht. Man sollte aber nicht übersehen, dass in diesem Satz keine ganz normale Wortstellung vorliegt: Das Verb ist vielmehr betonend an den Satzanfang gerückt, und man übersetzt es wohl am besten mit „Was aber den Anfang (der Frist) angeht, so ist das dieses Jahr.“ Eine ähnliche Wortstellung findet sich in Drakons Tötungsgesetz:<sup>195</sup> αἰδεσασθαι δε, „Was aber die Begnadigung angeht...“ Somit ist klar, dass jeder auf die Grundnorm in Z. 2 folgende Satz direkt an den vorangehenden, ja eigentlich an die Grundnorm selbst anknüpft, sie näher eingrenzt oder Fälle von Zuwiderhandlung beschreibt.

Auf die bereits erläuterten Worte bezüglich des Fristanfangs folgt nun ein Satz, der, wie alle Satzperioden, die von hier an kommen, durch αἰ δε eingeleitet wird und den Inhalt des Bündnisses (συμμαχία) näher beschreibt (3-5). Wann immer nämlich entweder Rat oder Tat nottut, sind die Vertragsparteien angehalten, einander beizustehen, und zwar vor allem im Krieg oder – genauer – in Kriegssachen (παρ πολέμου).<sup>196</sup> Bei einer συμμαχία ist es nicht verwunderlich, dass es um Krieg geht; auffällig ist eher, dass offenbar andere Gelegenheiten ins Auge gefasst werden, wo die eine Partei die Unterstützung der anderen gut gebrauchen kann. Worauf dies genau hindeuten soll, lässt sich nicht sagen; vermutlich ist die Formulierung absichtlich offen gehalten, damit sich möglichst viele Fälle problemlos unter den Grundtatbestand subsumieren lassen: Zu viele Worte und zu genaue Formulierungen können in vielen Fällen eher Schlupflöcher bieten als eine allgemeine Norm, deren Sinn jedoch eindeutig ist.

Auf diese Vorschrift folgt eine weitere, die das Verfahren bei Zuwiderhandlung gegen das gerade Festgelegte regelt (5-7). Stehen die zwei Poleis nämlich nicht einander bei, so sollen sie als Strafe ein Talent Silber an den Olympischen Zeus entrichten. Dem Eid, der naturgemäß eine Selbstverfluchung enthält, tritt somit eine weltliche Strafe zur Seite. Diese trifft natürlich nur diejenige Partei, die den Vertrag gebrochen hat, wie es in den Worten τοι καδόμενοι λατρευόμενον zum Ausdruck kommt.<sup>197</sup> Die ersten zwei Wörter fassen die Nomima-Autoren als Nominative auf: Gemäß dieser Deutung sind sie Subjekt zu αποτινοίαν, während das Partizip λατρευόμενον „geweiht“

---

<sup>195</sup> Nomima 02, 13 (Q4).

<sup>196</sup> Zu πάρ für περί s. BUCK Ss. 23 u. 81.

<sup>197</sup> Zum Verb καδόμεναι s.u.

o.ä. bedeuten soll. An und für sich kann τοι καδαλεμενοι nicht nur Nominativ Plural,<sup>198</sup> sondern auch Dativ Singular sein; da in der elischen Schrift sowohl das iota subscriptum (das erst in byzantinischer Zeit erfunden wurde) als auch ein eigenes Zeichen für langes *o* fehlen,<sup>199</sup> muss die Entscheidung hierbei lediglich aus syntaktischen Überlegungen heraus erfolgen. Wenn es sich um einen Dativ handelt, so ist dieser als Angabe des Agens zu dem passiven Verb λατρειομενον aufzufassen.<sup>200</sup> Dann würde der Satz bedeuten: „...so sollen sie dem Olympischen Zeus ein Talent Silber zahlen, welches vom Übertreter abzuarbeiten ist.“

Es fragt sich aber, wieso es nur einen einzigen Übertreter geben sollte, wo es sich doch um ganze Völker handelt; das ist jedoch kaum ein entscheidender Einwand, wird gerade im darauffolgenden Satz doch sehr wohl die Möglichkeit ins Auge gefasst, ein Einzelner könne den Vertrag vereiteln (Z. 8). Ausschlaggebend ist vielmehr die Tatsache, dass der auf diese Weise gewonnene Sinn höchst unbefriedigend und unwahrscheinlich ist: Zum Zahlen verpflichtet sollen nämlich wohl kaum beide Parteien sein, wenn sie nicht einander beistehen, sondern nur diejenige, die das Nichteintreten des geschuldeten Zusammenseins zu verantworten hat. Da der Nebensatz aber beide Kontrahenten zum Subjekt hat, müsste dieses auch im Hauptsatz das gleiche sein, wäre kein neues Subjekt genannt. Steht hingegen ein Substantiv oder Pronomen im Nominativ da, so ist diese Ungereimtheit aufgelöst und der zu erwartende Sinn wieder hergestellt.

Was nun das Wort λατρειομενον angeht, das somit anscheinend ohne jede Ergänzung dasteht, so ist es m.E. mehr als fraglich, ob wir dafür eine Bedeutung „geweiht“ annehmen sollten, die sonst nirgendwo sicher belegt ist. In IvO 1,7 scheint ein Verb λατραίω vorzuliegen, und zwar ebenfalls im Partizip Präsens Medio-Passiv und, wie hier, in der Nähe der Dativergänzung τωι Ζι Ολυμπιωι. Dort fällt es noch leichter als hier, besagten Dativ direkt auf das Partizip zu beziehen; es ist aber vor übereilten Schlussfolgerungen zu warnen, denn der Text von IvO 1 ist sehr fragmentarisch, so dass wegen des Fehlens ganzer Satzzusammenhänge jede syntaktische Analyse nur hypothetische Ergebnisse liefern kann. Im vorliegenden Text, der vollständig erhalten ist, könnte man das Dativobjekt ἀπὸ κοινοῦ sowohl auf das finite Verb als auch auf das Partizip beziehen. Der Bezug auf αποτινοιαν ist keineswegs abwegig: Der Olympische Zeus wäre ja in gewisser Weise der Verletzte, wenn jemand den Vertrag, der gewiss gemäß antiker Sitte durch einen Eid geschlossen wurde,

<sup>198</sup> Zu τοί als Nominativ-Plural-Form des bestimmten Artikels vgl. Nomima 51,4f.

<sup>199</sup> S. LSAG Ss. 37f. und die Tafel am Ende des Buches.

<sup>200</sup> S. hierzu SCHWYZER GG II, 149f.; KG I, 422f.

übertreten sollte.<sup>201</sup> Somit wäre die Zahlung des Geldes an Zeus selbst die Begleichung einer Schuld, die durch die Übertretung gegenüber dem Schwurgott entstanden ist. Das Verb drückt die Rückzahlung bzw. Begleichung eines geschuldeten Betrages aus, was durch die Vorsilbe ἀπο- unterstrichen wird: Man vergleiche dieselbe Vorsilbe beim Verb ἀποδίδωμι, das im Aktiv eben die Bedeutung „etwas Geschuldetes zurückgeben“ hat.

Es ist aber darauf hinzuweisen, dass das einfache Verb τίνω oder τίνυμι (von späten Autoren wie Plutarch abgesehen) nur in der Dichtung und in der Prosa des Herodot vorkommt; letzterer bedient sich überdies einer sehr literarischen Sprache, die keinem gesprochenen Dialekt genau entspricht und viele Anleihen bei den Dichtern macht. In den inschriftlich überlieferten Texten jedenfalls finden sich ausschließlich die zusammengesetzten Verben ἀπο- und ἐκτίνω.<sup>202</sup> Somit kann man in die Vorsilbe nicht zuviel hineininterpretieren; dennoch darf sie durchaus als Hinweis auf die genaue Bedeutung des Verbs gelten.

Andererseits kann der Dativ sehr wohl auch von λατρευόμενον abhängen. Neben dem Verb λατρεύω bzw. λατραίω findet sich in elischen Inschriften in Verbindung mit dem Olympischen Zeus auch das Verbaladjektiv κατθυτός („geopfert“, also „geweiht“), wie in einem Gesetz, das auch sonst zahlreiche Parallelen zum vorliegenden Text aufweist.<sup>203</sup> Daher sind die Gelehrten geneigt, wegen der Ähnlichkeit der Ausdrucksweise auch das Wort λατρεύω / λατραίω mit „weihen“ zu übersetzen. Gleichzeitig aber weisen sie darauf hin, dass das betreffende Verb eine Dialektform von λατρεύω („dienen“, „Frondienst verrichten“) sei.<sup>204</sup> Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass λατρεύω, das sehr oft in kultischen Zusammenhängen vorkommt, nie einfach „etwas der Gottheit widmen“ bedeutet, sondern immer eine Konnotation von Mühe und harter Arbeit hat, was u.a. aus der Wendung πόνον λατρεύειν τινί (mit innerem Akkusativ) ersichtlich wird.<sup>205</sup> Es stellt sich daher die Frage, ob wir hier und in IvO 1,7 nicht von einer Bedeutung „(er)arbeiten“, „ableisten“ ausgehen sollten. Das Prinzip „Arbeit statt Geldstrafe“ wäre somit unerwartet alt und hätte seinen Ursprung im Heiligtum von Olympia.

---

<sup>201</sup> Das lässt sich aus der griechischen Vorstellung ableiten, der Schwörende mache die Götter zu seinen Bürgen, wodurch er sie beim Meineid mit der eigenen Verfehlung belaste. Vgl. HIRZEL (1902), 27 mit Anmm. 3 u. 4 u. πρόξενοι in Nomima 42,5 (S. 1.4.4).

<sup>202</sup> S. etwa Nomima 43,15. Vgl. LSJ s.v.

<sup>203</sup> Nomima 56 (= SCHWYZER 418; IvO 16). Abgesehen von den Textstellen, an denen dieses Wort von den Herausgebern ergänzt ist, begegnet es in Zz. 6 u. 12 (übrigens ein weiterer Beleg für ἀποτίνω).

<sup>204</sup> S. Nomima ad loc.

<sup>205</sup> S. LSJ s.v., 3.



Wie dem auch sei, die bei Gesetzen typischerweise den Zuwiderhandelnden angedrohte Strafe hat in Staatsverträgen genaue Parallelen. Hier wie dort besteht die Strafe vorzugsweise in einem Vermögensnachteil, der nach den damals gebräuchlichen Währungseinheiten beziffert wurde. Dies setzt das Vorhandensein einer zentralen Einrichtung voraus, die die Strafe vollstrecken oder zumindest die Geldbuße kassieren soll. Genauso wie in innerstaatlichen Gesetzen die Vermögensstrafen der Polis zufallen, so kommen ihre Äquivalente in den hier unter die Lupe genommenen Staatsverträgen aus Elis dem Heiligtum von Olympia zugute. Der einzige Unterschied zu den sog. Gesetzen besteht also darin, was denn die übergeordnete Instanz ist, der die Geldstrafe zu entrichten ist und die über die Rechtsstreitigkeiten, die aus einer tatsächlichen oder behaupteten Übertretung des geltenden Rechts erwachsen, zu entscheiden hat.<sup>206</sup>

Die auffälligste Ergänzungsvorschrift findet sich im letzten Satz, der besagt, dass über jeden, der „das Geschriebene zerstört“ (über die genaue Bedeutung s.u.), die in Olympia aufgeschriebene Sakralbuße zu verhängen ist. Das Wort *επιαρον* wird im Allgemeinen als eine Dialektform für *ἐφίερον* verstanden. Es ist auch in einer anderen Inschrift belegt<sup>207</sup> und bedeutet dort offensichtlich eine Buße, die für die Übertretung der jeweiligen Vorschrift angedroht wird. Eine Bedeutung „Fluch“ (von *ἄρα*) ist zwar mitunter vertreten worden,<sup>208</sup> lässt sich aber schwerlich mit der Wortform vereinbaren. Zwar existiert das Wort *ἐπαρά* durchaus; dennoch würde eine Verbindung von *ἐπί* + *ἄρα* – nimmt man zunächst den Genuswechsel hin – auch hier zu *\*ἐπαρον* führen, nie hingegen zu *ἐπίαρον*, welches vielmehr das Ergebnis der Verschmelzung der Präposition mit dem Adjektiv *ἱαρός* sein muss, das seinerseits oft genug nicht behaucht ist.<sup>209</sup>

Zur Ermittlung der genauen Bedeutung hilft die Parallele zu *ἐφίερον* indes nicht weiter: Dieses Wort heißt nämlich „Opfertorte“ („sacrificial cake“ LSJ), hier ergibt diese Bedeutung jedoch keinen Sinn. Es muss vielmehr von einer wie auch immer gearteten Sanktion die Rede sein, worüber der Sinnzusammenhang keinen Zweifel übrig lässt, ganz davon abgesehen, dass sich das Verb *ἐνέχεσθαι* von seiner Semantik her – zumal in einem rechtlichen Text – schwerlich mit etwas anderem als einer Strafe verbinden lässt.<sup>210</sup>

<sup>206</sup> In diesem Fall handelt es sich um eine rein sakrale und keine politische Instanz. Ihr Vorhandensein ändert also nichts an der Tatsache, dass es im archaischen (und auch im klassischen) Griechenland keine der Polis übergeordnete Staatsgewalt gab.

<sup>207</sup> Nomima 56, 14 (s.o.). In den darauffolgenden Zeilen wird es von den Herausgebern mehrfach ergänzt.

<sup>208</sup> Etwa von ZIEBARTH (1895), 64; *contra* LATTE (1920), 66-68.

<sup>209</sup> S. SCHWYZER GG I, 219f. Dass ein behauchtes p mit φ wiedergegeben würde, ist aus dem im selben Alphabet verfassten Text Nomima 52, 2 ersichtlich.

<sup>210</sup> In den allermeisten Fällen bezeichnet das mit diesem Verb verbundene Dativobjekt etwas Negatives. Zu den wenigen Ausnahmen s. LSJ s.v. *ἐνέχω*, II. 4. u. 5.

In der Forschung hat man sich auf die Übersetzung „Sakralbuße“ geeinigt.<sup>211</sup> Die Deutung als „Fluch“ würde zwar ebenfalls in den Textzusammenhang passen, lässt sich aber sprachlich, soweit ich sehen kann, nirgendwo herleiten. Es wird somit am ratsamsten sein, uns der Forschung anzuschließen und in *επιαρον* keinen Fluch zu sehen, sondern eine einfache Buße.

Bei der Rechtsfolge der in Zz. 7-10 enthaltenen Vorschrift steht also auf jeden Fall fest, dass sie eine Buße vorsieht. Die genaue Bedeutung des Tatbestandes ist hingegen nicht so offenkundig. Verwirklichen kann ihn praktisch jeder, sowohl ein einzelner Bürger wie ein Amtsträger wie auch die gesamte Bürgerschaft einer der beiden Städte. Was er oder sie dafür genau tun muss, wird mit den Worten:

*τα γραφεαται καταλειπιτο*

umschrieben. Das Verb ist dem Leser der Inschrift schon einmal begegnet: Zz. 6f. bezeichnet es offenkundig diejenigen, die den Vertrag brechen. An dieser Stelle könnte es „das Geschriebene, d.h. die Inschrift beschädigen oder zerstören“ bedeuten. In der Tat schützen sich antike Inschriften des öfteren durch Sanktionen, insbesondere durch Flüche, gegen jeden, der ihre physische Substanz angreifen sollte. Andererseits ist damit noch nicht erklärt, wieso die ganze Bürgerschaft, d.h. die Volksversammlung (*δαμος*), als möglicher Täter ins Auge gefasst wird. Könnte sie möglicherweise einen Einzelnen dazu anstiften, sich am Vertragstext zu vergreifen? Mir scheint, dieser Satz ist in einem weiteren Sinne zu fassen als das bloße physische Beschädigen des Textes. Dass mit „dem Geschriebenen“ das Gesetz als solches gemeint sein kann und nicht nur der materielle Träger von dessen Text, zeigen zahlreiche Parallelen, die aus vielen Gegenden Griechenlands vorliegen.<sup>212</sup>

Wie die andere Verwendung des Verbs *καταλέομαι* in Zz. 6f. zeigt, kann es sehr wohl auch das „Übertreten“ oder „Auflösen“ des Vertrags bezeichnen. Es handelt sich um eine Dialektform, die einem ionisch-attischen *\*κατα-δηλέομαι* entsprechen würde; obwohl das Simplex („zerstören“) sehr gut belegt ist, begegnet *καταδηλέομαι* erst im 6. nachchristlichen Jahrhundert, namentlich beim Geschichtsschreiber Menander Protector.<sup>213</sup> Die elische Form dieses Verbs ist am besten als *καδδαλέομαι* aufzufassen, also mit einem langen Dental, der sich aus dem Zusammentreffen der apokopierten Vorsilbe *κατ(ά)* mit dem Anlaut des Verbstammes ergibt, den man hier aber noch

<sup>211</sup> S. etwa Nomima zu Zz. 8f.

<sup>212</sup> Einige Beispiele: *κατὰ τὰ γεγραμμένα* „nach den Gesetzen“: Nomima II 32,20f.; 34,9f.; 53,50f.; *παρὰ τὰ γ.* „gegen die G.“: Nomima II 95,7f.; 96,3f.; *γράφος* „Gesetz“: 108,5.

<sup>213</sup> S. LSJ s.v.

nicht mit zwei identischen Konsonanten wiedergibt – ein Gebrauch, der sich erst später durchsetzte. Diese Verbform findet sich außer in der vorliegenden Inschrift in dem bereits oft genannten elischen Gesetz.<sup>214</sup> Der noch zu lesende Satzbruchteil heißt:

το γραφος τοδε καζαλεμενον (sc. τινά).

Dieses Verhalten ist ebenfalls mit einer Strafandrohung verknüpft, wie es sich der fragmentarischen Z. 20 noch entnehmen lässt. Ergänzt man noch mit den Forschern *επιαροι*, so weicht dieser Beleg praktisch nur darin vom vorliegenden Text ab, dass die zwei Dentale sich zu einem Reibelaut entwickelt haben (was auf ein jüngeres Alter des Textes hindeutet); die Ausdrucksweise hingegen ist identisch. Leider ermöglicht auch hier der Kontext keine genaue Wortanalyse. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass die Strafandrohung sich vermutlich allgemein auf jede Handlung bezieht, durch die der eine oder andere versuchen könnte, den Rechtstext unwirksam zu machen.

Es ist somit am besten ein Mittelweg einzuhalten zwischen der Interpretation, wonach es hier lediglich um die physische Zerstörung des Textes geht,<sup>215</sup> und derjenigen, die von einem bloßen „Verstoß“ gegen die in dieser Inschrift enthaltenen Vorschriften ausgeht.<sup>216</sup> Folgt man nämlich letzterer, so wäre der Tatbestand derselbe wie in Zz. 5f. Eine solche Wiederholung ein und desselben Tatbestandes mit unterschiedlicher Strafandrohung wäre jedoch bereits aus inhaltlichen Erwägungen heraus kaum zu erklären. Sprachlich spricht gegen diese Deutung das Vorhandensein von *δέ* als Verbindungspartikel zwischen den beiden fraglichen Vorschriften: Diese Partikel lässt sich nur als Einleitung eines neuen Gesichtspunkts verstehen, nicht jedoch als bloße „Anhäufungspartikel“, die einen inhaltlich nahezu identischen Satz ankündigt. Gewiss stellt das Verknüpfen desselben Tatbestandes mit einer neuen Rechtsfolge eine andere Aussage mit einem eigenständigen Gehalt dar, was den Gebrauch dieser Partikel rechtfertigen könnte. Dennoch würde es der Erwartungshaltung des Lesers zuwiderlaufen, in einem mit *αὶ δέ* eingeleiteten Nebensatz denselben Inhalt vorzufinden, der soeben zum Ausdruck gekommen ist,<sup>217</sup> so dass er gewiss in

---

<sup>214</sup> Nomima 56,19.

<sup>215</sup> So etwa Nomima ad loc.

<sup>216</sup> S. etwa BUCK ad loc.

<sup>217</sup> Das ergibt sich im Grunde aus dem oben zur Bedeutung der Wendung *αὶ δέ* Ausgeführten.

diesem sowieso einen neuen Sinn suchen würde. Diese Formulierung käme daher einer Irreführung des Lesers gleich.<sup>218</sup>

Es ist ferner nicht einzusehen, wieso dann nicht einfach die beiden Hauptsätze miteinander verbunden werden, ohne einen überflüssigen wenn-Satz dazwischenschalten. Archaische Gesetzestexte fallen denn auch nicht gerade durch einen besonderen Überfluss an Worten auf. Die beste Lösung ist daher wohl die soeben genannte: In der fraglichen Norm geht es darum, den Fortbestand des beschlossenen und beschworenen Vertrags selbst zu sichern, wozu einerseits die physische Integrität des materiellen Textträgers gehört, andererseits auch die Treue der Kontrahenten zu den vereinbarten Regeln, die jemand eventuell aushebeln könnte, indem er das Volk zum Beschließen anderslautender Regelungen überredet.

Ein ähnliches Problem bei der Interpretation von Vorschriften, die den Regelungsgehalt des Textes gegen jedwede Art von Vereitelung immun machen sollen, liegt im nächsten in diesem Rahmen zu untersuchenden Staatsvertragstext vor. Dass dort die Interpretation etwas anderes ausfallen wird, hat sprachliche Gründe, die einer genauen Erläuterung bedürfen, bei der ich auch auf die gerade analysierte Textpassage zurückkommen werde. Doch zunächst ist zu diesem Text als Ganzem zumindest das Allgemeinste und zum Verständnis Nötigste auszuführen.

---

<sup>218</sup> Diese würde sich wohl nur mit Unfähigkeit erklären lassen. Doch dies sollte wirklich nur die letzte Zuflucht des Interpreten bleiben. Vgl. 2.3.

### 2.1.2 Anaïter und Metapiër (Nomima 51)

Ἀ φράτρα τὸς Ἀναίτος καὶ τὸς Μεταπίος·

Φιλίαν πεντάκοντα φέτεα. κ' ὁπόταροι μὴνπεδέοιαν, ἀπὸ τῷ βωμῷ ἀποφελείοιαν καὶ τοὶ πρόξενοι καὶ τοὶ μάντιερ. αἱ τὸν ὄρκον παρβαίνοιαν, γνῶμαν τὸν ἱερομάορ τ' Ὀλυμπίαι.

Das ist der Vertrag zwischen den Anaïtern und den Metapiern:

Freundschaft für fünfzig Jahre. Demjenigen der beiden Völker, das sich nicht daran halten sollte, sollen die *proxenoi* und die *manteis* den Zutritt zum Altar versperren. Wenn sie<sup>219</sup> den Vertrag<sup>220</sup> brechen, sollen die *iaromaoi* von Olympia über die Sache entscheiden.

Der Staatsvertrag zwischen den Anaïtern und den Metapiern<sup>221</sup> stammt vermutlich aus der ersten Hälfte des 6. Jh. Die Eingangsformel ist die bekannte elische Überschriftsart:

α φρατρα τος αναϊτος και τος μεταπιος.

Dabei fallen die Endungen der beiden Substantive und der dazugehörigen bestimmten Artikel auf. Es kann sich schwerlich um „accusativi dativorum loco positi“ handeln,<sup>222</sup> ist es doch sonst nicht bekannt, dass die zwei Kasus im Griechischen einfach austauschbar wären; auch ist es nicht zulässig, ein Verb im Infinitiv zu ergänzen, von dem sie abhängen sollen, denn auf α φρατρα muss die Angabe derjenigen folgen, für die die φράτρα gilt. Eher muss man an einen Verschleiß der Kasusendung denken, der sich bereits in einem Vertrag zwischen den Khaladriern und Deukalion findet, einem Text, der genauso wie der hier behandelte auf einer in Olympia aufbewahrten Bronzeplatte gefunden wurde.<sup>223</sup> Dort sind alle Dativendungen korrekt geschrieben bis auf eine:<sup>224</sup>

α φρατρα τοιρ χαλαδρι-ο-ρ και Δευκαλιονι.

<sup>219</sup> D.h. die beiden Kontrahenten, nicht die in Zz. 4f. genannten Amtsträger.

<sup>220</sup> Wörtlich: „den Eid“.

<sup>221</sup> Nomima 51; StV II 111; GDI 1150; SCHWYZER 414; BUCK 63; LSAG 218-220 Nr. 12; SEG 11 (1954), 1183; SEG 38 (1988), 364.

<sup>222</sup> So SCHWYZER ad loc.

<sup>223</sup> Nomima 21 = IvO 11 (2.2.1).

<sup>224</sup> Zu dieser Stelle s. a. BUCK S. 261.

Angeichts der Parallele im vorliegenden Vertragstext liegt es nahe, dort nicht ein bloßes Versehen des Schreibers zu vermuten, sondern einen im Ansatz befindlichen Verlust des vollen Klangs der Dativ-Plural-Endungen im elischen Dialekt. So sind wohl auch in der Überschrift zu der *ρήτρα* zwischen den Anaitern und den Metapiern (die anscheinend jünger ist und somit eine jüngere Stufe der Sprachentwicklung widerspiegeln dürfte) die Substantive als Dative gemeint, wobei die Endungen wegen des lautlichen Verschleißes wie solche des Akkusativ Plural aussehen.

Der auf die Überschrift folgende Satz, der – wie üblich – den eigentlichen Gehalt des Vertrages enthält, ist stark verkürzt:

φιλίαν πεντακοντα φετεα.

Während πεντακοντα φετεα eindeutig eine Zeitangabe im Akkusativ ist, welche die Dauer besagter „Freundschaft“ bezeichnet, hängt das Wort φιλίαν in der Luft. SCHWYZER erklärt den Satz so, dass ein Infinitiv des Verbs εἶναι (sein) zu ergänzen ist. Wenn diese Erklärung zutrifft, dann handelt es sich um eine nahezu einmalige Erscheinung.<sup>225</sup> Man könnte auch an ein zu ergänzendes finites Verb denken, von dem φιλίαν als normales Akkusativobjekt abhängt und das die Bedeutung „beschließen“ oder „einhalten“<sup>226</sup> o.ä. hat. Das würde neben der Vermeidung einer unüblichen Weglassung des Infinitivs auch insofern in den Stil dieser Texte hineinpassen, als der sog. „Vertrags-AcI“ auf elischen Bronzetäfelchen äußerst selten vorkommt: Es wird ihm eindeutig der Optativ mit κα vorgezogen. Freilich findet sich ausgerechnet in diesem Text eine deutliche Ausnahme, namentlich im letzten Satz (Zz. 5-7: γνωμαν). Eine sichere Lösung dieser Schwierigkeit wird sich wohl nie finden lassen. Der Stil dieses Textes und seiner engsten Verwandten ist so lapidar, dass es kaum verwunderlich ist, dass nach unserer Auffassung nötige Wörter einfach weggelassen werden, zumal der Sinn des Textes nichtsdestoweniger verständlich bleibt.

Der Vertrag fährt wie folgt fort:

κ'οποταροι μενπεδεοιαν κτλ.

---

<sup>225</sup> S. KG I, 41f.

<sup>226</sup> Möglicherweise hat der Schreiber das Verb ἐμπεδέω an der einen Stelle ausgespart.

Hier wird die Konjunktion  $\kappa(\alpha\iota)$  anstelle des üblichen  $\delta\acute{\epsilon}$  zur Einleitung des Folgesatzes benutzt. Vermutlich wird dies durch den Umstand ermöglicht oder zumindest erleichtert, dass am Anfang des neuen Satzes kein durch  $\alpha\iota$  eingeleiteter Nebensatz steht, sondern das Relativpronomen  $\delta\acute{\omicron}\tau\alpha\rho\iota$  („welche von beiden [Gruppen]“); es wird also, rein sprachlich betrachtet, keine neue, der vorher beschriebenen entgegengesetzte Fallkonstellation ins Auge gefasst, sondern eine nähere Bestimmung und Bekräftigung des bereits Gesagten hinzugefügt. Der Gedankengang der Zz. 2-5 dürfte ungefähr der folgende sein: „Es bestehe Freundschaft (es wurde Freundschaft beschlossen / man halte die Freundschaft ein) für fünfzig Jahre, und auch sollen die  $\pi\rho\acute{o}\xi\epsilon\nu\iota$  und die  $\mu\alpha\nu\tau\iota\epsilon\varsigma$ , welches auch immer der beiden Völker sie nicht einhält, vom Altar ausschließen.“ Bei den zwei genannten Personengruppen, die mit der Bestrafung der Zuwiderhandelnden betraut sind, muss es sich um Amtsbezeichnungen handeln, wenngleich unsere Kenntnisse nicht ausreichen, um sie und ihre Funktionen näher zu bestimmen.

Der nunmehr folgende Satz (Zz. 5-7), der die letzte Vorschrift des Vertragstextes enthält, ist der einzige, der echte Verständnisschwierigkeiten bereitet, und seine Interpretation ist dementsprechend auch in der Forschung umstritten. Meinungsverschiedenheiten über die sprachliche Deutung des Satzes und die genaue Bedeutung der Vorschrift ziehen sich durch die Forschungsgeschichte, seit die Bronzetafel 1879 gefunden wurde. Der Satz lautet genau wie folgt:

$\alpha\iota\ \tau\omicron\nu\ \omicron\rho\kappa\omicron\nu\ \pi\alpha\rho\beta\alpha\iota\nu\omicron\iota\alpha\nu\ \gamma\nu\omicron\mu\alpha\nu\ \tau\omicron\rho\ \iota\alpha\rho\mu\alpha\omicron\rho\ \tau'\omicron\lambda\upsilon\mu\pi\alpha\iota.$

Manche Gelehrten meinen, Subjekt des Nebensatzes ( $\alpha\iota\ldots\pi\alpha\rho\beta\alpha\iota\nu\omicron\iota\alpha\nu$ ) seien dieselben Amtsträgergruppen, von denen in Zz. 4f. die Rede war. Mit dem  $\omicron\rho\kappa\omicron\varsigma$  sei ihr Diensteid gemeint, den sie eben brechen würden, falls sie die erforderliche Strafe für das Übertreten des Vertrages durch eine der beiden Poleis nicht nach Maßgabe des vorliegenden Rechtstextes verhängen sollten. Diese Auslegung erscheint mir aber sehr weit hergeholt: Ich kann in altgriechischen Rechtstexten keine Parallele dafür finden, dass die Nichteinhaltung einer konkreten Vorschrift durch Amtsträger nicht konkret genannt, sondern als „Verstoß gegen den Amtseid“ umschrieben wird.

Ein weiteres Gegenargument ist das Fehlen einer Satzverbindungspartikel: Nach dieser Interpretation bestünde das Tun bzw. Unterlassen der Amtsträger darin, der in Zz. 4f. aufgestellten Norm nicht zu folgen; dann müsste aber, wie sonst immer, ein  $\delta\acute{\epsilon}$  unmittelbar nach der Konjunktion  $\alpha\iota$  folgen, das den Kontrast zwischen der Norm und ihrer vorgestellten Nichteinhaltung betont. Es ist nun einmal in altgriechischen Gesetzes- und Vertragstexten eine

festen Regel,<sup>227</sup> dass die Formulierung in solchen Fällen immer ein  $\epsilon\iota$  /  $\alpha\iota$   $\delta\epsilon$  enthält, nach dem Schema: „Die XY sollen Z tun. Wenn aber ( $\epsilon\iota$   $\delta\epsilon$ ) sie es nicht tun, dann usw. usf.“ Es verbietet sich daher, in dieser Vorschrift eine direkte Fortsetzung des Vorangehenden zu sehen; man muss sie vielmehr als etwas Eigenständiges betrachten, das schon sprachlich vom Rest des Textes abgehoben wird.

Vorzuziehen ist also aus den genannten Gründen die Auffassung, wonach mit  $\delta\rho\kappa\omicron\varsigma$  der vorliegende Vertrag selbst gemeint ist,<sup>228</sup> der ja – wie wir bereits ausführlich gesehen haben – gewiss erst durch einen feierlichen Eid zur Perfektion gelangte. Subjekt sind dann die beiden vertragschließenden Poleis. Wenn dem aber so ist, dann müsste man als nächstes klären, worin denn der Unterschied zwischen dem „Nichteinhalten“ (Z. 3, s.o.) und dem „Übertreten“ des Vertrages ( $\pi\alpha\rho\beta\alpha\iota\nu\omicron\iota\alpha\nu$ ) besteht. Folgt man nämlich der von mir als vorzugswürdig erachteten letztgenannten Auffassung, so stellt sich in der Tat die Frage, wieso in Zz. 5-7 eine Norm aufgestellt wird, deren Tatbestand der gleiche zu sein scheint wie der einer bereits genannten Vorschrift. Es ist aber zu bedenken, dass die Rechtsfolge in 6f. eine ganz andere Qualität aufweist als in 4f.: dort wird eine Sanktion festgelegt, hier eine Zuständigkeit; man könnte sagen, in 6f. liege eine verfahrensrechtliche Vorschrift vor, in 4f. eine materiellrechtliche. Das Wort  $\gamma\omega\mu\alpha\nu$  muss (wollen wir nicht ein weiteres Beispiel einer kühnen Weglassung des Verbes annehmen) ein Infinitiv sein,<sup>229</sup> namentlich der Infinitiv Aorist von  $\gamma\gamma\nu\omega\sigma\kappa\omega$  („[er]kennen“); gemeint ist also, dass die  $\iota\alpha\rho\mu\alpha\iota$  im juristischen Sinne zu „erkennen“ haben. Es sieht daher so aus, als wären sie dazu berufen, bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrags zu richten.

Eine zweite mögliche Antwort auf die genannte Frage ist, dass es sich in Wahrheit nicht um denselben Tatbestand handelt: oben hieß es  $\sigma\pi\omicron\tau\alpha\rho\iota$ , es wurde also von dem Fall ausgegangen, dass nur die eine Vertragspartei die Vereinbarung übertritt; hier scheint es hingegen so gemeint zu sein, dass *beide* sich nicht mehr an den Vertrag halten, was gewiss ein mehr als ausreichender Grund wäre, die höchsten Priester des olympischen Heiligtums einzuschalten,<sup>230</sup> brachte doch der Verstoß gegen eine beedete Vereinbarung eine religiöse Befleckung mit sich. Dies würde auch erklären, warum der Verfasser die Vereinbarung nicht als „Vertrag“, sondern als „Eid“ bezeichnet: Nicht die völkerrechtliche Seite des Handelns schwebte ihm in diesem Augenblick vor, sondern vielmehr die religiös-kultische, die durch das Wort  $\delta\rho\kappa\omicron\varsigma$  stärker zum Ausdruck kommt.

<sup>227</sup> Das wird sich in den Einzelanalysen in dieser Arbeit wiederholt zeigen. S.a. GAGARIN (1981), 80f.

<sup>228</sup> Diese Interpretation ist mindestens so alt wie GDI (1884). Ihr folgen BENGTSOHN in StV II 111 und Nomima.

<sup>229</sup> Die Alternative wäre der Akkusativ singular von  $\gamma\omega\mu\alpha$  (attisch  $\gamma\omega\mu\eta$ ).

<sup>230</sup> Vgl. Hesych s.v.  $\iota\alpha\rho\mu\alpha\varsigma$ .



An dieser Stelle wäre angesichts des zuerst untersuchten Vertrages eine Klausel gegen die Zerstörung oder Abänderung des Textes zu erwarten gewesen. In die gerade analysierte Passage lässt sie sich nicht ohne weiteres hineininterpretieren, denn das Verb *παράβαίνω* gibt eine derartige Bedeutung einfach nicht her. Andererseits könnte man mit etwas Vorstellungskraft auch solche Handlungen wie den Versuch, den Text zu beschädigen, oder einen auf vorzeitige Aufhebung des Staatsvertrages gerichteten Antrag in der Volksversammlung als ein „Übertreten des Vertrages“ unter diese Norm subsumieren. Das hätte aber zur Folge, dass auch ein einseitiges Zuwiderhandeln entgegen der gerade aufgestellten These die *ιαρομαί* auf den Plan rufen würde.

Insgesamt erscheint es mir daher vorzugswürdig, solche Fälle unter den Tatbestand der Z. 3 zu subsumieren. Aufgrund der Einfachheit der beschlossenen Rechtsnorm („Freundschaft“ zwischen zwei Stadtstaaten) war es vermutlich nicht unbedingt nötig, den Text selbst besonders zu schützen, und alle Machenschaften, die auf Vereitelung des Bündnisses abzielten, ließen sich so nahtlos unter die allgemeinen Vorschriften subsumieren, dass jede weitergehende Absicherungsklausel, wie sie in zahlreichen Staatsverträgen aus klassischer Zeit vorkommt,<sup>231</sup> entbehrlich war.

---

<sup>231</sup> S. NIETO (1979).

### 2.1.3 Oiantheia und Khaleion (Nomima 53)

A

: τὸν ξένον μὴ χάγειν : ἐ' τὰς Χαλείδος τὸν Οἰανθέα μηδὲ τὸν Χαλειέα : ἐ' τὰς Οἰανθίδος : μηδὲ χρήματα αἷ  
τι' συλῶι : τὸν δὲ συλῶντα ἀνάτω' συλῆν. τὰ ξενικὰ ἐ' θαλάσσας χάγειν : ἄσυλον : πλὰν ἐ' λιμένος : τοῦ  
κατὰ πόλιν : αἱ κ' ἀδίκω' συλῶι, τέ[5]τορες δραχμαί : αἱ δὲ πλέον δέκ' ἄμαρᾶν ἔχοι τὸ σῦλον ἡμιόλιον  
ὀφλέτω φότι συλάσαι : αἱ μεταφοικέοι πλέον μηνὸς ἢ ὁ Χαλειεύς ἐν Οἰανθείᾳ ἢ Οἰανθεὺς ἐν Χαλείῳ ταῖ  
ἐπιδαμῖαι δίκαι χρήστω :

Τὸν πρόξενον : αἱ ψευδέα προξενέοι διπλείῳ θωιήστω.

B

Αἱ κ' ἀνδιχάζωντι τοῖ ξενοδίκαι : ἐπωμότας ἡλέστω : ὁ ξένος : ὠπάγων : τὰν δίκαν : ἐχθὸς προξένου καὶ  
φιδίου ξένου : ἀριστίνδαν : ἐπὶ μὲν ταῖς μναιαίαις : καὶ πλέον : πέντε καὶ δέκ' ἄνδρας : ἐπὶ ταῖς [5] μειόνοις :  
ἐννέ' ἄνδρας : αἱ κ' ὁ φασσὸς ποῖ τὸν φαστὸν δικάζεται κατ' τὰς συμβολᾶς δαμιοργοὺς ἡλέσται : τοὺς  
ἡορκωμότας ἀριστίνδαν τὰν πεντορκίαν ὁμόσαντας : τοὺς ἡορκωμότας τὸν αὐτὸν ἡόρκον ὁμνύειν : πληθὺν  
δὲ νικῆν.

[A] Einen<sup>232</sup> Fremden soll man nicht entführen, weder als Oiantheer aus dem Gebiet von Chaleion noch als Chaleer aus dem von Oiantheia, noch Geld, wenn jemand pfänden will; man darf aber den Pfändenden ohne Strafe gefangen nehmen. Auf dem Meer darf man das Eigentum des Fremden entwenden, ohne selbst gefangen genommen zu werden, außer aus dem Hafen der Stadt.

Pfändet jemand ungerechtfertigt, [5] so soll er vier Drachmen zahlen. Behält er ferner das Pfand länger als zehn Tage, so soll er die Hälfte von dem schulden, was er gepfändet hat.

Bleibt der Chaleer länger als einen Monat in Oiantheia oder der Oiantheer in Chaleion wohnen<sup>233</sup>, so soll er dem örtlichen Recht unterworfen sein.

Wenn der *proxenos* sich einer Falschaussage schuldig macht, soll man ihm das Doppelte<sup>234</sup> als Buße auferlegen. [B] Sind sich die *xenodikai* uneins, so soll der Fremde, der die Klage angestrengt hat, unter den Besten Beistände<sup>235</sup> auswählen, die weder *proxenoi* sind noch zu seinen eigenen Gastfreunden gehören, und zwar fünfzehn bei einem Streitwert von einer Mine oder mehr, [5] neun bei geringerem Streitwert.

<sup>232</sup> Der bestimmte Artikel im griechischen Text ist verallgemeinernd. Man kann das Wort ξένος allerdings auch als „Gastfreund“ auffassen, dann wäre der Artikel als „den eigenen“ oder „seinen“ zu übersetzen.

<sup>233</sup> Μεταφοικέω ist wohl ein öffentlichrechtlicher Terminus für einen gesetzlich anerkannten Auslandsaufenthalt.

<sup>234</sup> Vermutlich das Doppelte des Streitwertes des Verfahrens, bei dem er gelogen hat.

<sup>235</sup> Wörtlich „Schwörer“.

Klagt ein Bürger gegen<sup>236</sup> einen anderen Bürger<sup>237</sup> unter Berufung auf den vorliegenden Vertrag, dann sollen die *damiorgoi* unter den Besten die Beistände auswählen, nachdem sie die fünf Eide<sup>238</sup> abgelegt haben. Die Beistände sollen die gleichen Eide ablegen; die Mehrheit gewinnt.

Der letzte „echte“ Staatsvertrag, den ich hier abhandeln will, stammt nicht aus Elis, sondern aus Lokris.<sup>239</sup> Wie die elischen Verträge ist er auf einer Bronzeplatte erhalten; diese wurde in Galaxidi, dem antiken Khaleion, gefunden. Die zwei am Vertrag beteiligten Poleis sind Oiantheia und Khaleion; trotz des Fehlens einer Überschrift ist es auf den ersten Blick erkennbar, dass es sich um eine Art „Rechtshilfevertrag“ zwischen den beiden Städten handelt, durch den die Selbsthilfe über die Staatsgrenzen hinweg eingeschränkt werden soll. Es ist aber anzumerken, dass besagter Vertragstext nicht die ganze Platte einnimmt: in Z. 8 der Vorderseite (A) setzt eine neue Hand ein, die sich von der ersten durch die Form der Buchstaben deutlich unterscheiden lässt; der von der zweiten Hand verfasste Text, der mit den Worten *τον προξενον* usw. beginnt, wird in der Regel als Gesetz angesehen. Er ist aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich jünger als der von der ersten Hand verfasste, mit dem die Inschrift beginnt. Wenn im folgenden vom „älteren“ oder „jüngeren“ Text die Rede ist, so bezieht sich dies auf diese Unterscheidung.

Beide Texte sind im klassischen Vertragsstil verfasst, in dem der AcI mit dem Imperativ der 3. Person abwechselt, ohne dass eine Regel ersichtlich wäre, die bestimmen würde, wann die eine und wann die andere grammatikalische Möglichkeit zu benutzen ist. Gegenüber der bekannten altgriechischen Prosa fällt vor allem ins Auge, wie sparsam der Gebrauch satzverbindender Partikeln in diesem Dokument ist. Die einzige, die überhaupt vorkommt, ist das in der literarischen Prosa allgegenwärtige *δέ*; dieses wird hier jedoch nie als bloße Überleitung zu einem neuen Satzgefüge benutzt, sondern hat stets die Funktion, eine Ergänzung zum vorhergehenden Gedanken kenntlich zu machen.

Dieser Umstand spielt auch für die Interpretation einzelner Sätze eine nicht zu unterschätzende Rolle, wie im folgenden zu zeigen sein wird. Ansonsten ist anzumerken, dass die Unterscheidung zwischen Konjunktiv und Optativ zumindest im jüngeren Text anders als in den soeben untersuchten elischen Verträgen zu ihrem Recht kommt: So ist das verbotene Handeln in A8

---

<sup>236</sup> *Ποι* (zweisilbig) = *ποτι*.

<sup>237</sup> S. Anm. 1.

<sup>238</sup> Es muss sich um die höchste Schwurzeremonie der Stadt handeln. Griechische Städte hatten kanonische Eidesformeln und –rituale, die von Stadt zu Stadt variieren konnten (s. 1.4.2).

<sup>239</sup> Nomima 53; StV II 146; BUCK 58; SCHWYZER 363; IG IX 1, 333.

durch den Optativ gekennzeichnet, die als Möglichkeit ins Auge gefasst, juristisch durchaus zulässigen Handlungen in B1 u. 15 hingegen durch den Konjunktiv. Der ältere Text scheint hingegen nur den Optativ zu kennen, den er einmal (A4) sogar regelwidrig mit κα verbindet; in A6 würde man den Konjunktiv erwarten. Möglicherweise war der Unterschied zwischen den beiden Modi im Dialekt (oder Idiolekt) des Verfassers des älteren Textes bereits weitgehend verwischt, während sie in der Sprache des jüngeren Schreibers noch lebendig war. Dies kann man jedoch bei einem so kurzen Text nur als Hypothese aufstellen, nicht jedoch als sicheres Ergebnis.

Der Wortlaut des Dokuments ist völlig sicher überliefert, so dass – abgesehen von möglichen den Schreibern selbst zur Last fallenden Schreibfehlern – kein Raum für Ergänzungen oder Emendationen ist. Das Verständnis der einzelnen Aussagen ist jedoch um so umstrittener und hat dementsprechend zu einer Fülle unterschiedlicher Deutungen geführt, was sich in der schier unübersehbaren Literatur zu dieser Inschrift niederschlägt.<sup>240</sup> Dies liegt vor allem daran, dass die Formulierungen (zumindest für den modernen Leser) sehr mehrdeutig sind: Beim AcI gibt es kein grammatikalisches Kennzeichen von Subjekt und Objekt, es gibt wie gesagt kaum Partikeln, die die Gliederung der Satzperioden nachzuvollziehen helfen, und die Interpunktion ist sehr unsystematisch (A3 z.B. enthält sehr wenige Trennzeichen, ebenso B5f.).

Hinzu kommt, dass die Möglichkeit von Schreibfehlern nicht von der Hand zu weisen ist, zumal einige ziemlich eindeutig sind: φοτι in A6 ist gewiss ein Fehler, es hätte ὅτι heißen müssen; in B5 wird ραστος mit einem s, in B6 mit zwei geschrieben, was nahelegt, dass der Schreibweise bestimmter Wörter nicht bedingungslos zu trauen ist. Die sprachlichen Schwierigkeiten werden bereits beim ersten Satz des gesamten Dokuments akut, bedingt durch die Mehrdeutigkeit der AcI-Konstruktion in Hinsicht auf die Bestimmung von Subjekt und Objekt.

Einer besonderen Untersuchung bedürfen in diesem Rahmen die ersten Zeilen der Inschrift, A1-3, die ich hier einschließlich der in ihnen verwendeten Interpunktionszeichen (ein Doppelpunkt entspricht dem von der ersten Hand benutzten dreifachen Punkt) und mit einem Apostroph dort, wo mit hinreichender Sicherheit ein Konsonant zu ergänzen ist, wiedergebe:

: τον ξενον με ηαγεν : ε' τας χαλειδος : τον οιανθεα μεδε τον χαλειεα : ε' τας οιανθιδος : μεδε χρεματα αι τι' σϋλοι : τον δε σϋλοντα ανατο' σϋλεν.

<sup>240</sup> CATALDI (1983), 54f. legt über eine engbedruckte Seite mit Literaturnachweisen vor; Nomima wählt nach eigenem Bekunden nur die wichtigsten Publikationen aus, die jedoch auch allein eine stattliche Anzahl ergeben.

Heute besteht unter den Interpreten Einigkeit darüber, dass *τον ξενον* in A1 Objekt des Infinitivs ist, Subjekt hingegen *τον οιανθεα* und *τον χαλειεα*. Dem ist zuzustimmen. Es ist nämlich sehr unwahrscheinlich, dass ein zeitgenössischer Leser die Worte *τὸν ξένον μὴ ἄγειν* anders hätte verstehen können als „(Man) soll den Fremden/Gast nicht festnehmen“. Rein grammatikalisch wäre es zwar möglich, diese Worte so aufzufassen, dass sie ein Verbot für den Fremden enthalten, jemanden festzunehmen; das Problem ist dabei aber, dass hierdurch eine Norm aufgestellt würde, die eben einen Staatsfremden zu etwas verpflichtet, in diesem Fall zu einem Unterlassen. Das wäre jedoch einmalig.<sup>241</sup> Vor allem wenn man die Einordnung dieses Textes als „Rechtshilfevertrag“ aufrechterhalten will, so ist es unverständlich, dass jemand anderes durch den Vertragsschluss gebunden sein könnte als die Bürger der beiden Poleis; aber auch bei sog. Gesetzen wird m.W. nie einem Ausländer, und sei es auch einem Metöken, eine Rechtspflicht auferlegt.

Wollte man hier also den *ξένος* als Subjekt auffassen, so müsste man das Wort auf den Fremden oder Gastfreund aus der jeweils anderen der beiden vertragschließenden Poleis beschränken. Selbst dann würde der Satz aber keinen zufriedenstellenden Sinn ergeben, denn von *hagen* als transitivem Verb muss natürlich noch ein Objekt abhängen. Als solches würde man naturgemäß *τον οιανθεα* und *τον χαλειεα* auffassen, wobei aber nicht klar wäre, wie man sich denn das Ganze vorzustellen hätte: Der Fremde (nämlich der Khaleer) darf den Bürger von Oiantheia nicht aus dem Gebiet von Khaleion wegführen, noch darf er (der Oiantheer) den Khaleer aus dem Gebiet von Oiantheia wegführen. Praktisch müsste sich der Festnehmende und Wegführende von seiner Heimat wegbewegen, was keinerlei Sinn ergibt.<sup>242</sup>

Außerdem drängt sich die Frage auf, wieso es umgekehrt anscheinend erlaubt sein sollte, den Fremden auf *seinem* Staatsgebiet festzunehmen. Derselbe Einwand trifft übrigens auch auf die Auffassung zu, dass das Subjekt nicht ausgedrückt, *τον ξενον* das Objekt des Verbs sei und *τον ο.* und *τον χ.* Appositionen zum Objekt seien. Dann wäre nämlich das zu ergänzende Subjekt mal der Khaleer, der den Fremden aus Oiantheia nicht von Khaleion wegführen darf, und umgekehrt. So bleibt nur noch die Interpretation übrig, wonach der *ξένος* Objekt des Infinitivs und *τον ο.* und *τον χ.* jeweils Subjekt ist. Dann wäre der Sinn verständlich: ein Bürger einer der zwei Städte darf nie den ausländischen Schuldigen auf dem Gebiet von dessen Polis verfolgen, festnehmen und zu sich

<sup>241</sup> Zu den scheinbaren Ausnahmen im „Code“ von Gortyn s. 2.

<sup>242</sup> Mit BRAVO (1980), 801f. mit „auf dem Gebiet“ zu übersetzen statt „weg vom Gebiet“ erscheint mir äußerst schwierig. Meiner Ansicht nach müsste eine Übersetzung, die sich so weit von der bekannten Bedeutung der Präposition entfernt, sprachlich besser abgesichert werden, als bei ihm der Fall ist.

verschleppen. Denn solch ein Vorgehen wäre keine geringe Gefahr für den Frieden zwischen den beiden Staaten.<sup>243</sup>

Die hier vertretene Auffassung geht davon aus, dass es unmöglich ist, mit MAFFI die zwei Ortsangaben so zu verstehen, als ob sie die Herkunft des jeweiligen Fremden angäben, so wie man im Deutschen sagt: „Herr Müller aus Berlin“ oder „Frau Schmidt aus Bremerhaven“.<sup>244</sup> Der italienische Gelehrte behauptet, nur diese Interpretation könne die von ihm empfundene Schwierigkeit beseitigen, dass der Fremde eben nicht überall vor Übergriffen des Gläubigers geschützt ist, sondern nur auf dem Gebiet seiner eigenen Heimatstadt. Ob dies wirklich so unplausibel ist, sei dahingestellt (soll durch diese Regelung vor allem der Frieden zwischen Oiantheia und Khaleion gewährleistet sein, so ist sie m.E. durchaus plausibel und nachvollziehbar); entscheidend ist, ob eine solche Übersetzung überhaupt möglich ist. Diese Frage muss verneint werden. Diese Art, die Herkunft eines Menschen auszudrücken, ist, soweit ich sehen kann, dem Altgriechischen völlig fremd: Es heißt schließlich Σωκράτης Ἀθηναῖος und nicht Σωκράτης ἐξ Ἀθηνῶν oder gar Σωκράτης ἐκ τῆς Ἀττικῆς. Maffi selbst nennt keinerlei Parallelen für seine sprachliche Analyse. Hinzu kommt, dass ein attributiver Gebrauch solcher Ortsangaben zwingend den bestimmten Artikel voraussetzen würde, der direkt vor der Präposition stehen müsste. Hier kann man sie hingegen der altgriechischen Grammatik und Idiomatik folgend nicht anders verstehen denn als von ἡγεῖν abhängige Angaben der Bewegung von einem Ort weg, die ganz konkret aussagen, dass jemand aus dem Gebiet der jeweiligen Stadt weggeführt wird.

Der Satz wäre an dieser Stelle rein grammatikalisch fertig. Man beachte die ausgefeilte Satzkonstruktion: der Grundinhalt der Vorschrift steht ganz am Anfang, wiedergegeben durch die Worte τὸν ξένον μὴ ἡγεῖν; für die Angabe, wer einen Fremden woher nicht wegführen darf, benutzt der Verfasser einen eleganten Chiasmus, in welchem das Subjekt der jeweiligen Tatbestandsalternative mit der dazu passenden Ortsergänzung kombiniert ist. Somit hat der Satz sozusagen Hand und Fuß und sein Sinn ist durchweg verständlich. Dennoch ist das Verbot unvollständig: Naheliegenderweise reicht es zu dem von der Forschung als wahrscheinlich angenommenen Zweck des Vertrages nicht aus, die Entführung eines Menschen, des Schuldners, zu untersagen, sondern es ist auch die Pfändung von Gegenständen um der vollständigen Friedenssicherung willen zu unterbinden. Dem tragen die folgenden Worte Rechnung:

---

<sup>243</sup> Vgl. MEYER (1892), 307-311.

<sup>244</sup> MAFFI (1983), 179-181.

μεδε χρηματα αι τι' συλοι.

Dieser Satzteil ist genau zwischen zwei Interpunktionszeichen eingeschlossen. Nichtsdestoweniger ist der Nebensatz (αι τι' συλοι) am ehesten so aufzufassen, dass er sich auf den Normgehalt der gesamten Satzperiode bezieht: Sowohl die Entführung von Menschen als auch die Beschlagnahme von Geld und materiellen Gütern werden unter dem Gesichtspunkt des Pfändens (συλᾶν) gesehen, also jener Selbsthilfe, die nach weitverbreiteter Gewohnheit dem Gläubiger gegenüber dem insolventen Schuldner zustand. Dass das Verb συλᾶν sich hier nur auf Sklaven und Gegenstände beziehe, wie mancher Gelehrte annimmt,<sup>245</sup> ist unwahrscheinlich, gibt es doch durchaus Belege für die Benutzung dieses Verbs im Sinne von „entführen“ mit einer Person als Objekt.<sup>246</sup> Ein eingeschränkter Gebrauch als juristischer Terminus müsste nachgewiesen werden; in der vorliegenden Inschrift spricht jedenfalls nichts dafür, wohl aber viel dagegen, dass das Wort auf die eine der eingangs genannten Möglichkeiten (Festnahme des Schuldners oder Pfändung seiner Sachen) beschränkt sein sollte. Die Vorschriften, die im älteren Text den Fall des „rechtswidrigen συλᾶν“ (A4) regeln, sind vielmehr ersichtlich auf beide Fallgestaltungen bezogen.

Ebenso aller Wahrscheinlichkeit nach der unmittelbar darauffolgende Satz:

τον δε συλοντα ανατο' συλεν.

Dieser durch δε<sup>247</sup> eingeleiteter Satz enthält eine nähere Bestimmung der Vorschrift: Wer (trotzdem) eine Pfändung<sup>248</sup> durchführt, den darf man wiederum pfänden, ohne sich strafbar zu machen (ἀνάτως). Es ist höchst unwahrscheinlich, dass τον συλωντα Subjekt ist, so dass der Satz bedeutet, dass der Pfändende, mithin der im Vorgehenden aufgestellten Rechtsnorm

<sup>245</sup> BRAVO (1980), 712f.; vgl. 895f.

<sup>246</sup> Pind. Ol. 9, 89; Eur. Hel. 669. Es ist aber zuzugeben, dass Beispiele aus der Dichtung irreführend sein können. Doch bei IC 1,19,1 = StV III 511, 8-16 macht es sich BRAVO etwas zu einfach. Seine Behauptung, der Verfasser der Inschrift habe sich ungenau ausgedrückt und hätte zwischen ἄγειν und συλᾶν unterscheiden sollen (BRAVO [1980], 715), ist eine offensichtliche *petitio principii*. Hinzu kommt, dass die Wörter ἄσυλος und ἀσυλία sich auch auf Freie beziehen. Bravo erklärt dies damit, dass die hin und wieder von einer Polis verliehene Immunität gegen Pfändung des Eigentums immer mit jener gegen Festnahme einhergehe, weswegen das Substantiv und das Adjektiv den Gesamtbereich der Immunität abdeckten (749f.). Das ist aber eine ad hoc-These; die beiden Wörter könnten genauso gut im Hikesie-Kontext entstanden sein (vgl. GRETHLEIN [2003], 8), wo es in erster Linie auf die Person des Bittstellers ankam und nicht auf sein Eigentum.

<sup>247</sup> Es handelt sich kaum um δή, wie BRAVO (s.o.) meint. Solche emphatischen Partikeln finden sich nie in Gesetzestexten, welche sich ja gerade durch ihre Nüchternheit auszeichnen.

<sup>248</sup> Das deutsche Wort „pfänden“ entspricht nur bedingt dem griechischen Begriff, wie MEYER (1892), 309 erkannte. Wie der berühmte Althistoriker hat sich der Verfasser dennoch dazu entschlossen, es als Übersetzung zu benutzen, da ein geeigneterer Terminus nicht zur Verfügung steht.

Zuwiderhandelnde, straflos bleibe. Hiergegen spricht nicht nur die rein pragmatische Überlegung, wieso jemand eine Norm aufstellen und gleichzeitig ausdrücklich festlegen sollte, dass der Zuwiderhandelnde keinerlei Sanktion zu befürchten habe, sondern auch die Tatsache, dass der vorliegende Text aller Wahrscheinlichkeit nach ein Vertrag ist, der als solcher, wie wir an anderer Stelle gesehen haben, beschworen wurde. Es leuchtet keineswegs ein, dass der Vertragstext selber einen Meineid (und jedes Zuwiderhandeln war technisch gesehen einer) nachträglich straflos stellt: Die angenommene religiöse Sanktion, die göttliche Strafe für den Meineidigen, müsste hierbei völlig aus dem Blickfeld geraten sein, was für das 5. Jh. angesichts des immer noch vorhandenen Glaubens an die Rache der Götter an den Eidübertretern zumindest unwahrscheinlich ist.

Die Ansicht ferner, wonach *σὺλᾶν* im fraglichen Satz das legale Pfänden bezeichnet, das als solches eben der Strafbarkeit entzogen sei, läuft dem Textductus völlig zuwider. Es ist nämlich kaum anzunehmen, dass ein und dasselbe Verb in zwei aufeinanderfolgenden Sätzen geradezu entgegengesetzte Bedeutungen haben könnte.<sup>249</sup>

Es bleibt daher nur die Deutung übrig, wonach *τὸν σὺλῶντα* Objekt ist. Wer sich außerhalb des geltenden Rechts stellt, gegen den ist auch eine sonst rechtswidrige Handlung erlaubt (wie bei der Notwehr). Und dass solche Konstellationen durchaus vorgekommen sein müssen, lässt sich aus einer Erzählung schließen, die uns bei Polybios begegnet.<sup>250</sup> Es geht um zwei junge Männer aus Lokroi Epizephyrioi (A und B), die um einen Sklaven streiten; dieser befindet sich zunächst im Haus des B. A entführt ihn eines Tages in Abwesenheit des B, B wiederum bricht in das Haus des A ein und nimmt den Sklaven wieder zu sich. Gemäß Zaleukos' Gesetz, auf das sich A beruft, muss das Streitobjekt in solchen Fällen bis zum Prozess bei demjenigen bleiben, von dessen Haus es mit Gewalt entführt wurde: So reklamiert A den Besitz des Sklaven für sich. Demgegenüber sagt der *κοσμόπολις*, den die Stadtbeamten zu Rate gezogen haben, aus, das Gesetz sei so auszulegen, dass mit „derjenige, dem das Streitobjekt mit Gewalt weggenommen wurde“ derjenige gemeint sei, der es als letzter eine Zeitlang unumstritten besessen habe, in diesem Fall also B. A widerspricht dieser Auslegung, woraufhin der alte *κοσμόπολις* ihn herausfordert: A und er selbst sollen vor dem Gerichtshof der Tausend um die richtige Auslegung von Zaleukos' Gesetz streiten; der Verlierer wird dem Brauch gemäß gehängt. A weigert sich, auf die Herausforderung einzugehen, denn anders als der alte Mann habe er aufgrund seines jungen Alters zu viel zu verlieren. Somit unterliegt er.<sup>251</sup>

---

<sup>249</sup> So aber CATALDI (1983), 58f.

<sup>250</sup> Pol. 12,16.

<sup>251</sup> S.a. CAMASSA (1994), 102.



Von dem betreffenden Gesetz des Zaleukos wissen wir sonst nichts. Die Geschichte hört sich überdies durchaus fiktiv an, man denke vor allem an das Element des Erhängens des im Wettstreit um die richtige Gesetzesauslegung Unterliegenden, welches sehr deutlich anklingt an die legendäre Strenge der süditalienischen Lokrer gegenüber jedem Versuch, die Gesetze zu ändern – was den klassischen griechischen Denkern als ein Übel galt.<sup>252</sup> Es soll damals jedem, der einen Änderungsvorschlag in die Volksversammlung einbringen wollte, zur Pflicht gemacht worden sein, einen Strick um den Hals zu tragen; wurde der Vorschlag abgelehnt, so soll er auf der Stelle gehängt worden sein. Dies klingt natürlich sehr stark nach einer erbaulichen Legende, und so wird auch die von Polybios nacherzählte Anekdote durch Verwendung ebendieses Bausteins entstanden sein. Dennoch ist es wohl nicht zu weit hergeholt anzunehmen, dass sie auf ein echtes Problem in der Gesetzesanwendung hinweisen könnte, dem die Verfasser des vorliegenden Rechtshilfevertrages offenbar bereits im Voraus begegnet sind, indem sie diesen Fall berücksichtigten und positiv regelten.

Es folgt ein Satz, der nicht durch δέ an den vorangehenden geknüpft ist und der denn auch einen ganz anderen Sachverhalt regelt, namentlich das Berauben von Schiffen auf hoher See, das der Strafbarkeit ausdrücklich entzogen wird (A3f.). In den folgenden Zeilen geht es um die Strafen, die den Zuwiderhandelnden erwarten (A4-6), sowie um die Bestimmung, dass der Bürger einer der beiden Poleis, wenn er sich länger als einen Monat in der anderen aufhält, dem dortigen Recht unterworfen sein soll (A6-8). Daraufhin fängt der jüngere Text an.

Zunächst ist dessen Inhalt kurz zusammenzufassen. Wenn der πρόξενος sich bei der Ausübung seiner Funktionen einer Falschaussage schuldig macht, so soll er das Doppelte zahlen (vermutlich des hinzu- oder weggelogenen Betrages) (A8f.). Wenn die ξυνοδίκαι, also die Richter, denen die Entscheidung in Sachen obliegt, in die Ausländer verwickelt sind,<sup>253</sup> geteilter Meinung sind, so soll derjenige, der die Klage erhoben hat, nach bestimmten Regeln Schwurmänner herbeiziehen, deren Zahl sich nach dem Streitwert richtet (B1-5). Klagt hingegen jemand gemäß dem Abkommen gegen einen Mitbürger, so haben die δαμιουργοί unter Eid (namentlich der πεντορκία, vermutlich einem Eid bei den fünf wichtigsten Gottheiten des lokrischen Pantheons) die Geschworenen

<sup>252</sup> Vgl. Arist. Pol. 1268 b25 -1269 a28; FOUCHAUD (2005), 20; CAMASSA (1994), 104-107.

<sup>253</sup> D.h. in denen ein Bürger von Oiantheia gegen einen Bürger von Khaleion klagt oder umgekehrt. Von Angehörigen anderer Poleis ist nirgendwo die Rede, und man kann diese nicht in den Text hineininterpretieren, ohne ihm Gewalt anzutun.

auszuwählen;<sup>254</sup> diese müssen ebenfalls schwören, und zwar denselben Eid wie die *δαμοργοί*. Die Entscheidung wird nach dem Mehrheitsprinzip getroffen (B5-Ende).

Beim jüngeren Text handelt es sich also offensichtlich um eine Reihe von Verfahrensvorschriften. Die Vermutung liegt nahe, dass sie einige Zeit nach der Festlegung der im älteren Text beschriebenen Rechtsnormen als nötig gewordene Ergänzung hinzugefügt wurden. Hier kann nicht auf die Einzelheiten dieser Bestimmungen eingegangen werden; wichtiger ist es für das Thema der vorliegenden Arbeit, über das Verhältnis der beiden auf der Platte befindlichen Rechtstexte Überlegungen anzustellen. Die Forschung ordnet nämlich den jüngeren Text für gewöhnlich als Gesetz ein.<sup>255</sup> Und in der Tat enthält er, wie man auf den ersten Blick erkennt, nur Vorschriften, die im Inneren einer Polis Anwendung finden. Es könnte sich durchaus um einen Rechtstext handeln, dessen Gültigkeit auf eine einzige der beiden Städte beschränkt ist und der nur in der einen Stadt, derjenigen, von der die vorhandene Kopie stammt, zur Klärung verfahrensrechtlicher Fragen beschlossen wurde.

Es ist nämlich selbstverständlich möglich, dass in der einen Polis (wahrscheinlich Khaleion<sup>256</sup>), die Bürgerschaft den jüngeren Text als ein Gesetz beschlossen hatte, das die Anwendung des internationalen Vertrages mit der anderen Stadt regeln sollte. Es konnte sich ergeben, dass ein Khaleer unter Berufung auf den Staatsvertrag, der im älteren Text enthalten ist, als Stellvertreter eines Oiantheers gegen einen Mitbürger klagte.<sup>257</sup> Deswegen musste die Polis Khaleion neben der Klage eines Fremden, d.h. eines Bürgers von Oiantheia, auch diesen letztgenannten Fall ins Auge fassen und gesetzgeberisch aufarbeiten.

Hiermit wären wir aber bei der Frage angekommen, ob es zwischen dem älteren und dem jüngeren Text tatsächlich einen Gattungsunterschied gibt: Nach allgemeiner Auffassung wäre der eine nämlich ein Vertrag, der andere hingegen ein Gesetz. Was ist nun davon zu halten? Zumindest muss man zugeben, dass es formell keinerlei Unterschied zwischen den zwei Texten gibt. Außerdem war es dem Verfasser des jüngeren Textes in der uns vorliegenden Urkunde anscheinend nicht bewusst, dass er Texte ganz verschiedener Art auf einem einzigen Gegenstand vereinte. Der Vertrag mit Oiantheia war für ihn offensichtlich ebenso Bestandteil des Rechts seiner Heimatstadt wie der angefügte Text.

---

<sup>254</sup> Nach gängiger Auffassung ist das Wort *δαμοργος* (Akk. Plur.) Subjekt des Infinitivsatzes. Merkwürdig ist das Fehlen des bestimmten Artikels, der bei der Bezeichnung von Beamtengremien sonst immer dasteht.

<sup>255</sup> Etwa StV II S. 50.

<sup>256</sup> Die Platte wurde in Galaxidi, dem antiken Kahleion, gefunden.

<sup>257</sup> GAUTHIER (1972), 230f.

Man kann gewiss darüber streiten, wie viel Gewicht wir diesem Umstand beimessen sollten. Dennoch spricht er in meinen Augen deutlich dafür, dass die Art der Normbegründung dieselbe war: Es handelte sich beidesmal um ein von der Bürgerschaft und ihren Organen in Kraft gesetztes Regelwerk, ungeachtet der Tatsache, dass ein Staatsvertrag erwiesenermaßen für gewöhnlich anders zustande kam als ein innerstaatliches Gesetz. Die Besonderheit von Staatsverträgen dürfte jedoch viel eher in den vorbereitenden Verhandlungen zwischen den betroffenen Staaten bestanden haben als in der Art der Inkraftsetzung. Zu letzterer gehörte wahrscheinlich in beiden Fällen ein und dasselbe, nämlich die Selbstverpflichtung aller in der jeweiligen Polis über ein politisches Mitbestimmungsrecht Verfügenden, die bei Staatsverträgen in Form eines Eides geschah. Dass bei innerstaatlichen Gesetzen diese Selbstverpflichtung ebenfalls durch einen Eid zustande kam, ist teilweise direkt bezeugt, andererseits auch durch die literarischen Quellen bestätigt.<sup>258</sup>

---

<sup>258</sup> S. 2.3 (direkte Bezeugung) u. 1.4.6 (literarische Überlieferung).

## 2.2 Verträge zwischen Staat und Einzelnem

### 2.2.1 Die Khaladrier und Deukalion (Nomima 21)

Ἀ φράτρα τοῖρ Χαλαδρίοιρ καὶ Δευ-  
καλίονι : Χαλάδριον ἤμεν αὐτὸν  
καὶ γόνον : φισοπρόξενον [vac.]  
φισοδαμιοργόν. τὰν δὲ γὰν  
[5] ἔχην τὰν ἐν Πίσαι. αἱ δέ  
τις συλαίη, φέρρην αὐτὸν  
ποτ τὸν Δία, αἱ μὴ δάμωι δοκέοι.

Dies ist der Pakt zwischen den Khaladriern und Deukalion:

Er und seine Nachkommen sollen Khaladrier sein, auf einer Stufe mit den *proxenoi* und den *damiorgoi*. [5] Sie sollen das Land in Pisa besitzen. Wenn jemand gegen ihn Selbsthilfe übt, soll er dem Zeus verfallen sein, es sei denn, dass die Volksversammlung dahingehend geurteilt hat.

Unter den in Nomima aufgenommenen Inschriften finden sich etliche, die die Verleihung bestimmter Privilegien an Einzelne durch die Polis bezeugen. So in der *ρήτρα* zwischen den Khaladriern und Deukalion:<sup>259</sup> Letzterem sowie seinen Nachkommen wird die Staatsbürgerschaft verliehen (*χαλαδριον εμεν*) und ein Status zugewiesen, der demjenigen eines *πρόξενος* und eines *δαμιοργός* gleichgestellt ist.<sup>260</sup> Außerdem legt der Text fest, wo er wohnen soll und dass jeder, der ihn gefangen nimmt oder seine Sachen pfändet, verflucht bzw. vogelfrei sein soll (*ερρεν ποτ τον Δία*).<sup>261</sup>

Über die Khaladrier ist nichts bekannt. Selbstverständlich ist in der Forschung viel darüber spekuliert worden. Gewiss ist das damit bezeichnete Gemeinwesen weder in räumlicher noch in politisch-rechtlicher Hinsicht sehr weit von Elis entfernt. Jedenfalls scheint es sich um einen (modern gesprochen) souveränen Staat zu handeln: Wenn nämlich die eine Vertragspartei, die Khaladrier eben, nicht nur dem Deukalion Land zuteilen, sondern auch eine Strafe für jedermann

<sup>259</sup> Nomima 21; IvO 11; GDI 1153; SCHWYZER 415; BUCK 63; LSAG 220 Nr. 8 u. Tafel 42 Nr.8.

<sup>260</sup> Vermutlich handelt es sich um Amtsbezeichnungen (S. Nomima S. 100).

<sup>261</sup> Zur Bedeutung des Ausdrucks s.u.

androhen kann, falls er sich an ihm vergeht, so ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die Khaladrier über eine echte Staatsgewalt verfügten. Sieht man in dieser *ρήτρα* ein Gesetz im modernen Sinne, so versteht sich dies von selbst; ist sie dagegen meiner These gemäß ein Vertrag, dann ist es ebenfalls äußerst unwahrscheinlich, dass ein Gemeinwesen als Ganzes etwas versprechen sollte, was nicht in seiner Macht steht.

Außerdem erscheint der in der letzten Zeile erwähnte *δᾶμος* durchaus als eine souveräne Volksversammlung, die auch Eingriffsrechte gegen einen in einem Rechtsstreit Unterliegenden begründen kann wie ein modernes Gericht;<sup>262</sup> so ist es zwar dem Einzelnen verboten, eine Pfändung<sup>263</sup> gegen Deukalion vorzunehmen (*σλᾶν*), doch wenn der *δᾶμος* damit einverstanden ist und einen entsprechenden Beschluss erlässt, ist dies zulässig. Mit anderen Worten: Deukalion ist kein Fremdling mehr, der schutzlos der Gewalt der Einheimischen ausgeliefert ist, sondern genießt die gleichen Rechte wie ein Eingeborener, darunter das Recht auf gerichtlichen Schutz: Jeder, der einen Anspruch gegen ihn geltend machen will, muss ihn mit rechtsstaatlichen Mitteln durchsetzen und darf nicht lediglich mit Gewalt vorgehen.<sup>264</sup>

Der Text ist im normalen Vertrag- und Beschlussstil verfasst, mit einer Reihe von Infinitivsätzen, die den Inhalt der Vorschriften wiedergeben. Ausdrücklich ist nur von den Rechten und Privilegien des Deukalion die Rede; es liegt aber auf der Hand, dass die Staatsbürgerschaft an und für sich mit Pflichten verbunden ist. Solche Pflichten konnten dem Deukalion selbstverständlich jederzeit vorgehalten werden; allein deswegen ist es unwahrscheinlich, dass die Staatsbürgerschaft ohne das Einverständnis des Betroffenen verliehen wurde. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass es sich hierbei um einen regelrechten Vertrag zwischen Deukalion und der Polis handelt. Das besagt auch die Überschrift selbst, wo die *φράτρα* als zwischen *τοῖς χαλαδριοῖς καὶ δευκαλιονί* bestehend ausgewiesen wird. Meines Erachtens kann man deren Formulierung, die ja absolut parallel zu den in Staatsverträgen aus Elis üblichen ist,<sup>265</sup> nicht einfach ignorieren, wie es MEYER u. a. tun<sup>266</sup>.

---

<sup>262</sup> Zur Volksversammlung als höchstes Gericht einer Polis vgl. 1.4.5.1.

<sup>263</sup> Das griechische Wort hat ein breiteres Bedeutungsspektrum als die hier typischerweise benutzte Übersetzung; vgl. schon MEYER (1892), 309f.

<sup>264</sup> Diese Interpretation des Satzes *αἱ μὴ δαμοὶ δοκεοῖ* erscheint mir viel plausibler als diejenige HÖLKESKAMPs, der hierin eine Befugnis der Volksversammlung zur Aufhebung der Privilegien als eines Ganzen sieht (HÖLKESKAMP [1999], 103). Diese Interpretation ist schon rein sprachlich kaum zu halten, denn der Nebensatz bezieht sich auf *φερρεν αὐτὸν ποτὶ τὸν Δία* und besagt daher, dass der Pfändende "dem Zeus anheimgefallen" (d.h. wohl: vogelfrei) ist, es sei denn, dass die Volksversammlung „etwas anderes beschlossen hat“ (nämlich seinen Anspruch für berechtigt erklärt hat). Dies auf sämtliche zuvor genannten Privilegien zu beziehen, würde dem Ductus des Textes widersprechen.

<sup>265</sup> Vgl. Nomima 51f.

<sup>266</sup> MEYER (1892), 263; anders hingegen etwa QUASS (1971), 8 mit Anm. 41.

Wie an anderer Stelle gezeigt wird,<sup>267</sup> lässt das Griechische zwei einfache, durch καὶ verbundene Dative genügen, wo die modernen Sprachen ein „zwischen“ benötigen. Zumindest bei Ausdrücken wie der fraglichen elischen Überschrift lässt sich dies leicht erklären: Wörtlich genommen handelt es sich nämlich um einen Dativus commodi (oder eher incommodi), der angibt, für wen der Vertrag „ist“ (=gilt), d.h. wer durch ihn gebunden ist. Handelte es sich bei φρατρα ferner wirklich um ein Gesetz, so wäre es kaum zu erklären, wieso nicht einfach der Name der Gemeinschaft angeführt ist. Gewiss hätte man im Griechischen nicht den Namen der Polis als die durch den Vertrag bzw. das Gesetz betroffene Entität benutzt, denn Urheber sowie gleichzeitig Adressat einer Rechtsnorm ist nach griechischer Auffassung nicht wie heute der abstrakte Staat, der vornehmlich territorial definiert ist, sondern die Gruppe der mit Bürgerrechten ausgestatteten Bewohner der jeweiligen Stadt. Dennoch wäre bei einem Rechtstext, der nur die Polis selbst bindet, die Ergänzung im Dativ auf den Namen des Stadtvolkes beschränkt geblieben; wird hingegen, wie es tatsächlich der Fall ist, auch dem Deukalion ein bestimmtes Verhalten zur Pflicht gemacht, so muss natürlich auch sein Name in der Überschrift erscheinen. Voraussetzung dafür ist ferner, dass er kein Khaladrier ist, andernfalls würde eine solche Formulierung keinen Sinn haben.

Dieser Text zeigt also, was man unter einer ῥήτρα zu verstehen hat. Trotz seiner Kürze lässt sich bei ihm zumindest ein Merkmal feststellen, dem man bei der Beschäftigung mit altgriechischen Rechtstexten auf Schritt und Tritt begegnet: die Sanktionsandrohung gegen alle, die gegen die festgesetzten Regeln verstoßen. Hier ist die angedrohte Strafe eher sakraler Natur, wenngleich ihre gesellschaftliche Implikation kaum zu bezweifeln ist.

---

<sup>267</sup> 2.4.2.

### 2.2.2 Die Eleer und Patrias (Nomima 23)

Ἄ φράτρα τοῖρ φαλείοις. Πατρίαν θαρρῆν καὶ γενεὰν καὶ ταῦτῶ. αἱ ζέ τις κατιαραύσειε, φάρρην ὦρ φαλείῳ. αἱ ζέ μήπιθειαν τὰ ζίκαια ὅρ μέγιστον τέλος ἔχοι καὶ τοὶ βασιλᾶες, ζέκα μυαῖς κα ἀποτίνοι φέκαστος τῶν μήπιποεόντων κατθυταῖς τῶι Ζι Ὀλυμ[5]πίῳ, ἐπένποι ζέ κ' Ἑλλανοζίκας καὶ τᾶλλα ζίκαια ἐπενπέτω ἀζαμοργία. αἱ ζέ μῆνποι, ζίφυιον ἀποτινέτω ἐν μαστράαι. αἱ ζέ τις τὸν αἰτιαθέντα ζικαῖον ἱμάσκοι, ἐν τᾷ ζεκαμναίαι κ' ἐνέχοιτο, αἱ φειζῶς ἱμάσκοι. ὁ πῖναξ ἱαρὸς Ὀλυμπίαι.

Dies ist unter den Eleern vereinbart worden: Patrias soll Rechtssicherheit genießen, ebenso seine Nachkommen und sein Eigentum. Sollte ihn jemand verfluchen, so soll er verbannt sein wie jemand, der einen Eleer verflucht hat.

Wenn der höchste Amtsträger und die *basilaeis*<sup>268</sup> die gesetzlich vorgesehene Strafe nicht verhängen, so soll jeder der nicht Bestrafenden zehn Minen zahlen, die dem Olympischen Zeus gewidmet sein sollen; [5] der *hellanodikas* soll die besagte Buße verhängen, und alle übrigen Strafen soll das Kollegium der Demiourgen verhängen. Verhängt er sie nicht, so soll er bei Rechenschaftslegung<sup>269</sup> das Doppelte bezahlen.

Wenn jemand den Beschuldigten zu Recht<sup>270</sup> züchtigt, so soll er zur Zehn-Minen-Buße verurteilt werden, wenn er wissend gezüchtigt hat. Auch der Schreiber Patrias soll genauso bestraft werden, wenn er jemandem Unrecht tut. Diese Tafel ist in Olympia geweiht.

Aus der Stadt Elis stammt ein weiterer Text, den man in der Forschung eher geneigt ist als Vertrag anzusehen.<sup>271</sup> Anscheinend geht es um einen Menschen, Patrias genannt,<sup>272</sup> dem aus irgendwelchen Gründen eine Art Immunität zugesichert wird, ausgedrückt durch das Wort *θαρρεῖν*, wörtlich “Mut haben,” “zuversichtlich sein.” Niemand darf sich an Patrias, seinen Nachkommen oder seinem Eigentum vergreifen. Der anderen in der Forschung vertretenen Interpretation zufolge handelt es sich um ein allgemeines strafprozessuales Gesetz; *πατριά* wäre dann eine dorische Bezeichnung für die Phratie, und der erste Satz hieße dann: “Die Phratie, die Nachkommenschaft und das Vermögen (des Angeklagten) sollen unangetastet bleiben.”

<sup>268</sup> Attisch *basileis*.

<sup>269</sup> Die Prüfung, der sich jeder Beamte am Ende seiner Amtszeit unterziehen musste, in Athen *εὐθύνη* genannt.

<sup>270</sup> D.h. mit einem tatsächlichen Rechtsgrund. Dass es einen solchen geben kann, ändert nichts an dem Verbot, Patrias zu züchtigen. Gezüchtigt wurden Sklaven und, allgemeiner, rechtlose Menschen; dies kann nun begründet oder unbegründet geschehen. Der Versuchung, Patrias als Ausländer wie einen Rechtlosen zu behandeln und zu schlagen, wenn man einen Grund dafür zu haben meinte, muss durch das hier ausgesprochene Verbot entgegengewirkt werden, soll Patrias trotz seiner Herkunft vollständig in die Polis integriert werden.

<sup>271</sup> Nomima 23; KÖRNER 37; IvO 2; GDI 1152; BUCK 61; LSAG 218 Anm. 5, 220 u. 408 Nr. 15.

<sup>272</sup> Das wäre die elische Form des Eigennamen *Πατρεας*, der anderswo belegt ist.

Diese Deutung ist aber einer Reihe von Einwänden ausgesetzt, die die erste Auffassung vorzugswürdig erscheinen lassen. Zunächst wäre es einmalig, dass die Bezeichnung des durch die Vorschriften Betroffenen (hier des Angeklagten) einfach weggelassen wird. Ferner ist nicht einzusehen, warum jemand ausgerechnet die Phratrie anklagen oder verfluchen sollte,<sup>273</sup> oder wieso er dann verflucht/verbannt sein od. verfolgt werden soll “wie bei einem Eleer” (ορ φαλειο): Der Text impliziert vielmehr, dass nicht eine allgemeine Rechtsnorm für alle Angeklagten aufgestellt wird, von denen ja zu erwarten ist, dass sie (meist) Eleer sind, sondern um eine konkrete Person, die zwar kein Eleer ist, der aber trotzdem infolge der vorliegenden Satzung der gleiche gesetzliche Schutz zukommen soll, den Vollbürger genießen.

Man könnte einwenden, der Angeklagte gehe seines Bürgerrechts verlustig, weswegen diese Ausdrucksweise doch sinnvoll sei. Dafür müsste man aber eine genaue Parallele zeigen können. Bei Drakon erscheint auf jeden Fall nicht der lediglich Angeklagte, sondern der Verurteilte als Nichtathener, ein Rechtszustand, der offenbar mit der Verbannung aus der Stadt zusammenhängt.<sup>274</sup>

Durch die hier vertretene Auffassung wird auch der vorletzte Satz des Dokuments (και πατριας ο γραφευς ταυτα κα πασχοι αι τιν' αζικεοι) verständlich: Genauso wie jemand, der sich an Patrias vergreift, so soll er selbst bestraft werden, falls er einem anderen etwas Unrechtes tut. Bei der anderen Deutung würde hingegen der Schreiber einer jeden Phratrie herausgegriffen und seine Strafbarkeit gesondert hervorgehoben, wofür kein einleuchtender Grund vorliegt. Hinzu kommt, dass das Fehlen des bestimmten Artikels bei πατριας im besagten Satz nicht zu erklären wäre, zumal er bei γραφευς steht. Bedeutete dies wirklich “der Schreiber der Phratrie” im Sinne von “der jeweiligen Schreiber einer jeden Phratrie”, so müsste es wohl entweder πατριας γραφευς oder aber ο τας πατριας γραφευς o.ä. heißen. Ist Patrias ein Ausländer, der als solcher in der Fremde nicht unbedingt einen leichten Stand hatte und in den meisten Fällen straflos angegriffen werden konnte,<sup>275</sup> so ist das Bemühen, seine Unantastbarkeit durch einen Staatsakt sicherzustellen, verständlich. Ein Ausländer als Beamter, gar als Schreiber der ganzen Polis ist ferner vermutlich Spensithios, dem wir uns gleich widmen werden. Gerade der Vergleich mit Nomima 22 macht die hier vertretene Interpretation besonders plausibel.

---

<sup>273</sup> Das sind die zwei möglichen Interpretationen des Wortes καταραυσειε. Vgl. HÖLKESKAMP (1999), 101 Anm. 25.

<sup>274</sup> S. Nomima 02, 27-29 (Q4).

<sup>275</sup> Dies liegt an der privaten Natur der Strafverfolgung: Wer keine Familie hinter sich hatte, hatte keinen Rächer.



Zz. 2ff. legt der Text fest, welche Strafe die zuständigen Amtsträger erwartet, wenn sie nicht gegen diejenigen vorgehen, die dem im ersten Satz des eigentlichen Normtextes aufgestellten Grundsatz zuwiderhandeln. Es stellt sich heraus, dass die βασιλεις mit der Verfolgung betraut sind und neben ihnen noch der höchste Amtsträger, dessen Amtsbezeichnung wir freilich nicht erfahren. Jeder, der sich dieses Versäumnis hat zuschulden kommen lassen, muss zehn Minen Geldbuße zahlen, die dem Olympischen Zeus zu widmen sind; mit der Eintreibung ist der ἑλλανοδίκας beauftragt, und die Verhängung der übrigen Strafen<sup>276</sup> obliegt der ζαμιοργία (5f.). Versäumen es auch diese Instanzen, strafend einzuschreiten, so wird auch ihnen eine Geldbuße in Aussicht gestellt (6f.). Die vorletzte Vorschrift, direkt vor der oben erwähnten, die die Strafbarkeit auf Patrias selbst ausdehnt, belegt denjenigen mit Strafe, der den Beschuldigten zu Recht<sup>277</sup> schlägt.<sup>278</sup> Er soll ebenfalls zehn Minen zahlen, wenn er in Kenntnis der Umstände gehandelt hat (7f.).

Die Urkunde ähnelt in ihrem Stil der psephismatischen Urkundenart bei Staatsverträgen: Am Schluss wird nämlich festgelegt, wo der Text aufbewahrt werden soll. Dass der Vertrag durch einen Eid zur Perfektion gelangte, ist wahrscheinlich; ausgesprochen ist dies in der Urkunde nicht. Andererseits ist es bei Staatsverträgen ebenfalls nicht immer, wenngleich alle Quellen dafür sprechen, dass der Eid dabei unentbehrlich war; ferner reicht das Wort ῥήτρα, wenn ein staats- oder völkerrechtlicher Vertrag naturgemäß beeidet wird, völlig aus, um dies dem damaligen Leser klarzumachen. Auch die Tatsache, dass der Text in einem Heiligtum aufbewahrt wurde, spricht deutlich für den religiösen Charakter der Vereinbarung.

Der Text teilt eine sprachliche Eigentümlichkeit elischer Inschriften, nämlich den Optativ mit *an* bzw. *ka* als Befehlsmodus anstelle des Imperativs; letzterer taucht ein einziges Mal auf, namentlich in Z. 6. Wie der Imperativ, wechselt der Optativ mit dem sog. "Vertrags-Acl" ab; die Praxis altgriechischer Normtexte wird also im Wesentlichen beibehalten. Weder sprachlich noch stilistisch ist etwas Auffälliges anzumerken; die Sätze sind kurz und bestimmen mit großer Klarheit die Rechtsfolgen der darin erfassten Tatbestände. Im Grunde handelt es sich um eine einzige Norm, nämlich die, dass Patrias, wenngleich er ein Fremder ist, den vollen Rechtsschutz genießen soll; die am Ende vorkommende umgekehrte Bestimmung, er solle ebenfalls der Strafe unterliegen,

<sup>276</sup> Vermutlich sind hier diejenigen Strafen gemeint, die die untergeordneten Instanzen zu vollstrecken versäumt haben.

<sup>277</sup> Ich fasse ζικαιον als Akkusativ neutrum in adverbialer Funktion auf.

<sup>278</sup> Die Übersetzung des ganzen Satzes kann kaum mehr als Vermutungscharakter haben. Bei ζικαιον kann das o lang oder kurz sein; im letzteren Fall kann es sich um einen Akkusativ neutrum oder aber maskulinum, auf τον αιτιαθεντα bezogen, handeln. Diese Mehrdeutigkeit könnte man nur auflösen, wenn die Bedeutung des Verbs klar wäre; doch dieses kommt überhaupt nur an dieser Stelle vor. Ob (wie KÖRNER behauptet) die Prügelstrafe nur für Sklaven in Frage kommt, vermag ich nicht zu beurteilen.

falls er sich etwas zuschulden kommen lässt, ist eigentlich nur die Konsequenz seiner Gleichstellung mit den Vollbürgern von Elis, durch die er aus dem Status eines wegen seiner Fremdheit Vogelfreien endgültig heraustritt. Diese in Zz. 1f. zum Ausdruck gebrachte Grundaussage – wie ich schon geschrieben habe, die eigentliche und im Grunde einzige Rechtsnorm, die dieser Text aufstellt – muss dann durch genau gefasste Strafandrohungen untermauert werden.

Der Gefahr, dass die Amtsträger der Polis Patrias den rechtlichen Schutz nicht gewähren, begegnet man, indem man gegen sie selbst eine Strafe bei Zuwiderhandeln festlegt. Beruht dieser Text – als Vertrag – auf einem Eid, so kommt zu dem religiösen Fluch, den der Meineidige mit sich trägt, eine menschliche Sanktion hinzu. Hierfür sind Parallelen bekannt, wie man beim Untersuchen anderer Verträge feststellt.<sup>279</sup>

Der Umstand, dass die Überschrift den Patrias nicht erwähnt, sondern nur die Eleer als durch die Vorschrift Betroffene in Erscheinung treten (*α φρατρα τοις φαλειοις*), lässt sich wohl am besten damit erklären, dass ihm kein Eid abverlangt wurde und er kein Vertragspartner im engeren Sinne war. Denn über seine Einstellung als offizieller Schreiber in Elis verliert der Vertragstext kein Wort; der eigentliche Arbeitsvertrag liegt nicht vor, und wir müssen annehmen, dass er entweder nicht aufgeschrieben wurde oder aber verlorengegangen ist. Insofern liegt die Sache anders als beim Vertrag der Khaladrier mit Deukalion, in dem die Polis ihm die Staatsbürgerschaft verlieh, eine Rechtshandlung, die wahrscheinlich als Vertrag ausgestaltet war. Hier sind nur die Eleer an die Vorschriften gebunden, denn es ist nicht einzusehen, wie Patrias sie einhalten oder übertreten könnte.

Die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit, die den Gegenstand des Textes bildet, ist anderen aufgetragen. Die einzigen, die sich binden müssen, sind die Bürger von Elis, insbesondere die Amtsträger, die an der Ausübung staatlicher Zwangs- und Strafhandlungen beteiligt sein könnten. Selbst die letzte Klausel, wo auch dem Patrias eine Strafe für den Fall angedroht wird, dass er das Recht bricht, richtet sich in Wahrheit an die Beamten, die die Strafe über ihn verhängen sollen; er stellt somit eine Ausnahmeverfügung gegenüber der grundsätzlichen Unantastbarkeit des Schreibers dar, durch welche er endgültig auf die Stufe eines Bürgers von Elis kommt, dessen Rechte er genauso wie die damit verbundenen Pflichten teilt.

Nun kann man sich fragen, ob man berechtigt ist, diesen Text als Vertragsurkunde anzusehen. Im Grunde bestimmt er die Rechtsverhältnisse eines Menschen, der anscheinend weder zur

---

<sup>279</sup> S. den Überblick unter 2.6.

Entscheidungsfindung über diese Norm beigetragen noch diese durch Willenserklärung verabschiedet und mit Rechtswirksamkeit versehen hat. In der Tat muss das Vorliegen eines Vertrages streng genommen verneint werden. Alle Handlungen, alles Tun oder Unterlassen, zu dem der vorliegende Rechtstext seine Adressaten verpflichtet, liegt nicht in Patrias' Händen, sondern in denen der "Eleer", für die die *ρήτρα* gilt. Dies wird auch durch die Überschrift zum Ausdruck gebracht. So gesehen, handelt es sich auch hier keineswegs um eine hoheitlich beschlossene Rechtsnorm, die ihre Adressaten quasi als Befehl unmittelbar bindet. Vielmehr lassen sich die Bürger der betroffenen Gemeinschaft auf eine Regelung ein, die als notwendige Ergänzung des Beschäftigungsverhältnisses dieses Fremden gelten muss. Für die archaischen Griechen als Nichtjuristen reichte dies aller Wahrscheinlichkeit nach aus, um eine solche Norm als *ρήτρα* zu verorten, d.h. als Vereinbarungstext, welcher durch die Selbstwillensbindung aller Bürger zustande kam.

Es fragt sich nun, wo denn der angenommene Vertrag ist, zu dem der vorliegende Text höchstwahrscheinlich eine Ergänzung darstellt. Die bloße Tatsache, dass er nicht erhalten ist, schließt selbstverständlich nicht aus, dass es irgendwann eine Inschrift gegeben haben könnte, in der er festgehalten war; wir müssten nur annehmen, dass sie verloren gegangen ist, eine Annahme, die gewiss keinerlei Schwierigkeiten bereitet, dürfte die Zahl der verloren gegangenen Inschriftentexte rechtlichen Inhalts doch diejenige der erhaltenen weit übersteigen. Ich möchte nur anmerken, dass es nicht einmal notwendig ist, von der tatsächlichen Existenz eines öffentlich ausgestellten geschriebenen Vertrags mit Patrias auszugehen. Vermutlich wurde eine Vertragsurkunde im Stadtarchiv aufbewahrt, eine feierliche öffentliche Schwurhandlung mit anschließender Verewigung des Vertrages auf Stein oder Bronze könnte je nach den Umständen jedoch überflüssig gewesen sein. Es geht ja, wie im allgemeinen Teil dieser Arbeit ausgeführt wurde, bei der Wahl der Stipulationsweise immer darum, die Wahrscheinlichkeit eines Verstoßes abzuschätzen und ihr ggf. mithilfe eines besonders verbindlichen Eides und der der Publizität dienenden Schriftform eine höhere Hürde entgegenzusetzen. Es ist keineswegs sicher, dass beim Hauptgeschäft, durch das Patrias zum offiziellen Schreiber wurde, dies notwendig gewesen wäre.

An diesem Beispiel zeigt sich freilich, dass der moderne Begriff "Vertrag" und der Terminus *ρήτρα* nicht ganz deckungsgleich sind. Der Begriff des "Rechtsverhältnisses", der in der hier zugrunde gelegten Vertragsdefinition eine große Rolle spielt, ist mit Bezug auf das archaische Griechenland gewiss viel zu weit gefasst, was bei einer Konstruktion moderner gelehrter Juristen eigentlich nicht verwunderlich ist. Den Griechen genügte es wohl, dass ein Rechtstext Handlungs- und

Unterlassungspflichten begründete, und fragten nicht nach dem Bestehen weiterer, wie auch immer zu fassender “Rechtsverhältnisse”, die sich aus der betreffenden Vorschrift ergaben. Wenn die in dieser Arbeit vertretene These richtig ist, so war es für eine *ρήτρα*, einen *θεσμός* oder (zumindest ursprünglich) für einen *νόμος* konstitutiv, dass die darin festgelegte Pflicht, etwas zu tun oder zu unterlassen, durch die Willenserklärung der Normadressaten zustande kam, durch welche sie ihren Willen banden. Es kam ihnen nämlich genau auf die Bindung des eigenen Willens, die typischerweise mittels eines Eides geschah, an – eine Bindung, welche die *differentia specifica* zum Gesetz darstellt.

### 2.2.3 Spensithios (Nomima 22)

A:

Θιοί· ἔφαδε Δαταλεύσι καὶ ἐσπένσαμες πόλις Σπενσιθίω ἀπὸ πυλᾶν πέντε ἀπ' ἐκάστας θροπᾶν τε καὶ ἀτέλειαν πάντων αὐτῶι καὶ γενιᾷ ὥς κα πόλι τὰ δαμόσια τά τε θιήια καὶ τάνθρώπινα[5] ποινικάζεν τε καὶ μναμονεῦφεν· ποινικάζεν δὲ πόλι καὶ μναμονεῦφεν τὰ δαμόσια μήτε τὰ θιήια μήτε τάνθρώπινα μηδέν' ἄλλον αἱ μὴ Σπενσίθιον αὐτόν τε καὶ γενιᾶν τῶνυ, αἱ μὴ ἐπαίροι τε καὶ κέλοιτο ἢ αὐτὸς Σπενσίθιος ἢ γενιὰ [10] τῶνυ ὅσοι δρομῆς εἶεν τῶν υἱῶν οἱ πλῖες· μισθὸν δὲ δόμεν τοῦ ἐνιαυτοῦ τῶι ποινικαστᾷ πεντήροντά τε προφόρους κλεῦκιος κηνδ..ε..ς ἱκατιδαρκμίους ἢ [...], δόμεν δὲ τὸ κλεῦρος ἐς τοῦ μόρου ὃ[15]πω κα λῆι ἐλέσθαι· αἱ δὲ μὴ δόιη τὸ κλεῦρος [...]

B:

τὸ φίσον λακέν τὸν ποινικαστᾶν καὶ παρῆμεν καὶ συνῆμεν ἐπὶ τε θιήϊων καὶ ἐπ' ἀνθρωπίνων πάντε ὅπε καὶ ὁ φόσμος εἴη καὶ τὸν ποινικαστᾶν καὶ ὅτιμί κα θιῶι ἱαρεὺς μὴ ἰδιαλο.. [5]θύεν τε τὰ δαμόσια θύματα τὸν ποινικαστᾶν καὶ τὰ τεμένια ἔκεν. μὴ δ' ἐπάγραν ἤμεν μηδὲ ρύτιον αἰλεῖν τὸν ποινικαστᾶν, δίκ(α)ν δὲ ὄτερόν κα μῶληται ὁ ποινικαστᾶς αἱ περ οἱ ἄλλοι .ρησεταῖην φόσ[10]μοι ἂ δίκ(α) φοι τέλεται· ἄλε δὲ οὐδὲ ἔν. δίκ(α)ια ἐς ἀνδρήϊον δώσει δέκα πέλεφους κρεῶν αἱ κα ρῶι ἄλλοι ἀπάρφονται καὶ τὸ ἐπενιαύτιον, τὸ δὲ λάκσιον συνφαλεῖ, ἄλο δὲ μηδ[15] ἐν ἐπάνανφον ἤμεν αἱ κα μὴ λῆι δόμεν. ἤμεν δὲ τὰ θιήια τῶι πρειγίστωι.

[A] Götter!

Die Dataeis haben beschlossen, und wir Bürger der Polis haben Spensithios unter Beteiligung von je fünf Abgesandten aus jeder einzelnen der Phylen Lebensunterhalt und Steuerfreiheit für ihn selbst und seine Nachkommen eidlich versichert unter der Bedingung, dass er für die Stadt das Amt des Schreibers und Urkundsbeamten in öffentlichen Angelegenheiten, weltlichen wie religiösen, bekleidet. [5] Das Amt des Schreibers und Urkundsbeamten in öffentlichen weltlichen oder religiösen Dingen wird niemand anderes als Spensithios und seine Nachkommen für die Stadt bekleiden, es sei denn, dass Spensithios selbst es anregt und dazu auffordert [10] oder seine Nachkommen mit der absoluten Mehrheit seiner volljährigen Söhne.

Als Gehalt soll man dem Schreiber jährlich fünfzig Krüge<sup>280</sup> Most auszahlen, [...] zwanzig Drachmen wert, [...] Der Most soll aus dem Grundstück genommen werden, von dem er ihn haben will. [15] Wenn (der Verantwortliche) den Most nicht auszahlt, [...].<sup>281</sup>

<sup>280</sup> Offenbar eine Maßeinheit.

<sup>281</sup> Der übrige Text der A-Seite ist nur fragmentarisch erhalten und bis auf wenige Wortketten unverständlich, weswegen hier auf eine Wiedergabe verzichtet wird.

[B] Dem Schreiber soll dasselbe zuteil werden und er soll bei allen Versammlungen sowohl politischer als auch religiöser Art anwesend und beteiligt sein (dürfen<sup>282</sup>) wie der *kosmos*.<sup>283</sup> Ferner soll der Schreiber bei jedem Gott, für den es keinen eigenen<sup>284</sup> Priester gibt, [5] die öffentlichen Riten durchführen und die heiligen Bezirke besitzen. Außerdem ist es dem Schreiber nicht erlaubt, jemanden gefangen zu nehmen oder sein Eigentum zu pfänden; wird der Schreiber in einen Rechtsstreit verwickelt, so wird es so ausgehen, wie die übrigen *kosmoi* entscheiden; [10] andernfalls (wird es) keinen (Rechtsstreit geben).<sup>285</sup>

Er wird als Beitrag für den Männerverein zwölf Äxte<sup>286</sup> Fleisch zahlen, wenn die anderen ein Erstlingsopfer darbringen, und den Jahresbeitrag, außerdem wird er sich an der Steuerzahlung<sup>287</sup> beteiligen; [15] ansonsten wird ihm keine Gebühr aufgezwungen, wenn er sie nicht entrichten will. Die Opferprivilegien kommen dem Ältesten<sup>288</sup> zu.

Eine ähnliche Regelung liegt im Vertrag eines kretischen Gemeinwesens mit dem Schreiber Spensithios vor.<sup>289</sup> Dass er Ausländer ist, hat VANEFFENTERRE mit guten Argumenten vertreten: Nur Polisfremden konnten damals solche Ehren und Privilegien verliehen werden wie die, welche hier Spensithios zugewiesen werden; einen Eingeborenen so über die anderen zu erheben wäre von der Einrichtung einer Tyrannis nur einen Schritt entfernt gewesen.<sup>290</sup> Weiterhin spricht für die Auffassung, Spensithios stamme aus einer anderen Polis als der, die ihn einsetzt, die Parallele zu Nomima 23: Im archaischen Griechenland holten sich Stadtstaaten gerne ausländische Spezialisten, die sie mit Ämtern betrauten, die eine besondere Sachkunde auf dem Gebiet des Schreibens und Dokumentierens erforderten. So ist anzunehmen, dass Spensithios nicht aus derselben Polis stammt, zu der die *δαταλεις*, die den Beschluss gefasst haben, gehören. Er braucht freilich nicht unbedingt aus einer weit entfernten zu kommen, sondern könnte sehr wohl auf Zentralkreta geboren und aufgewachsen sein.

Welche Polis es aber genau ist, die ihn beauftragt und mit ihm den vorliegenden Vertrag schließt, lässt sich nicht mehr mit Sicherheit sagen. Der Fundort der Bronzeplatte, auf der der Text

---

<sup>282</sup> Diese Klauseln scheinen mir eher ein Recht des Schreibers zu enthalten als eine Pflicht; daher besteht zumindest die Möglichkeit, ein „dürfen“ einzufügen.

<sup>283</sup> Die am Ende des Satzes überflüssigerweise angefügten Worte *και τον ποινικασταν* werden hier nicht übersetzt.

<sup>284</sup> Das Wort *ιδιαιλο*\*\* ist unbekannt, aber der Sinn ist klar.

<sup>285</sup> Die Zz. 8-11 Anf. sind außerordentlich schwierig, vermutlich durch Schreibfehler verunstaltet und haben seitens der Gelehrten zahlreiche verschiedene Emendationsversuche erfahren. Die hier vorgelegte Übersetzung von „wird“ bis „(Rechtsstreit geben)“ ist mehr oder weniger hypothetisch und setzt zwei Schreibfehler voraus: *δικα* anstelle von *δικαν* und ein seltsames Verschreiben des *μ* bei *μωληται*. S. im Einzelnen JEFFERY (1970), 142f.

<sup>286</sup> Wohl eine Maßeinheit.

<sup>287</sup> Die Bedeutung des Wortes *λαξιον* ist unklar.

<sup>288</sup> Ausführliche Diskussion dieses Satzes unter 2.2.3.

<sup>289</sup> Nomima 22; LSAG 468, 14b, Nr. 79; JEFFERY (1970), 118-154.

<sup>290</sup> EFFENTERRE (1973), 37-39 u. 46; vgl. ders. (1979).

aufbewahrt ist, braucht mit dem der antiken Polis nicht identisch zu sein: Auch in den oben besprochenen Fällen, die aus Elis stammen, wurde die jeweilige Platte nicht in der betreffenden Stadt aufbewahrt, sondern in Olympia, was in den Augen der Betroffenen gewiss der Anheimstellung unter göttlichen Schutz gleichkam. Dasselbe könnte hier der Fall sein. Für die in der Forschung vorgebrachten Argumente und Hypothesen sei auf die reichhaltige Sekundärliteratur hingewiesen. Wie man dieses Problem lösen mag, ist für die Fragestellung dieser Arbeit nicht entscheidend.

Spensithios ist mit dem *φοινικαζειν* betraut, d.h. mit dem Schreiben von Dokumenten im Auftrag der Polis,<sup>291</sup> und mit dem *μναμονευειν*, einem Amt, das sozusagen das öffentliche Gedächtnis der Polis darstellt.<sup>292</sup> Dies vergilt ihm die Stadt dadurch, dass sie ihm verspricht, ihm seinen Lebensunterhalt zu stellen und ihn Steuerfreiheit genießen zu lassen; der Text bestimmt ferner, dass kein anderer Mensch je dieses Amt bekleiden wird, solange der Vertrag Bestand hat, und ebenso wird Spensithios' Nachkommenschaft dieses Privileg genießen (A1-8). Spensithios und seine Nachkommen können dieses Beschäftigungsverhältnis einseitig auflösen (8-10). Es folgen Bestimmungen über das dem Schreiber zustehende Gehalt (11ff.; der Text ist hier sehr fragmentarisch und schwer zu verstehen), seine Gleichstellung mit den höchsten Amtsträgern und Priestern (B1-5), die Immunität und die Beteiligung an Rechtsstreitigkeiten (5-11) und die Teilnahme an einem Männerverein (*ανδρηιον*) samt dem von ihm hierfür zu zahlenden Beitrag (11-16). Der Text schließt mit der Bestimmung, dass die Zuständigkeit für religiöse Rituale dem "Ältesten" (der Nachkommen? Dann vermutlich erst nach Spensithios' Tod) zukommen soll. Wenn diese Interpretation des letzten Satzes korrekt ist, so scheint er fehl am Platze zu sein: er hätte wohl eher nach A10 stehen müssen. Dennoch zeigt die Partikel *de* eine direkte Verbindung zum Vorangegangenen, so dass wir *τα θηγια* wohl besser auf Rituale beziehen sollten, die im *ανδρηιον* selbst vorkamen. *ο πρεγιστος* bedeutet auch nicht unbedingt "der Älteste", sondern auch "der Ehrwürdigste", wobei in aller Regeln beide Attribute in ein und derselben Person zusammenfallen dürften. Wie dem auch sei, es kann sich auch um den Ältesten des Männervereins handeln, was aus dem o.g. sprachlichen Grund die wahrscheinlichere Deutung ist.<sup>293</sup>

---

<sup>291</sup> Das Wort leitet sich entweder von der roten Farbe der Buchstaben oder von dem Umstand ab, dass das griechische Alphabet phönizischer Herkunft ist: s. Nomima S. 104 mit weiterer Lit.

<sup>292</sup> Die zwei Verben bedeuten genau genommen "*φοινικαστας* sein" bzw. "*μνάμων* sein". Insofern ist die Übersetzung in RAUBITSCHKE (1970), Punkt 1. ("record and recite"), nicht ganz richtig, wenngleich sie höchstwahrscheinlich die Tätigkeit des jeweiligen Amtes richtig erfasst.

<sup>293</sup> So EFFENTERRE (1973), 45f.

Für die vorliegende Arbeit ist hauptsächlich der Anfang des Dokuments interessant. Nach dem auf Kreta gewöhnlichen Ausruf  $\theta\iota\omicron\iota$ , mit dem Rechtstexte regelmäßig beginnen,<sup>294</sup> fällt die bekannte Beschlussformel:  $\epsilon\phi\alpha\delta\epsilon\ \delta\alpha\tau\alpha\lambda\epsilon\upsilon\sigma\iota$ . Wer diese  $\delta\alpha\tau\alpha\lambda\epsilon\iota\varsigma$  sind, entzieht sich unserer Kenntnis; man denkt an eine besondere Untergliederung der Polis, einen  $\sigma\tau\alpha\rho\tau\omicron\varsigma$  – diese Hypothese geht schon auf die Herausgeberinnen zurück.<sup>295</sup> Auffällig ist jedenfalls, dass sie und die Polis selbst offenbar verschiedene Entitäten sind, was daraus hervorgeht, dass dort, wo die Polis handelt, sie auch als solche angesprochen wird ( $\epsilon\sigma\pi\epsilon\nu\sigma\alpha\mu\epsilon\varsigma\ \pi\omicron\lambda\iota\varsigma$ ).

Letzteres spricht gegen die von einigen Gelehrten vertretene Ansicht, die  $\delta\alpha\tau\alpha\lambda\epsilon\iota\varsigma$  seien die Bürger der betreffenden Polis und  $\epsilon\phi\alpha\delta\epsilon\ \delta\alpha\tau\alpha\lambda\epsilon\upsilon\sigma\iota$  sei dasselbe wie  $\epsilon\phi\alpha\delta\epsilon\ \pi\omicron\lambda\iota$ , wie man sonst zu lesen bekommt. Viel eher wird man den Anfang der Urkunde so verstehen müssen, dass einerseits die  $\delta\alpha\tau\alpha\lambda\epsilon\iota\varsigma$  den Beschluss gefasst haben, man solle  $\sigma\pi\epsilon\nu\sigma\iota\theta\iota\omicron\varsigma$  in das bewusste Amt einsetzen, die Polis als Ganzes andererseits durch einen Eid, der im Verb  $\sigma\pi\acute{\epsilon}\nu\delta\epsilon\iota\nu$  zum Ausdruck kommt, mit  $\sigma\pi\epsilon\nu\sigma\iota\theta\iota\omicron\varsigma$  den Arbeitsvertrag abgeschlossen hat, beides Ereignisse, die wir hier beurkundet finden. Diese Zweiteilung des Polishandelns nimmt nicht wunder, vorausgesetzt, man hat sich vertraut gemacht mit der gleichen Erscheinung beim Zustandekommen von Staatsverträgen, die HEUSS herausgearbeitet hat, und mit ihrem Äquivalent in der Gesetzgebung, die zumindest für Athen dank der Arbeit von QUASS feststeht.<sup>296</sup> An Texten wie diesem sieht man, dass die Forschung zu den innerstaatlichen Gesetzen und diejenige zu den Staatsverträgen am besten zu vereinigen wären, anstatt dass sie wie bisher getrennt voneinander verlaufen.

Die unmittelbar darauffolgenden Worte  $\kappa\alpha\iota\ \epsilon\sigma\pi\epsilon\nu\sigma\alpha\mu\epsilon\varsigma\ \pi\omicron\lambda\iota\varsigma$  haben den Gelehrten Schwierigkeiten bereitet. Der Wechsel vom unpersönlichen ( $\epsilon\phi\alpha\delta\epsilon$ ) zum persönlichen Verb ist unüblich;<sup>297</sup> andererseits ist kein Grund ersichtlich, was an einer solchen Konstruktion ungriechisch oder anstößig sein sollte: Vorausgesetzt, es handelt sich um zwei verschiedene Instanzen, was oben als die plausible Alternative erwiesen worden ist, so richtet sich die Syntax naturgemäß nach dem Verb, das das jeweilige Handeln terminologisch abdeckt.  $\Sigma\pi\acute{\epsilon}\nu\delta\omega$  im Aktiv im Sinne von “versprechen” ist zwar auf kretischen Inschriften nicht belegt, es findet sich aber im “Codex” von Gortyn das Kompositum  $\acute{\epsilon}\pi\iota\sigma\pi\acute{\epsilon}\nu\delta\omega$  mit dieser Bedeutung.<sup>298</sup> Normalerweise bedeuten die aktiven Formen

<sup>294</sup> S. RIES (1983), 82.

<sup>295</sup> JEFFERY u. MORPURGO-DAVIES (1970), 126f.

<sup>296</sup> HEUSS (1934); QUASS (1971).

<sup>297</sup> So JEFFERY (1970), 127f. Die Bezeichnung “unpersönliches Verb” halte ich übrigens für fragwürdig: Subjekt von  $\acute{\alpha}\nu\delta\acute{\alpha}\gamma\epsilon\iota\nu$  oder  $\delta\omicron\kappa\epsilon\acute{\iota}\nu$  ist der darauffolgende Infinitiv oder Acl, ein unpersönliches Verb hat hingegen überhaupt kein Subjekt.

<sup>298</sup> Nomima II 53 = Col. IV, 52f.; s. WILLETTTS (1967), 21 mit Anm. 40.



lediglich „ein Trankopfer darbringen“, die medialen hingegen „einen Friedensvertrag schließen“, wie im LSJ s.v. nachzulesen ist; doch der LSJ-Eintrag ist nicht ganz befriedigend, denn es geht aus ihm nicht deutlich hervor, dass auch das Aktiv die Bedeutung „(feierlich) versprechen“ haben kann, wie es aus dem o.g. Kompositum aus Gortyn deutlich wird. Das Medium scheint im Allgemeinen die Wechselseitigkeit der Handlung zu betonen, während das Aktiv eher auf das Handeln der einen Partei fokussiert.<sup>299</sup> Dies soll an dieser Stelle aber keineswegs heißen, dass es sich hier um einen einseitigen Vertrag handeln würde: Die Pflichten des Spensithios kommen ebenfalls zur Sprache, und zwar als Gegenleistung für die ihm eingeräumten Privilegien.

Dies wird deutlich werden, indem ich den Rest des Satzgefüges analysiere. Anzumerken ist an dieser Stelle noch, dass aus jeder Phyle der Polis je 5 Männer ausgewählt werden (απο φυλαν πεντε απ' εκαστας), um den Vertragsschluss durch den Eid durchzuführen. Wieder wird (wie oft bei Staatsverträgen) eine Regelung getroffen, die den Eid, den eigentlich alle Bürger ablegen sollten, der Schwurhandlung einiger Stellvertreter überantwortet. Dennoch lässt die Formulierung keinen Zweifel daran übrig, dass die ganze Polis, wie es wörtlich dasteht, sich durch ein Versprechen gebunden hat.

Die von manchen Gelehrten empfundene Unstimmigkeit im Satzbau, die sich infolge des Wechsels der Konstruktion von εφ'αδε zu der von εσπενσαμες ergibt, besteht insofern tatsächlich, als die Fortsetzung nach εσπενσαμες πολις σπενσιθιοι nur zum zweiten Verb passt und nicht zum ersten. Es handelt sich nämlich um einfache Akkusative (τροπαν τε και αελειαν), die den Inhalt des feierlichen Versprechens wiedergeben. Von εφ'αδε könnten sie nicht abhängen, würde dies doch einen Infinitivsatz erfordern, zumindest aber Substantive im Nominativ, die das Subjekt des Verbes bilden würden. Es liegt also ein Zeugma vor. Dieser Umstand reicht freilich nicht aus, um die Annahme zu rechtfertigen, die Worte και εσπενσαμες bis οι πλιες (Z. 10) stellten einen Einschub in den eigentlichen Erlass der Dataleis dar, der einen wesentlich früher geschlossenen Vertrag der Stadt mit Spensithios wiedergebe, während der eigentliche Beschluss die Bezahlung und die Privilegien des Amtes im Allgemeinen behandle.<sup>300</sup> Solch ein Urkundenstil wäre recht ausgefallen und würde den Leser in die Irre führen, was den Verfassern altgriechischer Gesetze nicht ohne

---

<sup>299</sup> So in Thuc. 4,98,8.

<sup>300</sup> So RAUBITSCHKE (1970), Punkt 3. Das Argument, Spensithios Name falle nach A 10 nicht mehr, ist wenig aussagekräftig, da das allgemeine ποινικαστας von der Not entbindet, die mühsame Wendung „Spensithios selbst und seine Nachkommen“ jedesmal zu wiederholen. Das Verhältnis der zwei Verben am Anfang lässt sich, wie ich schon erörtert habe, besser durch die Zweiteilung von Beschluss und eigentlichem Vertrag erklären. Inwieweit schließlich die Tatsache, dass das Verb σπένδειν im Aorist steht, eine Schwierigkeit darstellen und für Raubitscheks Annahme sprechen sollte, ist mir ganz unverständlich. S. a. Nomima ad loc.

weiteres zuzutrauen ist. Die Partikel  $\delta\epsilon$  in A11 macht es überdies deutlich, dass diese Zeile die direkte Fortsetzung des Vorangegangenen ist: Ein neuer Abschnitt fängt in diesem Text regelmäßig ohne Partikel an (Beispiel: B1 u. 11).

Außerdem kann ein Infinitiv, der von einem Verb des Beschließens abhängt, nicht von diesem durch ein  $\delta\epsilon$  getrennt sein. Man könnte natürlich mutmaßen, anstelle des Einschub hätte ursprünglich einer oder mehrere Sätze gestanden, zu denen A11 die Fortsetzung gewesen sei; doch dies kommt wieder der Annahme gleich, der Verfasser der Inschrift habe äußerst nachlässig gearbeitet und es unterlassen, das  $\delta\epsilon$  zu entfernen. Zu der Hypothese, ein Schreiber habe schlecht und fehlerhaft seinen Dienst versehen, sollte man indes erst greifen, wenn jeder Interpretationsansatz, die von einem richtig verfassten und für seine Adressaten verständlichen Text ausgeht, scheitert und die Deutung aussichtslos erscheint, was vorliegend bei weitem nicht der Fall ist.

Nun ist dazu überzugehen, den Satz zu untersuchen, in dem die Gegenleistungspflicht des Spensithios zur Sprache kommt. Am Ende von Z. 3 leitet die Konjunktion  $\omega\varsigma$  den entsprechenden Nebensatz ein. Diese Konstruktion bereitet einige Schwierigkeiten, die in der vorzüglichen Anmerkung der Herausgeberinnen abgehandelt werden,<sup>301</sup> auf die ich an dieser Stelle den Leser verweisen darf. Klar ist, dass der Satz  $\omega\varsigma\ldots\mu\alpha\nu\mu\omicron\nu\epsilon\phi\epsilon\nu$  den Zweck und zugleich die Bedingung der dem Spensithios gewährten Stellung zum Ausdruck bringt: In einem klassischen Prosawerk hätte vermutlich  $\epsilon\pi\iota\ \tau\acute{o}\upsilon\tau\omicron\iota\varsigma\ \acute{\omega}\sigma\tau\epsilon$  mit Infinitiv gestanden. Der Inhalt von Spensithios' Tätigkeit ist mit den Worten  $\tau\alpha\ \delta\alpha\mu\omicron\sigma\iota\alpha\ \pi\omicron\iota\nu\iota\kappa\alpha\zeta\epsilon\nu\ \tau\epsilon\ \kappa\alpha\iota\ \mu\alpha\nu\mu\omicron\nu\epsilon\phi\epsilon\nu$  umschrieben, d.h. er soll in öffentlichen Angelegenheiten als Schreiber und Urkundsbeamter wirken, und zwar sowohl in menschlichen (politischen) Angelegenheiten als auch in religiösen ( $\tau\alpha\ \tau\epsilon\ \theta\iota\eta\iota\alpha\ \kappa\alpha\iota\ \tau\alpha\nu\theta\rho\omega\pi\iota\nu\alpha$ ).

Hieraus und aus dem Umstand, dass Spensithios und seine Familie zulassen können, dass jemand anderes entgegen der Zz. 5-8 getroffenen Bestimmung dieses Amt ausübt, wird ersichtlich, dass Spensithios Vertragspartner ist, auf dessen Einverständnis es nicht nur für die Schließung des Vertrages ankommt, sondern auch für dessen Auflösung. Dieses Einverständnis kann aber nicht anders als durch eine wie auch immer geartete Willenserklärung wirksam werden: Spensithios muss daher zu denjenigen gehören, die sich zu der den Vertrag begründenden übereinstimmenden Willenserklärung vereinigt haben.

---

<sup>301</sup> JEFFERY u. MORPURGO-DAVIES (1970), 130f.

Aus Zz. 8-10 geht indes nicht eindeutig hervor, ob es sich hierbei um eine einmalige Ausnahme handeln soll oder um die Auflösung des gesamten Vertrages, dessen wesentlicher Inhalt eben darin besteht, dass das Amt mit den damit verbundenen Rechten und Pflichten bei ihm selbst und seinen Söhnen bleiben soll. Vermutlich ist beides möglich: Spensithios bzw. seine Kinder können sowohl den Vertrag als Ganzes auflösen als auch eine auf eine bestimmte Person beschränkte Ausnahme zulassen. Wichtig ist, dass diese Möglichkeit ausdrücklich erfasst ist: Während es sich aus heutiger Sicht von selbst versteht, dass die Kontrahenten ihren Vertrag durch einen Auflösungsvertrag aufheben können und dass jeder von ihnen auf die Rechte, die ihm aus dem Vertrag erwachsen, auch verzichten kann, so scheint es, was die beedeten Rechtstexte aus dem archaischen Griechenland angeht, angebracht gewesen zu sein, jede Möglichkeit ausdrücklich festzulegen, wie allgemein bei Rechtsvorschriften zu erwarten ist, deren Gültigkeit auf einem Eid beruht und bei denen daher dem Wortlaut große Bedeutung zukommt.<sup>302</sup>

Entscheidend für die vorliegende Arbeit ist hierbei der Umstand, dass sich dieser Text in keiner Weise von einem Gesetzestext unterscheidet. Der Stil ist der gleiche, was sich an dem fast überall vorzufindenden "Vertrags-AcI" besonders sinnfällig zeigt, der nur an zwei dicht aufeinanderfolgenden Stellen einem Verb im Futur weicht (B 11 u. 14). Auch die in Gesetzen und – wie wir gesehen haben – in Staats- und sonstigen Verträgen üblichen Strafandrohungen könnten vorhanden sein, falls sie sich in den stark beschädigten Zeilen am Ende von Seite A befanden, worauf Z. 15 *αι δε μη δοιη το κλευρος* hinweisen dürfte. Die ersten Worte der Inschrift ferner, *θιοι εφ'αδε δαταλευσι*, sind mit einem Gesetzesanfang identisch.<sup>303</sup>

Das einzige Element, das etwas untypisch ist, ist die Betonung des Versprechens, des *σπένδειν*, der gegenüber normalerweise der Hinweis auf einen Polisbeschluss ausreicht. Doch gerade dieser Umstand zeigt, dass eine Rechtsnorm, die Gegenstand eines Beschlusses der dafür vorgesehenen Polisorgane gewesen war, nicht nur durch den Beschluss des normsetzenden Staatsorgans ihre allgemeine Verbindlichkeit erlangte, sondern erst durch einen besonderen Akt, namentlich durch eine Schwurhandlung. Freilich genügte in den meisten Fällen, nur das eine dieser Elemente in der Urkunde zu erwähnen; dass hier jedoch, anders als es üblich war, die zwei Vorgänge zum Ausdruck kommen, dürfte am ehesten daran liegen, dass das Gremium, das den Beschluss gefasst, und die Institution, die den beschlossenen Vorschriften mithilfe des o.g. Rituals Rechtsgültigkeit verliehen

---

<sup>302</sup> Gewiss spielt ebenfalls eine Rolle, dass dieser Satz auch die Gelegenheit bietet, zu regeln, unter welchen Bedingungen eine auflösende Entscheidung der Söhne des Spensithios rechtswirksam ist.

<sup>303</sup> RIES (1983), 82 u. 88.

hat, auseinanderfallen. Somit reicht ein einziges Verb nicht aus, sondern zu jedem der beiden Subjekte muss dasjenige Tätigkeitswort beigelegt sein, das ihre jeweilige Rolle beschreibt. Das Ergebnis, nämlich die im Text enthaltenen Rechtsvorschriften, ist jedoch genau das gleiche wie bei den sog. Gesetzen.

## 2.3 Das Amtiterationsgesetz aus Dreros (Nomima 81)

Ἄδ' ἔφαδε : πόλι : ἐπεὶ κα κοσμήσῃ : δέκα φετίων τὸν ἄ-

θιοσολοιον

φτὸν μὴ κοσμήν. αἱ δὲ κοσμησίῃ ὅπῃ δικακσίῃ : ἄφτὸν ὁπῆλιν : διπλεῖ κάφτὸν ἄκρηστον : ἡμην : ἅς δώοι :  
κῶτι κοσμησίῃ : μηδὲν ἡμην.

ὁμόται δέ : κόσμος : κῶι δάμιοι : κῶι : ἵκατι : οἱ τᾶς πόλιος.

Folgendes hat die Polis beschlossen<sup>304</sup>:

Nachdem jemand bereits *kosmos* gewesen ist, soll er zehn Jahre lang das *kosmos*-Amt nicht mehr bekleiden. Tut er es dennoch, so soll er selbst das Doppelte von dem schulden, was er in seinen Urteilen verhängt hat, und sein ganzes Leben lang nicht mehr wählbar sein; was er als *kosmos* verfügt hat, soll nichtig sein.

Beeidet durch den *kosmos*, die *damioi* und die Zwanzig der Stadt.

Mit diesem Text fängt die Reihe derjenigen in dieser Arbeit gesondert untersuchten Rechtstexte an, die in der Forschung mehr oder weniger unumstritten als Gesetze gelten und denen folglich die Aufmerksamkeit der Gelehrten gilt, die über altgriechische Gesetzgebung schreiben.

In der Gräzistik finden sich kaum Abhandlungen über die griechische Gesetzesprosa. Eine Ausnahme bildet ein Aufsatz von A. BLOCH dar, der gut 30 Jahre alt ist;<sup>305</sup> das Ergebnis ist m.E. jedoch sehr fragwürdig. Die Gesetzesprosa, wie sie einem in den Inschriften begegnet, beurteilt Bloch hauptsächlich nach ästhetischen Kriterien, wobei er als Höhepunkt griechischer Rechtsprosa, an dem alle anderen schriftlichen Erzeugnisse zu messen seien, ausgerechnet literarische Werke, Platons Dialoge *Politeia* und *Nomoi*, hinstellt. Der Autor folgt einem evolutionistischen Schema, wonach sich der Gesetzesstil aus seiner ursprünglichen Unbeholfenheit und mangelhaften Ausdrucksfähigkeit hin zur platonischen Vollkommenheit entwickelt habe. Die Eigenheit der Fachsprache und der Umstand, dass sie ganz anderen Zwecken folgt und daher viel eher an diesen gemessen werden müsste anstatt an einem außerhalb ihrer liegenden Ideal, finden

<sup>304</sup> Die Worte θιοσολοιον zwischen Zz. 3 u. 4 sind kaum verständlich und passen jedenfalls nicht in den Text hinein, sondern bilden am ehesten einen textlich unabhängigen Fluch, der dem Übertreter des vorliegenden Vertrags gilt: Die Gottheit (θιός) soll ihn (ὅν) vernichten (ὀλοῖ).

<sup>305</sup> BLOCH (1975).

keinerlei Berücksichtigung.<sup>306</sup> Der Autor des Aufsatzes gibt dabei zu, dass seine Untersuchung noch unvollständig und vorläufig sei und dass sie fortgesetzt werden müsse. Dass diese Fortsetzung jemals stattgefunden hätte, ist mir nicht bekannt. Offenbar erachten Philologen Gesetzesinschriften nicht als würdigen oder tauglichen Gegenstand ihrer Arbeit.

Der referierten evolutionistischen Sichtweise zufolge hat die Ausdrucksfähigkeit altgriechischer inschriftlicher Gesetze nach bescheidenen Anfängen mit der Zeit zugenommen und im 4. Jh. ihren Höhepunkt erreicht, ohne freilich die Vollkommenheit von Platons Gesetzesprosa, wie sie in der *Politeia* und in den *Nomoi* begegnet, erreichen zu können.

Freilich ließe sich hiergegen einwenden, dass bereits der im 3. Buch der *Ilias* befindliche Vertragstext gut und verständlich formuliert ist;<sup>307</sup> die elegante Knappheit des Ausdrucks ist für den epischen Stil sogar eher ungewöhnlich. Wir müssen wohl annehmen, dass der *Ilias*-Dichter Vorbilder aus dem realen Leben vor Augen hatte, dass es also zu seiner Zeit ein ausgebildetes Vertragswesen mit genauen sprachlichen und rituellen Regeln gab. Dieses könnte altorientalischer Herkunft gewesen sein. Die Forschung der letzten Jahre hat bereits einiges getan, um seine Merkmale herauszuarbeiten.<sup>308</sup>

Archaischen Gesetzestexten attestiert Bloch dennoch sogar „altertümliches Stammeln“.<sup>309</sup> Von diesem angenommenen „Gestammel“ ist freilich im ältesten erhaltenen Gesetz, einer in Dreros (Kreta) gefundenen Vorschrift gegen die Wiederwahl zum höchsten Polisbeamten,<sup>310</sup> nichts zu spüren. Im Gegenteil: H. VANEFFENTERRE z.B. hat schon bemerkt und gewürdigt, wie klar und wohlgedacht der sprachliche Ausdruck dieser Inschrift ist.

---

<sup>306</sup> Die Fragwürdigkeit von Blochs Kriterien wird u.a. an folgendem Beispiel deutlich (BLOCH [1975], 153f.): Den „nachhinkenden“ Nebensatz in BUCK Nr. 61 = Nomima 23, 7f.(2.2.2) *αι ξε τις τον αιτιαθεντα ζικαιον ιμασκοι, εν τη ξεκαμναιαι κε ενεχοιτο, αι φειζως ιμασκοι* bezeichnet er als ein Beispiel „altertümlichen Stammelns.“ Doch gerade dieses Abstellen auf den subjektiven Tatbestand war in archaischer Zeit alles andere als selbstverständlich, so dass es keineswegs verwunderlich ist, dass der Verfasser dieses Textes es durch einen gesonderten Nebensatz hervorheben wollte. Besagtes „Gestammel“ findet sich übrigens auch in heutigen Gesetzen, so im deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch, §229 (Hervorhebung von mir): „Wer zum Zwecke der Selbsthilfe eine Sache wegnimmt, zerstört oder beschädigt oder wer zum Zwecke der Selbsthilfe einen Verpflichteten, welcher der Flucht verdächtig ist, festnimmt (...), handelt nicht widerrechtlich, *wenn obrigkeitliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist und ohne sofortiges Eingreifen die Gefahr besteht, dass die Verwirklichung des Anspruchs vereitelt oder wesentlich erschwert werde.*“ Und aus dem Strafgesetzbuch, §323a Abs. 1: „Wer sich vorsätzlich oder fahrlässig durch alkoholische Getränke oder andere berauschende Mittel in einen Rausch versetzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, *wenn er in diesem Zustand eine rechtswidrige Tat begeht und ibretwegen nicht bestraft werden kann, weil er infolge des Rausches schuldunfähig war oder weil dies nicht auszuschließen ist.*“

<sup>307</sup> BLOCH (1975), 137.

<sup>308</sup> BEDERMAN (2001), 61-73; vgl. HÖGEMANN (2000), 27-29.

<sup>309</sup> BLOCH (1975), 153 (s. vorige Anm.).

<sup>310</sup> Nomima 81; KÖRNER 90; ML 2; BUCK 116; LSAG 315 Nr. 1a; BCH 1937, 333-348.

Nimmt man z.B. den letztgenannten Text in Augenschein, so fällt sofort auf, dass auf der einen Seite der Nebensatz im ersten Satzgefüge, das die allgemeine Vorschrift (eben das Verbot der Amtsiteration) enthält, ein Verb im Konjunktiv begleitet von der Partikel κα, hat (κοσμήσῃ).<sup>311</sup> Die in Z. 3 einsetzende, durch αἱ δε eingeleitete Festlegung der Rechtsfolgen bei Zuwiderhandeln enthält hingegen in den Nebensätzen nur Verben im Optativ (und zwar, der Regel entsprechend, ohne Partikel). Dieser Befund stimmt mit dem u.a. bei Homer vorgefundenen Sprachgebrauch überein, wonach das Nichtseinsollende als im Gedanken quasi in weitere Ferne Entrücktes im Optativ steht statt im Konjunktiv mit der Partikel ἄν bzw. κε. Hierzu bieten die homerischen Gedichte genaue Parallelen.<sup>312</sup> Dieselbe Erscheinung begegnet auch in einem anderen Gesetz gegen Amtsiteration, diesmal aus Gortyn.<sup>313</sup>

Inhaltlich gestaltet sich der Text als eine Verbotsnorm, die sich in ein bereits vorhandenes Staatswesen mit seinen Ämtern und seinen Verfassungsorganen einfügt.<sup>314</sup> Dies kommt nicht nur darin zum Vorschein, dass das anscheinend höchste Amt der Polis, das des κόσμος, offenbar schon existiert und ohne jede weitere Erläuterung als Gegenstand der Vorschrift eingeführt wird; sondern auch die in der letzten Zeile bezeichneten Personen oder Gruppen, die nach ihrer Funktion benannt sind, geben Aufschluss darüber, dass die Stadt Dreros zur Zeit der Abfassung dieses Gesetzes bereits eine einigermaßen ausdifferenzierte Organisationsform besessen haben muss.<sup>315</sup>

Das besonders interessante Merkmal dieser Inschrift ist das Vorhandensein einer Schwurmännerliste und eines kurzen Satzes oder Satzteils, der eine religiöse Beschwörungs- oder Fluchformel zu enthalten scheint. Die Liste der Schwurmänner findet sich in Z. 5. Sie ist vom Rest des Textes dadurch abgesetzt, dass sie nicht dem Ductus des Restes der Inschrift folgt: diese ist nämlich βουστροφηδόν geschrieben, und zwar fängt sie in Z. 1 oben rechts an. Z. 2 des Nomimatextes enthält die Fluchformel, die nicht zum eigentlichen Text gehört: der fortlaufende Text befindet sich in den Zz. 1,3,4 und 5. Da Z.1 eben von rechts nach links verläuft, so müsste Z. 5 – die ja eigentlich Z. 4 ist – daher logischerweise von links nach rechts verlaufen. Dem ist aber nicht so, vielmehr setzt Z. 5 neu an (von rechts nach links) und setzt sich somit auch visuell vom Rest des

<sup>311</sup> Der Nomima-Text ist an dieser Stelle fehlerhaft. Man vergleiche etwa die Abbildung in LSAG, Tafel 59 Nr.1.

<sup>312</sup> Il. 3,299 (ebenfalls ein Vertragstext!); 23,494; Od. 6,286.

<sup>313</sup> Nomima 82, 1g-p. Über das Verhältnis von Konjunktiv und Optativ in den altgriechischen Dialekten allgemein s. BUCK Ss. 138f. Die im Text hervorgehobene Unterscheidung zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem durch den Modus ist natürlich nicht auf alle Inschriften verallgemeinerbar, ist der Sprachgebrauch doch von Dialekt von Dialekt unterschiedlich.

<sup>314</sup> HÖLKESKAMP (1999), 90 spricht von "einer wenigstens rudimentär entwickelten institutionellen Organisation der Polis".

<sup>315</sup> HÖLKESKAMP (1999), 91f.

Textes ab. Der Grund dafür dürfte klar sein: Die Liste derjenigen, die das Gesetz beschworen haben,<sup>316</sup> gehört nicht zum Gesetzestext als solchem. Wie bei einem Vertrag, so ist auch bei einem archaischen Gesetz (zumal wenn es gemäß meiner These eigentlich selbst ein Vertrag ist) der Rechtstext der eigentliche Kern der Inschrift, während die Schwurhandlung entweder ganz verschwiegen wird oder eben als gesonderter Bestandteil der Inschrift, als zusätzliche Information in Erscheinung tritt.

In noch größerem Maße gilt dies natürlich für die Fluch- oder Beschwörungsformel, die die Nomima-Herausgeber als Z. 2 abdrucken. Diese ist nämlich noch viel deutlicher vom Normtext getrennt, wie ein Blick auf die Abbildungen verrät. Sie ist nicht sicher zu deuten; hinter den Buchstaben  $\theta\iota\sigma\sigma\lambda\omicron\iota\omicron\nu$  wird sich aber am ehesten der Fluch gegen den Übertreter des Gesetzes verbergen, den BUCK als  $\theta\iota\delta\varsigma\ \delta\lambda\omicron\iota\ \acute{\omicron}\nu$  interpretiert, also: "Die Gottheit möge den zugrunde richten." Dieser Aoriststamm von  $\delta\lambda\lambda\upsilon\mu\iota$  ist sonst nur im Medium mit intransitiver Bedeutung ("zugrunde gehen") belegt, doch theoretisch ist eine aktive Form alles andere als undenkbar, und in einem sonst fast unbekannten Dialekt ist ihr Vorliegen nicht von vornherein auszuschließen.

Fest steht, dass dieser Text beeidet wurde. Denkt man an die Staatsverträge, so ist dies nicht verwunderlich: wie bereits erörtert, war bei diesen der Eid Perfektionsmittel und konnte daher nicht fehlen. Dass auch jene Texte, die wir heute als "Gesetze" einordnen, recht oft durch einen Eid besiegelt wurden, ist in der Forschung zwar bekannt, doch bisher ist dieser Parallele zu den Verträgen kaum Beachtung geschenkt worden. In aller Regel ist in der Sekundärliteratur von "Treueeid" die Rede,<sup>317</sup> was offenbar etwas anderes sein soll als der Perfektions- oder Stipulationseid der Staatsverträge, ohne dass man dies jedoch ausdrücklich thematisierte. Bei näherem Hinsehen leuchtet solch eine künstliche Unterscheidung jedoch nicht ein. Denn zum einen ist es nicht erwiesen, dass andere Menschen das Gesetz beeideten als diejenigen, die es betraf: Bei aller Unsicherheit über die konkrete Bedeutung der in der Schwurmännerliste enthaltenen Termini dürfte es unbestritten sein, dass höchstwahrscheinlich alle möglichen Kandidaten für das Kosmosamt aus ihren Kreisen kamen und dass sie als maßgebliche Institutionen der Polis die Verantwortung dafür trugen, dass die Handlungen eines zu Unrecht wieder amtierenden Kosmos

---

<sup>316</sup> Manche (so EHRENBURG) interpretieren den Satz als Sollvorschrift. Das ist aber bei einer archaischen Inschrift m.E. unwahrscheinlich: Der Vertrag bzw. das Gesetz muss wohl erst vollgültig geworden und von allen Seiten anerkannt sein, bevor er/es auf Stein aufgeschrieben wird.

<sup>317</sup> So z.B. CAMASSA (1994), 104. Vgl. HÖLKESKAMP (1999), 92, der hervorhebt, wie die betroffenen Amtsträger selbst und die wichtigen Organe der Polis "durch einen Eid auf die Einhaltung der Norm besonders und ausdrücklich festgelegt" werden.



für nichtig erklärt und nicht beachtet wurden und dass der Übertreter nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzestextes bestraft wurde.<sup>318</sup>

Zum anderen ist es fraglich, dass den archaischen Griechen eine solche Unterscheidung bekannt gewesen wäre; zumindest liegt kein Indiz dafür vor. Hatten die Gesetze der archaischen Zeit die gleiche sprachliche Form wie die Staatsverträge, wurden sie mit denselben Wörtern bezeichnet und wurden allem Anschein nach genauso oft von einer Eidesleistung begleitet, so wird es extrem unplausibel anzunehmen, dass der Eid bei ihnen etwas grundsätzlich anderes bezweckte als bei jenen. Es ist deshalb eher der Hypothese zu folgen, wonach der Eid die Gültigkeit und Verbindlichkeit des Rechtstextes erst begründete. Nach heutigen Begriffen wäre der Eid somit genau jene Willenserklärung, durch die die Vollbürger einer Polis ihre Rechtsverhältnisse bestimmten.

---

<sup>318</sup> WEISS (1923), 30-32 schreibt, im alten Griechenland habe sich das Gesetz nicht, wie in der heutigen Zeit, an die Gesamtheit der Rechtssubjekte gewandt, sondern in erster Linie an die Amtsträger, und die in ihm enthaltenen Vorschriften seien keine allgemeine Rechtsnormen gewesen, sondern Handlungsanweisungen für diejenigen, die als Amtsträger oder Richter Staatsgewalt auszuüben gehabt hätten.

## 2.4 Die „Siedlergesetze“

Die Kolonisation war ein wichtiges Phänomen der archaischen Zeit.<sup>319</sup> Land- und Ressourcenknappheit zwang Teile ganzer Polisgemeinschaften, zu Schiff auszureisen und woanders ihr Glück zu suchen. Das brachte einen erheblichen Regelungsbedarf mit sich. Es musste nämlich der Rechtsstatus der Kolonisten in ihrer Mutterstadt festgelegt, das Kollisionsrecht geschaffen und vor allem die Frage geklärt werden, was geschehen sollte, wenn der Kolonisationsversuch scheiterte und es den Siedler nicht gelang, die Einheimischen zu besiegen oder die von ihnen ausgehende Gefahr auf sonst eine Weise zu bannen, so dass sie gezwungen waren, die Kolonie aufzugeben. Genauso wie sie in solchen Fällen ein Interesse daran hatten, in ihre Mutterstadt zurückkehren zu dürfen, hatte die Mutterstadt ihrerseits ein Interesse daran, dass sie es nicht nach Belieben tun konnten, sondern nur in einem echten Notfall. Eine derartige Konstellation war für den Einsatz von Verträgen wie geschaffen, sind diese doch das vornehmste Mittel, mit dem man gravierende Interessenkonflikte lösen kann.

Das erste Normierungswerk, dem ich mich hier widmen möchte, stammt aus Westlokris und betrifft eine dem Mutterland ziemlich nahe gelegene Kolonie, namentlich Naupaktos. Das zweite hat zwar nicht direkt mit der Kolonisation zu tun, wohl aber mit dem verwandten Problem der Verteilung des Landes unter den Bürgern einer Polis. Auch hierbei handelt es sich um ein in der archaischen Zeit virulentes Problem, dem mit besonderen, neu ersonnenen Rechtsnormen zu begegnen war.

### 2.4.1 Das „Siedlergesetz“ (Nomima 43)

A

Ἐν Ναύπακτον : κατ τῶνδε : ἡ ἀποικία : Λογρὸν τῶν ὑποκναμιδίων : ἐπεὶ καὶ Ναυπάκτιος : γένηται :  
Ναυπάκτιον ἔοντα : ὁπῶς ξένον : ὅσα λαγχάνειν : καὶ θύειν : ἐξεῖμεν : ἐπιτυχόντα : αἱ καὶ δειληται : αἱ καὶ  
δειληται : θύειν καὶ λαγχάνειν : κῆδ δάμου κῆκ φοινάνων : αὐτὸν καὶ τὸ γένος : κατ' αἰφεί : τέλος το[5]ὺς :  
ἐπιφοίκους Λογρῶν : τῶν ὑποκναμιδίων : μὴ φάρειν : ἐν Λογροῖς τοῖς ὑποκναμιδίοις : φρίν κ' αὐτὸς  
Λογρὸς γένηται τῶν ὑποκναμιδίων : αἱ δειλετ' ἀνχωρεῖν, καταλείπων : τὰ ἐν ταῖς ἰστίαις παῖδα ἡβητὰν ἢ  
ἀδελφεόν : ἐξεῖμεν ἄνευ ἐ[10]νετηρίων : αἱ καὶ ὑπ' ἀνάγκας ἀπελάωνται : ἐν Ναυπάκτου : Λογροὶ τοῖ

---

<sup>319</sup> S. heute v.a. GRAHAM (2001); TSETSKHLADZE (2006).

ηυποκναμίδιοι : ἐξεῖμεν ἀνχωρεῖν : ἡόπου φέκαστος ἦν ἄνευ ἐνετηρίων : τέλος μὴ φάρειν μηδὲν : ἡότι μὴ  
 μετὰ Λορῶν τῶν φεσπαρίων : Α : ἔνορπον τοῖς ἐπιφοίοις ἐν Ναύπακτον : μὴ ᾽ποστᾶμεν : ἀπ᾽ ᾽Οπουντίων  
 τέκναι καὶ μαχαναῖ : μηδεμιά : φερόντας, τὸν ἡόρπον ἐξεῖμεν : αἶ κα δειλωνται : ἐπάγειν μετὰ τριάροντα  
 φέτεα : ἀπὸ τοῦ ἡόρπου ἡεκατὸν ἄνδρας ᾽Οπουντίους : Ναυπακτίων καὶ Ναυπακτίους ᾽Οπουντίους : Β :  
 ἡόστις κα λιποτελέη[15] ἐγ Ναυπάκτω : τῶν ἐπιφοίων : ἀπὸ Λορῶν εἶμεν : ἔντε κ᾽ ἀποτεῖσῃ : τὰ νόμια  
 Ναυπακτίους : Γ : αἶ κα μὴ γένος ἐν ταῖ ἰστίαι : ἡἰ ἡ ἐχεπάμων : τῶν ἐπιφοίων : ἡἰ ἐν Ναυπάκτω : Λορῶν  
 τῶν ηυποκναμιδίων : τὸν ἐπάγχιστον : κρατεῖν Λορῶν ἡόπου κ᾽ ἡἰ : αὐτὸν ἰόντα, αἶ κ᾽ ἀνὴρ ἡἰ ἡ παῖς :  
 τριῶν μηνῶν : αἶ δὲ μὴ, τοῖς Ναυπακτίους : νομίους χρῆσται : Δ : ἐγ Ναυπάκτου ἀνχωρέ[20]οντα : ἐν  
 Λορροῦς τοὺς ηυποκναμιδίους : ἐν Ναυπάκτω : καρυῖσαι ἐν τὰγοραῖ : Ε : Περροθαριᾶν : καὶ Μυσαχέων :  
 ἐπεὶ κα Ναυπάκτιός τις : γένηται : αὐτὸς καὶ τὰ χρήματα : τὴν Ναυπάκτω : τοῖς ἐν Ναυπάκτω χρῆσται :  
 τὰ δ᾽ ἐν Λορροῖς τοῖς ηυποκναμιδίους : χρήματα τοῖς ηυποκναμιδί[25]οις :

B

νομίους χρῆσται : ἡόπως ἂ πόλις φεκάστων νομίζει : Λορῶν τῶν ηυποκναμιδίων : αἶ τις ηυπὸ τῶν νομίων  
 τῶν ἐπιφοίων : ἀνχωρεῖ Περροθαριᾶν καὶ Μυσαχέων : τοῖς αὐτῶν νομίους : χρῆσται : κατὰ πόλιν  
 φεκάστους : Ϝ : αἶ κ᾽ ἀδελφεοὶ ἔωντι : τοῦ ᾽ν Ναύπακτον φοικέοντος : ἡόπως καὶ Λορῶ[5]ν : τῶν  
 ηυποκναμιδίων : φεκάστων νόμος ἐστὶ : αἶ κ᾽ ἀποθάνῃ τῶν χρημάτων κρατεῖν : τὸν ἐπιφοίων τὸ  
 κατιφόμενον κρατεῖν : Ζ : τοὺς ἐπιφοίους : ἐν Ναύπακτον : τὰν δίκαν πρόδιον : ἡαρεῖσται πὸτ τοὺς  
 δικαστήρας : ἡαρεῖσται : καὶ δόμεν : ἐν ᾽Οπόντι κατὰ φέος αὐτάμαρον : Λορῶν τῶν ηυποκναμιδίων :  
 προστάταν καταστᾶσαι : τῶν Λορῶν τῶπιφ[10]οίω : καὶ τῶν ἐπιφοίων τῶι Λορῶι : ἡοίτινές κα ᾽πιατὲς  
 ἔντιμοι ἡς : Η : ἡόστις κ᾽ ἀπολίπη : πατάρα καὶ τὸ μέρος : τῶν χρημάτων τῶι πατρί : ἐπεὶ κ᾽ ἀπογένηται :  
 ἐξεῖμεν ἀπολαχεῖν : τὸν ἐπίφοιον : ἐν Ναύπακτον : Θ : ἡόστις : κα τὰ φεφαδηρότα : διαφθείρη : τέχναι  
 καὶ μαχαναῖ : καὶ μιᾷ : ἡότι κα μὴ ἀμφοτέρους : δοκέη : ἡοπουντίων τε χιλίων : πλήθ[15]αι καὶ  
 Ναυπακτίων : τῶν ἐπιφοίων πλήθαι : ἄτιμον εἶμεν : καὶ χρήματα παματοφαγεῖσται : τῶνκαλειμένωι : τὰν  
 δίκαν : δόμεν : τὸν ἀρχόν : ἐν τριάροντ᾽ ἀμάραις : δόμεν : αἶ κα τριάροντ᾽ ἀμᾶραι : λείπωνται τᾶς ἀρχᾶς : αἶ  
 κα μὴ διδοῖ : τῶι ἐνκαλειμένωι : τὰν δίκαν : ἄτιμον εἶμεν : καὶ χρήματα παματοφαγεῖσται : τὸ μέρος μετὰ  
 φο[20]ικιατᾶν : διομόσαι ἡόρπον : τὸν νόμιον : ἐν ηυδρίαν : τὰν ψάφιζιν εἶμεν : καὶ τὸ θέθμιον : τοῖς  
 ηυποκναμιδίους Λορροῖς : ταῦτὰ τέλεον εἶμεν : Χαλειείους : τοῖς σὺν Ἀντιφάται : φοικέταις.

[A] Für die Zuwanderung nach Naupaktos sollen folgende Bedingungen gelten:

Ist ein Ostlokrer Naupaktier geworden, so darf er trotz seiner naupaktischen Staatsangehörigkeit bei Gelegenheit gleich einem Gast aktiv und passiv an religiösen Handlungen Anteil haben, wenn er will; wenn er will, darf er an religiösen Handlungen sowohl des (ganzen) Stadtvolkes als auch der Gemeinden aktiv und passiv teilnehmen, und zwar sowohl er selbst als auch seine Nachkommen für immer. [5] Die Zuwanderer aus Ostlokris müssen in Ostlokris keine Steuern zahlen, es sei denn, sie werden wieder Bürger dieser Region. Will jemand zurückkehren und lässt dabei einen volljährigen Sohn oder einen Bruder zu Hause zurück, so darf er das, ohne eine Gebühr zu entrichten. Werden die hypoknemidischen Lokrer mit Gewalt von Naupaktos vertrieben, so wird jeder von ihnen dahin zurückkehren dürfen, woher er kommt, ohne eine Gebühr zu entrichten. [10] Sie werden keine Steuern zahlen außer denen, die mit den Westlokrern gemeinsam sind.

§1: Die Zuwanderer nach Naupaktos schwören, auf keinerlei Art und Weise freiwillig von den Opuntiern abzufallen. Diesen Eid dürfen sie, wenn sie wollen, dreißig Jahre nach der Eidesleistung wiederholen, unter Beteiligung von hundert Männern aus Naupaktos gegenüber den Opuntiern und der Opuntier gegenüber den Naupaktiern<sup>320</sup>.

§2: [15] Wer von den Zuwanderern in Naupaktos einen Steuerrückstand hat, ist von der Wiedererlangung der lokrischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen, bis er die gesetzlichen Schulden an die Naupaktier gezahlt hat.

§3: Bleiben bei einem der Zuwanderer keine Nachkommen im Hause zurück und ist auch kein eingesetzter Erbe in Naupaktos zu finden, so soll der engste Verwandte unter den Ostlokrern, ob er nun ein Mann ist oder ein Kind, über das Erbe verfügen, indem er, wo auch immer er in Ostlokris lebt, von dort binnen drei Monaten hingeht. Andernfalls ist mit dem Erbe nach den in Naupaktos geltenden Gesetzen zu verfahren.

§4: [20] Kehrt jemand von Naupaktos nach Ostlokris zurück, so soll er es sowohl in Naupaktos auf dem Marktplatz ankündigen lassen als auch in derjenigen Stadt von Ostlokris, [25] wo er sich befindet<sup>321</sup>.

§5: Wenn jemand von den Perkothariern und den Mysacheen Bürger von Naupaktos geworden ist, er selbst wie sein Vermögen, sollen für seine Besitztümer in Naupaktos die naupaktischen Gesetze gelten, für die in Ostlokris hingegen diejenigen der jeweiligen Heimatstadt in Ostlokris. [B] Kehrt jemand von den Perkothariern und den Mysacheen unter den für die Zuwanderer gültigen Gesetzen zurück, so sollen für sie die Gesetze der jeweiligen Stadt gelten.

§6: Hat der nach Naupaktos Ausgewanderte Brüder, [5] so soll er über das ihnen Zustehende unter den Bedingungen verfügen, die das Gesetz in der jeweiligen ostlokrischen Stadt für den Erbfall bestimmt.<sup>322</sup>

§7: Den Zuwanderer nach Naupaktos soll gewährleistet werden, dass ihre Klagen (zeitlich) den Vorrang haben. Sie sollen die Prozesse, in denen sie als Kläger oder als Beklagte verwickelt sind, in Opous an ein und demselben Tag abgewickelt bekommen. Die Ostlokrer sollen dem Zuwanderer [10] einen lokrischen Vertreter setzen und dem Lokrer einen aus der Reihen der Zuwanderer, die in dem betreffenden Jahr in Amt und Würde<sup>323</sup> sind.

---

<sup>320</sup> D.h. wohl, dass hundert Bürger von Naupaktos nach Opous fahren und dort vor der Versammlung der Opuntier schwören sollen; die Opuntier hingegen, da sie ja zu Hause sind, vollzählig.

<sup>321</sup> Es wird vorausgesetzt, dass ein Zuwanderer nur in seine ursprüngliche Heimatstadt zurückkehren würde. Eine andere Möglichkeit wird durch den ganzen Text hindurch offenbar nicht in Betracht gezogen.

<sup>322</sup> Ich fasse das erste κρατεῖν als von νόμος ἐστὶ abhängigen Infinitiv auf. Die Worte „für den Erbfall“ in meiner Übers. geben den Infinitivsatz „αἰ κ' ἀποθανῇ των χρημάτων κρατεῖν“ wieder, wörtlich: „(wie das Gesetz bestimmt,) dass man, wenn er (ein Bruder) stirbt, über das Vermögen verfügt werden soll“.

<sup>323</sup> Oder: „im Besitz der Bürgerrechte“ (die normale Bedeutung von ἐντιμος), doch dann erschließt sich mir die Pointe des Zusatzes ἐπί τε („im jeweiligen Jahr“) nicht.

§8: Wer als Zuwanderer nach Naupaktos seinen Vater zurücklässt und ihm den ihm zukommenden Teil des (Familien-)Vermögens hinterlässt, darf ihn nach dessen Tod wieder in seinen Besitz zurückführen.

§9: Wer diese Vertragsklauseln<sup>324</sup> durch welche Mittel auch immer ungültig macht, ohne dass beide Parteien, nämlich der Versammlung der hundert Opuntier und der Versammlung der Zuwanderer, einverstanden sind, [15] soll seine Bürgerrechte verlieren und sein Vermögen soll eingezogen werden. Gegen den Angezeigten<sup>325</sup> soll der *archos* einen Prozess anberaumen; er soll ihn binnen dreißig Tagen ansetzen, wenn dreißig Tage Amtszeit übrigbleiben. Beraumt er den Prozess nicht an, so soll er seiner Bürgerrechte verlustig gehen und sein Vermögen soll eingezogen werden, [20] die Sachen ebenso wie die Sklaven. Man soll den gesetzlichen Eid schwören. Die Abstimmung soll in den Wasserkrug stattfinden.

Diese für die Ostlokrer verbindliche Vereinbarung soll für die Siedler aus Khaleion unter Antiphatas genauso gelten.

Zunächst will ich also das sog. „Siedlergesetz“ besprechen.<sup>326</sup> Dieses ist der längere und komplexere der beiden in Westlokris gefundenen Rechtstexte; er ist in die erste Hälfte des 5. Jh. zu datieren.<sup>327</sup> Er ist ab Z. 11 in eine Art „Paragraphen“ aufgeteilt, wobei der Sinn dieses merkwürdigen Aufbaus unklar ist.<sup>328</sup> Am ehesten lassen sich im Eröffnungsteil allgemeine Grundsätze bezüglich der Rechtsstellung der Kolonisten erkennen, in den Einzelparagraphen hingegen Regelungen mit eher punktuellen Charakter.<sup>329</sup> Offensichtlich handelt es sich bei der vorhandenen Urkunde um eine Kopie für eine Gruppe von Leuten aus Khaleion, die sich offenbar unter der Führung eines gewissen Antiphatas<sup>330</sup> an der Kolonisation beteiligten und für die aufgrund einer für uns eher im Dunkeln bleibenden Stipulation die in Opus beschlossenen Rechtsnormen ebenfalls galten; hierauf deutet neben der westlokrischen Schriftart<sup>331</sup> auch der letzte Satz (Zz. 46f.) hin.

Die einzelnen Vorschriften verfolgen offensichtlich den Zweck, die Aussiedler in gewissem Maße an die Mutterstadt zurückzubinden, so dass sie einerseits das Auswandern u.a. dank der eingeräumten Rückkehrmöglichkeit als alles in allem erträglich empfinden, sich die Opuntier andererseits der grundsätzlichen Treue der ausgesandten Kolonisten sicher sein können. Bei allen Unsicherheiten im Einzelnen scheint nämlich der Inhalt insoweit klar zu sein, als aus dem Urkundentext im Großen und Ganzen folgender Regelungsgehalt hervorgeht: Ein Ostlokrer, der

---

<sup>324</sup> Eigentlich: „das (hier) Beschlossene“

<sup>325</sup> Eher Passiv als Medium: ἐγκαλέω ist sonst nicht im Medium belegt.

<sup>326</sup> Nomima 43, KÖRNER 49; ML 20; IG IX, I<sup>2</sup> (3), 718; GDI 1478; RIJ I 11; SCHWYZER 362; BUCK 57.

<sup>327</sup> LERAT (1952), 29; LSAG 106; ML S. 35.

<sup>328</sup> S. KÖRNER S. 177 m.w.Lit.

<sup>329</sup> So auch GRAHAM (1971), 232.

<sup>330</sup> Unter diesem Namen ist nur eine mythische Gestalt bekannt: S. DNP s.v. Antiphates.

<sup>331</sup> LSAG S. 106.

zu der Gruppe der nach Naupaktos ziehenden ἐπίφοιτοι (wörtl. „Hinzusiedler“<sup>332</sup>) gehört, wird, obwohl er Naupaktier geworden ist, weiterhin einige Rechte in seiner Heimatstadt in Ostlokris genießen und im Status einem ξένος gleichgestellt sein (Z. 2). Dafür wird er keine Steuern entrichten müssen, er sei denn, er nimmt wieder die ostlokrische Staatsbürgerschaft an (Zz. 4-6). Zudem wird den Kolonisten die Möglichkeit eingeräumt, wieder in die alten (Rechts-)Verhältnisse zurückzukehren, was vor allem für den Fall von Bedeutung ist, dass die Kolonie nicht gehalten werden kann, sondern die Siedler von den einheimischen Völkern zum Rückzug gezwungen werden (6-11). Letzteres konnte in einem Rechts- und Vereinbarungstext über Kolonisation offenbar nicht fehlen, wie es auch aus dem sog. „Gründerpakt“ von Kyrene hervorgeht.<sup>333</sup>

Im „Paragraphen-Teil“ werden Einzelregelungen getroffen, die das komplexe Problem der rechtlichen Verhältnisse von Menschen, die einerseits Bürger einer anderen Stadt geworden sind, andererseits in ihrer alten Heimat Besitztümer und Verwandte zurückgelassen haben, und die aus dieser Situation entstehenden Kollisionen zwischen unterschiedlichen Rechtsordnungen lösen helfen sollen. Im ersten dieser Paragraphen ist der Grundsatz der Treue der Kolonisten zu ihrer Mutterstadt festgeschrieben, und es wird eine mögliche Erneuerung des diesbezüglichen Eides nach 30 Jahren ins Auge gefasst (11-14). Die folgenden Paragraphen enthalten steuer-, erb-, personen-, vermögens- und verfahrensrechtliche Vorschriften (14-37). Schließlich wird das Strafverfahren gegen jeden festgelegt, der es wagen sollte, die im vorliegenden Text enthaltenen Normen anders als in dem im Text selbst inzident beschriebenen Verfahren zu ändern oder unwirksam zu machen (38-46).

Der Text erscheint somit – vor allem in seinem den Einzelparagraphen vorausgehenden allgemeineren Teil – als Ergebnis eines Einigungsprozesses, bei dem den Interessen beider Gruppen, der Kolonisten und der zu Hause Bleibenden, Rechnung zu tragen war und das sich als ein beiden Seiten akzeptabel erscheinender Kompromiss ausnahm. Dies legt die Annahme eines Vertrages nahe, und so wurde es auch in der Forschung vereinzelt vertreten.<sup>334</sup>

Heute scheint diese Auffassung keine Anhänger mehr zu haben und wird meistens kurzerhand verworfen. HÖLKESKAMP etwa schreibt: „Zunächst hatten die darin festgelegten Regelungen

---

<sup>332</sup> S. LSJ s.v. ἐπίφοιτος I, 3. Vgl. Nomima 44, 9. Die Stadt Naupaktos existierte bereits und war von Ostlokrern bewohnt. Es handelte sich also (im archaischen Griechenland kein seltenes Phänomen) um eine Überschichtung, die vermutlich den Zweck verfolgte, die Wehrhaftigkeit der Naupaktier gegenüber den feindlichen Nachbarvölkern zu stärken. S. KÖRNER S. 176; BECK (1999), 55.

<sup>333</sup> Nomima 41, 33-36 (Q9).

<sup>334</sup> Zuletzt von STURM (1982), 468. Weitere Nachweise (auch der Gegenmeinung) bei HÖLKESKAMP (1999), 178 Anm. 13f.

offensichtlich nicht den Charakter einer vertraglichen Vereinbarung oder „Entente“ zwischen hypoknemidischen Lokrern respektive den Opuntiern einerseits und den „Westlokrern“ andererseits, sondern stellen ein sachlich in sich geschlossenes Gesetz im eigentlichen Sinne dar, nämlich einen formalen Beschluss der Ostlokrer respektive Opuntier mit normativem Inhalt und Anspruch auf Verbindlichkeit.<sup>335</sup> An dieser Stelle lohnt es dennoch, sich in Erinnerung zu rufen, dass die Begriffe „Vertrag“ und „Beschluss“ sich keineswegs ausschließen, sondern vielmehr auf ein und denselben Gegenstand bezogen sein können. Im Sprachgebrauch griechischer Inschriften bezeichnet das Wort ψήφισμα (meist eben mit „Beschluss“ übersetzt) recht oft Normen, die zweifelsohne in die Kategorie „Gesetz“ (νόμος) oder eben „(Staats-)Vertrag“ fallen, was vornehmlich von QUASS herausgearbeitet worden ist.<sup>336</sup>

Weiterhin ist das Argument vorgebracht worden, der Text sei nur in Opus erlassen worden, die Zuzügler/Kolonisten hätten also keinen Anteil daran gehabt; die in ihm enthaltenen Regelungen beträfen nur die Verhältnisse in Opus, nicht aber diejenigen in Naupaktos.<sup>337</sup> Letzteres ist aber kaum verwunderlich, geht es doch bei den Kolonistengesetzen, wie bereits am Anfang von 2.4 ausgeführt, gerade um diejenigen Bereiche, aus denen sich ein Konflikt zwischen Daheimgebliebenen und Auswanderern entzünden konnte. Während die Frage nach dem Rechtsstatus der Ausgewanderten in ihrer Heimatstadt sowohl sie selbst als auch die zu Hause Gebliebenen betraf, waren Letztere in keiner Weise davon betroffen, welche Rechtsregeln in der Kolonie gelten sollten.

GSCHNITZER schreibt weiterhin: „es wird sich ja herausstellen, wer auf die hiermit bekannt gemachten Bedingungen eingehen wird“ (somit stehe noch nicht fest, wer alles die Gruppe der Auswanderer bilden wird).<sup>338</sup> Doch ist nicht auch das Szenario möglich, dass einige Leute durchaus als Kolonisten in Frage kamen oder dass sich bereits eine Gruppe von zukünftigen Siedlern herausgebildet hatte, aber mit ihnen, damit sie wirklich bereit waren auszuwandern, eine Vereinbarung über die Bedingungen dieses Geschehens – vor allem bei freiwilliger oder erzwungener Rückkehr – getroffen werden musste? Mir scheint, dass beides durchaus denkbar ist. Aber selbst die Annahme, dass Gschnitzer recht haben müsse, besagt noch lange nicht, dass die Hypothese der Vertragsnatur des sog. Siedlergesetzes ausgeschlossen sei. Dies zu unterstellen kann nur auf der Vorstellung beruhen, ein Vertrag brauche unbedingt zwei Kontrahenten

---

<sup>335</sup> HÖLKESKAMP (1999), 178. Er behandelt die zwei westlokrischen Gesetze auf Ss. 176-187.

<sup>336</sup> QUASS (1971).

<sup>337</sup> GSCHNITZER (1958), 56f. mit Anm. 2. Ähnl. QUASS (1971), 13 Anm. 76.

<sup>338</sup> GSCHNITZER (1958), 56.

(Einzelpersonen oder Gruppen) und nicht mehr als zwei. Das ist aber falsch: Wie wir bereits gesehen haben, ist dies keineswegs ein Bestandteil des Vertragsbegriffs, sondern nur ein (vor allem bei privatrechtlichen Verträgen) besonders häufiger Fall. Es können auch drei, vier oder eine unüberschaubare Anzahl von Parteien vorhanden sein, die die für den Vertragsschluss notwendigen übereinstimmenden Willenserklärungen abgeben und sich somit rechtlich binden. Genauso könnte auch beim vorliegenden Text eine Konstellation gegeben sein, in der alle Bürger sich eidlich verpflichten, in ihrem Handeln den im Text wiedergegebenen Normen treu zu bleiben, gleichgültig, ob sie später dafür ausgewählt werden, zu der Gruppe derjenigen zu gehören, die nach Naupaktos ziehen sollen, oder nicht. Denn auch die Zurückbleibenden könnten, da sie für hohe Ämter mit der entsprechenden politischen Macht in Frage kommen oder sie schon bekleiden, die sich aus den Vertragsklauseln ergebenden Rechtsnormen vereiteln, indem sie z.B. im Falle einer Vertreibung aus Naupaktos den Kolonisten nicht gestatten zurückzukehren oder ihnen die Rechte vorenthalten, die ihnen am Anfang des Textes zugesichert werden. Die Siedler ihrerseits könnten ihrem Mutterland gegenüber untreu werden und sich z.B. mit seinen Feinden verbünden.

Eine Verpflichtung, überhaupt nach Naupaktos zu ziehen, lässt sich dem Text allerdings nicht entnehmen. Dies fällt um so mehr ins Auge, als in einem Rechtstext ähnlichen Inhalts, dem sog. „Gründerpakt von Kyrene“, <sup>339</sup> dieser Aspekt besonders betont wird. Aus diesem Grunde erscheint es mir denn auch als plausibler, von dem anderen skizzierten Szenario auszugehen, dass nämlich die Gruppe der Kolonisten zu dem Zeitpunkt, als die vorliegende Vereinbarung getroffen wurde, schon mehr oder weniger feststand.<sup>340</sup> Doch selbst dann ist es in keiner Weise zwingend, das Vorhandensein eines nur zweiseitigen Vertrages anzunehmen, sondern es ist vielmehr zu vermuten, dass jeder Bürger von Ostlokris eine höchstpersönliche Willenserklärung in Form eines Eides abgab.

Ein besonderes Verständnisproblem betrifft das Verhältnis zwischen den „Opuntiern“ und den „Westlokrern“, denn die genaue Bedeutung dieser Bezeichnungen ist nicht unmittelbar verständlich. Dies wird von BECK thematisiert.<sup>341</sup> Es ist ja kaum anzunehmen, dass „Opuntier“ einfach dasselbe wie „Ostlokrer“ bedeuten sollte, noch kann man ein opuntisches „Imperium“ in Ostlokris nachweisen. Beck zufolge war Opus das Zentrum eines (mehr oder weniger losen) Bündnisses der Ostlokrer. Aus Zz. 13f. des Textes könnte man schlussfolgern, Vertragspartner

---

<sup>339</sup> Nomima 41 („pacte des fondateurs“) (Q9).

<sup>340</sup> Bei Nomima 41 ist wohl umgekehrt davon auszugehen, dass die Kolonisten noch ausgelost werden müssen.

<sup>341</sup> BECK (1999).



seien die Naupaktier auf der einen und die „Opuntier“ auf der anderen Seite (wobei die Naupaktier 100 Mann schicken, offenbar weil das ganze Neubeeidigungsverfahren in Opus stattfinden wird wie der Abschluss des Vertrags selbst). Beck setzt *οποντιοι* mit *οποντιων χιλιοι* gleich.<sup>342</sup> Letzteres sei der Rat der vornehmen Geschlechter aus der gesamten ostlokrischen Polislandschaft.<sup>343</sup> Das würde die Zahl Tausend, die ansonsten für einen Adelsrat viel zu hoch wäre, plausibel machen. Die herausragende Bedeutung von Opus, die Manche sogar als *μητρόπολις* der Lokrer galt, ist auch bei antiken Autoren bezeugt.<sup>344</sup>

Diesem Rat der Tausend setzt Beck als zweite politische Instanz die „Volksversammlung“ entgegen. Das ist aber fraglich, denn *ἀγορά* kann auch einfach der „Marktplatz“ sein, der auch z.B. in Drakons Gesetz über Tötungsdelikte<sup>345</sup> als der öffentliche Ort schlechthin dazu bestimmt wurde, die Verfolgung des Mörders anzukündigen. Die ursprüngliche und erste Bedeutung des Wortes ist nun einmal „Marktplatz“, wie aus der Etymologie (von *ἀγείρω*, also eigentlich „Stapelplatz“) ersichtlich wird. Gewiss hat sich schon früh die Bedeutung „Versammlung“ herausgebildet, für die in Delphi und in Thessalien Belege vorhanden sind;<sup>346</sup> die Bedeutungsverschiebung kommt offenbar daher, dass die Versammlungen der griechischen Poleis gerade auf dem zentralen, öffentlichen Platz stattfanden. Die ursprüngliche Bedeutung bleibt aber auch in klassischer Zeit erhalten;<sup>347</sup> ferner hatte der Platz nicht nur die Funktion, die Sitzungen der Volksversammlung zu beherbergen, sondern erfüllte allerlei Aufgaben, für welche die Publizität nötig war. Auch im vorliegenden Text tritt die *ἀγορά* nicht als ein zu politischen Entscheidungen befähigtes Gremium zutage, sondern als der für öffentliche Ankündigungen bestimmte Ort. Der Rat der Tausend scheint also die einzige Instanz in Opus gewesen zu sein, die in der Gesetzgebung ein Wort mitzureden hatte.

Wie dem auch sei, durch Becks Theorie ist einer der Akteure in diesem Vereinbarungsgefüge identifiziert. Wenn nämlich die Auffassung korrekt ist, dass in Opus ein Rat der adligen Familien von Ostlokris tagte, so ist das Problem gelöst, wieso das vorliegende Gesetz bzw. Vertragswerk auch

<sup>342</sup> BECK (1999), 59-61.

<sup>343</sup> Genaugenommen heißt es im Text nicht *οποντιον χιλιοι*, sondern *οποντιον χιλιον πλεθα*. (Die im Text vorzufindende Aspiration ist offensichtlich ein Schreibfehler.) Das letztgenannte Wort bedeutet oft eben „Rat“ oder „Versammlung“. Ob es auch im hiesigen Kontext diesen Sinn hat, ist umstritten; manche (so etwa KÖRNER) übersetzen es mit „Mehrheit“ o.ä. S. BECK (1999), 61 Anm. 49 m.w.Lit. Becks Argument (ebd.), gerade die Formulierung in 39f., wo der Terminus technicus *οποντιον χιλιοι* bereits die Versammlung bezeichne, schließe für *πλεθα* diese Bedeutung aus, ist m.E. nicht zwingend, kann es sich doch um einen exegetischen Genitiv in der Art von *arbor palmae* handeln. Sicherheit ist jedenfalls wohl nicht zu erreichen.

<sup>344</sup> Strab. 9,3,1 (C406 Ende); 9,4,2; Pind. Ol. 9, 20.

<sup>345</sup> Nomima 02, 21 (Q4).

<sup>346</sup> S. BUSOLT/SWOBODA I, 333f.

<sup>347</sup> S. LSJ s.v., II.

für andere Poleis als Naupaktos und Opus verbindlich sein konnte. Vor allem bei Annahme eines Vertrags muss ganz klar herausgestellt werden, wie es zu dessen rechtlicher Verbindlichkeit für die anderen Poleis kam, denn etwas, was die Opuntier beschwören, kann schwerlich für andere, die nicht mitgeschworen haben, Rechtsgültigkeit beanspruchen. Es ist aber zu betonen, dass das Ausgehen von einem Gesetz im modernen Sinne diese Schwierigkeit, so es sie tatsächlich gäbe (wenn also mit „Opuntier“ nicht ein ostlokrischer Bund gemeint wäre), nicht wirklich beseitigen könnte: Zwar kann ein Gesetz, anders als ein Vertrag, einfach kraft Herrschaft für andere Gemeinschaften als die, die es beschlossen hat, gültig werden; dennoch besteht (wie bereits erwähnt) kein Grund anzunehmen, Opus habe über Ostlokris „geherrscht“.<sup>348</sup> Wird dies als eine extrem unwahrscheinliche, mit den Quellen kaum zu vereinbarende Hypothese erkannt, so gewinnt die Vertragstheorie sehr stark an Plausibilität.

Diese Beobachtung fügt sich in den allgemeinen Befund ein, dass im archaischen Griechenland die Staatsgewalt eher schwach war, ein Umstand, der die Benutzung von beeideten Vereinbarungen nahezu zwingend machte. Ein Gesetz ist nach heutigen Begriffen ein Regelwerk, das auf keine übernatürlichen Sanktionen gestützt ist; als solches besteht es aber ohne ausreichende Durchsetzungsmittel, wie sie nur ein starker Staat zur Verfügung stellen kann, nur auf dem Papier. Man könnte an dieser Stelle die Frage aufwerfen, ob eine einfache Verfluchung des Übertreters nicht ausreichte. In der Tat scheinen die sog. *Dirae Teiae* ein Beispiel eines solchen „politischen Fluches“ zu sein. Dennoch enthält dieser Text vermutlich entgegen dem äußeren Anschein keine bedingten Fremdverfluchungen, sondern eine Reihe von Selbstverfluchungen, also einen Eid.<sup>349</sup> Überhaupt vermute ich, dass eine einfache Fremdverfluchung für die Griechen nicht ausreichend war, sondern erst der dem Meineidigen drohende selbstaufgelegte Fluch genügend Kraft besaß, die Menschen zum Einhalten der Regeln anzuhalten. Der Fluch hatte nämlich bei den Griechen eine moralische Komponente;<sup>350</sup> Flüche, durch die man einen einem nicht zustehenden Vorteil zu erlangen suchte, fielen in den Bereich der schwarzen Magie, des Schadenszaubers, und wurden streng geahndet. Dass manche Personen bestimmten anderen gegenüber eine besondere Fluchgewalt besessen zu haben scheinen, geht vermutlich darauf zurück, dass die herrschende Moral ihnen besondere Rechte zuschrieb, wie Eltern gegenüber ihren Kindern.<sup>351</sup>

---

<sup>348</sup> Gewichtige Gegenargumente bei BECK (1999), 56f.

<sup>349</sup> Vgl. 1.4.2.

<sup>350</sup> VERSNEL (1991), 61-63; PARKER (1983), 198.

<sup>351</sup> PARKER (1983), 197: “Even the strong can perhaps not curse effectively unless wronged, while the weak acquire the power to do so in so far as their recognised rights are infringed.”

Doch hier stellt sich die Frage, ob – wie PARKER meint – auch Gemeinschaften gegenüber Individuen besagte Fluchgewalt besaßen, ja ob eine solche Vorstellung überhaupt einen Sinn ergab. Sie setzt nämlich voraus, dass Gemeinschaften eine Art persönliche Identität gehabt hätten, was alles andere als selbstverständlich ist. Es ist außerdem plausibel anzunehmen, dass dem Volk deswegen Fluchgewalt zukam, weil der Ungehorsam gegen ein von ihm aufgestelltes Regelwerk einen Vertragsbruch darstellte: Der Übertreter hatte selbst ein Versprechen abgegeben, diesem Regelwerk treu zu bleiben, und die göttliche Strafe für den Fall des Zuwiderhandelns eigenmächtig auf sich heraufbeschworen. Diese Überlegung zusammen mit dem Befund, dass scheinbare Fremdverfluchungen in vielen Fällen in Wahrheit Eide waren, scheint mir den Schluss nahezulegen, dass es in Wahrheit gar nicht auf die Fremdverfluchung durch die „Gemeinschaft“ ankam, sondern auf den von Übertreter selbst durch den Eid in Gang gesetzten Selbstfluch.

Die Bezeichnung „Opuntier“ fällt nur ein paarmal (Zz. 11; 13f.; 39), von den „hypoknemidischen Lokrern“ ist hingegen sehr oft die Rede (Zz. 1; 5f.; 8f.; 17; 20f.; 24; 26f.; 29f.; 33f.; 46). Es gibt jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass letzterer Ausdruck irgendeine ethnische Bedeutung hätte; vielmehr wird dadurch immer die rechtliche Stellung der Kolonisten zur Sprache gebracht.<sup>352</sup> Sie sind nämlich nach wie vor an Ostlokris gebunden. Durch diesen Sprachgebrauch wird einerseits der Eindruck erweckt, man könnte unter der Bezeichnung „hypoknemidische Lokrer“ eine besondere Gruppe verstehen, die den Opuntiern gleichsam entgegentritt; andererseits macht Becks Analyse klar, dass es sich nicht um zwei verschiedene Ethnien handeln kann, sondern dass die „Opuntier“ als der (institutionalisierte) Rat der Vornehmen sich nur staatsrechtlich von den Westlokrern allgemein abheben, nämlich als das für die Beschlussfassung zuständige politische Organ. Als solches ist es auch befugt, im Namen einer größeren Menschengruppe Eide abzulegen, genauso wie auf der anderen Seite 100 Männer mit der Eidesleistung im Namen der ganzen Polis beauftragt sind.

In Zz. 39f. enthält der Text eine Änderungsklausel. Diese ist aber lediglich inzident eingefügt, d.h. sie ist in eine Sanktionsregelung eingebettet, die jeden Versuch unterbinden soll, den Vertragstext unbefugt zu verändern und Klauseln ungültig zu machen. Die in Zz. 40f. genannten Strafen sollen denjenigen treffen, der das Beschlossene (τα πεφαιδευκота) zerstört (διαφθειρει; ob hier die physische Zerstörung der Inschrift [mit]gemeint ist?<sup>353</sup>), und zwar ohne das Einverständnis der beiden

---

<sup>352</sup> BECK (1999), 57.

<sup>353</sup> Zu dieser Problematik s. CAMASSA (1994); ASSMANN (1992).

πληθαι, derjenigen der Naupaktier und derjenigen der „tausend Opuntier“. Es wird also implizit klargemacht, dass nur diese Instanzen die Vorschriften ändern dürfen.

HÖLKESKAMP sieht in diesem Umstand einen weiteren Beleg für seine Auffassung, die altgriechischen Gesetze setzten ein anerkanntes Verfahren zur Beschließung und Inkraftsetzung von Rechtsnormen voraus.<sup>354</sup> Doch man sollte auch die entgegengesetzte Hypothese berücksichtigen, dass besagte Befugnis umgekehrt erst aus solchen Klauseln erwuchs und rechtlich verankert wurde: Einigten sich die Akteure eines politischen Geschehens unter Eid auf solche Abänderungsvorschriften (deren Notwendigkeit sich aus der Einsicht ergab, dass die Rechtsverhältnisse möglicherweise der Anpassung an unvorhergesehene zukünftige Situationen bedürfen würden), so erhielt die damit beauftragte, ja vielleicht erst durch den Vertragstext ins Leben gerufene Instanz eine religiös untermauerte Normsetzungskompetenz.

Es ist zumindest auffällig, dass in manchen archaischen Rechtstexten die Änderungsbefugnis so eindeutig zugewiesen und das notwendige Verfahren so ausführlich beschrieben ist: Dies passt nicht besonders gut zu der Annahme, den Gesetzen sei die Entstehung gesetzgebender Organe vorausgegangen, denn in einem solchen Fall wäre das Abänderungsverfahren wohl bereits bekannt und daher nicht mehr erörterungsbedürftig gewesen. (Dies gilt natürlich nur unter der Voraussetzung, dass das Gesetzgebungs- und das Änderungsverfahren im Wesentlichen gleich gewesen wären. Ich persönlich halte dies für wahrscheinlicher, vorausgesetzt, Hölkeskamps Auffassung wäre richtig.) So enthalten denn moderne Gesetzbücher, mit Ausnahme der Verfassungen, nicht typischerweise Änderungsverfahrensnormen. Andererseits entsprechen nach der herkömmlichen Forschungsmeinung den heutigen geschriebenen Verfassungen gewohnheitsrechtlich entstandene Staatsordnungen, auf denen die Gültigkeit des geschriebenen Rechts gründete.<sup>355</sup> Handelt es sich hingegen, wie im vorliegenden Fall, um geschriebene Rechtsvorschriften ohne Verfassungsrang,<sup>356</sup> so legt das Vorhandensein solcher

---

<sup>354</sup> HÖLKESKAMP (1999), 182: „Gerade damit [mit der Festlegung eines Verfahrens zur Normänderung – D.A.] – wie indirekt schon mit der Form dieser „Satzung“ insgesamt – wurde auch und vor allem ein voll ausgebildetes Verfahren zur Verabschiedung von dabei explizit als gültig und für die Gesamtheit verbindlich erklärten Beschlüssen in dafür zuständigen Institutionen bereits vorausgesetzt.“. S. auch RUNCIMAN (1982), 372, der genau dieselbe Argumentationsfigur benutzt.

<sup>355</sup> HÖLKESKAMP (1999), 270-273. Das Wort „Gewohnheitsrecht“ fällt dort zwar nicht, es ist aber wahrscheinlich, dass – akzeptiert man seine These über die Entstehung der Gesetze im archaischen Griechenland – es sich darum gehandelt haben muss. S. auch ders. (2002), 140-142.

<sup>356</sup> „Verfassung“ wird hier in einem allgemeinen Sinne gebraucht, als Grundordnung des Staates. Vgl. TILCH/ARLOTH s.v. „Verfassung“, 4437: „Verfassung ist der Inbegriff aller geschriebenen oder ungeschriebenen Rechtsregeln, die die rechtliche Grundordnung des staatlichen Gemeinwesens konstituieren;“ ebd. 4438: „die im Verhältnis zur übrigen Rechtsordnung ranghöchsten Gesetze.“

Abänderungsklauseln die Annahme nahe, dass das Verfahren der Gesetzgebung und –änderung selbst im 5. Jh. noch nicht so weitgehend formalisiert war, wie es nach Hölkeskamps These sein müsste.<sup>357</sup>

Der Text nennt sich selbst ein *τεθμιον* (Z. 46). Nichtsdestoweniger fällt das Wort *νόμιον*, also ein Vertreter der Wortsippe um den viel berühmteren und ab dem 5. Jh. bekanntlich sehr gebräuchlichen *νόμος*, im Text mehrmals (Zz. 19, 26, 27, 28); einmal *νόμος* selbst (30); schließlich begegnet zweimal das Adjektiv *νόμιος* (15 u. 45). An allen diesen Stellen dienen diese Wörter offensichtlich der Bezeichnung entweder des „Brauchs“ oder aber des „Rechts“ als eines Ganzen, welches aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl aus Gewohnheit als auch aus geschriebenen Normen bestand. In Z. 45 ist wohl vom „üblichen“ Schwur die Rede, wenngleich die Übersetzung „légal“ (Nomima), also „gesetzlich“, ebenfalls möglich ist. Wir können nicht wissen, ob dieser Schwur in einem geschriebenen Rechtstext angeordnet wurde (der Befund im „Code“ von Gortyn legt das nahe), worauf der vorliegende Text Bezug nimmt, oder ob er einfach gewohnheitsrechtlich geboten war. Um rechtlich Verbindliches handelt es sich allemal, wie die Parallele in Z. 15 zeigt, wo die „gesetzlichen“ Steuern thematisiert werden.

Wie das im übrigen griechischen Sprachraum benutzte Adjektiv *νόμιος* bildet das offenbar gleichbedeutende *νόμιος* ein Substantiv, das in seinem Neutrum Plural besteht: so bezeichnet das oben erwähnte Wort *νόμια* genauso wie *νόμια* die „Gesetze“, wohl aber eher die „Bräuche“ oder allgemein das „Recht“ einer bestimmten Polis. Dass hier *νόμος* und Verwandte bereits terminologisch das geschriebene Gesetz bezeichneten, halte ich nämlich für unwahrscheinlich. Der letzte Satz (Zz. 46f.) zeigt ja, dass zur Zeit des Abfassung des Kolonistengesetzes zur Benennung der einzelnen positivrechtlichen Satzung immer noch das Wort *θεσμός* oder verwandte oder abgeleitete Begriffe im Gebrauch waren.

Auch die mögliche Hypothese, in Khaleion habe ein anderer Sprachgebrauch geherrscht als in Opus, wo dieser Vertrag erstmals aufgesetzt wurde, ist wenig überzeugend, denn die zwei Landschaften sind nicht weit voneinander entfernt, und auch sonst liegt der Vertragstext in einer an den Dialekt von Khaleion angepassten sprachlichen Form vor. Geht man ferner davon aus, dass in allen altgriechischen Poleis das Gewohnheitsrecht auch nach der Einführung geschriebener Rechtsnormen einen großen Anteil am Rechtsleben hatte, so können die Vorschriften, in denen

---

<sup>357</sup> Zu diesem Thema wären weitere Untersuchungen nötig. Mir scheint der von mir beobachtete Umstand, dass Abänderungsklauseln in archaischen Gesetzen so häufig sind, eher für meine These zu sprechen, obwohl gewiss andere Deutungen möglich sind.

das Wort νόμια vorkommt, kaum auf die Reglementierung der Anwendung bloß *geschriebenen* Rechts beschränkt sein: Für diese Einschränkung besteht nämlich kein einleuchtender Grund. Es ist also viel plausibler, in νόμια eine Bezeichnung für das „Recht“ oder die „Rechtsordnung“ der jeweiligen Stadt allgemein zu sehen.

In Zz. 12f. wird ein ὅρκος („Eid“) erwähnt, durch den die Naupaktier zur Treue gegenüber Opus verpflichtet seien. Ist meine These, hier liege in Wahrheit ein Vertrag vor, richtig, so drängt sich die Frage auf, ob dieser Eid etwa derselbe ist, mit dem der vorliegende Vertrag nach griechischer Rechtssitte zur Perfektion gelangte. Dies ist wohl zu verneinen. Das an den genannten Stellen (Z. 12 u. Z. 13) mit dem bestimmten Artikel versehene Substantiv greift offensichtlich die Formulierung auf, mit dem §1 beginnt:

ἐνὸρκον τοῖς ἐπιφοικοῖς ἐν ναυπακτον με ἀποσταμεν κτλ.

Im Folgenden wird verfügt, dass die beiden Gemeinschaften nach 30 Jahren, also in der nachfolgenden Kolonistengeneration, den Eid wiederholen können. Es ist abzusehen, dass in 30 Jahren die wenigsten derer, die an der Normgebung beteiligt waren und von den rechtlichen Problemen betroffen waren, deren Lösung ebendiese Normgebung erbringen sollte, aktiv am politischen oder gesellschaftlichen Leben teilhaben werden. Daher müssen wir wohl annehmen, dass den Inhalt des fraglichen Eides allgemein die gegenseitige Treue von Mutter- und Tochterstadt bildet<sup>358</sup> und nicht die persönlichen Verhältnisse des einzelnen Kolonisten. Die im vorliegenden Vertrag genannten Klauseln sind also nicht Gegenstand des eventuell zu wiederholenden Eides. Am ehesten wird man von einem getrennt erfolgten Eid ausgehen müssen, in dem es lediglich um die völkerrechtliche Beziehung zwischen den ostlokrischen Poleis und den Naupaktiern ging.

Dass diese Eidesleistung schon stattgefunden hat, lässt sich mit der Ausdrucksweise des §1 nahtlos vereinbaren: ἐνὸρκον με ἀποσταμεν ist nämlich ein Nominalsatz, dessen Aussage indikativisch zu verstehen ist, was daraus deutlich wird, dass bei derartigen verblosen Sätzen das jüngere Sprachgefühl ein ἐστὶ ergänzte.<sup>359</sup> Es handelt sich also aller Wahrscheinlichkeit nach nicht um ein

---

<sup>358</sup> Trotz der etwas irreführenden Formulierung in Zz. 11f. ist kaum daran zu zweifeln, dass es um gegenseitige Treue geht: Das macht die Ausdrucksweise der Zz. 13f. deutlich, wo die Wechselseitigkeit der Eidesleistung bzw. –auferlegung (s.u.) schön chiasmisch zum Ausdruck gebracht wird. Es scheint eindeutig zu sein, dass es sich beidesmal um denselben Eid handeln muss. Schwierigkeiten entstehen erst, wenn man annimmt, die zu diesem Zeitpunkt bereits in Naupaktos Wohnenden seien den Ostlokrern nicht ihrerseits eidlich zur Treue verpflichtet. Für eine Diskussion zu diesem Problem und weiter Lit. s. KÖRNER Ss. 185f.

<sup>359</sup> S. SCHWYZER GG II, 623 m.w.Lit.

Sollen (trotz KÖRNER und Nomima, die den Satz so übersetzen), sondern es wird eine Tatsache ausgesprochen, nämlich der bereits erfolgte Treueeid. Im Griechischen kann in der Regel nur ein Verb im Indikativ weggelassen werden, nicht aber eines im Imperativ oder Infinitiv (ἔστω oder εἶναι), das man hier ja ergänzen müsste, wollte man im Satz eine Vorschrift erblicken.<sup>360</sup>

Fairerweise muss ich hinzufügen, dass gerade in Rechtsinschriften dieses Prinzip ein paarmal durchbrochen zu sein scheint: so in Nomima 51, 2f. und in Nomima 109, 1f. Dennoch ist die Ausdrucksweise der zwei betreffenden Dokumente auch sonst sehr knapp und scheint eher von einem besonders abkürzungsfreudigen Urkundenstil zu zeugen als von Satzstrukturen, die in der tatsächlich gesprochenen Sprache vorkämen, wohingegen das “Siedlergesetz” eher der natürlichen Sprache mit den in ihr üblichen mittellangen Sätzen nahekommt. Eine eingehende Beschäftigung mit den zwei genannten auffälligen Ellipsen ist in den diesen gewidmeten Abschnitten der vorliegenden Arbeit erfolgt.<sup>361</sup> Auf jeden Fall ist die indikativische Auffassung die wahrscheinlichere, ergibt sie doch einen grammatikalisch sauber konstruierten Satz und entspricht dem im Griechischen üblichen Sprachgebrauch. Es spricht daher viel für die Annahme, dass der fragliche Treueeid nicht erst in diesem Vertragstext angeordnet wurde, sondern ihm entweder bereits vorauslag oder aber als bereits beschlossenes Faktum vorausgesetzt wird. Dieser Umstand fügt sich nahtlos in den historischen Befund ein, wonach die Gründung von Naupaktos viel älter ist als das vorliegende Kolonistengesetz.

Das besonders Interessante an dieser Treueformel besteht aber darin, dass sie eine Formulierung enthält, die jeder Art sophistischer Auslegung des Schwurtextes vorbeugen soll (Zz.38f.):

ἡσσοτις καὶ τὰ φεραδέροτα διαφθεῖρει τέχνηαι καὶ μάχαναι καὶ μίαι...

Nun finden sich derartige Klauseln auch in Vertragstexten, und zwar bis in den Wortlaut hinein übereinstimmend.<sup>362</sup> Das scheint einen weiteren Beweis für den Vertragscharakter der beeideten Vereinbarung zwischen den Opuntiern und den Naupaktiern darzustellen. Ist dem aber so, dann ist es nicht mehr verständlich, warum der erhaltene Text, der eigentlich eine Ergänzung des besagten Vertrags ist, nicht ebenfalls Vertragscharakter haben sollte.

---

<sup>360</sup> Vgl. KG I, 41f.

<sup>361</sup> S. 2.1.2.

<sup>362</sup> S. WHEELER (1984), 253f.

## 2.4.2 Das Siedlungsgesetz aus Lokris (Nomima 44)

Τεθμὸς ὁδε περὶ τᾶς γᾶς βέβαιος ἔστω κατὰ τὸν ἀνδαιθμὸν πλακὸς Ὑλίας καὶ Λισκαρίας καὶ τῶν ἀποτόμων καὶ τῶν δαμοσίων. ἐπινομία δ' ἔστω γονεῦσιν καὶ παιδί. αἱ δὲ μὴ παῖς εἴη, κόραι· αἱ δὲ μὴ κόρα εἴη, [5] ἀδελφεῶν· αἱ δὲ μὴ ἀδελφεὸς εἴη, ἀνχιστήδαν ἐπινεμέσθω κατὰ τὸ δίκαιον· αἱ δὲ μὴ, τῷ ἐπινόμῳ. [...]

ὅτι δὲ καὶ φυτεύσῃται ἄστυλος ἔστω, αἱ μὴ πολέμῳ ἀναγκαζομένοις δόξῃαι ἀνδράσιν ἡνὶ κῆκατὸν ἀριστίνδαν τῷ πλήθει ἀνδρας διακατίους μείστον ἀξιωμαχοὺς ἐπιφοίκοις ἐφαγεῖσθαι.

ὅστ[10]ις δὲ δαιθμὸν ἐνφέρει ἢ ψᾶφον διαφέρει ἐν πρεῖγαι ἢ ἐν πόλιν ἢ ἐν ἀποκλησίαι ἢ στάσιν ποιεῖοι περὶ γαδαισίας, αὐτὸς μὲν φερρέτω καὶ γενεὰ ἅματα πάντα, χρήματα δὲ δαμειούσθω καὶ φοικία κατασκαπτέσθω κατὰ τὸν ἀνδρεφονικὸν τετθμόν.

Ὅδε τετθμὸς ἱαρὸς ἔστω τοῦ Ἀπόλλωνος τοῦ Πυθίου καὶ τῶν συννάων. ἤμεν δὲ τῷ ταῦτα παρβαίνοντι ἐξζόλειαν αὐτῷ καὶ γενεᾷ καὶ παμάτεσιν· τῷ δ' εὐσεβέοντι ἡλιαὸς ἔστω. [16] ἃ δὲ γὰρ τὸ μὲν ἤμισον

[18] τῶν ὑπαπροσθιδίων ἔστω, τὸ δ' ἤμισον τῶν ἐπιφοίκων ἔστω

[17] κομίζοιεν ἀξιοδότας ἔστω τὰν αὐτοῦ ὥιτινι χρήζοι

τοὺς δὲ κοίλους μόρους διαδόντων. ἀλλαγὰ δὲ βέβαιος ἔστω, ἀλαζέσθω δὲ ἀντὶ τοῦ ἀρχοῦ

Αἱ δὲ τοὶ δαμιοργοὶ κερδαίνοιεν ἄλλο τῶν γεγραμένων, ἱαρὸν τοῦ Ἀπόλλωνος ἐχέτω ἄγαλμα δι' ἐννέα φετέων καὶ μὴ ποτιγράψαι κέρδος.

Dieser Vertrag über das Land soll Gültigkeit haben bezüglich der Verteilung der Hylia- und Liskaria-Ebenen, und zwar sowohl der in privatem Besitz befindlichen Grundstücke als auch der öffentlichen. Sie sollen von den Eltern an den Sohn übereignet werden; wenn sie keinen Sohn haben, an die Tochter; wenn sie keine Tochter haben, an den Bruder; [5] wenn sie keinen Bruder haben<sup>363</sup>, so soll das Land dem nächsten Verwandten zufallen; ist dies nicht der Fall, dem Erben [...]

Was der Inhaber pflanzt, soll unpfändbar sein<sup>364</sup> (und von niemandem enteignet), es sei denn<sup>365</sup>, dass nach Rang ausgewählte Männer, einhundert eins an der Zahl, durch einen Krieg gezwungen, zweihundert ausnehmend kriegstüchtige Männer als Zusiedler einsetzen.

[10] Sollte<sup>366</sup> jemand eine Neuverteilung veranlassen oder für eine solche stimmen, sei es in der *preiga* oder in der Volksversammlung oder in der *apoklesia*, oder einen Aufstand anzettelt zum Zweck einer Neuverteilung, so mögen er und sein Geschlecht für immer zugrunde gehen; sein Vermögen soll eingezogen und sein Haus nach dem Gesetz über

<sup>363</sup> Das Komma nach με (=μη) im Nomima-Text ist offensichtlich ein Versehen.

<sup>364</sup> Wörtlich: „Er soll in Bezug auf das, was er (selbst) pflanzt, dem Gläubigerzugriff entzogen sein“.

<sup>365</sup> Ich setze keinen Punkt nach ἔστω, sondern betrachte das Folgende als einen angehängten Konditionalsatz. S. folgende Anm.

<sup>366</sup> Dies betrachte ich hingegen als neuen Satz, ja als neuen Abschnitt. Die Verbindungspartikel δε drückt hier m.E. einen Gegensatz zum gesamten Inhalt des Vertrages aus.



Tötungsdelikte abgerissen. Der Vertrag soll dem Apollon Pythios und seinen Tempelgenossen heilig sein. [15] Möge über den Übertreter Zerstörung kommen, sowohl seiner selbst wie seines Geschlechts wie seines Vermögens; dem Gottesfürchtigen sei (Apollon) hingegen hold.

[16] Das Land soll zur Hälfte [18] den früheren Besitzern, zur Hälfte den Zuesiedlern gehören

[17] ... mitbringen, er soll frei sein, jedem nach Belieben sein Land zu übereignen...

[20] ... sollen die Talgrundstücke vererben<sup>367</sup>; die Veräußerung soll Gültigkeit haben; sie soll in Gegenwart des *archos* stattfinden.

Wenn die Handwerker einen anderen Gewinn machen als den, der aufgeschrieben ist, so soll das Heiligtum des Apollon die Statue neun Jahre besitzen, und man soll den Gewinn nicht dazuschreiben.

In archaischer Zeit waren Gesetze über das Grundeigentum gang und gäbe. Mit ihnen sollte verhindert werden, dass sich das Eigentum an dem zur jeweiligen Polis gehörenden Boden in den Händen einiger weniger Reicher konzentrierte, was zu sozialen Problemen führen konnte, die den Bestand der Polis selbst gefährdeten. Durch besagte Gesetzgebung wurde das Land hingegen ein für allemal unter den Bürgern verteilt. Es wurden einige wenige Möglichkeiten eingeräumt, dass das Eigentum an einem Grundstück ausnahmsweise von einer Person auf eine andere übergehen konnte (im Erbrecht ist dies natürlich notwendig), ansonsten aber wurde ein allgemeines Veräußerungsverbot ausgesprochen. Der Überlieferung nach war dies das Betätigungsfeld der ersten Gesetzgeber, Zaleukos und Charondas,<sup>368</sup> sowie einer der Schwerpunkte von Solons Reformen. Auch inschriftlich sind einige Beispiele überliefert.<sup>369</sup>

Zu diesen Beispielen gehört das sog. lokrische Siedlungsgesetz.<sup>370</sup> Es geht ausdrücklich um einen *αναδιαιθμον* (Z.2), also um Landaufteilung, und zwar bezogen auf zwei Ebenen, die *hulia* und *λίσκαρια* genannt werden (ebd.). Die Vorsilbe *ανα-* wurde in der Forschung lange Zeit so gedeutet, als solle sie eine iterative Bedeutung zum Ausdruck bringen, als handele es sich also um eine *Umverteilung*. ASHERI hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Bedeutung der Vorsilbe auch eine distributive sein kann.<sup>371</sup> Es ist also keineswegs zwingend, irgendwelche dramatischen Umbrüche zu

---

<sup>367</sup> Ich lese *διαδόντων*.

<sup>368</sup> Gesetze über das Grundeigentum mit Veräußerungsverbot sind u.a. belegt bei: Arist. Pol. 1319 a 10ff.; Plat. leg. 737c und 741b.

<sup>369</sup> SCHWYZER 147. S. DUNBABIN (1968), 68-75; SHIPP (1978), 14f.

<sup>370</sup> Nomima 44; KÖRNER 47f.; ML 13; BUCK 59; LSAG S. 105 mit Pl. 14,2; IG IX, 1<sup>2</sup>, 3, 609; Erstausgabe bei PAPPADAKIS (1924).

<sup>371</sup> ASHERI (1965), 315f.

vermuten, die zu einer Neuverteilung des Grundbesitzes geführt hätten; freilich ist dies wiederum auch nicht ausgeschlossen.<sup>372</sup>

Der Text legt zunächst fest, für welche Landstriche er gültig sein soll: diese werden in den Anfangszeilen namentlich genannt. Fraglich und in der Forschung umstritten ist freilich die Bedeutung der ersten Vorschrift des Textes. Der Streit dreht sich um das Wort *επινομία*:<sup>373</sup> Ursprünglich wurde es als „Weiderecht“ gedeutet (was auch seiner normalen Bedeutung entspricht, s. LSJ s.v.). Dennoch würde dies der Tatsache widersprechen, dass im alten Griechenland das Weideland im gemeinsamen Eigentum stand.<sup>374</sup> So hat VATIN die Auffassung vertreten, das Wort bedeute hier „Erbfolge“,<sup>375</sup> eine Deutung, die heute bei den meisten Gelehrten auf Akzeptanz stoßen dürfte.<sup>376</sup> Dabei lässt sich diese Bedeutung weder ohne weiteres aus der Etymologie des Wortes ableiten, noch ist sie anderswo zweifelsfrei belegt. Auch in der Inschrift selbst scheint sowohl das fragliche Substantiv als auch das dazugehörige Verb *ἐπινέμω* eher soviel wie „Zuweisung“ bzw. „zuweisen“ zu bedeuten, was, in eine etwas juristischere Terminologie übertragen, am ehesten mit „übereignen“ wiederzugeben wäre.<sup>377</sup> Es geht ja gerade darum, dass die Eigentumsverhältnisse in den von der Regelung betroffenen Gebieten möglichst stabil bleiben sollen; die wenigen zulässigen Übereignungsmöglichkeiten sind daher im Satzungstext zu benennen.

Die erste und wichtigste ist die durch Erbschaft, wie es sich auch aus den unmittelbar folgenden Worten herausstellt; deswegen ist es nicht grundsätzlich verkehrt, in dieser Vorschrift die Bedeutung „Erbfolge“ o.ä. zu suchen. Nur ergibt sich diese meiner Meinung nach nicht aus dem Wort *επινομία* selbst, sondern aus dem Gesamtausdruck *επινομία εστο γονευσι και παιδι*, also „die Eigentumsübertragung soll zwischen Eltern und Sohn sein“ – mit anderen Worten: die Grundstücke sollen erblich sein. Zwei durch *και* verbundene einfache Dative können im Altgriechischen in einem Verhältnis zueinander stehen, das moderne Sprachen durch die Präposition „zwischen“ zum Ausdruck bringen; belegt wird dies nicht zuletzt durch die Überschriften der Art *ἃ πράττα τοῖς Χ καὶ τοῖς Υ*, d.h. „das ist ein Vertrag zwischen den X und den

---

<sup>372</sup> In Hdt. 4, 159, 2 u. 4, 163, 1 scheint *ἀναδασμός* eine Erstaufteilung des Landes zu bezeichnen. S. a. MACAN zu 4, 163,1, Anm. 2.

<sup>373</sup> Nachweise zur Sekundärliteratur bei HÖLKESKAMP (1999), 182 Anmm. 42 u. 44. S. auch MAFFI (1987), 370-385.

<sup>374</sup> NILSSON (1955), 270f.

<sup>375</sup> VATIN (1963), 7-9.

<sup>376</sup> S. etwa GEHRKE (1993), 57 Anm. 41.

<sup>377</sup> Auch MAFFI (1987), 379-385 kommt zu dem Schluss, das Wort bedeute „Zuweisung von Grundstücken an Einzelpersonen.“

Y“ (s.o.). Diese Deutung zwingt uns, die allgemein verbreitete Auffassung aufzugeben, bei den „Eltern“ handle es sich um diejenigen des Erblassers, die neben dessen Kindern in die Erbfolge eingeordnet seien. Die meisten Kommentatoren folgen hierbei der Ansicht, Eltern und Kinder seien in der Erbfolge ganz und gar gleichberechtigt.<sup>378</sup> Durch eine natürlichere sprachliche Interpretation wird diese Auffassung mit den mit ihr einhergehenden, von den Forschern deutlich erkannten rechtsgeschichtlichen Schwierigkeiten hinfällig.

In Zz.14f. wird gesagt, der Pakt soll dem Apollon Pythios und den Nachbargöttern heilig sein. Daraufhin (15f.) wird ein Fluch gegen den dem Vertrag Zuwiderhandelnden ausgesprochen und ein Segen für denjenigen, der sich daran hält (wörtlich: der sich gottesfürchtig verhält). Somit scheint das Gesetz an seinem Ende angelangt zu sein; freilich folgen gleich weitere Vorschriften, welche später hinzugefügt worden sein dürften. Wichtig ist jedoch, dass der Text es nicht bei diesem allgemeinen Fluch gegen die Übertreter bewenden lässt: vorausgegangen ist nämlich in Zz. 9-14 eine Sanktionsbestimmung, die teilweise durch und durch weltliche Elemente enthält. Der Tatbestand ist viel konkreter gefasst als in Z. 15, wo nur vom „Übertreter“ (τοι παρβαινοντι) die Rede ist: unter ihn fallen zunächst all diejenigen, die es wagen sollten, in einem der drei genannten Polisgremien (εν πρειγαι ε εν πολι ε εν αποκλεσαι)<sup>379</sup> eine auf erneute Landaufteilung gerichtete Vorlage einzubringen (δαιθμον εμφεροι) oder für einen derartigen Vorschlag zu stimmen (ψαφον διαφεροι)<sup>380</sup> oder aber eine Landaufteilung auf rechtswidrige Weise, nämlich durch eine στάσις (Aufruhr, Bürgerkrieg), zu erzwingen versucht (στασιν ποιοι περι γαδαισιας).<sup>381</sup>

Als Folgen für den auf diese Weise das Recht Brechenden erscheinen neben dem auf ihm persönlich und seinem Geschlecht lastenden Fluch (ερρετω), der gewiss nicht nur religiöse Implikationen hatte, sondern auch einen Ausschluss aus der Polisgemeinschaft mit sich brachte, auch ganz konkrete strafrechtliche Maßnahmen, namentlich die Einziehung des Vermögens (χρήματα δαμευσθων) und die Zerstörung des Hauses (φοικια κατασκαπτεσθω);<sup>382</sup> es wird sogar ausdrücklich auf die Vorschriften über die Bestrafung von Tötungsdelikten verwiesen (κατ τον ανδρηφονικον τεθμον), die in einem uns unbekannten Gesetz (bzw. Vertrag) enthalten waren.

<sup>378</sup> Vgl. BABAKOS (1973), 85 Anm. 3. S.a. VATIN (1963), 8f.

<sup>379</sup> Sicher beziehen sich diese Ergänzungen sprachlich sowohl auf εμφεροι wie auf διαφεροι.

<sup>380</sup> Im LSJ-Supplement s.v. διαφέρω wird der Ausdruck ψῆφον διαφέρειν mit “put to the vote” übersetzt. Dabei sprechen die Belege im Haupteintrag (II.4) viel eher für die auch von Nomima bevorzugte Übersetzung “die eigene Stimme abgeben”, und sie ist auch hier logischer, denn wer eine Abstimmung zu diesem Thema anregt, ist schon mit δαιθμον εμφεροι erfasst, an dieser Stelle muss aber auch eine Strafandrohung für all jene enthalten sein, die solch einen Vorstoß mit ihrer Stimme unterstützen.

<sup>381</sup> Man bemerke die Optative, in denen die nicht erwünschten Handlungen ausgedrückt werden (s. 2.3).

<sup>382</sup> Zu dieser Bestrafungsart s. CONNOR (1985).

Festzuhalten ist im Lichte der in dieser Arbeit vertretenen These, dass die Informationen, die der Text bezüglich der Art seines Inkrafttretens und der Sanktionen gegen Übertreter liefert, ihn in keiner Weise gegen die inschriftlich erhaltenen Staatsverträge aus archaischer Zeit abheben. Über die religiöse Verankerung solcher Übereinkünfte ist im entsprechenden Kapitel genug ausgeführt worden;<sup>383</sup> es bleibt zu erörtern, dass Strafandrohungen keineswegs auf die innerstaatlichen Gesetze beschränkt waren, sondern auch in zwischenstaatlichen Verträgen vorkommen. Flüche und Strafen der gleichen Härte wie diejenigen im lokrischen Siedlungsgesetz werden in Nomima 41, 37f. u. 46-49 erwähnt, einem Text, der zwar kein Staats-, wohl aber ein staatsrechtlicher Vertrag ist; allerdings steht dieser Text unter dem Vorbehalt, dass seine Echtheit zweifelhaft ist.<sup>384</sup>

Dass aber in archaischer Zeit auch Verträge Sanktionsklauseln enthalten konnten, beweisen Nomima 51, 3ff. und 52, 5ff. Dies zu betonen ist m.E. deswegen wichtig, weil man leicht der Versuchung erliegen könnte, den Gesetzescharakter eines Textes am Vorhandensein von Sanktionen festzumachen. Dies ist aber nicht nur insofern falsch, als im allgemeinen bei weitem nicht jedes Gesetz Strafbestimmungen enthalten muss, sondern auch insofern, als in archaischen Vertragsinschriften Vertragsstrafen vorkommen, die sich nicht grundlegend von den Sanktionen unterscheiden, die in innerstaatlichen Rechtstexten dem Übertreter in Aussicht gestellt werden. Höchstens ist der Unterschied festzustellen, dass in den zwei oben genannten Staatsverträgen die Sanktionen sich nicht lediglich gegen Individuen richten, sondern gegen die gesamte Bürgerschaft. Dies lässt sich aber problemlos erklären durch den unterschiedlichen Gegenstand der inner- und der zwischenstaatlichen Normen: bei letzteren kann ein Einzelner in der Regel schwerlich eine Verfehlung begehen, die geeignet ist, den Zweck des Vertrages zu vereiteln. Wo dies ausnahmsweise der Fall ist, nämlich wenn jemand versucht, die Vereinbarungen aus der Welt zu schaffen, indem er entweder die Volksversammlung seiner Stadt zu einer Änderung überredet oder die einschlägigen Inschriften physisch beschädigt oder zerstört, kann die Strafandrohung dementsprechend auch eine Einzelperson betreffen. Dafür liefert Nomima 52, 7ff. ein Beispiel: Wer immer die Inschrift zerstört, wird bestraft, gleichgültig, ob es sich um einen Amtsträger, eine Privatperson oder das ganze Volk handelt.

---

<sup>383</sup> S. 1.4.2.

<sup>384</sup> Vgl. 1.4.4; Q9..

## 2.5 Der „Lygdamis-Pakt“ (Nomima 19)

Τάδε ὁ σύλλογος ἐβουλεύσατο ὁ Ἀλικαρνατέων καὶ Σαλμακιτέων καὶ Λύγδαμις ἐν τῇ ἱερῇ ἀγορῇ, μηνὸς Ἑρμαιοῦ πέμ[5]πτη ἱσταμένου, ἐπὶ Λέοντος πρυτανεύοντος τοῦ Ὀατάτιος καὶ Σαρυτῶλλου τοῦ Θεκυίῳ νεωποίου, πρὸς τοὺς μνήμονας· μὴ παραδίδοσθαι μήτε γῆν μήτε οἰκί[10]α τοῖς μνήμοσιν ἐπὶ Ἀπολλωνίδεω τοῦ Λυγδάμιος μνημονεύοντος καὶ Παναμύω τοῦ Κασβώλλιος καὶ Σαλμακιτέων μνημονευόντων Μεγαβάττεω τοῦ Ἀ[15]φύασιος καὶ Φορμίωνος τοῦ Πανυάτιος. ἦν δέ τις θέλησι δικάζεσθαι περὶ γῆς ἢ οἰκίων, ἐπικαλέτω ἐν ὀκτωκαίδεκα μηνὶ ἀπ’ ὅτε ὁ ἄδος ἐγένετο· νόμῳ δὲ κατάπε[20]ρ νῦν ὀρκῶσαι τοὺς δικαστάς. ὅτι ἂν οἱ μνήμονες εἰδέωσιν τοῦτο καρτερόν εἶναι. ἦν δέ τις ὕστερον ἐπικαλῇ τούτου τοῦ χρόνου τῶν ὀκτωκαίδεκα μηνῶν, ὅρκον εἶναι τ[25]ῶι νεομένῳ τὴν γῆν ἢ τὰ οἰκία, ὅρκοῦν δὲ τοὺς δικαστάς ἡμίεκτον δεξαμένους. τὸν δὲ ὅρκον εἶναι παρέοντος τοῦ ἐνεστηκότος. καρτεροὺς δ’ εἶναι γῆς καὶ οἰκίων οἵτινες [30] τότε εἶχον ὅτε Ἀπολλωνίδης καὶ Παναμύης ἐμνημόνευσαν, εἰ μὴ ὕστερον ἀπεπέρασαν.

Τὸν νόμον τοῦτον ἦν τις θέλησι συγχέαι ἢ προθῆται ψῆφον ὥστε μὴ εἶναι τὸν νόμο[35]ν τοῦτον, τὰ ἐόντα αὐτοῦ πεπρήσθω καὶ τῶπολλωνος εἶναι ἱερὰ καὶ αὐτὸν φεύγειν αἰεὶ· ἦν δὲ μὴ ἢ αὐτῶι ἄξια δέκα στατήρων, αὐτὸν πεπρήσθαι ἐπ’ ἐξαγωγῇ καὶ μηδ[40]αμὰ κάθοδον εἶναι ἐς Ἀλικαρνησσόν. Ἀλικαρνασσεῶν δὲ τῶν συμπάντων τούτῳ ἐλεύθερον εἶναι, ὅς ἂν ταῦτα μὴ παραβαίνει κατόπερ τὰ ὅρκια ἔταμον καὶ ὡς γέγραπτ[45]αι ἐν τῶι Ἀπολλωνίῳ, ἐπικαλεῖν.

Die Versammlung der Bewohner von Halikarnass und von Salmakis und Lygdamis hat auf dem heiligen Platz am 5. Tag des Monats Hermaion, in dem Jahr, [5] in dem Leon, Sohn des Oassasis, *prytanis* und Saryssollos, Sohn des Thekyilos, *neopoios* war, in Bezug auf die *mnêmones*<sup>385</sup> folgendes beschlossen:

Man darf den *mnêmones* weder Land noch Haus<sup>386</sup> anvertrauen<sup>387</sup>, [10] solange Apollonides, Sohn des Lygdamis, und Panamyas, Sohn des Kasbollis, *mnêmones* sind und bei den Salmakitern Megabattys, Sohn des Aphyasis, [15] und Phormion, Sohn des Panyassis.

<sup>385</sup> Am ehesten wohl mit „Urkundsbeamte“ zu übersetzen. S. Nomima 22.

<sup>386</sup> Οἰκίον = οἶκος; oft plurale tantum.

<sup>387</sup> LSJ s.v. παραδίδωμι: „give, hand over“; keine Belege für das Medium! Möglicherweise reflexiv zu verstehen: „das eigene Haus“ usw. Früher hat man auch προσδίδωμι ergänzt. Doch übernehme ich die Lesart πρὸς τοὺς μνήμονας· μὴ und fasse das Verb als Passiv auf. Das „Anvertrauen an die *mnêmones*“ bedeutet einfach „verkaufen“.

Wenn jemand über Land oder Haus klagen möchte, so soll er das Gericht innerhalb der ersten achtzehn Monate ab dem Zeitpunkt anrufen, wo der Beschluss gefallen ist. [20] Die Richter sollen ihn dann gemäß dem heute geltenden Gesetz schwören lassen<sup>388</sup>. Was die *mnēmones* eventuell wissen, soll gelten.

Ruft jemand erst nach diesem besagten Zeitraum von achtzehn Monaten das Gericht an, [25] so soll der Inhaber des Grundstücks oder des Hauses einen Eid ablegen und die Richter ihn gegen Bezahlung eines *hēmiekton* schwören lassen; [20] die Eidesleistung soll im Beisein des Klägers stattfinden. Im Besitz des Grundstücks und des Hauses sollen diejenigen bleiben, die es waren, [30] als Apollonios und Panamyes *mnēmones* waren, wenn sie nicht später verkauft haben.

Sollte jemand den Versuch unternehmen, diesen Rechtstext zu beseitigen, oder aber eine Abstimmung mit dem Ziel seiner Aufhebung veranlassen, [35] so soll sein Vermögen verkauft werden und dem Apollon heilig sein, er selbst aber lebenslanglich verbannt sein. Ist sein Vermögen nicht mindestens zehn *Statere* wert, so soll er selbst verkauft werden, um aus dem Land weggeführt zu werden, [40] und niemals<sup>389</sup> die Möglichkeit bekommen, nach Halikarnass zurückzukehren. Von den Bürgern von Halikarnass aber sei jedem, der gegen diese Vorschriften nicht verstößt, wie sie feierlich beschworen worden und im Tempel des Apollon veröffentlicht sind, die Möglichkeit zur Klage gegeben.

Der sog. „Lygdamis-Pakt“ aus dem kleinasiatischen Halikarnass<sup>390</sup> ist insofern besonders interessant, als in ihm das Wort νόμος vorkommt (es handelt sich um einen der ältesten Belege für *nómos* als Bezeichnung eines geschriebenen Rechtstextes), und zwar in einem Zusammenhang, der an und für sich die Vertragsthese genauso stützt wie die bereits behandelten Inschriften. Dieser Begriff taucht nämlich an drei Stellen auf, namentlich in den Zz. 19, 32 und 34f. Die Worte νόμωι κατάπερ νῦν beziehen sich jedoch nicht auf den Text selbst, so dass man sie aus der Untersuchung ausschließen kann.<sup>391</sup> Um so interessanter ist die Verwendung des fraglichen Terminus an den zwei anderen genannten Stellen. Doch zunächst zum Text als Ganzem.

---

<sup>388</sup> Das ist m.E. die einzig mögliche Übersetzung, wenn man den heute allgemein akzeptierten Text zugrunde legt. Das Objekt zu ὀρκῶσαι wird natürlicherweise aus dem Subjekt des vorangegangenen Satzes gewonnen; die Möglichkeit, dass es Subjekt sei und die Richter Objekt, wird dadurch ausgeschlossen, dass es nie vorkommt, dass der Kläger den Richtern einen Eid abnimmt. MAFFI (1988) Interpretation (102f.) ist grammatikalisch unhaltbar. Andererseits hat er recht mit seiner Behauptung, dass der *textus receptus* den Interpreten vor große Schwierigkeiten stellt: Eine Kumulation von Eid einerseits und Wissen der *mnēmones* andererseits ist zum einen merkwürdig, zum anderen syntaktisch nicht ausgedrückt (Partikel fehlt). Bei letzterem muss man aber den Zustand der Inschrift berücksichtigen.

<sup>389</sup> LSJ s.v. μηδαμὰ: sowohl zeitlich als auch modal („at all“); das Supplement aber verwirft wieder die modale Bedeutung.

<sup>390</sup> Nomima 19; KÖRNER 84; ML 32; DITTENBERGER 45; GIBM IV, 886; BUCK 2; IJG I 1-9 Nr. 1; GDI 5726; MAFFI (1988), 8f.

<sup>391</sup> Es ist ziemlich deutlich, dass sie den „gegenwärtigen Brauch“ oder „das gegenwärtige Recht“ bezeichnen, nach dem die an einem Rechtsstreit Beteiligten schworen.

Der Text regelt einen Bereich, der in der Archaik offenbar sehr wichtig und virulent war, namentlich das Eigentum an Grundstücken und die Verteilung des Bodens unter den Bürgern – ein Thema, das uns schon bei der Besprechung von Nomima 44 (2.4.2) begegnet ist.<sup>392</sup> Die zwei Asyndeta in Z. 8 und in Z. 32 gliedern den Text in drei Abschnitte auf.<sup>393</sup> Den Übergang in Z. 8 (μνημονας – μη παραδιδοσθαι) kann man m.E. insofern als ein Asyndeton betrachten, als der AcI in Rechtstexten in aller Regel den Charakter eines Nebensatzes verloren hat, so dass sich der Ductus des Textes folgendermaßen ausnimmt: „(Z.1) Folgendes hat die Versammlung... (Z.8) für (?) die μνήμονες beschlossen: Es soll nicht...“ Wie dem auch sei (und wie auch immer man den an dieser Stelle sehr lückenhaften Text ergänzen mag): Inhaltlich fängt der eigentliche Normtext erst hier an; das Vorangehende ist praktisch eine Überschrift, welche gemäß dem Stil der psephismatischen Inschriften das Verfahren zusammenfassend wiedergibt, das zum Erlass der Vorschriften geführt hat.

Die Einordnung der Inschrift als Gesetz oder als Vertrag ist umstritten.<sup>394</sup> Für welche dieser Auffassungen man sich entscheidet, hängt größtenteils davon ab, ob man meint, es handle sich bei den zwei in der Inschrift genannten Gemeinwesen, Halikarnass und Salmakis, um voneinander unabhängige Poleis, oder ob man in Salmakis bloß einen Teil des Stadtstaates Halikarnass sieht. Folgt man der letztgenannten Meinung, so kann man nach der traditionellen Anschauung im vorliegenden Rechtstext tatsächlich ein Gesetz sehen, nämlich einen innerhalb eines Staatswesens gültigen Rechtsnormenkatalog. Jede der beiden Städte hat eigene μνήμονες, es ist aber nicht klar, ob der πρύτανις und der νεωποῖος, von denen in Zz. 5-8 die Rede ist, nur zu Halikarnass gehören oder beiden Städten gemeinsam sind. Es ist jedenfalls keineswegs zwingend, dass in der „Gesamtheit der Halikarnassier“ (41f.: ἀλικαρνασσεων τως συμπαντων) beide Gemeinschaften zu sehen seien.<sup>395</sup> Die Inschrift stammt nämlich aus Halikarnass, und gesetzt den Fall, dass es sich um zwei politisch unabhängige Poleis handelt, so wäre es zu erwarten, dass in jeder der beiden eine Kopie des Vertrages aufgestellt wurde.

<sup>392</sup> Die Parallele zwischen den beiden Texten sieht auch MAFFI (1987), 382.

<sup>393</sup> Innerhalb eines jeden Abschnitts wird jeder neue Satz durch eine Partikel eingeleitet, mit Ausnahme von στ[ι] αν usw. in Zz. 20f. Diese Ausnahme ist schwer zu erklären; ein δέ wäre sicher zu erwarten. Andererseits ist der Text an dieser Stelle nicht vollständig erhalten und bedarf ohnehin der Ergänzung. Durch ein eingefügtes δ(έ) würde die Zeile nicht allzu lang.

<sup>394</sup> Für einen Überblick über die verschiedenen Forschungsmeinungen s. MAFFI (1988), 17-67.

<sup>395</sup> So aber Nomima Ss. 90-92.

Wenn dem so ist, dann können sich die Kopien durchaus voneinander unterscheiden haben,<sup>396</sup> bedingt durch die Verhältnisse der jeweiligen Stadt; auch einzelne Bestimmungen, z.B. Sanktionsandrohungen für Zuwiderhandelnde, könnten von jeder Stadt selbständig festgesetzt worden sein und als eine Art „Ausführungsgesetz zum Staatsvertrag“ gedient haben. Somit wäre es am wahrscheinlichsten anzunehmen, dass die Abschnitte 1 und 3 des Textes (1-8 bzw. 32ff.) nur für die Polis Halikarnass gültig waren, während Abschnitt 2, der offensichtlich den Vertragstext wiedergibt, in beiden Staatswesen gleich lautete. In dem die Überschrift des gesamten Textes bildenden ersten Abschnitt wären dann die allgemeinen Angaben zu Gelegenheit und Verfahren und das Datum enthalten, welches natürlich nur nach den für Halikarnass eponymen Amtsträgern angegeben wäre; Abschnitt 3 würde die nur in dieser Polis geltenden Bestimmungen wiedergeben, welche die Folgen festlegen, die jedem Bürger für den Fall des Zuwiderhandelns drohen.

Wenn diese These richtig ist, so fragt es sich, ob der in Zz. 44f. erwähnte Eid nur für den Staatsvertrag als solchen gilt oder ob er den ganzen normativen Inhalt des Textes sanktioniert. Die zweite Möglichkeit erscheint mir wahrscheinlicher: Während Abschnitt 2 den gemeinsamen Teil des Abkommens darstellt, ist Abschnitt 3 auf Halikarnass gemünzt, was nicht bedeuten muss, dass die Einwohner von Salmakis nicht eine inhaltlich übereinstimmende Vorschrift beschworen hatten, deren Text an die dortigen Verhältnisse angepasst war. In der in Halikarnass aufgestellte Urkunde wäre dann naturgemäß eine auf diese Stadt bezogene Version des Textes enthalten gewesen.

Die Richtigkeit der Auffassung vorausgesetzt, dass Salmakis und Halikarnass voneinander unabhängig waren und dass es sich beim vorliegenden Text um einen Staatsvertrag zwischen zwei souveränen Poleis handelt, so drängt sich natürlich weiterhin die Frage auf, inwieweit Klagen über Grundstückseigentum Gegenstand eines völkerrechtlichen Vertrages sein können.<sup>397</sup> Man muss wohl annehmen, dass die Poleis geographisch sehr nahe aneinander lagen und dass viele Grundstücke mal im Eigentum eines Halikarnassiers, mal in dem eines Salmakiters gestanden hatten. Daher konnte es durchaus zu Rechtsstreitigkeiten zwischen Bürgern der beiden Poleis kommen, welche eine gemeinsame Rechtssetzung erforderten. Staatsverträge, die Fragen des

---

<sup>396</sup> Dasselbe ist uns bereits bei Nomima 43 begegnet (2.4.1).

<sup>397</sup> Gerade aus diesem Umstand leitet Nomima S. 92 einen Beweis dafür ab, dass die zwei Gemeinwesen einen bestimmten Grad an Verschmelzung erreicht hätten.



Kollisionsrechts regelten, gab es auch sonst; ein Beispiel dafür befindet sich auch in der dieser Arbeit zugrunde gelegten Textauswahl.<sup>398</sup>

Ist dem so, dann bezieht sich das Wort νόμος, mit dem Abschnitt 3 beginnt, auf den in Abschnitt 2 enthaltenen Staatsvertrag. Es ist zunächst einmal sprachlich eindeutig, dass mit νόμος der Inhalt der Regelungen in Abschnitt 2 gemeint sein muss. Das ist ziemlich unerhört: Dieses Wort bedeutet nach allgemeiner Auffassung „innerstaatliches Gesetz“ und kann sich daher kaum auf einen völkerrechtlichen Vertrag beziehen. Selbst wenn man die in dieser Arbeit vertretene These akzeptiert, dass Gesetze und Verträge im archaischen Griechenland dasselbe waren, die recht seltsam anmutende Anwendung des Begriffs νόμος auf zwischenstaatliche Rechtsnormen bedarf der Erörterung.

Der einfachste Erklärungsansatz wäre natürlich, die Hypothese, dass Salmakis ein von Halikarnass unabhängiges Staatswesen sei, ganz zu verwerfen: Das Wort würde sich dann wie gewohnt auf innerstaatliche Rechtsverhältnisse beziehen. Doch angesichts der oben dargelegten Vermutung, es handle sich beim vorliegenden Text um eine speziell für Halikarnass angefertigte Version des Beschlusses, scheint dies keine zwingende Schlussfolgerung zu sein. In diesem Fall hätte nämlich der Vertragsschluss zu einem innerstaatlichen Gesetz geführt, denn dadurch, dass die Halikarnassier sich dazu verpflichtet hätten, die in ihm enthaltenen Rechtsnormen zu befolgen, wären diese zum geltenden Recht der Polis Halikarnass geworden. Genauso wie die Griechen ein und denselben Rechtstext sowohl als νόμος als auch als ψήφισμα bezeichnen konnten, je nachdem, ob sie die Art, wie er zustande gekommen war, oder das Faktum seiner Verbindlichkeit als geltendes Polisrecht ins Auge fassten,<sup>399</sup> genauso konnten sie aller Wahrscheinlichkeit nach ein und denselben Text sowohl einen Vertrag (weil er durch die Selbstbindung der Beteiligten zustande gekommen war) wie auch einen νόμος nennen.

Wem dies zu weit hergeholt erscheinen sollte, den möchte ich auf eine spätere (meist ins 2. Jh. v. Chr. datierte) Inschrift verweisen, die einen Beschluss und Gesetz aus Pergamon wiedergibt.<sup>400</sup> Der Text, die Wiedergabe eines Beschlusses der Polis, durch den sie einem gewissen Asklepiades und seinen Nachkommen das Priesteramt verleiht, bezeichnet sich selbst in seinem letzten Satz sowohl als ψήφισμα wie auch als νόμος (Zz. 41 bzw. 42). Hier die entscheidenden Zeilen (40-42):

---

<sup>398</sup> Nomima 53 (2.1.3.).

<sup>399</sup> S. QUASS (1971), 23-30.

<sup>400</sup> IvP 251; DITTENBERGER 1007; LSAM 13; EDELSTEIN (1945), 280-282, Nr. 491 (Q10).

εγγραψαι δε και εις τους νομους τους της πολεως το ψηφισμα τοδε, και χρησθωσαν αυτω νομω κυριω εις  
απαντα τον χρονον.

„Man soll ferner diesen Beschluss unter die νόμοι der Stadt schreiben, und (die Bürger/Beamten) sollen sich daran halten wie an ein gültiges Gesetz ( νόμος κύριος) bis in alle Ewigkeit.“

Hier wird mit seltener Deutlichkeit herausgestellt, dass beide Begriffe denselben Referenten haben, nämlich eben den Inschriftentext selbst. Dies heißt natürlich nicht, dass sie dieselbe *Bedeutung* hätten, doch die Zugehörigkeit zur Kategorie des ψηφισμα schließt offensichtlich nicht die Zugehörigkeit zu derjenigen des νόμος aus. Das ist an und für sich nichts Neues, hat doch schon QUASS diesen Sachverhalt ein für allemal geklärt.<sup>401</sup> Es bleibt m.E. dennoch eine Frage offen, nämlich ob diese Inschrift darüber hinaus auch einen Vertrag darstellt.

Dies wird im Text nicht ausdrücklich gesagt. Nichtsdestoweniger kann man die Vertragsnatur dieses Textes problemlos aus der Tatsache ableiten, dass ein Eid geschworen wird (28-34), durch den sich die Polis dazu verpflichtet, von der Entscheidung, Asklepiades und seiner Familie die genannten Privilegien einzuräumen, niemals abzurücken. Dass Asklepiades selbst Vertragspartei ist, liegt auf der Hand, wie die Formulierung in Zz. 26f. und die in Zz. 31f. zeigen: An beiden Stellen wird durch das Dativobjekt ασκληπιαδης και τοις απογονοις τοις ασκληπιαδου angegeben, dass etwas „gegenüber Asklepiades und seinen Nachkommen“ geschehen oder gesichert bleiben soll; so soll gemäß der erstgenannten Textstelle das Beschlossene „unabänderlich bleiben“ (διαμενη βεβαια) für ihn und seine Familie, an der zweiten wird berichtet, wie die Polis ihm und seiner Familie gegenüber „abgestimmt“, d.h. beschlossen hat (εψηφισται). Vor allem der letztere Satz weist m.E. eindeutig darauf hin, dass dies alles nicht ohne den Willen des Betroffenen geschehen ist.

Außerdem wäre es schlichtweg absurd, wenn die Polis einen Eid darauf ablegen würde, sie werde die Verleihung der fraglichen Privilegien nie rückgängig machen, hätte Asklepiades selbst nicht sein Interesse an der Sache kundgetan. Wir können also getrost davon ausgehen, dass es sich bei der vorliegenden Inschrift um einen Vertrag handelt, den die Polis Pergamon mit Asklepiades eingegangen ist, dass also niemand irgendwelche Rechtsverhältnisse bestimmt hat, die ihm fremd sind.

Somit zeigt sich deutlich, dass auch die Vertragsnatur eines Rechtstextes keineswegs ausschließt, dass man ihn ein ψηφισμα und einen νόμος nennen kann. Der vorliegende ist vielmehr alle drei

---

<sup>401</sup> QUASS (1971).

Dinge gleichzeitig: ein Beschluss, weil er Ergebnis einer Diskussion und Abstimmung in der Volksversammlung ist; ein Vertrag, weil er durch die Selbstbindung der beteiligten, die durch einen Eid unterstrichen wird, Rechtswirksamkeit erlangt; ein Gesetz, weil er von diesem Zeitpunkt an eine gültige und verbindliche innerstaatliche Rechtsnorm darstellt. Wenn dies aber bei dieser Inschrift aus Pergamon gilt, besteht kein Grund, bei Nomima 19 einen Widerspruch zwischen der möglichen Vertragsnatur des Textes und seiner Selbstbezeichnung als νόμος anzunehmen.

Hier könnte man aber einwenden, dass der Vertragscharakter von Nomima 19 keineswegs ohne weiteres ersichtlich sei, sondern nur von der Annahme lebe, die zwei betroffenen Gemeinschaften seien politisch voneinander unabhängig; eine Annahme, die angesichts unseres mageren Wissens über die damals in jenem Landstrich herrschenden politischen Verhältnisse keine hinreichend sichere Basis biete. Dies sei zugegeben. Dennoch lässt sich die Vertragsnatur des Textes auch hier, wenn schon nicht aus anderen Erwägungen, so jedenfalls aus dem geleisteten Eid erschließen, von dem am Schluss die Rede ist. Selbst wenn es sich also lediglich um eine Rechtsnorm handeln sollte, die nur ein einziges Staatswesen betrifft, es wäre nicht zu bezweifeln, dass sie auf einen Vertragsschluss zurückgeht.

Dies ist also der Befund der vorliegenden Untersuchung. Nachdem wir dies festgestellt haben, können wir nun dazu übergehen, einen Ausblick über die Geschichte des Rechtsinstituts in nacharchaischer Zeit zu versuchen.

## 2.6 Zusammenfassung

Die nähere Untersuchung der ausgewählten Texte hat einige Erkenntnisse über die Merkmale ihrer Gattung zutage gefördert. Die rein stilistischen unter ihnen sind bereits allgemein bekannt: der sog. Vertrags-AcI,<sup>402</sup> die Kürze und das weitgehende Fehlen jener Partikeln, die in der literarischen Prosa so häufig sind. Was aber die im weiteren Sinne formalen Elemente dieser Texte betrifft, so wird es sich lohnen, sie noch mal zusammenfassend aufzuzählen.

Jeder einzelne dieser Texte folgt einem ziemlich einfachen und festen Grundriss: Zunächst findet sich oft eine Überschrift, sie kann aber auch fehlen. Hierbei kann es sich auch bloß um einen Segenswunsch handeln wie das auf Kreta sehr beliebte *θιοί* („Götter“; viele Herausgeber und Übersetzer fügen ein Ausrufezeichen an). Es folgt zumindest ein Satz, der die Grundnorm des Textes zum Ausdruck bringt; je nach Umfang des Textes können mehrere Sätze grundlegende Normen enthalten, es ist jedoch meistens so, dass die Folgesätze lediglich Präzisierungen oder Ergänzungen der Ausgangsvorschrift enthalten. An die positiven Vorschriften sind oft Sanktionsandrohungen geknüpft, die meist in einer Geldbuße bestehen; denen pflegen weiterhin Sanktionsanordnungen für Beamte zu folgen, die es unterlassen, die Sanktionen gegen die Übertreter zu vollstrecken. Gelegentlich wird am Schluss der Inhalt des ganzen Textes gegen Übertretung, Fälschung, Zerstörung und Aufhebung abgesichert, indem Missetätern eine Ächtung sowohl religiöser als auch politisch-rechtlicher Natur in Aussicht gestellt wird.

Um noch einmal klar zu machen, dass dieses Grundschema genauso sehr für die sog. Verträge wie für die sog. Gesetze gilt, lege ich im Folgenden eine Liste der Belege für die oben genannten Elemente vor, in der ich die Belegtexte gemäß der herkömmlichen Einteilung in Gesetze und Verträge kennzeichne (in Klammern die Angabe des Teils der vorliegenden Arbeit, in dem der jew. Text thematisiert wird):

*Sanktionsandrohungen*: in Verträgen: Nomima 52 (2.1.1); 51 (2.1.2); 53 (2.1.3); 21 (2.2.1); 23 (2.2.2); in Gesetzen: Nomima 81 (2.3); 44 (2.4.2); 19 (2.5).

*Verbot, den Text zu beschädigen oder zu ändern*: in Verträgen: Nomima 52 (2.1.1); in Gesetzen: Nomima 43 (2.4.1); 44 (2.4.2); 19 (2.5).

---

<sup>402</sup> Vgl. 2.3.

*Beeidung*: in Verträgen: Nomima 51 (2.1.2); in Gesetzen: Nomima 81 (2.3); Nomima 19 (2.5).  
Evtl. auch Nomima 44 (2.4.2).

*Aufbewahrung in Heiligtum*: in Verträgen: Nomima 23 (2.2.2); in Gesetzen: Nomima 44 (2.4.2);  
Nomima 19 (2.5).

Zu guter Letzt sei noch auf das Verbot sophistischer Auslegung hingewiesen,<sup>403</sup> das sich in Nomima 43 (2.4.1) findet und in Verträgen aus klassischer Zeit gang und gäbe ist.<sup>404</sup>

Es scheint mir ziemlich offensichtlich zu sein, dass es sich in Wahrheit nicht um zwei verschiedene Textgattungen handelt, sondern um eine einzige, aufgebaut nach einem einfachen, aber ziemlich genauen Schema und stilistisch sehr einheitlich gehalten. Die Herkunft dieser Gattung ist möglicherweise altorientalisch, wie ich schon im allgemeinen Teil dieser Arbeit gemutmaßte habe;<sup>405</sup> jedenfalls ist das Staatsvertragswesen im ganzen Mittelmeerraum fassbar.<sup>406</sup> Und es spricht auch sonst sehr viel dafür, dass es sich in den Augen der archaischen Griechen nicht um zwei verschiedene Rechtsinstitute, Gesetz und Vertrag, handelte, sondern um ein einziges, nämlich das auf einen Eid gestützte Versprechen aller Beteiligten, die jeweiligen Regeln zu befolgen.

---

<sup>403</sup> Zur sophistischen Gesetzesauslegung s. HILLGRUBER (1988), 105-120.

<sup>404</sup> S. ad loc.

<sup>405</sup> S. 1.4.4.

<sup>406</sup> Etwa in den Verträgen zwischen Rom und Karthago; s. hierzu etwa RICHARDSON (2010).

### 3. AUSBLICK

#### 3.1 Die Lage in Athen

In den wenigen erhaltenen Gesetzesinschriften aus dem klassischen Athen ist keine Gesetzesbeeidung zu finden. In Athen herrscht zwar der psephismatische<sup>407</sup> Urkundenstil unangefochten, doch kommt es den Verfassern der Inschriften viel eher darauf an, das Datum und die Umstände des darauf gerichteten Beschlusses festzuhalten als eine etwaige Eidesleistung. Hierin weicht der attische Staat freilich mitnichten von der auch sonst im 5. Jh. festzustellenden Entwicklung ab. Gesetzesurkunden in psephismatischer Form finden sich nämlich in dieser Zeit z.B. auf Kreta zuhauf, s. Nomima 12, A 1f., B 1f.; Nomima 16, 1;<sup>408</sup> 84, 1 u. 18; 85, 16-Ende. Mit letzterem ist Nomima 96, B 26f. zu vergleichen, einem in Athen erlassenen Gesetz, dem am Schluss der Urkunde, nach den beschlossenen Rechtsvorschriften, ein Nachweis der normsetzenden Instanz (τὰντα ἐδοξε τῶι δήμῳ) und des Datums der Verabschiedung (ἐπὶ Φιλοκράτου ἀρχόντος) angefügt ist. Der Beschlusscharakter der Rechtstexte scheint mithin gegenüber dem Vertragscharakter in den Vordergrund zu treten.

Nichtsdestoweniger sahen die Athener den Gehorsam gegenüber den Gesetzen ihrer eigenen Polis gemeinhin als Ergebnis eines Versprechens jedes einzelnen Bürgers an.<sup>409</sup> Die Ansicht, dass solche kontraktualistischen Auffassungen bloß philosophischer Spekulation entstammten oder gar, wie WOLFF meint,<sup>410</sup> dem Bestreben, die völlige Unterwerfung des Einzelnen unter eigentlich willkürliche, lediglich durch den Mehrheitswillen zustande gekommene Rechtsnormen zu rechtfertigen, greift m.E. viel zu kurz. Sie übersieht, dass in allen griechischen Poleis entweder der Eid, durch den das einzelne Gesetz Rechtskraft erlangte, oder aber der allgemeine Gesetzesunterwerfungseid für das Staatsrecht unentbehrlich war.<sup>411</sup> Es dürfte nirgendwo ein Gesetz zu finden sein, das nicht entweder in der einen oder in der anderen Form auf einem Eid aller Beteiligten, d.h. aller Bürger, die Adressaten seiner Normen waren, beruhte. Vielmehr ist die genannte sophistische Auffassung vom νόμος als Vereinbarung der Menschen untereinander nicht

---

<sup>407</sup> S. 1.4.4.

<sup>408</sup> An diesem Text wird die Fragwürdigkeit der Trennung von Gesetzen und Erlassen deutlich. Obwohl dieser Text in Nomima als "decret" überschrieben ist, unterscheidet er sich formal in nichts von den sog. Gesetzen.

<sup>409</sup> So z.B. in Plat. Crit. 51e.

<sup>410</sup> WOLFF (1970), 72f.

<sup>411</sup> S.u., 3.3.

aus dem Nichts entstanden, sondern sie gründet auf den politischen Erfahrungen der griechischen Polisbürger, zu denen ja die Sophisten selbst unbestreitbar gehörten. Und genau daran dürfte es wiederum liegen, dass sie von anderen Autoren ohne weiteres akzeptiert wurde, auch von solchen, die, wie Platon, nicht gerade im Verdacht stehen, Gesinnungsgenossen der Sophisten gewesen zu sein.<sup>412</sup>

Gesetzestexte waren in Athen in großer Zahl vorhanden. Die wenigen inschriftlich erhaltenen befassen sich fast ausschließlich mit wirtschaftlichen Regelungen oder aber mit Religion. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Schein trügt: die allermeisten Gesetze wurden nämlich auf Holz geschrieben und sind daher nicht erhalten.<sup>413</sup> Daneben gab es wahrscheinlich Archive, in denen Kopien aller aufgeschriebenen Gesetze aufbewahrt wurden;<sup>414</sup> die Existenz von Archiven ist gesichert, denn es ist bekannt, dass im Metroon Texte untergebracht waren.<sup>415</sup> Es ist weiterhin bekannt, dass die Parteien in athenischen Gerichtsverfahren selber die passenden Gesetzestexte suchen mussten. Die Gesetzestexte zu finden war vermutlich nicht so schwierig, wie man gemeinhin annimmt.<sup>416</sup>

Festzuhalten ist, dass in Athen eine Fülle von Gesetzestexten vorlag und dass sie jährlich überprüft und ggf. geändert wurden.<sup>417</sup> Offensichtlich war im 5. Jh. zumindest in einigen Poleis die Gesetzgebung keine Gelegenheitsarbeit mehr, sondern war fest in das Polisleben integriert. Neben den Quellen, die dies für Athen belegen, redet auch die schiere Zahl und der Umfang der Gesetzesinschriften aus Gortyn beredtes Zeugnis. Dieser Umstand könnte erklären, warum die Beedung der einzelnen Gesetze zurückzutreten scheint, während die Bedeutung von Bürgereiden, die ja erst ab dem 5. Jh. belegt sind, mit der Zeit zunimmt.

### 3.2 Der Bürgereid

Mit diesem Wort werden jene Eide bezeichnet, durch welche die jungen Erwachsenen (Epheben) sich beim Eintritt in die Vollbürgerschaft zur Treue gegenüber ihrer Stadt verpflichteten (Ephebeneid), oder allgemeiner der Eid, durch den jeder Neubürger (auch die – im antiken

---

<sup>412</sup> Zum sog. Treueid auf die Gesetze s. etwa CAMASSA (1994), 102-104.

<sup>413</sup> SICKINGER (2004), 100f.

<sup>414</sup> SICKINGER (2004), 101.

<sup>415</sup> SICKINGER (2004), 102. S. zum Ganzen auch SICKINGER (1999). Vgl. BOFFO (2003).

<sup>416</sup> SICKINGER (2004), 93f.

<sup>417</sup> QUASS (1971), 68-72.

Griechenland allerdings seltenen – Eingebürgerten) mit dem betreffenden Staatswesen einen Vertrag einging.<sup>418</sup> Inschriftlich erhalten sind solche Eide etwa aus Chios,<sup>419</sup> aus Itanos auf Kreta<sup>420</sup> und aus Dreroi in Süditalien.<sup>421</sup> Der athenische Ephebeneid lässt sich aus literarischen Quellen und aus einer Inschrift rekonstruieren.<sup>422</sup> Schließlich bezeugt Xenophon, dass in allen griechischen Städten Eide geschworen wurden, in denen die Bürger versprachen, miteinander in Eintracht zu leben, die legitime Herrschaftsform ihrer Polis zu achten und die Gesetze zu befolgen.<sup>423</sup>

In diesen Schwurtexten finden sich hauptsächlich Treueformeln und die Versicherung, zu Macht und Ruhm der eigenen Polis beizutragen; die Schwörenden beteuern, sie würden tapfer kämpfen, sich nie einer Verschwörung gegen die etablierte Ordnung anschließen, vielmehr jede solche anzeigen, und keinen staatsstreuen Mitbürger verraten. Und mitunter findet sich ein expliziter Hinweis auf den von einem Bürger zu erwartenden Gesetzesgehorsam. In der oben erwähnten athenischen Inschrift (die zwei Schwurtexte enthält, den *ὄρκος ἐφῆβων πατριος* [„überkommener Ephebeneid“] und den Eid, den die Athener vor der Schlacht bei Plataia abgelegt haben sollen) kommt in Z. 12f. der Gehorsam gegenüber den *θεσμοί* zur Sprache, und zwar sowohl gegenüber den bereits bestehenden wie auch denjenigen, die man künftig „in vernünftiger Weise“ (*εὐφρονως*) erlassen wird.

Mit diesem Wort sind sicher die Gesetzestexte gemeint. Schon Drakon und Solon benutzten es in diesem Sinne; außerdem kann man den „Gehorsam“ leichter einem Gesetz entgegenbringen als einer „Einrichtung“ (wie man das Wort *θεσμός* an sich auch interpretieren könnte), solange man darunter nicht eine Gruppe von Menschen versteht; hier ist dies aber bereits durch die vorangegangenen Worte bezüglich des Gehorsams gegenüber Regierenden und Vorgesetzten abgedeckt. Dass in Verbindung mit *θεσμός* das Verb *ἰδρύω* („gründen“) benutzt wird, das meistens auf Gebäude bezogen ist und hier gewiss die Konnotation der besonderen Festigkeit vermitteln soll, erklärt sich m.E. durch das Wort *θεσμός* selbst, das ja schon von seiner für jeden Sprecher des Griechischen durchsichtigen Etymologie her eine „Gründung“ oder eben (juristischer ausgedrückt) „Satzung“ bezeichnet.<sup>424</sup> In Chios versprechen die Bürger, „gemäß den Gesetzen“ zu urteilen (Z.

<sup>418</sup> Hierzu allgemein PLESCIA (1970), 15-24.

<sup>419</sup> DITTENBERGER 360 = SCHWYZER 173 (Q13).

<sup>420</sup> DITTENBERGER 526 = SEG 13 (1956), 464 (Q14).

<sup>421</sup> DITTENBERGER 527; SCHWYZER 193; GDI 4952; BUCK 120; StV III 584 (Q15).

<sup>422</sup> TOD 204 (Q17); Lyc. 76f.; Dem. 59,89; Stob. Florilegium 43,48; Pollux 8,105; und nicht zuletzt Plat. Crit. 51 d-e.

<sup>423</sup> Xen. mem. 4,4,16.

<sup>424</sup> Vgl. 1.4.5.2.



36); ausführlicher ist der Gesetzesgehorsam in Itanos thematisiert (Zz. 30-36). In der Inschrift aus Dreroi bleibt dies hingegen unerwähnt.

All die genannten Inschriften stammen aus dem 4. Jh. oder später. Es ist aber möglich, dass sie im Wesentlichen viel ältere Schwurtexte wiedergeben, was sie übrigens oft selbst behaupten. Was Athen angeht, so ist der allgemeine Gesetzesunterwerfungseid bereits im 4. Jh. belegt und, obwohl es kaum möglich sein dürfte zu bestimmen, wie weit er in die Vergangenheit zurückreicht, deutet seine Verbreitung und Selbstverständlichkeit im 4. Jh. sowie das mutmaßliche Alter der Epheben-Inschrift, deren Sprache recht archaisch klingt, darauf hin, dass er durchaus bis ins 6. Jh. zurückreichen könnte.

Ein weiteres Indiz für das Alter der Bürgereide besteht in der Erkenntnis, dass die (1844 entdeckten) sog. *Dirae Teiae*,<sup>425</sup> die aus der ersten Hälfte des 5. Jh. stammen, höchstwahrscheinlich selbst einer waren.<sup>426</sup> Zwar sieht der Text zunächst wie eine Fremd- und keine Selbstverfluchung aus, weil er vom Missetäter, dem man alles Üble an den Hals wünscht, in der dritten Person spricht. Dennoch müssen wir bei der Interpretation einen sehr ähnlichen und nur geringfügig jüngeren Text aus derselben Polis berücksichtigen,<sup>427</sup> welcher erst 1976 entdeckt und 1981 herausgegeben wurde.<sup>428</sup> Die Art seiner Formulierung gibt Aufschluss über die richtige Deutung der *dirae*: Neben Passagen, die in der dritten Person gehalten sind, erscheinen nämlich solche in der ersten Person (10-24). Während in ersteren wie in den *Dirae* jedem, der die beschriebenen Tatbestände verwirklicht, die göttliche Rache in Aussicht gestellt wird, verspricht in letzteren der Sprecher, gewisse Dinge zu unterlassen. Es liegt auf der Hand, dass beide Ausdrucksweisen inhaltlich vollkommen identisch sind: Man kann einen mehreren Menschen gemeinsamen Eid sowohl als Fluch gegen denjenigen (3. Person) formulieren, der gewisse Dinge tut, wie auch als Versprechen, sie zu unterlassen. Dem Schwören sind ja, wie wir schon gesehen haben, sowohl das Versprechen als auch die Selbstverfluchung immanent, und bei jeder der beiden Ausdrucksweisen liegt die besondere Betonung auf jeweils einem der beiden Aspekte. Wird in der dritten Person von demjenigen gesprochen, der den Eid bricht, so muss man dies als „derjenige unter uns“ verstehen, was unproblematisch ist.<sup>429</sup>

---

<sup>425</sup> Nomima 104 (Q5).

<sup>426</sup> Vgl. HERRMANN (1981), 13.

<sup>427</sup> Nomima 105 (Q6).

<sup>428</sup> HERRMANN (1981).

<sup>429</sup> Man vergleiche die Formulierung in Nomima 41, 46ff. (Q9).

Der allgemeine Gesetzesunterwerfungseid unterscheidet sich von den sog. Treueeiden, die bislang ins Blickfeld dieser Arbeit geraten sind, darin, dass er einerseits allgemein alle bestehenden Rechtstexte umfasst und nicht nur auf einen einzelnen von ihnen beschränkt ist, andererseits auch eine Art Blanko-Zusicherung enthält, durch die der Schwörende sich auch auf zukünftige, noch nicht in Rede stehende Rechtsvorschriften verpflichtet. Damit wird der einzelne Rechtstext aber von der Beeidung und Willenserklärung der einzelnen Polisbürger losgelöst. Ist daher der Bürgereid institutionalisiert, so ist jedes neue Gesetz davon abgedeckt und bedarf somit grundsätzlich keiner besonderen Beeidung mehr.

Dies wird gewiss in jenen Poleis eine wesentliche Erleichterung herbeigeführt haben, die sich durch besondere Komplexität auszeichneten und, dadurch bedingt, eine besonders hohe Anzahl an geschriebenen Rechtsregeln benötigten. Zwar bindet auch ein eigentlich unnötiger Eid den Schwörenden doch zusätzlich, wirkt auf die Psyche ein und macht die Vorstellung der göttlichen Bestrafung des Meineidigen gegenwärtiger; beeindruckende Schwurhandlungen und das damit verbundene Opferritual sind aber andererseits sehr aufwendig, so dass es auf der Hand liegt, dass man in Städten mit komplexem Rechtswesen nach einem vereinfachten Rechtssetzungsverfahren gesucht haben dürfte. Und da bot der Bürgereid den natürlichen Rahmen für eine allgemeine Selbstverpflichtung, die für jedes bereits erlassene sowie zukünftig zu erlassende Gesetz abzugeben war und somit nicht bei jeder neuen Normsetzung ausdrücklich eingeholt werden musste.

Zumindest was Athen angeht, ist anzunehmen, dass in der Zeit, aus der die meisten Quellen stammen, namentlich im 4. Jh., die νόμοι keine Verträge mehr, sondern Gesetze im modernen Sinne waren. Während Solon sein Gesetzescorpus anscheinend noch auf eine einmalige Eidesleistung der gesamten Bürgerschaft Athens stützen musste,<sup>430</sup> bedurfte im 5. und 4. Jh. das einzelne Gesetz allem Anschein nach keiner spezifischen Beeidung oder sonstigen Willenserklärung durch die einzelnen Vollbürger mehr. Die Einführung der Nomothese Ende des 5. Jh. spricht hier eine deutliche Sprache. Anstatt dass die Volksversammlung als Ganzes die Gesetze überprüft und ggf. an ihnen Änderungen vornimmt, fällt diese Aufgabe nunmehr einer besonderen Behörde zu. Das heißt aber, dass die Rechtsnormen von einem Personenkreis festgelegt werden, der kleiner ist als der ihrer Adressaten; somit ist die Vertragsnatur, die ja die Selbstbindung der Betroffenen erfordert, nicht mehr gegeben, sondern die Rechtssetzung wird zu einem hoheitlichen Akt. Der für die Polis verbindliche Rechtstext ist also nunmehr tatsächlich zu dem geworden, was man heute unter

---

<sup>430</sup> [Arist.] AP 7,1; Plut. Sol. 25 (vgl. 1.4.6.).

„Gesetz“ zu verstehen pflegt: Eine auf hoheitlicher Setzung beruhende Rechtsnorm, die deshalb gültig und für jeden Bürger verbindlich ist, weil sie von einer legitimen, mit Normsetzungsbefugnis ausgestatteten Instanz durch das dafür vorgesehene Verfahren gesetzt worden ist.<sup>431</sup>

Die Lösung, auch für zukünftige Gesetze einen Eid einzuholen, lag wohl deswegen auf der Hand, weil sich in einigen Staatswesen im Laufe der Generationen sehr viele geschriebene Rechtstexte angehäuften, auf die die Epheben und die Einzubürgernden sich verpflichten mussten, so dass ein Eid auf die Gesamtheit der vorhandenen Rechtsnormen unerlässlich war; es war nur noch ein kleiner Schritt, auch die zukünftigen in den Treueschwur mit aufzunehmen.

### 3.3 Die „Kodifikationen“

Ein in der Forschung zum griechischen Recht heiß diskutiertes Problem ist die Frage, ob die griechischen Gesetze „Kodizes“ waren, ob man also von einer „Kodifikation“ des Rechts in archaischer Zeit sprechen kann. Unter „Kodifikation“ versteht man dabei einen Prozess ähnlich demjenigen, der zur Entstehung der in den heutigen kontinentaleuropäischen Rechtsordnungen geltenden umfassenden Gesetzbücher geführt hat, die sich dem Bestreben ganzer Juristen- und Gesetzgebergenerationen verdanken, das gesamte Recht systematisch zu erfassen und in eine verbindliche schriftliche Form zu bringen. Das Ergebnis sind lange umfassende „Kodizes“, die ein ganzes Rechtsgebiet (Strafrecht, Zivilrecht usw.) durchzunormieren versuchen und in der Tat die jeweils wichtigste und vollständigste Rechtsquelle bilden.

Ist nun auch in der altgriechischen Rechtsgeschichte von einem ähnlichen Phänomen auszugehen? Nachdem HÖLKESKAMP sich energisch gegen diese Auffassung gewandt hat,<sup>432</sup> hat sich hierüber eine noch nicht zu Ende gekommene Debatte entzündet. Gewiss ist es problematisch, die in der Antike kursierenden Legenden über die großen Gesetzgeber für bare Münze zu nehmen, denen zufolge das gesamte Recht einer ganzen Polis auf die weise Voraussicht eines Einzelnen zurückgeht. Andererseits lässt sich ein Gesetzestext wie der sog. „Code“ von Gortyn m.E. kaum anders betrachten denn als ein Versuch, vorhandene Rechtstexte in ein zusammenhängendes Ganzes einzufügen.

Die in dieser Arbeit vertretene Vertragstheorie legt nahe, dass es sich bei den Gesetzen um Gelegenheitsbeschlüsse handelt, genauso wie ein Vertrag meistens nicht den Zweck verfolgt,

---

<sup>431</sup> Vgl. HÖLKESKAMP (1999), 63. Zur Gegenansicht s. heute v.a. GAGARIN (2008), 74f.

<sup>432</sup> HÖLKESKAMP (1999).

größere Rechtszusammenhänge zu regeln, sondern nur einzelne Sachen wie z.B. das Eigentum an einer Sache oder ein Arbeitsverhältnis. Hölkeskamp hat m.E. durchaus plausibel machen können, dass die archaischen Gesetze im großen und ganzen Texte dieser Art sind: Aus den Nöten des Augenblicks entstanden, auf eine bestimmte politische Situation reagierend, stellen sie punktuelle Rechtssetzungen dar, mit denen man einer misslichen Lage zu begegnen versuchte. Das ist besonders aus dem Amtssiterationsgesetz aus Dreros ersichtlich, ferner aus den Landaufteilung- und Kolonisationssatzungen.<sup>433</sup>

Hiermit ist eine Aussage über den Ursprung und den Grundcharakter der Gesetze getroffen. Diese reicht jedoch nicht aus, um die Möglichkeit auszuschließen, dass man zu einem späteren Zeitpunkt in einigen Poleis den Versuch unternommen haben könnte, die überkommenen Rechtstexte zu sammeln und zu einem geordneten Ganzen zusammenzufügen; und in der Tat spricht das Beispiel Gortyns sehr für diese Annahme. In nacharchaischer Zeit ist das gleiche Streben aus Athen bekannt, namentlich aus den Gesetzesnovellierungen und –systematisierungen, die Ende des 5.Jh. stattfanden. Mit Blick auf das Thema der vorliegenden Arbeit drängt sich nun die Frage auf, ob dies vielleicht mit einer Änderung der Rechtsnatur dieser Texte einherging und ob die etwaige Änderung Ursache oder Ergebnis der Kodifikation war.

Es ist schwierig, in diesem Bereich mehr als nur Hypothesen und Spekulationen aufzustellen. Es lässt sich aber mit einer gewissen Zuversicht sagen, dass die Kodifikation im oben genannten Sinne auf dieselbe Grundsituation reagiert wie die oben aufgezeigte Entwicklung der Rechtstexte hin zu hoheitlich erlassenen, als Teile einer Gesamtrechtsordnung zu begreifenden Gesetzen: In manchen Poleis, darunter Athen, ist die Menge der geschriebenen Rechtsvorschriften derart angewachsen und der Erlass geschriebener Satzungen derart üblich geworden, dass man das Bedürfnis verspürt, in das Ganze Ordnung zu bringen. Die plausibelste Antwort auf die obige Frage dürfte also lauten, dass es zwischen den beiden Phänomenen, der Kodifikation und der Änderung der Rechtsnatur der Texte, wohl keine Kausalität gibt, sondern eine Korrelation. Beide sind Wirkungen der einen Ursache: Diejenigen Rechtstexte, die wir „Gesetze“ zu nennen pflegen, die aber gemäß der These der vorliegenden Arbeit eigentlich Verträge waren, wurden so geläufig und so sehr Bestandteil des Polislebens, dass ihre schiere Zahl nach einer Vereinfachung des Systems verlangte. Zumindest in Athen und in Gortyn ist diese Entwicklung mit Händen zu greifen.

---

<sup>433</sup> 2.3.; 2.4.1.; 2.4.2.

Somit ist der Weg gezeichnet, der vom Vertrag zum Gesetz führt. Die Griechen scheinen sich indes des ihren Gesetzen zugrunde liegenden Vertragscharakters immer bewusst geblieben zu sein, was sich bis in die philosophischen Theorien hinein erkennen lässt. Wenn nicht der einzelne Rechtstext, so stellt wenigstens die Rechtsordnung als Ganzes auch in den Augen nacharchaischer Denker eine Übereinkunft der Bürger dar und rührt somit direkt von der Souveranität des Volkes als einer Gemeinschaft freier, das gemeinsame Leben durch Vereinbarungen gestaltender Individuen her.

Man mag bezweifeln, dass diese individuelle Freiheit mehr als eine schöne Idee gewesen sei, ja es könnte sogar ein bloßes ideologisches Konstrukt gewesen sein, mit dem man die Willkürherrschaft des Mobs zu stützen versuchte. Diese Skepsis ist an sich berechtigt, denn es ist z.B. kaum anzunehmen, dass viele junge Athener sich in der Tat dafür entschieden hätten, ihre Heimatstadt lieber zu verlassen, als ihren Gesetzen zu gehorchen: Eine echte Wahl hatten sie kaum. Dies kann jedoch nicht ausreichen, um die Vorstellung vom Vertragscharakter der Rechtsordnung als solche als reine Erfindung abzutun. Es gibt sehr viele Fälle, in denen man es sich nicht wirklich aussuchen kann, ob man einen Vertrag abschließen soll und welche Klauseln er enthalten wird: Man denke bloß an die Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Unternehmen, ohne die niemand wirklich auskommen kann (Post, Bank, Telefongesellschaft), oder an die Friedensverträge, die der Besiegte mit dem Sieger schließen muss. Dieser Umstand ändert jedoch nichts daran, dass es sich hierbei formell um Verträge handelt, gleichgültig, wie frei einer der Kontrahenten beim Abschluss tatsächlich ist. Auch mit Bezug auf das antike Griechenland kommt niemand auf die Idee, Staatsverträgen, zu deren Stipulation etwa der Schwächere oder im Krieg Besiegte praktisch gezwungen war, den Vertragscharakter abzuspochen.

Dasselbe galt aller Wahrscheinlichkeit nach auch für die ersten innerstaatlichen Rechtstexte der archaischen Polis. Wie bei den Staatsverträgen, so war auch hier die Stipulation von Vereinbarungen zwischen Einwohnern ein und derselben Stadt oft unvermeidlich, wodurch jeder Einzelne zur Abgabe der entsprechenden Willenserklärung, namentlich eines Eides, genötigt war – ja vermutlich oft auch genötigt *wurde*, wie in dem Fall des Staatsvertrags zwischen Athen und Khalkis oder dem Moorlandvertrag in Eretria.<sup>434</sup> Die politische Situation und die politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die zum Abschluss solcher Verträge nötigten, dürften sowohl auf internationaler als auch auf innerstaatlicher Ebene im großen und ganzen dieselben gewesen sein.

---

<sup>434</sup> S. 1.4.6.

Dadurch erklärt sich auch der Umstand, dass die dazugehörigen Rechtstexte offenbar derselben Gattung zuzurechnen sind: Auch innerhalb eines Stadtstaates bildeten sich Konflikte, die sich bis zum Bürgerkrieg steigern konnten, in denen sich aber auf jeden Fall zwei oder mehrere Gruppen gegenüberstanden und ganz unterschiedliche Interessen vertraten. Es handelte sich also um Konstellationen, die nicht viel anders aussahen als die traditionellen Kriege zwischen einander fremden Volksgemeinschaften; es nimmt daher nicht wunder, dass man versuchte, diesen Problemen auf ähnliche Weise beizukommen wie bei zwischenstaatlichen Konflikten, nämlich mithilfe jener beeideten Vereinbarungen, die gemäß dem Herkommen beim Abschluss völkerrechtlicher Verträge zum Zuge zu kommen pflegten.

## ANHANG I

### Θεσμός und νόμος

Das Wort νόμος tritt in Athen und anderswo irgendwann im 5., möglicherweise auch im letzten Viertel des 6. Jh. in Konkurrenz mit dem älteren Begriff θεσμός<sup>435</sup> als Bezeichnung für ein geschriebenes Regelwerk. Spätestens in der zweiten Hälfte des 5. Jh. hat (zumindest in Athen) das erstgenannte Wort θεσμός verdrängt; letzteres bezeichnet nur mehr die alten, „klassischen“ Normwerke von Dracon und Solon. Der Wandel im Sprachgebrauch tritt wohl am deutlichsten in der Inschrift zutage, die das Dracon zugeschriebene Gesetz über das Verfahren bei Tötungsdelikten enthält: Während der drakontische Originalwortlaut das Regelwerk θεσμός nennt, bezeichnet die 403 v. Chr. verfasste Überschrift es als νόμος.

Dieser Wandel in der Terminologie eines Fachbereichs wie des Rechts ist natürlich besonders auffällig, und dementsprechend haben die Gelehrten das Bedürfnis verspürt, dafür eine Erklärung zu finden.<sup>436</sup> Im folgenden werde ich mich insbesondere mit OSTWALDs Abhandlung dieses Themas auseinandersetzen.<sup>437</sup>

Ist im letzten Kapitel<sup>438</sup> herausgearbeitet worden, dass die Anwendung des Wortes νόμος auf Verträge sich auf Inschriften zweifelsfrei feststellen lässt, so finden sich bei Ostwald darüber hinaus Belege, dass dies auch in literarischen Texten der Fall ist. Überhaupt ist er der Ansicht, dass sich θεσμός auf Regeln beziehe, die einem Volk von einer übergeordneten Instanz aufgezwungen würden,<sup>439</sup> νόμος hingegen auf einer Vereinbarung zwischen Gleichgestellten beruhe.<sup>440</sup> Letzteres ist (wie bereits gesagt) sicher richtig, wie es sich aus der jederzeit vorhandenen Möglichkeit ergibt, das Wort auf Verträge anzuwenden.<sup>441</sup> Ein literarisches Beispiel hierfür, auf das Ostwald hinweist, findet sich bei Herodot, in dessen Werk sich der Begriff einmal auf einen staatsrechtlichen Vertrag

---

<sup>435</sup> Unter θεσμός sind im Rahmen dieser Abhandlung auch die dialektalen Varianten und Verkleinerungsformen (τεθμός, θεθμός, τεθμίον usw.) mitzuverstehen, bei denen sich ja kein semantischer Unterschied zum Hauptwort feststellen lässt.

<sup>436</sup> Etwa ROMILLY (2001) 17f.

<sup>437</sup> OSTWALD (1969).

<sup>438</sup> 3.4.

<sup>439</sup> Vgl. etwa OSTWALD (1969), 158 (Hervorhebung von mir): „Cleisthenes did not *impose* his measures as Solon did“. Überhaupt benutzt er häufig die Wörter „to impose“ und „imposition“, um den Erlass von θεσμοί durch eine Autorität zu bezeichnen.

<sup>440</sup> OSTWALD (1969), 168: Ein „negotiated agreement“ führt zu einem νόμος und nicht zu einem θεσμός.

<sup>441</sup> S. oben, 3.4.

zwischen den Königen Ägyptens bezieht.<sup>442</sup> Nachdem die Ägypter nämlich ihr Land in zwölf Teile aufgeteilt und über jedes einzelne dieser Teile einen König eingesetzt hätten, hätten sich die zwölf Könige darauf geeinigt, einander niemals zu stürzen und mit gleichen Anteilen zufrieden zu sein. Diese Vereinbarung nennt Herodot *νόμοι*; dabei stellt sie nach SAVIGNYs Terminologie einen staatsrechtlichen oder, betrachtet man die zwölf Teile Ägyptens als selbständige Staaten, einen völkerrechtlichen Vertrag dar. Dieses Beispiel passt hervorragend zu dem, was im letzten Kapitel der vorliegenden Arbeit herausgearbeitet wurde.

Es ist daher m.E. keine Frage, dass dem Wort *νόμος* der Vereinbarungscharakter immanent ist; was jedoch noch geklärt werden muss, ist, ob diesbezüglich tatsächlich ein Gegensatz zu *θεσμός* besteht. Ostwald zufolge liegt nämlich der Bruch im Sprachgebrauch zwischen der archaischen und der klassischen Zeit, der die Ersetzung des einen durch den anderen Terminus in der Bezeichnung geschriebener Rechtstexte und allgemein des positiven Rechts bedingte,<sup>443</sup> eben darin begründet, dass *θεσμός* eine autoritativ-hoheitliche, *νόμος* hingegen eine auf Vereinbarung beruhende Rechtssetzung bedeute.<sup>444</sup> Durch die Berufung auf die nunmehr herzustellende *ισονομία* der Bürger habe Kleisthenes sie in den Entscheidungsprozess eingebunden, der zum Erlass jener Gesetze geführt habe, die seine Reform getragen hätten.<sup>445</sup> Somit sei das Volk der Urheber der Gesetze und nicht ein übergeordneter Gesetzgeber, der seine Normen den anderen Bürgern aufzwinge; dies habe Kleisthenes dadurch unterstrichen, dass er zur Bezeichnung der neuen Rechtsvorschriften nicht mehr das eine hoheitliche Rechtssetzung zum Ausdruck bringende *θεσμός* benutzt habe, sondern das demokratische *νόμος*.<sup>446</sup> Hierauf geht nach Meinung dieses Gelehrten also die Ersetzung des älteren Wortes für „geschriebenes innerstaatliches Regelwerk“ durch das neuere zurück.

An dieser Stelle ist es angebracht, auf den Unterschied zwischen Rechtsfindung und Rechtssetzung hinzuweisen. Die Entstehung bewusst gesetzten Rechts zerfällt in zwei Momente: Zunächst muss jemand neue Normen ersinnen und sie, falls er nicht zufällig Alleinherrscher ist, denjenigen, mit denen er die politische Macht teilt, als Vorschlag unterbreiten und somit zur Diskussion stellen. In

---

<sup>442</sup> Hdt. 2,147,3f.; OSTWALD (1969), 53.

<sup>443</sup> OSTWALD (1969), 44-52 weist nach, dass sich im Laufe des 5. Jh. *νόμος* immer mehr zum eigentlichen Terminus für das positive Recht entwickelt.

<sup>444</sup> OSTWALD (1969), 158; so auch LÉVÊQUE (1964), 32 (u. ders. [1997], 22), dessen Ansicht zur *ισονομία* diejenige Ostwalds vorwegnimmt: Diese habe in dem Augenblick begonnen, als die Polis ihre Probleme nicht mehr durch die Hilfe eines Schiedsrichters, Gesetzgebers oder Tyrannen zu lösen versucht habe, sondern durch das Wirken ihrer (demokratischen) Institutionen.

<sup>445</sup> OSTWALD (1969), 159f.

<sup>446</sup> OSTWALD (1969), 160 Ende nennt *νόμος* „the most democratic word for ‚law‘ in any language.“



einem zweiten Schritt müssen die Normen durch irgendein Verfahren rechtsgültig, d.h. für alle Beteiligten verbindlich werden. Diese beiden Schritte sind in den meisten Fällen zeitlich und begrifflich deutlich voneinander getrennt. Dass sie es auch im alten Griechenland waren, tritt deutlich zutage, wenn man insbesondere die psephismatischen Inschriften in Augenschein nimmt.<sup>447</sup> Psephismatische Inschriften beschreiben nämlich oft genug auch den Vorgang der Rechtsfindung oder zumindest dessen letzten Teil: In den athenischen z.B. wird genau angegeben, wer einen bestimmten Gesetzesvorschlag eingebracht hat und wie die Diskussion in der Volksversammlung abgelaufen ist.<sup>448</sup> Nun werden Gesetze im klassischen Athen nicht mehr einzeln beeidet, wohl aber Staatsverträge, bei denen sich somit beide Phasen der Entstehung von Recht deutlich abzeichnen.<sup>449</sup> Hinzu kommt, dass die zwei Schritte oft nicht einmal von der gleichen Personengruppe vorgenommen werden, dass also die Beeidung des jeweiligen Staatsvertrags zwar von beiden Gemeinwesen erbracht wird, die Findung der konkreten Normen aber häufig alleinige Sache der Athener gewesen ist, die als die Stärkeren die Möglichkeit haben, alle Regeln, die sie beschließen, ihren Verbündeten und Vasallen aufzuzwingen.<sup>450</sup>

Auch in archaischer Zeit waren Rechtsfindung und Rechtssetzung offenbar zwei getrennte Vorgänge. Akzeptiert man nämlich die Aussage der antiken Quellen, dass im 6. Jh. und früher die Gesetzgebung das Werk besonders weiser Einzelner war,<sup>451</sup> so besteht m.E. kein Grund, die Überlieferung zu verwerfen, wonach die Bürger der jeweiligen Stadt erst durch einen Eid an die beschlossenen Rechtsnormen gebunden wurden. Auch in diesem Fall fallen die zwei Gruppen, die der Rechtsfinder und die der Rechtssetzer, auseinander; auch in diesem Fall werden die vom jeweiligen sogenannten Gesetzgeber entworfenen Regelungen erst durch die Selbstbindung der davon Betroffenen, die in einer Eidesleistung besteht, geltendes und verbindliches Recht. Allein diese Tatsache lässt erhebliche Zweifel an der Berechtigung des „Aufzwingens“-Vokabulars mit Bezug auf die archaischen Gesetzgebungen aufkommen. Die einzige Quelle, die ein „Erzwingen“ nahelegt, ist Herodots Erzählung von Solons Reise in den Orient,<sup>452</sup> die angeblich erst geschah, nachdem er den Athenern ein eidliches Versprechen abgenommen hatte, sich zehn Jahre lang an die Gesetze zu halten, die er aufgestellt habe: Die Abreise wäre somit ein Trick gewesen, um die Athener

---

<sup>447</sup> S. 1.4.4.

<sup>448</sup> Etwa in IG I 3, 40, Zz. 1-4 (Q18).

<sup>449</sup> Ebd., Zz. 16ff., 36ff.

<sup>450</sup> Vgl. die Eiderzwingung, die in der genannten Inschrift belegt ist.

<sup>451</sup> Klassisch über die antiken Gesetzgeberfiguren SZEGEDY-MASZAK (1978).

<sup>452</sup> Hdt. 1,29,2. Vgl. 1.4.6.

durch die Macht des abgelegten Schwurs zu zwingen, seine Gesetze zu befolgen.<sup>453</sup> Selbst in einem solchen Fall, also auch dann, wenn wir Herodots Version ohne weiteres für bare Münze nehmen könnten, würde weniger ein Fall von Aufzwingung von Rechtsnormen durch eine übergeordnete Instanz vorliegen als vielmehr von Bindung des eigenen Willens seitens der Athener.

In diesem Licht ist nun m.E. die Frage nach einem eventuellen semantischen Unterschied zwischen *θεσμός* und *νόμος* erneut zu stellen. Es lässt sich nämlich kaum bestreiten, dass hinsichtlich der Art der Rechtsfindung das Wort *νόμος* – sowohl ursprünglich als auch, später, in seiner nicht streng juristischen Verwendungsweise – einen deutlich anderen Charakter aufweist als sein Konkurrent. Es bezeichnet nämlich oft genug Normen, die wir entweder als Sitten oder aber als Gewohnheitsrecht einordnen würden; hierbei handelt es sich also um nicht bewusst gesetztes Recht, was im Gegensatz zum Setzungscharakter von *θεσμός* steht. Den Belegstellen nach zu urteilen, bezeichnete *νόμος* ursprünglich eine Sitte;<sup>454</sup> seine Anwendung auf bewusst gesetztes Recht ist daher durchaus paradox. Es *mag* nun sein, dass Kleisthenes, wie Ostwald schreibt, das ältere Wort für „Satzung“ durch den Begriff für „Sitte“ ersetzte, um auf diese Weise das Recht als Werk des Volkes anstatt eines einzelnen Rechtsfinders wie Drakon oder Solon erscheinen zu lassen und somit eine radikalere Demokratie auch sprachlich zu verankern. In diesem Anhang will ich aber zeigen, dass man dies nicht auf den angeblichen Umstand zurückführen kann, dass der eine Begriff eine autoritative *Rechtssetzung* zum Ausdruck bringe und der andere eine demokratische; höchstens wird man davon auszugehen haben, dass die ältere Bezeichnung positiven Rechts die Konnotation der *Findung* durch eine Einzelperson (meist aristokratischer Herkunft) hatte, was die radikalen Demokraten dazu bewogen haben könnte, sie durch eine unverfänglichere zu ersetzen.

Um dies nachzuweisen, erinnere ich zunächst einmal an die schon SAVIGNY als zentral erscheinende Frage, welche Eigenschaften, die regelmäßig einen bestimmten Begriff begleiten, tatsächlich zu dessen Wesenskern gehören und welche nur zufälliger, beiläufiger Natur sind. Wesentliche Eigenschaften sind solche, die nicht fehlen können, ohne dass man das Vorhandensein des durch den Begriff Bezeichneten verneinen muss. Bei Savigny ging es darum, etwa die Zahl der Kontrahenten als unwesentliche, bloß zufällig hinzutretende Eigenschaft aufzuweisen, und zwar indem er als Beispiel die Gründung einer GmbH heranzog, welche einerseits zweifellos ein Vertrag ist, bei der andererseits in aller Regel weit mehr als zwei Parteien beteiligt sind. Somit ist geklärt, dass

---

<sup>453</sup> Der Text ist so zu verstehen, dass die Athener zuerst schwören und erst dann Solon seine Gesetze erlässt. S. 1.4.6.

<sup>454</sup> Strittig; vgl. 3.1.

das häufig hinzutretende Merkmal der Zweizahl der Kontrahenten nicht wesentlich, d.h. nicht konstitutiv für einen Vertrag ist.<sup>455</sup>

Gerade bei Fachtermini ist nun in jeder Sprache genauso zu verfahren, wie Savigny es mustergültig vorgeführt hat. In Ostwalds Argumentation spielt es eine große Rolle, dass zum Begriff *θεσμός* das Merkmal der „autoritativen Setzung“ gehöre. Dies ist nun zu überprüfen; hierbei werde ich genauso verfahren wie Savigny, nämlich nach Gegenbeispielen suchen und, falls diese vorhanden sind, d.h. wenn Texte gefunden werden, in denen *θεσμός* eine nichtautoritative Rechtssetzung bezeichnet, es als erwiesen betrachten, dass die Eigenschaft „autoritativ“ kein wesentliches Merkmal des Begriffes ist.

Eine nichtautoritative Rechtssetzung ist vor allem dort zu erwarten, wo der Textzusammenhang den Begriff *θεσμός* mit anderen Wörtern in Verbindung setzt, die eine (zivilrechtliche) vertragliche Vereinbarung bezeichnen. Dies ist etwa in einer Inschrift aus Orchomenos aus dem ausgehenden 3. Jh. v. Chr. der Fall.<sup>456</sup> Dort geht es um Schulden, die die Stadt gegenüber einer gewissen Nikarete hat, und die Inschrift gibt eine Reihe von Volksbeschlüssen wieder, in denen die Modalitäten für die Rückzahlung eines Teils hiervon festgelegt werden. Es handelt sich um eine Inschrift psephismatischer Art: Sie nennt Ort und Personen des zugrunde liegenden Beschlusses und auch die Regelungen, die dessen Niederschrift betreffen.<sup>457</sup> Besagter Beschluss wiederum gebietet, einen weiteren, ihm zeitlich vorausgehenden Volksbeschluss im Wortlaut niederzuschreiben,<sup>458</sup> der sich mit den Zahlungen befasst, mit denen die Polis Nikarete gegenüber im Verzug ist. Dem folgt nun der für die vorliegende Untersuchung wichtige Abschnitt:<sup>459</sup> eine Aufzählung von Rechtsgeschäften, aus denen Nikarete Ansprüche gegenüber der Polis Orchomenos entstanden sind, samt Angabe von Zeit, Betrag, Beteiligten und Zeugen. Insgesamt zählt dieser Abschnitt der Inschrift vier Rechtsgeschäfte auf, durch welche die Frau Ansprüche erwirbt. Über die genaue Art des jeweiligen Geschäftes erfahren wir zwar nichts, aufgrund des Gesamtzusammenhangs ist es jedoch sehr wahrscheinlich, dass es sich um eine Form von Darlehen handeln dürfte. Ebenso wenig gibt der Text Aufschluss über die Art der Stipulation. Offenbar ist zum Zeitpunkt des Verfassens der Inschrift nur

---

<sup>455</sup> S. 1.3.2.

<sup>456</sup> SCHWYZER 523 (Q12).

<sup>457</sup> Dies geschieht in dem von den Herausgebern als „B“ gekennzeichneten Teil.

<sup>458</sup> In SCHWYZERs Text als „C“ gekennzeichnet.

<sup>459</sup> In SCHWYZERs Text als „D“ gekennzeichnet.

das Ergebnis wichtig, d.h. das Bestehen eines Schuldverhältnisses. Um sicherzustellen, dass ein solches tatsächlich gegeben ist, sind meist Zeugen notwendig.

Eines der altgriechischen Wörter, die unser „Zeuge“ übersetzen, ist (Ϝ)ίστωρ. Zwar kann es auch „Richter“ oder „Schiedsrichter“ bedeuten,<sup>460</sup> doch ist die Bedeutung „Zeuge“, gerade auf Inschriften, durchaus belegt;<sup>461</sup> Hesych gibt das Wort durch συνθηκοφύλαξ wieder, was soviel wie „Wächter des Vertrages oder der Verträge“ bedeutet. Die wortwörtliche Übersetzung von (Ϝ)ίστωρ ist eigentlich „Wisser“, also derjenige, der Kenntnis einer Sache oder eines Sachverhalts besitzt; die Bedeutung „Richter“ ergibt sich dann wahrscheinlich aus „Kenner (des Rechts)“.<sup>462</sup> In allgemeinerer Verwendung steht das, wovon der „Wisser“ Kenntnis besitzt, im Genitiv; mit dieser Konstruktion wird das Wort häufig in der Dichtung adjektivisch verwendet.<sup>463</sup> Nun ist das Genitivobjekt in dem Textabschnitt, von dem vorliegend die Rede ist, τῷ τεθμίῳ; bei jedem der vier dokumentierten Rechtsgeschäfte steht zuletzt der Satz τῷ τεθμίῳ Ϝίστωρ [Name]. Es ist schwierig, hier das Wort τεθμίον anders aufzufassen denn als „(Rechts-)Geschäft“. Um einen Beschluss oder ein Gesetz kann es sich nicht handeln, wäre es in einem solchen Fall doch unverständlich, wofür man Zeugen brauchen sollte: Jede Handlung der Volksversammlung geschah vor aller Augen und wurde sorgfältig dokumentiert (was unter anderem gerade die vorliegende Inschrift zeigt); was hingegen Zeugen benötigt, ist eine Einigung zwischen einem Stadtbevollmächtigten und einer Privatperson.

Die mehrmalige Eingehung von Verbindlichkeiten, von der der Text berichtet, dürfte nun im Wege eines Vertragsschlusses geschehen sein: Die Polis Orchomenos schließt über einen Beamten oder sonstigen Bevollmächtigten mit Nikareta einen Vertrag ab, vermutlich einen Darlehensvertrag. Das ist denn auch die im alten Griechenland wie anderswo übliche Art und Weise, wie Verbindlichkeiten überhaupt zustande kommen.<sup>464</sup> Hier bezieht sich das Wort θεσμός bzw. seine Verkleinerungsform also aller Wahrscheinlichkeit nach auf einen Vertrag, der naturgemäß keine hoheitliche Rechtssetzung darstellt und sich daher nicht in das Schema einfügt, wonach besagter Begriff einen übergeordneten Normgeber und einen oder mehrere untergeordnete Normempfänger voraussetzt. Es wäre außerdem schwer zu erklären, wie eine Polisfremde wie Nikarete (auf Z. 44 gibt

---

<sup>460</sup> S. LSJ s.v. I.

<sup>461</sup> Ebd.

<sup>462</sup> Ebd. Die Wurzel \*wid- ist im Aorist ἰδεῖν, ferner in Latein *videre* enthalten; daraus wird ersichtlich, dass die ursprüngliche Bedeutung der aus ihr abgeleiteten Wörter mit Sinnrichtung „wissen“ in etwa „gesehen haben und daher aus Erfahrung kennen“ sein muss. Dies passt vollkommen zur Bedeutung „Zeuge“. Allerdings lässt sich nur schwer sagen, inwieweit diese ursprüngliche Bedeutung den Sprechern des historischen Griechisch noch bewusst war.

<sup>463</sup> Ebd. II.

<sup>464</sup> S. 1.4.1.

die Inschrift an, sie sei aus Thespiai) entweder der Staatsgewalt der Orchomenier unterliegen oder aber einer ganzen Polis eine Rechtsnorm aufzwingen könnte. Zu guter Letzt fällt im Text zweimal das Wort *συνάλλαγμα*, namentlich beim zweit- und drittgenannten Geschäft (Zz. 65 u. 69), ein Terminus, der (bis heute!) eine (meist zivilrechtliche) vertragliche Vereinbarung bezeichnet. Das alles zeigt, dass zumindest in der Sprache der Orchomenier im 3. vorchristlichen Jahrhundert dem Begriff die Eigenschaft „hoheitlich“ nicht zwingend anhaftete.

Freilich könnte man fragen, ob dies auch in archaischer und klassischer Zeit der Fall war. Ostwalds Belege sind in der Tat der klassischen griechischen Literatur entnommen; bevor ich aber auf sie eingehe, werde ich einen zweiten inschriftlichen Text analysieren, der einen Beleg für *θεσμός* im Sinne von „Vertrag“ enthält und dabei aus dem oben genannten Zeitraum stammt und namentlich um 500 v. Chr. entstand. Es handelt sich um eine Inschrift aus Olympia, die anscheinend Regeln für die Ausübung bestimmter Ämter zum Gegenstand hat.<sup>465</sup> Zumindest in den ersten sechs Zeilen geht es um den *θεοκόλος*, einen Beamten, der – dem Namen nach zu urteilen – sich mit Heiligtümern und religiösen Riten beschäftigte. Er soll Sicherheit (Z. 1: *θάρρος*) genießen in Bezug auf seine Person und sein Eigentum, was wohl bedeutet, letzteres kann ihm nicht durch einen Versammlungs- oder Gerichtsbeschluss entzogen werden; dies schließt allerdings nur denjenigen Teil des Eigentums ein, der ihm rechtmäßig zukommt (Z.2): Sich Weiteres zueignen darf er nämlich nicht, wie die Zz. 2-3 besagen.

Es geht also durchweg um Eigentumsfragen. So liegt es sehr nahe, die Aussage, der *θεοκόλος* solle, wenn er sich etwas zueigne, fünfzig Drachmen *κατὰ πέκαστον θεθμὸν* zahlen, dahingehend zu interpretieren, dass ihm „für jedes Rechtsgeschäft“, durch das eine Änderung von Eigentumsverhältnissen zu seinen Gunsten erfolgt ist, eine Buße in der genannten Höhe in Aussicht gestellt wird. Wie bereits geschrieben, war auch im alten Griechenland der Vertrag die übliche Art und Weise, wie das Eigentum an einer Sache oder Geldwerte übertragen werden konnten; es ist daher auch hier anzunehmen, dass das Wort sich nicht auf hoheitliche Normgebung bezieht, sondern auf Vereinbarungen zwischen im Grunde Gleichgestellten, die durch Bindung des eigenen Willens ihre Rechtsverhältnisse regeln.

In literarischen Texten kommt das Wort *θεσμός* nicht nur häufiger vor als auf Inschriften, sondern weist auch eine größere Palette von Verwendungen und Bedeutungsnuancen auf. Die literarischen

---

<sup>465</sup> Nomima 24 = SCHWYZER 411, KÖRNER 39, IvO 4 (Q3).

Belege aus der archaischen und klassischen Zeit untersucht Ostwald in einem gesonderten Kapitel am Anfang seines o.g. Buches.<sup>466</sup> Auffällig ist, dass das Wort in der Dichtung viel häufiger vorzukommen scheint als in Prosawerken. Was letztere angeht, so wird *θεσμός* fast ausschließlich auf altherwürdige Normen und Satzungen angewandt: so bezieht es Herodot regelmäßig auf überkommene Sitten und Gesetze, indem er etwa betont, dass der athenische Tyrann Peisistratos die *θέσμια* der Athener unangetastet ließ<sup>467</sup> (Peisistratos lebte fast ein Jahrhundert vor Herodot, und außerdem wird sich ein Zeitgenosse des ionischen Geschichtsschreibers unter den athenischen *θέσμια* zur fraglichen Zeit kaum etwas anders vorgestellt haben als die Gesetze des Dracon und des Solon), oder indem er von den *πάτριοι θεσμοί* der Perser spricht, für deren Auslegung eine besondere Gruppe von Männern, *βασιλῆιοι δικασταί* genannt, zuständig war.<sup>468</sup>

Ansonsten schreiben Prosautoren gerne von „göttlichen *θεσμοί*“;<sup>469</sup> der Geschichtsschreiber Duris von Samos spricht einmal von den *θεσμοί*, die vom König Demetrios erlassen wurden.<sup>470</sup> Einmal wird ausnahmsweise ein noch nicht erlassenes Gesetz mit diesem Wort bezeichnet:<sup>471</sup>

Καὶ ὁ μὲν ταῦτα ἀπεργαζόμενος θεσμός νόμος ἂν ὀρθῶς ὑμῖν εἶη κείμενος.

Und eine Satzung, die dies alles zustande bringt, wäre für euch ein richtiges/gutes geltendes Gesetz.

Hier wendet sich der Autor an die Syrakusaner und berät sie darüber, was für Gesetze sie einführen sollten. Man würde *νόμος* anstelle von *θεσμός* erwarten; andererseits liegen hier vermutlich stilistische Gründe vor, die eine bloße Wiederholung des Wortes *νόμος* unangebracht erscheinen ließen. Die Pointe dieses Satzes ist wohl die, dass eine so und so beschaffene Satzung (*θεσμός*: allgemeines Wort) geltendes Recht (*νόμος*: spezifisches Wort mit genauer öffentlichrechtlicher Bedeutung) werden sollte.

Die Benutzung von *θεσμός* ist in der Dichtung viel häufiger, was die Annahme nahelegt, dass es in klassischer Zeit den Sprechern des Griechischen eher literarisch-hochgestochen geklungen haben muss. Neben der Bedeutung „geschriebener Rechtstext“ tritt es hierbei auch in allgemeineren Verwendungsweisen auf; man ist versucht anzunehmen, es handle sich im Grunde um eine

<sup>466</sup> OSTWALD (1969), 12-19.

<sup>467</sup> Hdt. 1, 59, 6.

<sup>468</sup> Hdt. 3, 31, 3.

<sup>469</sup> Xen. Cyr. 1,6,6; Pl. Phdr. 248c (*θεσμός Ἀδραστείας*, d.h. der Schicksalsgöttin Nemesis).

<sup>470</sup> Duris Fr. 10 Jacoby.

<sup>471</sup> Plat. Epist. 355c

gewähltere, literarische Variante von νόμος. Bei Pindar etwa kommt θεσμός des öfteren vor. Manchmal wird zwar ein Agens deutlich, der die durch dieses Wort bezeichneten Regelungen erlassen hat;<sup>472</sup> häufig jedoch gibt der Dichter keinerlei Urheber an.<sup>473</sup> In den letztgenannten Fällen wird es schwierig, das Wort inhaltlich von νόμος abzugrenzen, das ja ebenfalls Bräuche und Sitten auch außerhalb streng juristischer Zusammenhänge bezeichnen kann, was in der Literatur der klassischen Zeit oft vorkommt.

Bei Aischylos sind ebenfalls einige Belege zu finden. Besonders aussagekräftig für das Sakrale, das in θεσμός offenbar mitschwingt, ist die folgende Stelle aus dem *Agamemnon*:<sup>474</sup>

μῖναι δὲ μίνοντος ἐν θρόνῳ Διὸς  
παθεῖν τὸν ἔρξαντα· θέσιμον γάρ.

Es steht fest, solange Zeus in seinem Thron bleibt,  
dass der Täter leiden muss: es ist nämlich θέσιμον.

Der Hinweis auf die Herrschaft des Zeus legt natürlich die Annahme nahe, dass die Gültigkeit und Wirkung dieses „Gesetzes“ auf dessen Machtvollkommenheit zurückgehen; hier liegt also ein Beispiel dafür vor, dass θεσμός auch hoheitlich erlassene (Rechts-)Normen bezeichnen kann.<sup>475</sup> Vor allem bezeichnet es im 5. Jh. aber fast immer *alte* Normen, Sitten, Bräuche und auch Gesetze, deren Beginn niemand unter den gegenwärtig Lebenden erlebt hat, die vielmehr aus grauer Vorzeit überliefert sind und denen die Menschen gerade deswegen besonders große Ehrfurcht entgegenbringen. Der Ursprung scheint demgegenüber eher unwichtig zu sein; an der genannten Stelle lässt er sich mehr oder weniger aus dem Textzusammenhang erschließen, doch dies muss keineswegs so sein, wie die Belege bei anderen Autoren zeigen.

---

<sup>472</sup> S. etwa Pind. Ol. 6,69; Nem. 10,33 (Gründung der Olympischen Spiele durch Herakles); Ol. 13,40 (Gründung der Isthmischen Spiele durch Poseidon); Ol 8,25ff. (die Bedeutung von Aigina geht auf eine göttliche Satzung zurück).

<sup>473</sup> Pind. Ol. 7,88 (Brauch, Olympiasieger zu besingen), vgl. Ol. 13, 29; Nem. 4,33 (gute Sitte, dass der Dichter sich selber Einhaltung gebietet); Isth. 6,20 (Sitte, auf dem Gebiet von Aigina die beiden Söhne des Aiakos zu rühmen).

<sup>474</sup> Ai. Ag. 1563f.

<sup>475</sup> FRÄNKEL (1950) ad loc.: „Here we can see clearly that θεσμός means in the first place ‘an abiding order’, ‘a basic institution’.” Ich bin mir jedoch nicht sicher, was genau mit „basic institution“ gemeint ist.

In Suppl. 707-709<sup>476</sup> ist von den θέσμια δίκης die Rede, den Gesetzen der Dike, der Göttin der Gerechtigkeit, zu denen das Gebot der Achtung vor den Eltern gehört. Wörtlich heißen diese drei Verse wie folgt:

τό τ' αὖ τεκόντων σέβας

τρίτον τόδ' ἐν θεσμίῳις

Δίκας γέγραπται μεγιστοτίμου.

Ehrfurcht vor den Eltern steht ferner als Drittes hier [τόδ': s.u.] unter den Gesetzen der Dike geschrieben, der höchstehrwürdigen.

Dabei könnte man mit West ein Komma nach σέβας setzen und τόδ' als rückverweisendes Demonstrativpronomen auffassen, oder man kann – wofür ich mich vorliegend entschieden habe – bei besagtem Pronomen an eine Handbewegung des Chors denken, der auf einen bestimmten symbolischen Punkt auf der Bühne zeigt. Da der Text höchstwahrscheinlich korrupt ist, bleiben uns diesbezüglich wohl nur Spekulationen übrig. Wie dem auch sei, der Ausdruck ἐν θεσμίῳις Δίκας γέγραπται ist m.E. nicht dadurch am besten gedeutet, dass man ihn mit Wendungen in Verbindung bringt, bei denen das Schreiben als Metapher für das Einprägen ins Gedächtnis o.ä. auftritt;<sup>477</sup> vielmehr muss man hier an die wohl allgemein in griechischen Poleis verbreitete, in Athen jedenfalls sicher bezeugte<sup>478</sup> Gewohnheit denken, Kopien der erlassenen Rechtstexte in den Archiven einiger Beamter aufzubewahren. Akzeptiert man diese Deutung, so wäre als nächstes zu fragen, ob Dike in diesem Bild nicht eher die Beamtin ist, die die Rechtstexte aufbewahrt, als deren Urheberin. Das wäre jedoch eine Verwendung des Genitivs bei θεσμός, für die es m.W. keine Parallelen gibt, so dass wir wohl sichergehen in der Annahme, Dike sei vorliegend tatsächlich die Urheberin der fraglichen Gebote. Bei Aischylos sind θεσμοί also moralische Normen, die ein übernatürliches Wesen zum Urheber oder zumindest zum Bewacher und Vollstrecker haben, sei es nun ein persönlicher Gott wie Zeus oder eine eher abstrakte Gottheit wie Dike. Jedenfalls benutzt Aischylos das Wort im Sinne Ostwalds zur Bezeichnung einer hoheitlich durchgesetzten Norm, deren autoritärer Charakter offensichtlich ist. Wie sieht es aber bei den anderen tragischen Dichtern aus?

---

<sup>476</sup> Zur Problematik dieser ohnehin recht schwierigen und vermutlich korrupten Passage s. JOHANSEN (1980) ad loc.

<sup>477</sup> So aber JOHANSEN (1980) ad loc.

<sup>478</sup> S. hierzu SICKINGER (1999) u. (2004).



Sophokles schreibt in einem berühmten Chorlied der *Antigone* von μεγάλοι θεσμοί, was sich auf die Institution der Ehe zu beziehen scheint. Und wenn im nachfolgenden Vers der Chor behauptet:

Καὐτὸς θεσμῶν ἔξω φέρομαι τὰδ' ὁρῶν,<sup>479</sup>

Auch ich selber werde aus den θεσμοί hinausgerissen

so ist hier wohl am ehesten von den guten Sitten die Rede, die das Benehmen der Menschen in der Öffentlichkeit bestimmen, ein Begriff, den man in der Alltagssprache und in der Prosa vermutlich durch νόμοι ausgedrückt hätte. Dasselbe gilt für die θεσμοί, die in der Vorgeschichte der *Trachinien* der sterbende Nessos gegenüber Deianeira ausspricht<sup>480</sup> und mit denen er seinen Feind Herakles schließlich zugrunde richtet. Zwar erscheint die Benutzung von νόμοι in einem solchen Zusammenhang auch in der Prosa unwahrscheinlich, doch nach meiner Meinung käme, wenn überhaupt, nur dieses Wort in Frage. Kühne Wortverwendungen und Bedeutungsübertragungen sind nun einmal Bestandteil der Sprache der Dichtung; inhaltlich lässt sich das eine Wort dennoch kaum vom anderen abtrennen. Gewiss handelt es sich hier um fremdgesetzte Normen, was auf den ersten Blick Ostwalds These zu stützen scheint; in der *Antigone*-Stelle jedoch war dies nicht der Fall, oder zumindest wurde kein äußerer Agens genannt, der die besagten Normen jemand anderem aufgezwungen hätte. Man merke außerdem, dass auch νόμος untypischerweise auf fremder Willkür gründendes Recht bezeichnen kann, wie etwa in der *Antigone* selbst, wo die von der Heldin in Frage gestellten menschlichen νόμοι grundsätzlich Regelungen sind, die der Tyrann Kreon aus eigener Machtvollkommenheit erlassen hat.<sup>481</sup>

Im Gesamtwerk des Euripides finden sich ebenfalls etliche Belege. Zunächst einmal tritt das Wort auch bei diesem Dichter gelegentlich in Zusammenhängen auf, die eine besondere Heiligkeit der damit bezeichneten Norm nahelegen, wie z.B. in dem Fragment, in welchem das Gebot, Fremde gastlich aufzunehmen, mit Zeus Hikesios in Verbindung gebracht wird.<sup>482</sup> Doch genauso oft bleibt die Frage nach dem möglichen Ursprung der fraglichen Norm unbeantwortet und erhält keinerlei Lösungsansätze aus dem Text. So beklagt sich einmal Medea darüber, dass die θεσμοί, die namentlich

---

<sup>479</sup> Soph. Ant. 800-802.

<sup>480</sup> Soph. Trach. 682.

<sup>481</sup> S. etwa V. 191.

<sup>482</sup> Eur. F661 KANNICHT (*Steheneboia*): θεσμοὺς Ζῆνα θ' ἱκέσιον σέβων.

das Schwören betreffen, sich anscheinend geändert hätten, gelte Jason der ihr gegenüber abgelegte Eid doch nichts mehr.<sup>483</sup> Woher diese θεσμοί stammen, erfahren wird nicht, noch wird es irgendwie klar, was der Unterschied zu νόμος sein sollte, falls es überhaupt einen gibt. Im fragmentarisch erhaltenen *Erechtheus* ist von den παλαιὰ θέσμια προγόνων die Rede;<sup>484</sup> doch bedeutet der Genitiv hier kaum, dass die Vorfahren jemand anderem irgendwelche Satzungen aufgezwungen hätten, sondern sie sind sowohl Urheber als auch Adressaten der Normen. Durch kulturelle Vererbung gelten diese Normen dann auch für die Nachkommen, dennoch lässt sich dieser Stelle gewiss nicht entnehmen, dass θεσμοί per se von einem Mächtigen einem oder mehreren anderen aufgezwungen werden; vielmehr gelten sie zunächst einmal für die Vorfahren selbst, also für genau diejenige Gruppe von Menschen, die sie erlassen hat.

Einmal<sup>485</sup> steht das Wort mehr oder weniger im Gegensatz zu νόμος, zumindest wenn man die Formulierung genau nimmt: Hekabe fragt Talthybios:

ἀτὰρ τίς ὄδ' ἦν νόμος ἢ τί θέσμιον, ὦ φίλος, Ἑλλάνων;

Was war aber dies für ein Gesetz oder θέσμιον der Griechen, Freund?

Ist man hier jedoch der Ansicht, dass es zwischen den beiden Vokabeln unbedingt einen echten semantischen Unterschied gebe und dass es sich nicht um bloße dichterische Redundanz handle, so reicht es wohl aus, in θέσμιον den allgemeineren, in νόμος hingegen den spezielleren Begriff zu sehen, nämlich den öffentlichrechtlichen Terminus für eine offiziell erlassene Rechtsnorm der Polis. Diese Bedeutung wird, wie die Forschung und nicht zuletzt Ostwald selbst in seinem am Anfang dieses Kapitels zitierten Werk bereits herausgearbeitet hat, im 5. Jh. denn auch vorherrschend, so dass sie beim Dichter Euripides, dessen Wirken ja gegen das Ende des besagten Jahrhunderts zu fällt, als die aller Wahrscheinlichkeit nach geläufigste anzusehen ist.

So ergeben die Belege kaum Anhaltspunkte für die These, der Unterschied zwischen νόμος und θεσμός bestehe darin, dass ersterer demokratisch und letzterer hoheitlich-autoritär gesetzt werde. Die literarischen Belege lassen zwar erkennen, dass θεσμός im 5. Jh. und später tendenziell als eine durch

<sup>483</sup> Eur. Med. 494. Interessant ist der Kommentar von MASTRONARDE (2002) ad loc.: „*thesmion/thesmia* is a rare and solemn poetic synonym of *nómos*“, was genau die hier vertretene These wiedergibt.

<sup>484</sup> Eur. fr. 360, 45.

<sup>485</sup> Eur. Tr. 267.

ihr Alter oder die besondere Autorität ihres Urhebers ehrwürdige Satzung verstanden wurde, was gewiss die darin enthaltenen (Rechts-)Normen eigentlich dem demokratischen Diskurs entzieht. Dennoch unterscheidet sich der Gebrauch des Begriffs kaum von den meisten Verwendungsweisen von νόμος, und der Unterschied ist auch nicht so sehr inhaltlicher Natur, sondern liegt hauptsächlich im Sprachregister: θεσμός ist auf jeden Fall erhabener, literarischer und wird deswegen auch hauptsächlich in der Dichtung verwendet. Der einzige feststellbare inhaltliche Unterschied besteht darin, dass νόμος ab dem 5. Jh. juristischer Terminus Technicus zur Bezeichnung durch die Polis erlassener Satzungen ist, während θεσμός im Allgemeinen eine weniger spezifische Bedeutung hat; das bedeutet aber nicht, dass das erstere Wort, zumal im Plural, nicht ebenso benutzt werden könnte. Erst wenn beide Wörter in ein und demselben Satz vorkommen, können wir sicher sein, dass das eine Wort in einem recht allgemeinen, das andere in einem spezifischen, technischen Sinne zu verstehen ist.

Dies alles gilt übrigens nur für den Befund aus dem 5. Jh. oder später. Frühere Belege für θεσμός finden sich indes nicht in literarischen Texten, sondern auf Inschriften; betrachtet man aber den epigraphischen Befund, so ist eigentlich keinerlei Unterschied zu νόμος festzustellen, der über eine unterschiedliche Verteilung in der Zeit (νόμος wird erst ab dem 5. Jh. auf geschriebene Regelwerke bezogen) und eventuell auch im Raum (unterschiedlicher Dialekt) hinausginge.

Was hat dies nun für Folgen bezüglich Ostwalds oben beschriebener Grundthese? Ich denke nicht, dass sie dadurch widerlegt wird. Es ist durchaus möglich, dass das Wort θεσμός tatsächlich bereits zur Zeit des Kleisthenes die Konnotation „altehrwürdig“ trug, die ihn als ein der Verhandlung und dem demokratischen Diskurs prinzipiell entzogenes Rechtsinstitut erscheinen lassen konnte, was die Benutzung eines anderen, „demokratischer“ anmutenden Terminus vorzugswürdig machte. Ostwald belegt seine Theorie sehr genau und es fällt schwer, sich seiner Argumentation nicht anzuschließen. Die Hypothese der unterschiedlichen Konnotation von νόμος und θεσμός erscheint denn auch mehr als plausibel; wir müssen uns jedoch vor Augen halten, dass wir lediglich über literarische Quellen aus dem 5. Jh. oder spätere verfügen, bei denen wir nicht wissen können, ob die daraus gewonnenen Erkenntnisse auf den Sprachgebrauch und das Sprachgefühl des 6. Jh. übertragbar sind. Trotzdem ist Ostwalds These einleuchtend und so gut abgesichert, wie sie angesichts der dürftigen Quellenlage nur sein kann.

Ausgeschlossen ist indes m.M.n., insbesondere angesichts der inschriftlichen Belegstellen, dass ein wesentlicher inhaltlicher Unterschied zwischen den beiden o.g. Termini bestanden hätte. Rein

juristisch sind sie – darüber lassen die Inschriften kaum Zweifel übrig – deckungsgleich. Ist die in dieser Arbeit vertretene These richtig, so bezeichnen sie beide einen staatsrechtlichen Vertrag, durch den die Bürger einer Polis das innerstaatliche Recht mitgestalteten. Wie wir jedoch im letzten Kapitel gesehen haben, kann auch die Vertragsnatur einer Regelung in der Praxis durchaus mit Zwang einhergehen, und es ist denkbar, dass *θεσμός* (zumindest in Athen) eine dahingehende Konnotation besaß, während *νόμος* sich „demokratischer“ anhörte. Das betrifft aber nur die Ebene der Konnotation und nicht die der Denotation; die konnotative Ebene ist bei diesen Vokabeln auf den jeweils anderen Charakter der zugrunde liegenden Rechtsfindung bezogen, hat aber mit der Rechtssetzung, d.h. mit dem Akt, der aus einer Gesetzes- bzw. Vertragsvorlage geltendes Recht macht, nichts zu tun.

## ANHANG II

### Quellentexte

Nachfolgend sind diejenigen Inschriftentexte aufgeführt und übersetzt, die im Text zusätzlich zu den zehn besonders intensiv behandelten Inschriften mehr als nur beiläufig erwähnt werden; hinzu kommt Fragment 1b von Tyrtaios (**Q2**) und jener Ausschnitt aus dem dritten Buch der *Ilias*, der aufgrund der Beschreibung eines Vertrages zwischen verfeindeten Völkern seit jeher in der Forschung große Beachtung genossen hat (**Q11**).

Die Rechtschreibung habe ich weitgehend den Gepflogenheiten der modernen Ausgaben altgriechischer Texte angepasst, damit denjenigen Lesern, die mit Sprache und Stil der altgriechischen Inschriften nicht vertraut sind, das Verständnis nicht über Gebühr erschwert wird. Insbesondere habe ich Langbuchstaben oder Diphthonge (η, ω, ει, ου) anstelle der in den Inschriften fast immer anzutreffenden Einheitszeichen (Ε, Ο) eingefügt. Dies ist nach bestem Wissen und Gewissen geschehen, im Lichte der von mir bevorzugten Interpretationen und anhand der vorhandenen Kenntnisse über die verschiedenen Dialekte; ich beanspruche aber nicht, diesbezüglich der Weisheit letzten Schluss erreicht zu haben, und im Zweifel habe ich mich stets zugunsten einer leichteren Lesbarkeit entschieden.

Die (insgesamt spärlich gebrauchten) textkritischen Zeichen sind dieselben, die in papyrologischen und epigraphischen Veröffentlichungen gebräuchlich sind; insbesondere sind Ergänzungen durch eckige Klammern gekennzeichnet. Die vorliegende Quellensammlung kann eine wissenschaftliche Ausgabe und einen wissenschaftlichen Kommentar der aufgeführten Texte nicht ersetzen.

Ἀρμόχθεν οἱ Συβαρῖ-  
ται κωὶ σύνμαχοι κωὶ  
Σερδαῖοι ἐπὶ φιλοτάτ-  
ται πιστᾶι καὶ δόλωι ἀε-  
[5] ιδίον· πρόξενοι ὁ Ζε -  
ὕς κώπολων κώλλοι θ -  
εοὶ, καὶ πόλις Ποσειδα -  
νία.

Die Sybariten und die Serdäer<sup>486</sup> haben sich auf ewig zu treuer, arglosen Freundschaft vereinigt. [5]  
Zeugen (des Vertrages) sind Zeus, Apollon und die übrigen Götter; (die hieraus entstehende) Stadt  
ist Posidonia<sup>487</sup>.

---

<sup>486</sup> Dieses Volk ist völlig unbekannt.

<sup>487</sup> Das heißt wohl, dass Posidonia als neugegründete Stadt das Ergebnis des Zusammenkommens der beiden  
vertragschließenden Völkerschaften ist. S. EFFENTERRE (1980), 164-170, insbes. 168; Nomima Ss. 174 u. 176.

**Q2** Tyrtaeus fr. 1b Gentili/Prato

Φοίβου ἀκούσαντες Πυθωνόθεν οἴκαδ' ἔνεικαν  
μαντείας τε θεοῦ καὶ τελέεντ' ἔπεα·  
ἄρχειν μὲν βουλῆς θεοτιμήτους βασιλῆας,  
οἷσι μέλει Σπάρτης ἡμερόεσσα πόλις,  
[5] πρεσβύτεας δὲ γέροντας, ἔπειτα δὲ δημότας ἄνδρας  
εὐθείαις ῥήτραις ἀνταπαμειβομένους.



Nachdem sie Apollon angehört hatten, brachten sie des Gottes Orakelspruch und wahrhaftige<sup>488</sup> Worte nach Hause zurück: Die gottgeehrten Könige sollten den Rat leiten<sup>489</sup>, denen Spartas liebenswerte Burg anvertraut sei; [5] dann<sup>490</sup> sollten die ehrwürdigen Alten (an der Versammlung beteiligt sein)<sup>491</sup>, und dann noch die Männer aus dem Volk, mit gerechten Satzungen antwortend.

---

<sup>488</sup> Wörtlich: „Vollendung habende“ (τελέεντα).

<sup>489</sup> Wie Gentili/Prato anmerken, besteht eine (vielleicht gewollte) Zweideutigkeit zwischen „leiten“ und „beginnen“. Andererseits waren die beiden Dinge von der Sache her vermutlich zu nahe beieinander, als dass die griechischen Zuhörer eine echte Zweideutigkeit empfunden hätten. Für eine vorwiegend zeitliche Auffassung spricht indes das επειτα in V. 5.

<sup>490</sup> Ich lese δέ statt τε (Gentili/Prato), denn die Alten sind nicht etwa den Königen gleichgeordnet oder in sonst einer engeren Beziehung zu ihnen stehend, sondern ein von ihnen deutlich getrenntes, eigenes Verfassungsorgan.

<sup>491</sup> Die Alten können schwerlich neben den Königen die Versammlung beginnen und/oder leiten; das Fehlen eines Hauptverbs in Form eines Infinitivs im AcI in Vv. 5f. legt nahe, sinngemäß ein Verb zu ergänzen, das in etwa die versuchsweise in der Übersetzung angegebene Bedeutung hat. Dasselbe gilt dann für die Männer aus dem Volk.

**Q3** Nomima 24, IvO 4 (Olympia, um 500)

[...] τῷ δέ κα θεοκόλῳ θάρρος εἶη αὐτῷ καὶ χρημάτων ὅ τι αὐτῷ γὰ εἶη ποτ' ἀλάθειαν· αἱ δ' ἀλλότρια ποιοῖτο πεντακατίας κα δραχμὰς ἀποτίνῃ κατὰ φέκαστον θεθμὸν, ὅτι ἀδίκως ἔχοι καὶ ποιοῖτο ἀδίκως γὰ. γνῶμα δέ κ' εἶη τ' ἰ[5]αρομάω, τὰ δὲ δίκαια δίφῃα. τὸ δίκαιον τόδε κα θεοκόλος [...] δαμιοργία τὸν δᾶμον. Ἀποφελέοι κ' ἀπὸ μαντείας· τῷ δὲ [...] θάρρος κ' εἶη τοῖς χρημάτων τοῖς ἐν τᾷ φοικίαι καὶ σεμέλοις καὶ τοῖς ὑπαδυγίοις τοῖς αὐτῷ.

Der *theokólos* soll Sicherheit genießen sowohl in Bezug auf seine Person als auch auf sein Eigentum, sofern es ihm wirklich zukommt. Macht er sich allerdings fremde Güter zu eigen,<sup>492</sup> so soll er fünfzig Drachmen Geldbuße für jeden einzelnen Kaufvertrag<sup>493</sup> zahlen, weil er sie zu Unrecht besitzt und sich zu Unrecht zuzueignen versucht. [5] Der *hiarómaos* hat das Urteil zu fällen; die Geldbuße soll den doppelten Wert betragen.<sup>494</sup> Diese Buße soll der *theokólos* [...] Das Kollegium der *dêmiourgoi* [...] das Volk/die Volksversammlung.

Er halte ihn von der Wahrsagung fern.<sup>495</sup> Der [...] soll in Bezug auf den Teil seines Eigentums Sicherheit genießen, der in seinem Haus, seinem persönlichen Gepäck<sup>496</sup> und seinen Zugtieren besteht.

---

<sup>492</sup> Ich ergänze αὐτοῦ bei ποιοῖτο.

<sup>493</sup> S. 1.4.5.2.

<sup>494</sup> D.h. doppelt so hoch sein wie der Wert des zu Unrecht Zugeeigneten.

<sup>495</sup> Es ist unklar, ob der Satz vollständig ist.

<sup>496</sup> Das Wort σεμελῶις ist unverständlich und wird hier nur versuchsweise übersetzt.

Διόγνητος Φρεάρριος ἐγραμμάτευε

Διοκλῆς ἥρχε

Ἔδοξεν τῇ βουλῇ καὶ τῷ δήμῳ, Ἀκαμαντὶς ἐπρυτάνευε, Διόγνητος ἐγραμμάτευε, Εὐθύδικος ἐπεστάτη, [...] εἶπε· τὸν [5] Δράκοντος νόμον τὸν περὶ τοῦ φόνου ἀναγραφάντων οἱ ἀναγραφεῖς, τὸν νόμον παραλαβόντες παρὰ τοῦ βασιλέως μετὰ τοῦ γραμματέως τῆς βουλῆς ἐ' στέλῃ λιθίνῃ καὶ καταθέντων πρόσθεν τῆς στοᾶς τῆς βασιλείας· οἱ δὲ πωληταὶ ἀπομισθωσάντων κατὰ τὸν νόμον, οἱ δὲ Ἑλληνοταμίαι δόντων τὸ ἀργύριον.

[10] Πρῶτος ἄξων.

Καὶ ἐὰν μὴ 'κ προνοίας κτείνῃ τις τινα, φεύγειν· δικάζειν δὲ τοὺς βασιλέας αἴτιον φόνου [...] βουλευσάντα· τοὺς δὲ ἐφέτας διαγνῶναι. αἰδέσασθαι δ' ἐὰν μὲν πατὴρ ἢ ἡ ἀδελφὸς ἢ υἱεῖς, ἅπαντας, ἢ τὸν κωλύοντα κρατεῖν· ἐὰν δὲ μὴ οὐ[15]τοι ᾧσι, μέχρ' ἀνεψιότητος καὶ ἀνεψιοῦ ἐὰν ἅπαντες αἰδέσασθαι ἐθέλωσι, τὸν κωλύοντα κρατεῖν· ἐὰν δὲ τούτων μηδὲ εἷς ἦι, κτείνῃ δὲ ἄκων, γνῶσι δὲ οἱ πεντήκοντα καὶ εἷς οἱ ἐφέται ἄκοντα κτείνειν, εἰσέσθων δὲ οἱ φράτορες ἐὰν ἐθέλωσι δέκα· τούτους δὲ οἱ πεντήκοντα καὶ εἷς ἀριστίνδην αἰρεῖσθων. καὶ οἱ δὲ πρότε[20]ρον κτείναντες ἐν τῷδε τῷ θεσμῷ ἐνεχέσθων. προειπεῖν δὲ τῷ κτείναντι ἐν ἀγοραὶ μέχρ' ἀνεψιότητος καὶ ἀνεψιοῦ· συνδιώκειν δὲ κἀνεψιοὺς καὶ ἀνεψιῶν παῖδας καὶ γαμβροὺς καὶ πενθεροὺς καὶ φράτορας [...]

[nur vereinzelte Buchstaben leserlich]

Ἐὰν δέ τις τὸν ἀνδροφόνον κτείνῃ ἢ αἴτιος ἦι φόνου, ἀπεχόμενον ἀγορᾶς ἐφορίας καὶ ἄθλων καὶ ἱερῶν Ἀμφικτυονικῶν, ὥσπερ τὸν Ἀθηναῖον κτείναντα ἐν τοῖς αὐτοῖς ἐνέχεσθαι. διαγιγνώσκειν δὲ τοὺς ἐφέτας.

[nur vereinzelte Buchstaben leserlich]

Καὶ ἐὰν φέροντα ἢ ἄγοντα βίαι ἀδίκως εὐθύς ἀμυνόμενος κτείνῃ, νηποινεὶ τεθνάναι.....

Diognetos Phrearrios war *grammateus*, Diokles *archon*.

Der Rat und die Volksversammlung haben einen Beschluss gefasst; Akamantis war *prytanis*, Diognetos *grammateus*, Euthydikos *epistates* [...] sagte: [5] Die *anagrapheis* sollen zusammen mit dem Urkundsbeamten des Rates das Gesetz des Drakon über Tötungsdelikte vom *basileus* holen<sup>497</sup> und auf einer steinernen Säule aufschreiben, und sie sollen es gegenüber der Königsstoa<sup>498</sup> aufstellen; die *poletai* sollen sie dafür gemäß geltendem Recht belohnen und die *hellenotamiai* das Geld auszahlen.

[10]Erster *axon*.<sup>499</sup>

Selbst wenn jemand ohne Vorsatz einen anderen tötet, soll er angeklagt werden;<sup>500</sup> die *basileis* sollen ihn für der Tötung beschuldigt erklären<sup>501</sup> [...] den Anstifter; die *ephetai* haben zu erkennen. Einer Begnadigung sollen, wenn (der Getötete) einen Vater, Bruder oder Söhne hat, alle zustimmen, oder aber der Widersprechende sich durchsetzen. [15] Sind diese nicht vorhanden, so soll, wenn alle bis hin zu den Cousins<sup>502</sup> einer Begnadigung zustimmen wollen, der Widersprechende sich durchsetzen. Ist überhaupt keiner von diesen vorhanden, hat (der Täter) ohne Absicht getötet und erkennen die 51 Männer, die *ephetai*, auf unabsichtliche Tötung, so sollen die Mitglieder der *phratRIA*, wenn sie wollen, zehn der Ihrigen an die Stelle der Verwandten stellen; die 51 Männer haben sie dem Rang nach auszuwählen. [20] Dieses Gesetz ist auch auf die früheren Totschläger anzuwenden. Die Rache ankündigen sollen dem Totschläger auf dem Marktplatz (die Verwandten des Getöteten) bis hin zu den Cousins;<sup>503</sup> mitverfolgen sollen ihn auch die Cousins und deren Söhne, die Schwiegersöhne, die Schwiegerväter und die Mitglieder der *phratRIA* [...]

Tötet jemand den Totschläger oder ist (sonst) an seinem Tod schuldig, wenngleich sich dieser von den Grenzmärkten fernhält sowie von den (panhellenischen) Spielen und den amphiktyonischen

---

<sup>497</sup> Der ἄρχων βασιλεύς besaß offenbar ein Archiv mit einer Kopie von Drakons Gesetzestext.

<sup>498</sup> Die στοὰ βασιλείος ist ein berühmtes Gebäude auf der Athenischen Agora am Fuß der Akropolis.

<sup>499</sup> Zu diesem Begriff s. STROUD (1979).

<sup>500</sup> Ich folge der Interpretation von MIRHADY (2008).

<sup>501</sup> S. vorige Anm.

<sup>502</sup> Die genaue Bedeutung des Ausdrucks ist unklar. Ich folge der Ansicht von BIANCHETTI (1982).

<sup>503</sup> S. vorige Anm.

Opfern, so soll mit ihm nach denselben Regeln verfahren werden wie mit jemandem, der einen Athener (mit intakten Bürgerrechten) getötet hat; die *ephetai* haben zu erkennen [...]

Und wenn jemand einen anderen, der ihm rechtswidrig mit Gewalt Gegenstände oder Vieh zu rauben versucht, zur Abwehr auf der Stelle tötet, so wird der Tod nicht strafbar sein. [...]

A

Ὅστις : φάρμακα : δηλητήρια : ποιοῖ : ἐπὶ Τηίοισιν : τὸ ξυνὸν : ἢ ἐπ’ ἰδιώτηι : κείνον : ἀπόλλυσθαι : καὶ  
α[5]ὐτὸν : καὶ γένος : τὸ κείνου : ὅστις : ἐς γῆν : τὴν Τηίην : κωλύοι : σῖτον : ἐσάγεσθαι : ἢ τέχνηι : ἢ  
μηχανῇι : ἢ κατὰ θάλασσαν : ἢ κατ’ ἡπειρο[10]ν : ἢ ἐσαχθέντα : ἀνωθεοίη : ἀπόλλυσθαι : καὶ αὐτὸν : καὶ  
γένος : τὸ κείνου.

B

[2 Zeilen unleserlich]

ὅστις : Τηίων : τῶι ξυνῶι ἢ αἰσυμνήτην : ἰσταίη ἢ [5] ἐπαντισταῖτο : ἐπ’ αἰσυμνηίηι : ἀπόλλυσθαι : καὶ  
αὐτὸν : καὶ γένος : τὸ κείνου : ὅστις : τοῦ λοιποῦ : αἰσυμνῶν : ἐν Τέωι : ἢ γῇι τῇι Τη[10]ίηι [...] ὡς : προδοίη  
[...] τὴν πόλιν καὶ γῆν τὴν Τηίων : ἢ τοὺς ἄνδρας : ἐν ν[15]ήσωι : ἢ θαλάσσηι : τὸ μετέπειτ’ : ἢ τὸ ἐν Ἀροίη  
: περιπόλιον : ἢ τοῦ λοιποῦ : προδοίη : ἢ κιξαλλεύοι : ἢ κιζάλλας : ὑπο[20]δέχοιτο : ἢ ληίζοιτο : ἢ ληιστὰς :  
ὑποδέχοιτο : εἰδὼς : ἐκ γῆς : τῆς Τηίης : ἢ θαλάσσης : φέροντας : ἢ τι κακὸν : βουλευοί : περὶ Τηί[25]ων :  
τοῦ ξυνοῦ : εἰδὼς : ἢ πρὸς Ἑλλήνας : ἢ πρὸς βαρβάρους : ἀπόλλυσθαι : καὶ αὐτὸν : καὶ γένος : τὸ κείνου :  
οἵτινες : τιμουχέοντες : [30] τὴν ἐπαρῆν : μὴ ποιήσειαν : ἐπὶ δυνάμει : καθημένον : τῶγῶνος :  
Ἀνθεστηρίοισιν : καὶ Ἡρακλέοισιν : καὶ Δίοισιν : ἐν τῇπαρῇ[35]ι ἔχεσθαι : ὅς ἂν τὰς στήλας : ἐν ἧσιν  
ἡπαρῇ : γέγραπται : ἢ κατὰξῃ : ἢ φοινικία : ἐκκόψῃ : ἢ ἀφανέας ποιήσῃ : κείνον ἀπόλ[35]λυσθαι : καὶ  
αὐτὸν : καὶ γένος : τὸ κείνου.

A:

Wer böse Zauberkünste gegen die Teer als Gemeinwesen oder gegen eine Privatperson einsetzt, [5] der soll zugrunde gehen, er selbst und sein Geschlecht. Wer durch irgendein Mittel oder irgendeine List die Einfuhr von Getreide in Teos, sei es zu Land oder zu Wasser, [10] verhindert oder bereits eingeführtes außer Landes schafft, der soll zugrunde gehen, er selbst und sein Geschlecht.

B:

[...]

Wer es unternimmt, dem Teischen Gemeinwesen einen Alleinherrscher aufzuzwingen, [5] oder sich ihnen zum Zwecke der Alleinherrschaft entgegenstellt, der soll zugrunde gehen, er selbst und sein Geschlecht. Wer in Zukunft als Alleinherrscher in Teos oder auf dem Land um Teos [...] [10] die Stadt und das Land von Teos [wissentlich(?)<sup>504</sup>] verrät oder in Zukunft die Menschen [15] auf der Insel oder auf dem Meer oder die Festung in Aroia entweder in Zukunft verrät oder als Straßenräuber wirkt oder Straßenräubern wissentlich [20] Unterkunft bietet oder als Seeräuber wirkt oder Seeräubern wissentlich Unterkunft bietet, ob sie nun auf dem Land von Teos oder auf dem Meer Beute machen, oder sich [25] gegen das Teische Gemeinwesen schwört, sei es mit Griechen oder mit Barbaren, der soll zugrunde gehen, er selbst und sein Geschlecht. Wer als *timouchos* [30] bei den Anthesterien und den Feierlichkeiten zu Ehren des Herakles und des Zeus, nachdem sich die Versammlung gesetzt hat, den Fluch nicht ausspricht, so dass er wirksam wird, [35] soll dem Fluch unterliegen. Wer die Steinplatten, auf denen der Fluch aufgeschrieben ist, zerbricht oder Buchstaben ausmeißelt oder (sonst) unlesbar macht, [40] der soll zugrunde gehen, er selbst und sein Geschlecht.

---

<sup>504</sup> Ich ergänze [εἰδ]ώς.



**Q6** Nomima 105 (Teos, ca. 470)

A

[...] ποιούμενος, τοῦτον : ἀπόλλυσθαι : καὶ αὐτὸν : καὶ γέν[5]ος : τὸ κείνου : ὅς ἂν τιμὴν : ἔχων :  
συνθέτοισιν Τηίοισιν : τὸν πλησίον : δουλώται : τοῦτον : ἀπόλλυσθαι : καὶ αὐτὸ[10]ν : καὶ γένος : τὸ κείνου  
: ἐπανάστασιν : οὐ βουλεύσω : οὐδὲ ποιήσω : οὐδὲ λυήσω : οὐδὲ διώξω : οὐδὲ χρήματα : δημιώσ[15]ω : οὐδὲ  
δήσω : οὐδὲ κατακτενέω : ἂν μὴ σὺν διακοσίοισιν : ἐν Τέωι ἢ πλέοσιν : καὶ ἂν μὴ ὑπὸ πόλεως : νόμου :  
κατα[20]λαφθέντα : ἐν δὲ Ἀβδήροισιν : σὺν πεντακοσίοισιν : ἢ πλέοσιν : αἰσυμνήτην : οὐ στήσω οὔτε : σὺν  
πολλοῖσιν

B

[4 Zeilen unleserlich]

[...] : τοῦτον ἀπόλλυσθαι : ἐκ Τέω : καὶ Ἀβδήρων : καὶ γῆς : Τηίης καὶ αὐτὸν καὶ γένος τὸ κείνου : [14  
Zeilen unleserlich]

C

[...] Ἀβδηριτέων : ἀπαιτέοντος τοῦ ξυνοῦ : μὴ ᾗ ποδιδοίη, κεῖνον ἀπόλλυσθαι καὶ αὐτὸν καὶ γένος τὸ κείνου.

D

Ἀνθεστηρίοισιν : καὶ Ἡρακλέοισιν : καὶ Δίοι[5]σιν : ἐν Ἀβδήροισιν : Ἀνθεστηρίοισιν : καὶ Ἡρακλέοισιν :  
κα[10]ὶ Ζηνὸς : ἐορτῇ : ὅστις δὲ τιμοχέων ἢ ταμειύων μὴ ᾗ ναλέξειε[15]ν : τὰ γεγραμμένα : ἐν τῇ στήλῃ :  
ἐπὶ μνήμῃ : καὶ δυνάμει ἢ φ[20]οιτικογραφέων : κελυόντων τιμούχων : κεῖνον [.....]

A:

[Wer...], der soll zugrunde gehen, er selbst und [5] sein Geschlecht. Wer als jemand, der bei allen Teern in hohem Ansehen steht,<sup>505</sup> seinen Nachbarn versklavt,<sup>506</sup> der soll zugrunde gehen, er selbst [10] und sein Geschlecht. Ich werde keinen Aufstand anzetteln oder durchführen, noch werde ich (irgendjemanden) befreien, verfolgen, sein Vermögen beschlagnahmen, [15] ihn verhaften oder hinrichten, es sei denn, dass er mit den Stimmen von zweihundert Teern oder mehr, und nur im Einklang mit dem Recht der Stadt, [20] verurteilt wird; in Abdera mit den Stimmen von fünfhundert oder mehr. Ich werde keinen Alleinherrscher einsetzen, weder mit der Mehrheit [...]

B:

der soll aus Teos, Abdera und dem Land von Teos verschwinden,<sup>507</sup> er selbst und sein Geschlecht. [...]

C:

[Wer...] trotz des Verlangens der Abderiter als Gemeinwesen nicht zurückgibt, der soll zugrunde gehen, er selbst und sein Geschlecht.

D:

... Ben den Anthesterien und den Feierlichkeiten zu Ehren des Herakles und [5] des Zeus oder, in Abdera, bei den Anthesterien und den Feierlichkeiten zu Ehren des Herakles und [10] bei der Feier zu Ehren des Zeus. Wer als *timouchos* oder *tamias* den Fluchtext auf der Steinplatte [15] nicht laut aufsagt, auf dass er im Gedächtnis und wirksam bleibt, oder [20] als Schreiber (ihn) entgegen dem Befehl der *timouchoi* (nicht hinschreibt [?]), der [soll zugrunde gehen, er selbst und sein Geschlecht.]

---

<sup>505</sup> Nomima deutet τιμὴν ἔχειν als „ein Amt innehaben“ oder sogar „τιμοῦχος sein“.

<sup>506</sup> Man könnte mit Nomima auch δολῶται statt δουλῶται lesen und mit „Unrecht tun“ übersetzen. Nur bedeutet δολῶ eigentlich „überlisten“, und es ist mir nicht klar, wieso insbesondere ein Mächtiger oder ein Beamter eine List anwenden sollte. Versklavung hingegen setzt eindeutig eine überlegene Macht voraus, weswegen mir diese Interpretation einen verständlicheren Sinn zu ergeben scheint.

<sup>507</sup> Vermutlich ist hiermit das Verbanntsein gemeint.

...κα θεαρὸς εἶη. αἱ δὲ βενέοι ἐν τιαρῶι, βοί κα θωάδοι καὶ καθάρσι τελείαι καὶ τὸν θεαρὸν ἐν τ-

αὐτάι. αἱ δέ τις παρ τὸ γράφος δικάδοι, ἀτελής κ' εἶη ἅ δικά· ἅ δέ κα φράτρα ἅ δαμοσία τελεία εἶ-

[3] ἡ δικάδοσα. τῶν δέ κα γραφένων ὅ τι δοκέοι καλιτέρως ἔχειν πὸτ τὸν θεὸν ἐξαγρέων καὶ ἐ-

νποιῶν σὺν βολᾷ πεντακατίων ἀφλανέως καὶ δάμωι πληθύνοντι δινάκοι· δινάκοι δέ κα ἐν τρίτ-

ον, αἷ τι ἐνποιοῖ αἷτ' ἐξαγρέοι.

... Besucher ist. Wenn er im Heiligtum Sex hat, soll er zur Buße ein Rind opfern und ein vollständiges Reinigungsritual durchführen und bei demselben den Besucher mitreinigen. Wenn jemand entgegen dem Rechtstext urteilt, so soll das Urteil nichtig sein; der Beschluss des Volkes hingegen soll [3] als Urteilsgrundlage volle Gültigkeit besitzen.<sup>508</sup> Will jemand von den geschriebenen Normen eine in dem Glauben streichen oder hinzufügen, dass es dem Gott gegenüber so besser sei, so soll er die Änderung im Einvernehmen mit dem Rat der Fünfzig und der Vollversammlung vornehmen;<sup>509</sup> er soll sie dreimal vornehmen, ob er nun etwas streicht oder hinzufügt.

---

<sup>508</sup> Zu diesem schwierigen Satz s. **1.4.5.1**, Ss. 35f.

<sup>509</sup> „Die Handlung vornehmen“ übersetzt versuchsweise das Verb *δινακοι*, das ansonsten unbekannt ist.

D:

[...] Ἀρτεμισιώνος [...]ων ὄρκια ἐπιταμνέτω φώμνύτω [...] τοῖς βασιλεύσιν.

A:

[...] Ἰστίης δήμου ῥήτρας : φυλάσσω [...] ἤν μὲν δημαρχῶν : ἡ βασιλεύων : δεκας[...] Ἰστίης ἀποδότω :  
δημαρχέων : ἐξπρήξαι : τὸν ἐ[...] δήμου κεκλημένου ἀλοιᾷ τιμὴ διπλησίη [...] ὅσῃν παραλοίω

B:

ἤν δ' ἡκκλητος δίκη [...] ἤν δὲ ἀδικῆται : παρὰ δημάρχῳ : στατήρας [...]

C:

ἐκκαλέσθω ἐς βουλὴν τὴν δημοσίην· τῇ τρίτῃ ἐξ Ἑβδομαίων βουλὴ ἀγειρέσθω ἡ δημοσίη ἐπιθώιος λεκτὴ  
πεντήκοντ' ἀπὸ φυλῆς· τὰ τ' ἄλλα πρησέτω τὰ δήμου καὶ δίκας ὁκόσαι ἂν ἔκκλητοι γένωνται τοῦ μηνὸς  
πάσας [...]

D:

Im Monat Artemision [...] soll er ein Schwuopfer durchführen<sup>510</sup> und einen Eid ablegen [...] den Königen.

A:

... der Hestia<sup>511</sup> unter Beachtung der Beschlüsse des Volkes<sup>512</sup> [...] [*Rest von Seite A unverständlich*]

B:

[...] eine Berufungsverhandlung [...]; wenn er Unrecht erleidet, soll er beim *démarchos* ... Statere niederlegen [...]

C:

Berufung einlegen soll man beim Rat des Volkes. Der Rat soll, bestehend aus fünfzig ausgewählten Mitgliedern einer jeden Phyle, am neunten Tag jedes Monats mit Strafgewalt tagen und neben den übrigen Volksangelegenheiten alle Berufungen verhandeln, die im entsprechenden Monat angefallen sind.

---

<sup>510</sup> S. die entsprechende Anm. bei der Übersetzung von Ilias 3, 245-301 (Q11).

<sup>511</sup> Die Göttin des Herdes, entspricht der römischen Vesta.

<sup>512</sup> S. 1.4.5.1, Ss. 32f.

Zz. 41-51

Ἐπὶ τούτοις ὅρκια ἐποιήσαντο οἱ τε αὐτεῖ μένοντες καὶ οἱ πλείοντες οἰκίζοντες καὶ ἀρὰς ἐποιήσαντο τοὺς ταῦτα παρβεῶντας καὶ μὴ ἐμμένοντας ἢ τῶν ἐν Λιβύαι οἰκεόντων ἢ τῶν αὐτεῖ μενόντων· κηρίνους πλάσσαντες κολοσοὺς κατέκαιον ἐπαρεῶμενοι πάντες συνενθόντες καὶ ἄνδρες καὶ γυναῖκες καὶ παῖδες καὶ παιδίσκαι, τὸν μὴ ἐμμένοντα τούτοις τοῖς ὅρκιοις ἀλλὰ παρβεῶντα καταλείβεσθαί νιν καὶ καταρρῆν ὥσπερ τοὺς κολοσοὺς καὶ αὐτὸν καὶ γόνον καὶ χρήματα, τοῖς δὲ ἐμμένοισιν τούτοις τοῖς ὅρκιοις καὶ τοῖς πλείοσιν ἐν Λιβύαν καὶ τοῖς μένοισι ἐν Θήραι ἤμεν πολλὰ καὶ ἀγαθὰ καὶ αὐτοῖς καὶ γόνοις.

Hierauf legten die Zurückbleibenden sowohl wie jene, die zur Koloniegründung aufbrechen wollten, auch einen feierlichen Eid ab und stießen Verwünschungen gegen diejenigen der in Libyen Lebenden und der in der Heimat Zurückbleibenden aus, welche die besagten Normen übertreten und der Vereinbarung nicht treu bleiben sollten: sie bildeten Statuetten aus Wachs und verbrannten sie, wobei alle, Männer und Frauen, Jungen und Mädchen, zusammenkamen und fluchten: Wer sich nicht an diesen Eid halte, sondern dagegen verstoße, möge schmelzen und zerrinnen wie die Statuetten, er selbst, seine Kinder und sein Vermögen; wer hingegen diesem Eid treu bleibe, sowohl von den nach Libyen Fahrenden als auch von den in Thera Bleibenden, dem solle viel Gutes widerfahren, ihm selbst und seinen Nachkommen.



Ἐπὶ πρυτανέως Καβείρου, μηνὸς Πανθείου εἰκάδι, ἔγνω βουλὴ καὶ δῆμος, γνώμη στρατηγῶν, περὶ τῆς ἱεροσύνης τοῦ Ἀσκληπιοῦ, [5] ὅπως ὑπάρχει εἰς τὸν ἅπαντα χρόνον Ἀσκληπιάδῃ καὶ τοῖς ἀπογόνους τοῦ Ἀσκληπιάδου·

Τύχῃ τῇ ἀγαθῇ· δεδόχθαι τῇ βουλῇ καὶ τῷ δήμῳ· τὴν μὲν ἱεροσύνην τοῦ Ἀσκληπιοῦ καὶ τῶν ἄλλων θεῶν τῶν ἐν τῷ [10] Ἀσκληπιεῖῳ ἰδρυμένων εἶναι Ἀσκληπιάδου τοῦ Ἀρχίου καὶ τῶν ἀπογόνων τῶν Ἀσκληπιάδου εἰς ἅπαντα τὸν χρόνον, καὶ στεφανηφορεῖν αὐτῶν αἰὲν τὸν ἔχοντα τὴν ἱεροσύνην. λαμβάνειν δὲ καὶ γέρα τῶν θυομένων ἱερέων ἐν τῷ ἱερῷ πάντων σκέλος δεξιὸν καὶ τὰ δέρματα καὶ τᾶλλα [15] τραπεζώματα πάντα τὰ παρατιθεμένα [...] καρπεύεσθαι δὲ αὐτὸν καὶ τὸ ἱερὸν [...] ὑπάρχειν εἰς ἅπαντα τὸν χρόνον. εἶναι δὲ καὶ ἀτέλειαν Ἀσκληπιάδῃ πάντων ὧν ἡ πόλις κυρία καὶ εἰς τὸ λοιπὸν [20] αἰὲν τῷ τὸν στέφανον ἔχοντι. ἀναγορεύεσθαι δὲ εἰς προεδρίαν τὸν ἱερέα ἐν ἅπασιν τοῖς ἀγῶσιν. ἐπιμελεῖσθαι δὲ καὶ τῆς εὐκοσμίας τῆς κατὰ τὸ ἱερὸν πάσης τὸν ἱερέα ὡς ἂν αὐτῷ δοκῇ καλῶς ἔχειν καὶ ὁσίως, κυριεύοντα τῶν ἱερῶν παίδων.

[25] Ὅπως δὲ ταῦτα εἰς τὸν ἅπαντα χρόνον διαμένῃ βέβαια Ἀσκληπιάδῃ καὶ τοῖς ἀπογόνους τοῖς Ἀσκληπιάδου, ἐπιτελεῖν ὀρκωμόσιον τὴν πόλιν ἐν τῇ ἀγορᾷ ἐπὶ τοῦ Διὸς τοῦ Σωτήρος τῷ βωμῷ καὶ ὁμόσαι τὰς τιμouχίας ἢ μὴν ἐμμενεῖν ἐν οἷς [30] ἐψήφισται ἡ πόλις Ἀσκληπιάδῃ καὶ τοῖς ἀπογόνους τοῖς Ἀσκληπιάδου· τοὺς δὲ στρατηγούς τοὺς ἐπὶ Καβείρου πρυτανέως ἐπιμεληθῆναι ὅπως συντελεσθῇ ὁ ὅρκος καθάπερ γέγραπται. ἀναγράψαι δὲ αὐτοὺς καὶ τὸ ψήφισμα τόδε εἰς στήλας λιθίνας τρεῖς καὶ στήσαι αὐτῶν [35] μίαν μὲν ἐν τῷ ἱερῷ τοῦ Ἀσκληπιοῦ ἐν Περγάμῳ, ἄλλην δὲ ἐν τῷ ἱερῷ τῆς Ἀθηνᾶς ἐν ἀκροπόλει, τὴν δὲ τρίτην ἐν Μυτιλήνῃ ἐν τῷ ἱερῷ τοῦ Ἀσκληπιοῦ. ἐγγράψαι δὲ καὶ εἰς τοὺς νόμους τοὺς τῆς πόλεως τὸ ψήφισμα τόδε καὶ [40] χρήσθωσαν αὐτῷ νόμῳ κυρίῳ εἰς ἅπαντα τὸν χρόνον.

Während der Amtszeit des Kabeiros als *prytanis*, am zwanzigsten des Monats Pantheios, beschlossen der Rat und das Volk, gemäß der Vorlage der *stratêgoi*, bezüglich des Priesteramtes des Asklepiades, [5] auf dass es dem Asklepiades und seinen Nachkommen für immer erhalten bleibe:

Mit gutem Glück: Der Rat und das Volk haben Folgendes beschlossen:<sup>513</sup> Das Priesteramt mit Bezug auf Asklepios und die übrigen [10] in seinem Heiligtum untergebrachten Götter soll für immer Asklepiades, Sohn des Archios, und seinen Nachkommen gehören, und derjenige von ihnen, der das besagte Amt innehat, soll immer das Recht behalten, einen Kranz zu tragen;<sup>514</sup> er soll ferner als Ehrengabe das rechte Bein und die Haut aller im Tempel geopfert Tiere bekommen [15] sowie alles, was sonst aufgetischt wird. [...] Außerdem darf er die Früchte genießen, die das Heiligtum abwirft [...] für immer erhalten bleiben. Asklepiades soll von jeglicher Steuerpflicht befreit sein, sofern diese in der Machtvollkommenheit der Stadt begründet liegt;<sup>515</sup> [20] desgleichen auch derjenige, der den Kranz trägt, für immer. Der Priester soll bei allen Darbietungen einen Ehrenplatz bekommen. Es kommt dem Priester zu, die Ordnung innerhalb des Heiligtums gänzlich zu bestimmen, wie auch immer es ihm gut und fromm erscheint, und über die Tempelsklaven Herr zu sein.

[25] Damit hierüber dem Asklepiades und seinen Nachkommen für immer Rechtssicherheit gewährt bleibt, soll die Stadt ein Schwurritual auf dem Marktplatz auf dem Altar des Zeus Soter durchführen und die Amtsträgergremien einen Eid darauf ablegen, sich für immer an das zu halten, [30] was die Stadt zugunsten des Asklepiades und seiner Nachkommen beschlossen hat. Diejenigen, die während der Amtszeit des Kabeiros als *prytanis stratêgoi* sind, sollen dafür sorgen, dass der Eid so abgelegt wird, wie geschrieben steht. Sie sollen ferner den vorliegenden Beschluss auf drei steinerne Stelen schreiben lassen [35] und eine davon im Heiligtum des Asklepios in Pergamon, eine andere im Heiligtum der Athene auf der Akropolis und die dritte im Heiligtum des Asklepios in Mytilene aufstellen lassen. Auch sollen sie diesen Beschluss unter die Gesetze der Stadt eintragen lassen, und sie sollen sich für immer an ihn als an ein gültiges Gesetz halten.

---

<sup>513</sup> Im Text steht der Infinitiv Perfekt (δεδοχθαι), was seltsam ist. Die Herausgeber schweigen sich hierüber aus. Will man nicht einfach einen Schreibfehler annehmen, so wäre die Konstruktion am ehesten als AcI zu verstehen, der eine Aussage der Versammlung dahingehend wiedergibt, dass Rat und Volk eben das Folgende beschlossen hätten, gleichsam als ob sie den rechtlich legitimen Charakter des Textes besonders betonen wollte.

<sup>514</sup> Somit war er mit den wichtigsten Amtsträgern gleichgestellt.

<sup>515</sup> Über Steuern, die der hellenistische Monarch verlangte, dem die Stadt untertan war, konnte diese natürlich nicht befinden und somit auch nicht Asklepiades davon befreien.

Κήρυκες δ' ἀνὰ ἄστῳ θεῶν φέρον ὄρκια πιστά,  
ἄρνε δύω καὶ οἶνον εὐφρονα, καρπὸν ἀπούρης,  
ἄσκῳ ἐν αἰγείῳ· φέρε δὲ κρητῆρα φαινὸν  
κῆρυξ Ἰδαῖος ἡδὲ χρύσεια κύπελλα·  
ὄτρυνεν δὲ γέροντα παριστάμενος ἐπέεσσιν·  
[250] „Ὅρσεο, Λαομεδοντιάδῃ, καλέουσιν ἄριστοι  
Τρώων θ' ἵπποδάμων καὶ Ἀχαιῶν χαλκοχιτώνων  
ἐς πεδῖον καταβῆναι, ἵν' ὄρκια πιστὰ τάμητε·  
αὐτὰρ Ἀλέξανδρος καὶ ἀρηίφιλος Μενέλαος  
μακρῆς ἐγγείῃσι μαχήσοντ' ἀμφὶ γυναικί·  
[255] τῷ δέ κε νικήσαντι γυνὴ καὶ κτήμαθ' ἔποιτο·  
οἱ δ' ἄλλοι φιλότῃ καὶ ὄρκια πιστὰ τάμοντες  
ναίοιμεν Τροίην ἐριβόλακα, τοὶ δὲ νέονται  
Ἄργος ἐς ἱππόβοτον καὶ Ἀχαιίδα καλλιγύναικα.“

ὣς φάτο, ῥίγησεν δ' ὁ γέρων, ἐκέλευσε δ' ἑταίρους  
[260] ἵππους ζευγνύμεναι· τοὶ δ' ὀτραλέως ἐπίθοντο.  
ἂν δ' ἄρ' ἔβη Πρίαμος, κατὰ δ' ἡνία τεῖνεν ὀπίσσω·  
παρ δέ οἱ Ἀντήνωρ περικαλλέα βήσετο δίφρον·  
τῷ δὲ διὰ Σκαιῶν πεδίονδ' ἔχον ὠκέας ἵππους.

Ἄλλ' ὅτε δὴ ῥ' ἰκόντο μετὰ Τρῶας καὶ Ἀχαιοὺς,  
[265] ἐξ ἵππων ἀποβάντες ἐπὶ χθόνα πουλυβότειραν  
ἐς μέσσον Τρώων καὶ Ἀχαιῶν ἐστιχώντο.  
ὄρνυτο δ' αὐτίκ' ἔπειτα ἄναξ ἀνδρῶν Ἀγαμέμνων,  
ἂν δ' Ὀδυσσεὺς πολύμητις· ἀτὰρ κήρυκες ἀγαυοὶ  
ὄρκια πιστὰ θεῶν σύναγον, κρητῆρι δὲ οἶνον  
[270] μίσγον, ἀτὰρ βασιλεῦσιν ὕδωρ ἐπὶ χεῖρας ἔχευαν.  
Ἀτρεΐδης δὲ ἐρυσσάμενος χεῖρεσσι μάχαιραν,  
ἧ οἱ παρ ξίφεος μέγα κουλεὸν αἰὲν ἄωρτο,

ἄρνων ἐκ κεφαλῶν τάμνε τρίχας· αὐτὰρ ἔπειτα  
 κήρυκες Τρώων καὶ Ἀχαιῶν νεῖμαν ἀρίστοις.  
 [275] τοῖσιν δ' Ἀτρείδης μεγάλ' εὖχετο χεῖρας ἀνασχών·  
 „Ζεῦ πάτερ, Ἴδηθεν μεδέων, κύδιστε μέγιστε,  
 Ἥελιός θ', ὃς πάντ' ἐφορᾷς καὶ πάντ' ἐπακούεις  
 καὶ ποταμοὶ καὶ γαῖα καὶ οἱ ὑπένερθε καμόντας  
 ἀνθρώπους τίνυσθον, ὅτις κ' ἐπίορκον ὁμόσσηι,  
 [280] ὑμεῖς μάρτυροι ἔστε, φυλάσσετε δ' ὅρκια πιστά·  
 εἰ μὲν κεν Μενέλαον Ἀλέξανδρος καταπέφνηι  
 αὐτὸς ἔπειθ' Ἑλένην ἐχέτω καὶ κτήματα πάντα,  
 ἡμεῖς δ' ἐν νήεσσι νεώμεθα ποντοπόροισιν·  
 εἰ δέ κ' Ἀλέξανδρον κτείνηι ξανθὸς Μενέλαος  
 [285] Τρῶας ἔπειθ' Ἑλένην καὶ κτήματα πάντ' ἀποδοῦναι,  
 τιμὴν δ' Ἀργείοις ἀποτίνεμεν ἢν τιν' ἔοικεν,  
 ἢ τε καὶ ἐσσομένοισι μέτ' ἀνθρώποισι πέληται.  
 εἰ δ' ἂν ἐμοὶ τιμὴν Πριάμος Πριάμοιό τε παῖδες  
 τίνειν οὐκ ἐθελῶσιν Ἀλεξάνδριοι πεσόντος  
 [290] αὐτὰρ ἐγὼ καὶ ἔπειτα μαχήσομαι εἵνεκα ποινῆς  
 αὐθι μένων, ἥός κε τέλος πολέμοιο κιχέω.“

Ἦ, καὶ ἀπὸ στομάχους ἄρνων τάμε νηλεὶ χαλκῶι·  
 καὶ τοὺς μὲν κατέθηκεν ἐπὶ χθονὸς ἀσπαίροντας  
 θυμοῦ δευομένους· ἀπὸ γὰρ μένος εἴλετο χαλκός.  
 [295] οἶνον δ' ἐκ κρητῆρος ἀφυσσόμενοι δεπάεσσιν  
 ἔκχεον ἢ δ' εὖχοντο θεοῖς αἰειγενέτησιν·  
 ὣδε δέ τις εἶπεσκεν Ἀχαιῶν τε Τρώων τε·  
 „Ζεῦ κύδιστε μέγιστε καὶ ἀθάνατοι θεοὶ ἄλλοι,  
 ὁππότεροι πρότεροι ὑπὲρ ὅρκια πημήνειαν,  
 [300] ὥδέ σφ' ἐγκέφαλος χαμάδις ῥέοι ὥς ὃδε οἶνος  
 αὐτῶν καὶ τεκέων, ἄλοχοι δ' ἄλλοισι δαμείεν.“

Die Herolde aber trugen durch die Stadt die den Göttern zukommenden Schwuopfer, nämlich zwei Lämmer und Wein, der das Gemüt erheitert, Frucht des Ackers, in einem Schlauch aus Ziegenhaut; weiterhin trug der Herold Idaios einen glänzenden Mischkrug und goldene Trinkgefäße, trat zum Greis<sup>516</sup> heran und forderte ihn mit diesen Worten auf: [250] „Steh’ auf, Sohn des Laomedon, es rufen dich die edelsten der pferdezähmenden Troer und der Achäer mit ehernen Gewändern, dass du auf die Ebene hinabgehen mögest, wo ihr einen Eid schwören sollt;<sup>517</sup> daraufhin werden Alexandros<sup>518</sup> und der tapfere Menelaos mit langen Speeren um die Frau kämpfen. [255] Dem Sieger soll die Frau folgen und die Güter; wir anderen sollen, durch einen Freundschaftseid gebunden,<sup>519</sup> das furchtbare Troja bewohnen oder nach Argos, dem pferdereichen, und in das für schöne Frauen berühmte Griechenland zurückkehren.“

So sprach er; der Greis aber erzitterte und befahl seinen Gefährten, [260] die Pferde anzuscharren. Diese gehorchten auf der Stelle. Priamos bestieg den Wagen und zog die Zügel nach hinten an; an seiner Seite nahm Antenor auf dem wunderschönen Wagen Platz. Dann lenkten sie die schnellen Pferde durch das Skäische Tor auf die Ebene zu.

Als sie dann bei den Troern und Achäern angekommen waren, [265] stiegen sie vom Gespann herab auf die vielnährende Erde und schritten in die Mitte zwischen den Troern und den Achäern. Gleich stand Agamemnon auf, der Männergebieter, und auch der listige Odysseus; daraufhin trugen die glänzenden Herolde die den Göttern zukommenden Schwuopfer zusammen, [270] mischten den Wein (mit Wasser) in dem Mischkessel und gossen den Königen Wasser über die Hände. Der Atreussohn zog alsdann mit den Händen ein Schlachtmesser, welches immer an seiner Seite neben der großen Schwertscheide hing, und schnitt Haare von den Köpfen der Lämmer, woraufhin die Herolde sie unter den edelsten der Troer und der Achäer verteilten. [275] In ihrer Mitte betete nun der Atreussohn laut, die Hände in den Himmel gestreckt: „Vater Zeus, der du über das Idagebirge<sup>520</sup>

---

<sup>516</sup> Priamos, der König von Troja.

<sup>517</sup> Wörtlich: „Treue verbürgende Opfertiere schneidet“, mit deutlicher Anspielung auf die Einzelheiten des Rituals.

<sup>518</sup> Paris.

<sup>519</sup> S. vorletzte Anm. Der Ausdruck wird hier um φιλοτῆτα erweitert, das wohl als Akkusativ des inneren Objektes dient: Durch das Schneiden der Opfertiere wird ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen, die Freundschaft wird also durch die Opferhandlung ins Leben gerufen.

<sup>520</sup> Oder: „vom Idagebirge her“.

herrscht, Herrlichster und Größter, und Helios<sup>521</sup>, der du überall hinsiehst und –hörst, und Flüsse und Gaia<sup>522</sup> und ihr, die ihr in der Unterwelt jene toten Menschen bestraft, die einen Meineid geschworen haben, [280] seid nun meine Zeugen und Bewacher des Eides: Wenn Alexandros Menelaos tötet, dann soll er Helena und sämtliche Güter behalten; wir aber werden zurücksegeln auf unseren meererprobten Schiffen; tötet hingegen Menelaos Alexander, [285] so sollen die Troer Helena und sämtliche Güter zurückgeben, ferner den Achäern einen angemessenen Schadensersatz zahlen, welcher auch bei den zukünftigen Generationen vorhanden sein soll. Sollten mir jedoch Priamos und die Kinder des Priamos den Schadensersatz selbst dann verweigern, wenn Alexander fällt, [290] so werde ich hier bleiben und um Vergeltung kämpfen, bis ich den Krieg zu Ende geführt habe.“

Sprach er, und er schnitt den Lämmern die Kehle durch mit dem gnadenlosen Erz; die Lämmer legte er dann auf den Boden, zappelnd, ihr Leben dahinschwindend, hatte es ihnen doch das Erz entrissen. [295] Aus dem Mischkrug schöpften sie nun den Wein mit den Bechern, gossen ihn aus und beteten hierbei zu den ewig lebenden Göttern. Und so sprach man allgemein unter den Troern und den Achäern: „Zeus, Edelster und Größter, und ihr unsterblichen Götter alle, möge denjenigen, die zuerst entgegen dem Eid Übel anrichten, [300] das Gehirn zu Boden fließen wie dieser Wein, ihnen selbst wie ihren Kindern, und mögen ihre Frauen von anderen bewzungen werden.“

---

<sup>521</sup> Der Sonnengott. Man stellte sich die Sonne als allsehendes Auge im Himmel dar und rief sie daher gerne als göttlichen Zeugen für den Eid an.

<sup>522</sup> Die Erde.

C:

Δαματρίω νιουμενίη πετράτη, ἐπεψάφιδδε Καφισόδωρος Διωνυσίω, Ἀθανόδωρος Ἴππωνος ἔλεξε·  
προβεβουλευμένον εἶμεν αὐτῷ ποτὶ δᾶμον· ἐπιδεῖ παργενομένας Νικαρέτας Θίωνος Θεισπικᾶς [45] κῆ  
πραττώσας τὸ δάνειον τὰν πόλιν κατὰ τὰς οὐπεραμερίας τὰς ἰώσας αὐτῇ ἀναγκάσθαι τὸν πολεμάρχου κῆ ὁ  
ταμίας συγχωρεῖσαντος τῷ δάμῳ δόμεν κατ' αὐτὸ αὐτῶν σὺνγραφον, πότε τῇ οὐπαρχῶσῃ οὐπεραμερίῃ ἐν  
τὰν κα' ἐνεγιχθεῖ ἅ ἀνφορὰ ἐν οὗτο, κῆ [50] κομίττῃ τὰ συγχωρεθέντα χρήματα. δεδόχθῃ τῷ δάμῳ· τὸν  
ταμίαν τὸν προάρχοντα τὰν τρίταν πετράμεινον ἀποδόμεν πεδὰ τῶν πολεμάρχων Νικαρέτῃ ἀργυρίῳ  
δραχμὰς μυρίας ὀκτακισχιλίας ὀκτακατίας τριάκοντα τρεῖς Πολυ[55]κράτιος ἄρχοντος ἐν τῷ Δαματρίῳ  
μεινί, κῆ τὰς ἐμπράξεις τὰς ἰώσας Νικαρέτῃ κατὰ τὰς πόλιος Ξενοκρίτῳ ἄρχοντος ἐν Θεισπιῇ πάσας  
διαλιάνασθῃ τὼς πολεμάρχως κῆ τὰν σουνγραφὰν ἂν ἔχῃ κατὰ τῶν πολεμάρχων κῆ τῷ ταμίῳ ἀνελέσθῃ.  
πόρον δ' εἶ[60]μεν ἐν οὗτο ἀπὸ τῶν τὰς πόλιος ποθοδομάτων πάντων.

D:

Ξενοκρίτῳ, Ἀλαλκομενίῳ· Νικαρέτα Θέωνος τὰς πόλιος Ἐρχομενίων κῆ τῷ ἐγγύῳ Θίωνος Σουννόμῳ· τὰ  
πάματα μούριη ὀγδοήκοντα πέντε δίοιο ὀβολίῳ κῆ τῷ τεθμίῳ φίστῳρ Ἀριστόνικος Πραξιτέλιος.

[65] Λιουκίσκῳ, Θιουίῳ· τὸ συνάλλαγμα· Νικαρέτα Θίωνος τὰς πόλιος Ἐρχομενίων κῆ τῷ ἐγγούῳ Θίωνος  
Σουννόμῳ· τὰ πάματα δισχίλιη πεντακάτιη κῆ τῷ τεθμίῳ φίστῳρ ὁ αὐτός.

Λιουκίσκῳ, Ὀμολωίῳ· τὸ συνάλλαγμα· Νικαρέτα Θίωνος τὰς πόλιος [70] Ἐρχομενίων κῆ τῷ ἐγγύῳ  
Θίωνος Σουννόμῳ· τὰ πάματα πετρακισχιλίων κῆ τῷ τεθμίῳ φίστῳρ ὁ αὐτός.

χρόνος ὁ αὐτός· Νικαρέτα Θίωνος τὰς πόλιος Ἐρχομενίων κῆ τῷ ἐγγύῳ Θίωνος Σουννόμῳ· τὰ πάματα  
χιλίων κῆ τῷ τεθμίῳ φίστῳρ ὁ αὐτός.

Λιουκίσκῳ, [75] Θειλουθίῳ· τὸ συνάλλαγμα· διαγράψῃ τὰς οὐπεραμερίας τὰς Νικαρέτας ἐν Θεσπιῇ τὰς  
κατὰ τὰς πόλιος· τῶν τεθμοφυλάκων γραμματεὺς [...]

C:

Im Monat der Demeter, am vierten Tag nach Neumond: Kephisodoros, Sohn des Dionysios, ließ abstimmen, Athenodoros, Sohn des Hippon, sprach: Er sei der Volksversammlung folgendes als Vorlage unterbreitet: Da durch das Vorsprechen Nikareta, Tochter des Thion, aus Thespiiai, [45] die von der Polis die Rückzahlung des Darlehens verlangt hat, welche schon überfällig ist, die *polemarchoi* und der Schatzmeister gezwungen waren, mit dem Einverständnis der Volksversammlung gegen sich selbst eine Schuldurkunde auszustellen, (sollen sie es tun) mit Bezug auf den vorhandenen Verzug betreffs des Rückzahlungstages [50] und (sie sollen) den vereinbarten Betrag zusammentragen.

Die Volksversammlung hat beschlossen: Der früher amtierende Schatzmeister soll zusammen mit den *polemarchoi* im Jahr des Archontats [55] des Polykrates im Monat<sup>523</sup> der Demeter der Nikarete die dritte Viermonatsrate im Wert von 18'833 Drachmen auszahlen. Darüber hinaus sollen die *polemarchoi* sämtliche Schuldverhältnisse tilgen, die Nikarete der Stadt gegenüber im Jahr des Archontats des Xenokritos in Thespiiai erworben hat; ferner sollen sie den Schuldschein vernichten, den sie gegen die *polemarchoi* und den Schatzmeister hat. [60] Für das oben Genannte soll aus sämtlichen Einkünften der Stadt Geld zufließen.

D:

(Während der Amtszeit) des Xenokritos,<sup>524</sup> (im Monat) Alalkomenios: Nikareta, Tochter des Theon, gegenüber der Stadt Orchomenos und des Bürger Thion, Sohn des Synnomos; beträgt 10'085 (Drachmen) und zwei Obole. Zeuge des Vertrages war Aristonikos Sohn des Praxiteles.

[65] (Während der Amtszeit) des Lykiskos, (im Monat) Thyios: folgende Vereinbarung: Nikareta, Tochter des Theon, gegenüber der Stadt Orchomenos und des Bürger Thion, Sohn des Synnomos; beträgt 2'500 (Drachmen). Zeuge des Vertrags war derselbe.

(Während der Amtszeit) des Lykiskos, (im Monat) Homoloios: folgende Vereinbarung: Nikareta, Tochter des Theon, gegenüber der Stadt [70] Orchomenos und des Bürger Thion, Sohn des Synnomos; beträgt 4'000 (Drachmen). Zeuge des Vertrags war derselbe.

Zur gleichen Zeit: Nikareta, Tochter des Theon, gegenüber der Stadt Orchomenos und des Bürger Thion, Sohn des Synnomos; beträgt 1'000 (Drachmen). Zeuge des Vertrags war derselbe.

---

<sup>523</sup> Jahresangabe, wie üblich nach dem Namen des amtierenden Archons od. sonstigen höchsten Würdenträgers der Stadt

<sup>524</sup> S. vorige Anm.



(Während der Amtszeit) des Lykiskos, [75] (im Monat) Theiloutios: folgende Vereinbarung: Man soll die der Nikareta in Thespiai von der Stadt geschuldeten Rückstände detailliert aufschreiben; der Schreiber der *tethmophylakes* [...]

Ὅμνῳ Δία, Γᾶν, Ἄλιον, Παρθένον, θεοὺς Ὀλυμπίους καὶ Ὀλυμπίας καὶ ἥρωας ὅσοι πόλιν καὶ χώραν καὶ  
τείχη ἔχοντι τὰ Χερσονασί[5]τᾶν· ὁμονοησῶ ὑπὲρ σωτηρίας καὶ ἐλευθερίας πόλεος καὶ πολιτᾶν, καὶ οὐ  
προδωσῶ Χερσόνασον οὐδὲ Κεκρινίτιν οὐδὲ Καλὸν Λιμένα οὐδὲ ἄλλα τείχη οὐδὲ τὰς ἄλ[10]λας χώρας ἂν  
Χερσονασίται νέμονται ἢ ἐνέμοντο οὐθενὶ οὐθέν οὔτε Ἑλλανι οὔτε βαρβάρῳ, ἀλλὰ διαφυλαξῶ τῷ δάμῳ  
τῷ Χερσονασιτᾶν, οὐδὲ καταλυσῶ τὴν δαμοκρατίαν οὐ[15]δὲ τῷ προδιδόντι καὶ καταλύοντι ἐπιτρεψῶ  
οὐδὲ συνκρυψῶ, ἀλλὰ ἐξαγγελῶ τοῖς δαμιουργοῖς τοῖς κατὰ πόλιν. καὶ πολέμιος ἐσσοῦμαι τῷ ἐπιβουλεύοντι  
καὶ προδιδόντι ἢ ἀφί[20]στάντι Χερσόνασον ἢ Κεκρινίτιν ἢ Καλὸν Λιμένα ἢ τὰ τείχη καὶ χώραν τὴν  
Χερσονασιτᾶν. καὶ δαμιοργησῶ καὶ βουλευσῶ τὰ ἄριστα καὶ δικαιοτάτα πόλει καὶ πολίταις· καὶ τὸν  
σαστή[25]ρα τῷ δάμῳ διαφυλαξῶ καὶ οὐκ ἐχφερομυθησῶ τῶν ἀπορρήτων οὐθέν οὔτε ποτὶ Ἑλλανᾶ οὔτε  
ποτὶ βάρβαρον ὃ μέλλει τὴν πόλιν βλάπτειν. οὐδὲ δωρεὰν δωσῶ οὐδὲ δεξοῦμαι [30] ἐπὶ βλάβαι πόλεος καὶ  
πολιτᾶν, οὐδὲ ἐπιβουλευσῶ ἄδικον πρᾶγμα οὐθενὶ οὐθέν τῶν πολιτᾶν τῶν μὴ ἀφεστακότων, οὐδὲ τῷ  
ἐπιβουλεύοντι ἐπιτρεψῶ οὐδὲ συγκρυψῶ οὐθέν οὐθε[35]νί, ἀλλ' εἰσαγγελῶ καὶ κρινῶ ψάφῳ κατὰ τοὺς  
νόμους. οὐδὲ συνομοσίαν συνομοῦμαι οὔτε κατὰ τοῦ κοινοῦ τοῦ Χερσονεσιτᾶν οὔτε κατὰ τῶν πολιτᾶν  
οὐδενὸς ὅς μὴ ἀποδέδεικται [40] πολέμιος τῷ δάμῳ· εἰ δέ τινα συνώμοσα καὶ εἴ τινα καταλέλαμμαι ὄρκῳ ἢ  
ἐπευχᾶι, διαλυσασμένῳ μὲν ἄμεινον εἶη καὶ ἐμοὶ καὶ τοῖς ἐμοῖς, ἐμμένοντι δὲ τὰ ἐναντία. καὶ εἴ τινα κα [45]  
συνωμοσίαν αἰσθῶμαι ἐοῦσαν ἢ γινομένην, ἐξαγγελῶ τοῖς δαμιουργοῖς. οὐδὲ σῖτον ἀπὸ τοῦ πεδίου  
ἀπαγωγίμον ἀποδωσοῦμαι οὐδὲ ἐξαξῶ ἀλλᾶ ἀπὸ τοῦ πεδίου ἀλλ' ἢ ἐς [50] Χερσόνασον.

Ζεῦ καὶ Γᾶ καὶ Ἄλιε καὶ Παρθένε καὶ θεοὶ Ὀλύμπιοι, ἐμμένοντι μὲν μοι εὖ εἶη ἐν τούτοις καὶ αὐτῷ καὶ  
γένει καὶ τοῖς ἐμοῖς, μὴ ἐμμένοντι δὲ κακῶς καὶ αὐτῷ καὶ γένει καὶ τοῖς [55] ἐμοῖς, καὶ μήτε γὰ μοι μήτε  
θάλασσα καρπὸν φέροι μήτε γυναῖκες εὐτεκνοῖεν μήτε [...].

Ich schwöre bei Zeus, der Erde, der Sonne, der Jungfrau, den Olympischen Göttern und Göttinnen und den Heroen, die die Stadt, das Land und die Mauern der Chersonesier bewohnen: [5] Ich werde mir das Wohl und die Freiheit der Stadt und der Bürger angelegen sein lassen und weder die Chersonesos noch die Kekrinitis an irgendeinen Feind verraten noch den Schönen Hafen noch die übrigen Mauern [10] noch irgendetwas vom sonst von Chersonesiern jetzt oder früher bewohnten Land, weder an einen Griechen noch an einen Barbaren, sondern ich werde sie alle dem chersonesischen Volk erhalten. Ich werde die Demokratie nicht auflösen, [15] und den, der sie verraten oder auflösen will, werde ich weder gewähren lassen noch ihm helfen, seine Pläne versteckt zu halten, sondern ich werde ihn den städtischen *damiorgoi* melden. Ich werde jedem ein Feind sein, der Pläne gegen die Stadt schmiedet und es unternimmt, [20] die Chersonesos oder die Kekrinitis oder den Schönen Hafen an Feinde zu verraten oder unabhängig zu machen. Ich werde als *damiorgos* oder Ratsmitglied alle Amtshandlungen mit Blick auf das Beste und Gerechteste für die Stadt und die Bürger vornehmen. [25] Den Wohltäter<sup>525</sup> werde ich dem Volke erhalten; ich werde kein einziges der (religiösen) Geheimnisse ausplaudern, weder bei einem Griechen noch bei einem Barbaren, welches der Stadt schaden könnte. Ich werde keine Geschenke [30] zum Ziel der Schädigung von Stadt und Bürgern geben oder annehmen, und gegen keinen der Bürger, die nicht vom Gemeinwesen abgefallen sind, Böses planen, noch werde ich jemanden, der solcherlei plant, je gewähren lassen oder seine Pläne im Verborgenen halten helfen, [35] sondern ich werde es melden und mit meiner Stimme dem Gesetz gemäß urteilen. Ich werde mich an keiner Verschwörung beteiligen, sei sie nun gegen das Gemeinwesen der Chersonesier gerichtet oder gegen einen Privatmann, [40] der nicht der Feindschaft gegen das Volk überführt ist. Sollte ich mich in der Vergangenheit an einer Verschwörung beteiligt haben und jemandem durch Eid und Selbstverwünschung<sup>526</sup> verpflichtet sein, so möge ich sowie das Meinige besser fahren, wenn ich mich davon abwende, und schlecht, wenn ich ihr treu bleibe. [45] Sollte ich von einer vorhandenen oder sich gerade bildenden Verschwörung erfahren, werde ich es den *damiorgoi* melden. Ich werde kein Getreide aus dem Umland zum Export verkaufen noch aus dem Umland an irgendeinen Ort außerhalb der Chersonesos selbst verfrachten.

---

<sup>525</sup> Wohl = σωτήρα, doch das eigentlich Gemeinte ist unklar.

<sup>526</sup> Ich ergänze ορκωι καπευχαι statt η επευχαι wie Dittenberger. Eid und Selbstverwünschung stehen nämlich nicht alternativ zueinander, sondern sind im Grunde dasselbe. Das Hendiayoin dient hier der Verstärkung bzw. der Betonung des Selbstverfluchungscharakters des Eides.

[50] Zeus, Gaia, Helios, Parthenos und ihr Olympischen Götter, möge ich, wenn ich mich an diesen Eid halte, gut fahren, selbst, meine Familie und mein Vermögen, und wenn nicht, so möge es mir selbst wie meiner Familie [55] und meinem Vermögen Böses geschehen und weder die Erde noch das Meer mir Früchte bringen noch die Frauen gesunde Kinder zur Welt bringen noch [...].

Θεὸς ἀγαθός. τάδε ὤμοσαν τοὶ Ἰτάνιοι πάντες Δία Δικταῖον καὶ Ἥραν καὶ θεοὺς τοὺς ἐν Δίκται καὶ Ἀθαν[5]αίαν Πολιάδα καὶ θεοὺς ὅσοις ἐν Ἀθαναίαι θύεται πάντας καὶ Δία Ἀγοραῖον καὶ Ἀπόλλωνα Πύθιον καθ' ἱερῶν νεοκαύτων· πόλιν τὴν Ἰτανίων οὐ προ[10]δωσέω οὐδὲ χώραν οὐδὲ νάσους τὰς τῶν Ἰτανίων οὐδὲ πολεμίους ἐπαξέω οὐδὲ ναῦς τὰς τῶν Ἰτανίων προδωσέω οὐδὲ τῶν πολιτῶν προδωσέω [15] οὐδένα οὐδὲ χρήματα πολιτῶν. οὐδὲ σύλλογον οὐδὲ συνωμοσίαν ποιησέω ἐπὶ τῷ κακίῳ τῶν πόλιος ἢ τῶν πολιτῶν οὐδὲ ἄλλῳ συνεσσεόμην οὐδενὶ αἰ τίς [20] καὶ χρήζῃ τούτων τι ποιεῖν, ἀλλ' ἐρέω ποτὶ τοὺς ἄρχοντας. οὐδὲ γὰρ ἀναδασμὸν οὐδὲ οἰκίαν οὐδὲ οἰκοπέδων οὐδὲ χρεῶν ἀποκοπὴν ποιησέω οὐδὲ δίκαν ἐ[25]παξέω ξενικὰν τῶν πολιτῶν οὐδενὶ ἐριθεοτὰν παρεορέσει οὐδεμιᾷ οὐδὲ βουλευσέω περὶ τῶν πόλιος κακὸν οὐδέν. πολιτεόσομαι δὲ ἐπ' ἴσαι καὶ ὁμοίαι καὶ θίν[30]ων καὶ ἀνθρωπίνων πάντων καὶ κατὰ τοὺς νόμους τοὺς προϋπάρχοντας ὅσοις χρεώμεθα περὶ ἐκεῖνα καὶ τοὺς νῦν ἐθέμεθα καὶ κά τινας ἄλλους ὕστερον θεώ[35]μεθα ἢ περὶ θίνα ἢ περὶ τὰ πολιτικά, καὶ οὐ προλειψέω τὴν πολιτείαν οὔτε ἐν πολέμῳ οὔτε ἐν εἰρήνῃ κατὰ τὸ δυνατόν.

Τοῖς δὲ εὐορκέοσι καὶ κατέχουσι τὸν ὄρ[40]κον τέκνων ὄνασιν γίνεσθαι καὶ γὰρ ἔγκαρπον φέρειν καὶ πρόβατα εὐθηνεῖν καὶ ἄλλα πολλὰ καὶ ἀγαθὰ γίνεσθαι καὶ αὐτῷ καὶ τοῖς τέκνοις. τοῖς δὲ ἐπιорκέ[45]οσι μήτε γὰρ φέρειν μήτε τέκνων ὄνασιν γίνεσθαι μήτε πρόβατα εὐθηνεῖν, ἐξόλλυσθαι δὲ κακῶς κακοὺς καὶ γενεὰν αὐτῶν.

(Möge) Gott wohl(gesinnt sein). Folgendes haben die Itanier alle bei Zeus Diktaios, Hera, den Göttern, die Dikta bewohnen, [5] bei Athena Polias und allen Göttern, denen in Athenas Tempel geopfert wird, und bei Zeus Agoraios und Apollon Pythios bei einem Brandopfer: „Ich werde die Stadt Itanoi nicht verraten, [10] auch nicht das Umland oder die Inseln, die zu Itanoi gehören. Ich werde keine Feinde ins Land holen noch itanische Schiffe an den Feind ausliefern noch einen der Bürger [15] oder das Eigentum der Bürger verraten. Ich werde keine Versammlung oder Verschwörung zum Nachteil der Stadt oder der Bürger ins Leben rufen noch einen anderen unterstützen, [20] falls er eines dieser Dinge vorhat, sondern ich werde es den Amtsträgern melden. Ich werde weder eine Neuverteilung des Landes, der Häuser oder der bebaubaren Grundstücke noch einen allgemeinen Schuldenerlass veranlassen, [25] noch werde ich, unter welchem Vorwand auch immer, gegen einen Itanier einen Scheinprozess über seine Staatsbürgerschaft anstrengen.<sup>527</sup> Ich werde nichts für die Stadt Nachteiliges beschließen, ich werde vielmehr unter gleichem Recht, [30] mit Bezug sowohl auf religiöse als auch auf weltliche Dinge, gemäß den vorhandenen Gesetzen, die bei uns dafür einschlägig sind,<sup>528</sup> denen, die wir gerade erlassen haben, und denen, welche wir [35] in Zukunft erlassen werden über religiöse Angelegenheiten und über die Belange der Stadt. Ich werde die jetzige Staatsform, soweit möglich, weder im Krieg noch im Frieden aufgeben.

Diejenigen, die sich fromm<sup>529</sup> [40] an den Eid halten, mögen Kindersegen erfahren, ihr Land in Fülle (Früchte) tragen und ihr Vieh gedeihen, und überhaupt möge ihnen alles Gute widerfahren, ihnen selbst wie ihren Nachkommen. [45] Denjenigen hingegen, die den Eid brechen, möge weder das Land (Früchte) tragen noch Kindersegen gewährt werden noch das Vieh gedeihen, sie mögen vielmehr ihrer Schlechtigkeit gemäß elendiglich zugrunde gehen sowie ihr ganzes Geschlecht.“

<sup>527</sup> Ξενικός bedeutet in jur. Zusammenhängen sonst „Ausländer-“, doch hier ist wahrscheinlich eine Art von Prozess gemeint, bei dem jemandem die Staatsbürgerschaft streitig gemacht wird (vgl. etwa Ciceros Rede *De Archia poeta*). Wörtlich bedeutet der Satz: „Ich werde gegen keinen der Bürger eine Staatsbürgerschaftsklage anstrengen, bei der die Richter bestochen werden (επιθροεσταν).“

<sup>528</sup> Ich lese περι εκεινα (dh die religiösen und weltlichen Dinge); andere περι θινα.

<sup>529</sup> Dies ist die Konnotation des Verbs εὐορκεῖν.

Θεός. τύχα. ἀγαθαὶ τύχαι. ἐπὶ τῶν Αἰθαλέων κοσμιόντων [5] τῶν σὺν Κυΐαι καὶ Κεφάλωι Πυρωπιΐωι Βισίωνος, γραμματέος δὲ Φιλίππου, [10] τάδε ὤμοσαν ἀγέλαοι πανάζωστοι ἑκατὸν ὀγδοήκοντα· ὁμνύω [15] τὰν Ἑστίαν τὰν ἐν πρυτανείῳ καὶ τὸν Δῆνα τὸν Ἀγοραῖον καὶ τὸν Δῆνα τὸν Ταλλαῖον [20] καὶ τὸν Ἀπέλλωνα τὸν Δελφίνιον καὶ τὰν Ἀθαναίαν τὰν Πολιοῦχον καὶ τὸν Ἀπέλλωνα τὸν Ποίτιον [25] καὶ τὰν Λατοῦν καὶ τὰν Ἄρτεμιν καὶ τὸν Ἄρεα καὶ τὰν Ἀφορδίταν καὶ τὸν Ἑρμᾶν καὶ τὸν Ἄλιον καὶ τὰν Βριτόμαρτιν [30] καὶ τὸν Φοίνικα καὶ τὰν Ἀμφιώναν καὶ τὰν Γᾶν καὶ τὸν Οὐρανὸν καὶ ἥρωας καὶ ἡρώσσας καὶ κράνας καὶ ποτα[35]μοὺς καὶ θεοὺς πάντας καὶ πάσας· μὴ μὰν ἐγὼ ποκα τοῖς Λυττίοις καλῶς φρονησεῖν μήτε τέχναι μήτε μα[40]χαναὶ μήτε ἐν νυκτὶ μήτε πεδ' ἀμέραν. καὶ σπευσίω ὅτι κα δύναμαι κακὸν ταῖ πόλει ταῖ τῶν Λυττίων, δικᾶν δὲ καὶ πραξί[45]ων μὴθὲν ἔνορκον ἤμην. καὶ τέλομαι φιλοδρήριος καὶ φιλοκνώσιος καὶ μήτε τὰν πό[50]λιν προδωσεῖν τὰν τῶν Δρηρίων μήτε οὐρεῖα τὰ τῶν Δρηρίων μὴδὲ τὰ τῶν Κνω[55]σίων. μὴδὲ ἄνδρας τοῖς πολεμίοις προδωσεῖν μήτε Δρηρίους μήτε Κνω[60]σίους, μὴδὲ στάσιος ἀρξεῖν, καὶ τῶι στασιάζοντι ἀντίος τέλομαι, μὴδὲ συνωμοσί[65]ας συναξεῖν μήτε ἐν πόλει μήτε ἔξοι τᾶς πόλεως μήτε ἄλλωι συντέλε[70]σθαι· εἰ δὲ τινὰς κα πύθωμαι συνομνύοντας ἐξαγγελίω τοῦ κόσμου τοῖς πλὶ[75]ασιν.

Εἰ δὲ τάδε μὴ κατέχοιμι, τοὺς γέ μοι θεοὺς τοὺς ὤμοσα ἐμμάνιας ἤμην [80] πάντας τε καὶ πάσας καὶ κακίστῳι ὀλέθρῳ ἐξόλλυσθαι αὐτός τε καὶ χρήια τὰμὰ [85] καὶ μήτε μοι γὰν καρπὸν φέρειν μήτε γυναικάς τίκτειν κατὰ φύσιν μήτε πάματα· [90] εὐορκεόντι δέ μοι τοὺς θεοὺς τοὺς ὤμοσα ἰλέους ἤμεν καὶ πολλὰ κάγαθὰ διδόμεν. ὁμνύω δὲ [95] τοὺς αὐτοὺς θεοὺς ἢ μὰν ἐγὼ τὸν κόσμον, αἶ κα μὴ ἐξορκίζωντι τὰν ἀγέλαν τοὺς τόκα ἐ[100]κδυομένους τὸν αὐτὸν ὄρκον τόνπερ ἄμες ὁωμώκαμες, ἐμβαλεῖν ἐς τὰν βολάν, αἶ [105] κα ἀποστᾶντι, τοῦ μηνὸς τοῦ Κομνοκαρίου ἢ τοῦ Ἀλιαίου· ἃ δὲ βολὰ πραξάντων ἕκα[110]στον τὸν κοσμίοντα στατήρας πεντακοσίους ἀφ' ἃς κα ἐμβάλῃ ἀμέρας ἐν τριμήνῳ· [115] αἶ δὲ λισσὸς εἶη, ἀγγραψάντων ἐς Δελφίνιον ὅσσα κα μὴ πράξωντι χρήματα [120] τοῦνομα ἐπὶ πατρός καὶ τὸ πλῆθος τοῦ ἀργυρίου ἐξονομαίνοντες· ὅτι δὲ κα πράξωντι, ταῖς ἐταιρείαισιν [125] δασσάσθωσαν ταῖς ἐν πόλει καὶ αἶ πεί τινεν οὐρέωντι Δρηρίοι. αἶ δὲ μὴ πράξαιεν ἃ βολὰ, αὐτοὶ [130] τὰ διπλόα ἀποτεισάντων· πραξάντων δὲ οἱ ἐρευταὶ οἱ τῶν ἀνθρωπίνων καὶ δασσάσθωσαν [135] ταῖς ἐταιρείαισιν κατὰ ταυτά.

Τάδε ὑπομνάματα τᾶς Δρηρίας χώρας τᾶς ἀρχαίας τοῖς [140] ἐπιγινομένοις ἀζώστοις τόν τε ὄρκον ὁμνύμεν καὶ κατέχειν. καὶ οἱ Μιλάτιοι [145] ἐπεβώλευσαν ἐν ταῖ νέαι νεμονηΐαι ταῖ πόλει ταῖ τῶν Δρηρίων ἔνεκα τᾶς [150] χώρας τᾶς ἀμᾶς τᾶς ἀμφιμαχόμεθα. νικατήρ τᾶς ἀγέλας [...] [155] καὶ ἐλαίαν ἕκαστον φυτεύειν καὶ τεθραμμέναν ἀποδείξαι. ὅς δὲ κα μὴ [160] φυτεύσῃ ἀποτεισεῖ στατήρας πεντήκοντα.

Gott. Schicksal. Mit gutem Glück. Während der Zeit, in der die Aithaleer<sup>530</sup> [5] mit Kuias und Kephalos (und?) Pyroipios, (Sohn?) des Bision, den *kosmos*<sup>531</sup> innehatten, und als Philippos Urkundsbeamter war, [10] leisteten die Epheben, die Waffen ablegend, hundertachtzig an der Zahl, den folgenden Eid: [15] „Ich schwöre bei der Hestia vom *prytaneion* und bei Zeus Agoraios und Zeus Tallaios [20] und Apollon Delphinios und Athene Poliouchos und Apollon Pythios [25] und Leto und Artemis und Ares und Aphrodite und Hermes und Helios und Britomartis [30] und Phoinix und Amphiona und die Erde und den Himmel und die Heroen und Heroinnen und die Quellen [35] und die Flüsse und alle Götter und Göttinnen: Ich werde niemals den Lyttiern gewogen sein, durch kein Mittel [40] und keine List, weder in der Nacht noch tagsüber. Ich werde dem lyttischen Staat soviel Übel zufügen, wie ich kann. Von den Urteilen [45] und den Verfahren<sup>532</sup> sollen keine als durch Eid verbindlich angesehen werden. Ich werde Dreros und Knossos wohlgesinnt sein, [50] weder die Stadt Dreros verraten noch die Militärlager von Dreros [55] noch die von Knossos; ich werde keine drerischen oder [60] knossischen Soldaten dem Feind ausliefern; ich werde keinen Aufstand anzetteln, sondern Aufständischen vielmehr Widerstand leisten, [65] und keine Verschwörung ins Leben rufen, weder innerhalb noch außerhalb der Stadt, [70] oder einem anderen (als Verschwörer) zur Seite stehen. Sollte ich erfahren, dass andere in eine Verschwörung verwickelt sind, so werde ich dies [75] der Mehrzahl der *kosmos*-Mitglieder melden. Sollte ich mich nicht hieran halten, so mögen die Götter und Göttinnen, bei denen ich geschworen habe, mir samt und sonders zürnen, [80] und möge ich selber eines schrecklichen Todes sterben und [85] mein Vermögen zugrunde gehen, und mögen mir weder die Erde Früchte bringen noch die Frauen und das Vieh ihrer Natur entsprechende Nachkommen gebären. [90] Halte ich mich hingegen an den Eid, so mögen mir die Götter, bei denen ich geschworen habe, hold sein und mir viel Schönes gewähren. [95] Ich schwöre bei denselben Göttern, dass ich, sollte der *kosmos* den Epheben [100] beim Eintritt ins Mannesalter nicht jeweils<sup>533</sup> den gleichen Eid abnehmen, den wir jetzt abgelegt haben, ihn im Monat Komnokarios oder Haliaios [105] beim Rat anzeigen werde, wenn (die Mitglieder des *kosmos*) das Amt ablegen. Der Rat soll [110] jedes einzelne Mitglied dieses Gremiums binnen drei Monaten nach der Anzeigerstattung zu einer Geldbuße von 500 Stateren verurteilen. [115] Ist einer von ihnen nicht zahlungsfähig, so soll der Rat den Betrag, der nicht

---

<sup>530</sup> Eine Phyle.

<sup>531</sup> Das höchste Amtsträgergremium der Polis.

<sup>532</sup> Vermutlich sind hier nur solche Prozesse gemeint, in die Lyttier verwickelt waren.

<sup>533</sup> Τοκα (=τότε) (Dittenberger). „Zu jenem Zeitpunkt“ bedeutet hier nämlich aller Wahrscheinlichkeit nach den Zeitpunkt, zu dem die jeweilige Ephebengeneration ins Mannesalter eintrat.



eingetrieben werden konnte, [120] im Delphinion<sup>534</sup> aufschreiben und den Namen samt Vaternamen und den genauen Geldbetrag anmerken. Das Geld, das eingetrieben wird,<sup>535</sup> [125] soll der Rat unter den Männervereinen in der Stadt und in eventuellen drerischen Militärlagern verteilen. Treibt er das Geld nicht ein, [130] so sollen dessen Mitglieder selbst das Doppelte zahlen; eintreiben sollen es die für nichtreligiöse Angelegenheiten zuständigen *ereutai*, [135] die es ebenfalls unter den Männervereinen verteilen sollen.“

Dies ist ein Dokument aus dem alten Dreros [140] für die Nachgeborenen, dass sie, die Waffen ablegend, den Eid schwören und einhalten sollen. [145] Die Milesier haben am Anfang des Monats einen Angriff auf die Stadt Dreros geplant [150] um unseres Landes willen, um das wir kämpfen. Gewinner unter den Epheben (?) [...] [155] Jeder soll einen Ölbaum pflanzen und, wenn er ausgewachsen ist, ihn nachweisen; [160] wer es nicht tut, soll fünfzig Statere zahlen.

---

<sup>534</sup> Heiligtum des Apollon Delphinios.

<sup>535</sup> Das *μη* nach *κα* in DITTENBERGERS Text ist falsch, vgl. GDI 4952 ad loc.

**Q16** IG XII (9), 191<sup>536</sup> (Athen, 5. Jh.)

42b- 45

Οἱ πρόβουλοι εἶπον· ἔδοξ[εν τῇ βουλῇ καὶ τῷ δήμῳ· ὁμόσαι τοὺς πολίτας π]άντας Χαιρεφάνει ἐν  
Ἀπόλλωνος Δαφνηφόρου· ὃς δ' ἂν μ[ὴ ὁμόσῃ, ἄτιμος ἔστω... ἐξορκούντων δέ] οἱ πρόβουλοι, ἐξορκούντων  
δὲ καὶ οἱ στρατηγοὶ κατὰ [...] [45] [.τὴν γῆν] καρπίζηται τὰ ἔτη τὰ συγκείμενα Χαιρεφάνης. ἀναγ[ράφειν  
δὲ τὸ ψήφισμα ...].

---

<sup>536</sup> Ergänzungen (in eckigen Klammern) nach IG.

Die *probuloi* sagten: [Der Rat und die Volksversammlung haben beschlossen: Sämtliche Bürger] sollen im Tempel des Apollon Daphnephoros Chairepanes gegenüber [dies beschwören]. Wer [diesen Schwur nicht leistet, soll er seine Bürgerrechte verlieren. ... Den Schwur abnehmen] sollen die *probuloi*, ferner die *strategoi* [...]. [45] Chairephanes soll für die vereinbarte Anzahl von Jahren [die Früchte des Landes] genießen. [Der Beschluss soll aufgeschrieben werden...]

1-21

Θεοί. ἱερεὺς Ἄρεως καὶ Ἀθηνᾶς Ἀρείας Δίων Δίωνος Ἀχαρνεὺς ἀνέθηκεν.

[5] Ὅρκος ἐφήβων πάτριος, ὃν ὁμνύναι δεῖ τοὺς ἐφήβους· οὐκ αἰσχυνῶ τὰ ἱερὰ ὄπλα οὐδὲ λείψω τὸν παραστάτην ὅπου ἂν στοιχήσω. ἀμυνῶ δὲ καὶ ὑπὲρ ἱερῶν καὶ ὁσίων καὶ οὐκ ἐλάττω παραδώσω τὴν πατρίδ[10]α, πλείω δὲ καὶ ἀρείω κατὰ τε ἑμαυτὸν καὶ μετὰ ἀπάντων. καὶ εὐηκοήσω τῶν ἀεὶ κραινόντων ἐμφρόνως καὶ τῶν θεσμῶν τῶν ἰδρυμένων καὶ οὓς ἂν τὸ λοιπὸν ἰδρύσωνται ἐμφρόνως. ἐὰν δέ τις ἀναιρήῃ, οὐκ ἐ[15]πιτρέψω κατὰ τε ἑμαυτὸν καὶ μετὰ πάντων, καὶ τιμήσω ἱερὰ τὰ πάτρια.

Ἱστορες θεοὶ Ἄγραυλος, Ἑστία, Ἐνυώ, Ἐνυάλιος, Ἄρης καὶ Ἀθηνᾶ Ἀρεία, Ζεὺς, Θαλλώ, Αὐξώ, Ἥγεμόνη, Ἡρακλῆς, ὅροι τῆς πατρίδος, πυροί, [20] κριθαί, ἄμπελοι, ἐλάαι, συκαί.

Götter! Der Priester des Ares und der Athene Areia Dion, Sohn des Dion, aus Acharnai hat diese Inschrift aufgestellt.

[5] Das ist der überkommene Ephebeneid, den die Epheben zu schwören haben: „Ich werde die heiligen Waffen nicht beschämen und werde, wo auch immer ich in der Schlacht aufgestellt werde, meinen Nebenmann nicht im Stich lassen. Ich werde ferner Heiliges und Profanes beschützen und das Vaterland um nichts kleiner an meine Kinder weitergeben, [10] sondern vielmehr größer und mächtiger, ich für mich allein und zusammen mit allen anderen. Ich werde den jeweiligen Befehlshabern, soweit vernünftig, gehorchen sowie den bestehenden Gesetzen und all jenen, die man in Zukunft vernünftigerweise erlassen wird. Wenn jemand die Polisordnung zu zerstören versucht, [15] werde ich es nicht zulassen, ich für mich allein und zusammen mit allen anderen, und ich werde die überkommenen Kulte ehren.“

Göttliche Zeugen (des Eides sind) Agraulos, Hestia, Enuo, Enualios, Ares mit Athene Areia, Zeus, Thallo, Auxo, Hegemone, Herakles, die Grenzen des Vaterlandes, [20] die Gerste, das Korn, die Reben, die Öl- und die Feigenbäume.

1-39

Ἔδοξεν τῇ βουλῇ καὶ τῷ δήμῳ, Ἀντιοχίς ἐπρυτάνευε, Δρακοντίδης ἐπεστάτη, Διόγνητος εἶπε· κατὰ τάδε τὸν ὄρκον ὁμόσαι Ἀθηναίων τὴν βουλήν καὶ τοὺς δικαστάς· οὐκ ἐξελῶ Χα[5]λκιδέας ἐκ Χαλκίδος οὐδὲ τὴν πόλιν ἀνάστατον ποιήσω οὐδὲ ιδιώτην οὐδένα ἀτιμώσω οὐδὲ φυγῇ ζημιώσω οὐδὲ ξυλλήψομαι οὐδὲ ἀποκτενῶ οὐδὲ χρήματα ἀφαιρήσομαι ἀκρίτου οὐδενὸς ἄνευ τοῦ δήμου τοῦ Ἀθ[10]ηναίων, οὐδ' ἐπιψηφίῳ κατὰ ἀπροσκλήτου οὔτε κατὰ τοῦ κοινοῦ οὔτε κατὰ ιδιώτου οὐδὲ ἐνός, καὶ πρεσβείαν ἐλθοῦσαν προσάξω πρὸς βουλήν καὶ δῆμον δέκα ἡμερῶν ὅταν πρυτανεύω κατὰ τὸ δυνατόν. ταῦτα δὲ ἐμπ[15]εδώσω Χαλκιδεῦσιν πειθομένοις τῷ δήμῳ τῷ Ἀθηναίων. ὀρκῶσαι δὲ πρεσβείαν ἐλθοῦσαν ἐκ Χαλκίδος μετὰ τῶν ὀρκωτῶν Ἀθηναίους καὶ ἀπογράψαι τοὺς ὁμόσαντας. ὅπως δ' ἂν ὁμόσωσιν ἅπαντες ἐπιμελ[20]ούσθων οἱ στρατηγοί.

Κατὰ τάδε Χαλκιδέας ὁμόσαι· οὐκ ἀποστήσομαι ἀπὸ τοῦ δήμου τοῦ Ἀθηναίων οὔτε τέχνῃ οὔτε μηχανῇ οὐδεμιᾷ οὐδ' ἔπει οὐδὲ ἔργῳ οὐδὲ τῷ ἀφισταμένῳ πείσομαι, κ[25]αὶ ἐὰν ἀφιστῇ τις κατερῶ Ἀθηναίοισιν. καὶ τὸν φόρον ὑποτελῶ Ἀθηναίοις ὃν ἂν πείθω Ἀθηναίους. καὶ ξύμμαχος ἔσομαι οἷος ἂν δύνωμαι ἄριστος καὶ δικαιοτάτος καὶ τῷ δήμῳ τῷ Ἀθηναίων βοηθήσ[30]ω καὶ ἀμυνῶ, ἐὰν τις ἀδικῇ τὸν δῆμον τὸν Ἀθηναίων, καὶ πείσομαι τῷ δήμῳ τῷ Ἀθηναίων. ὁμόσαι δὲ Χαλκιδέων τοὺς ἡβῶντας ἅπαντας· ὅς δ' ἂν μὴ ὁμόσῃ, ἄτιμον αὐτὸν εἶναι καὶ τὰ χρήματα αὐτοῦ δημόσια [35] καὶ τοῦ Διὸς τοῦ Ὀλυμπίου τὸ ἐπιδέκατον ἱερὸν ἔστω τῶν χρημάτων. ὀρκῶσαι δὲ πρεσβείαν Ἀθηναίων ἐλθοῦσαν εἰς Χαλκίδα μετὰ τῶν ὀρκωτῶν τῶν ἐν Χαλκίδι καὶ ἀπογράψαι τοὺς ὁμόσαντας Χαλκιδέων.

Der Rat und die Volksversammlung haben beschlossen, Antiochis war *prytanis*, Drakontides *epistates*, Diognetos sagte: Der Rat und die Richter zu Athen haben folgendermaßen zu schwören: [5] „Ich werde die Chalkideer nicht aus Chalkis vertreiben noch die Stadt entvölkern; ebenso wenig werde ich einem Privatmann seine Bürgerrechte entziehen oder zum Exil verurteilen oder verhaften oder hinrichten lassen oder das Vermögen konfiszieren, es sei denn durch einen Prozess [10] unter Beteiligung des athenischen Volkes. Ich werde keine Abstimmung gegen jemanden durchführen,<sup>537</sup> der nicht ordnungsgemäß vorgeladen wurde, handle es sich nun um das Gemeinwesen oder um einen Einzelnen. Kommt eine Gesandtschaft nach Athen, so werde ich sie, wenn ich *prytanis* bin, binnen zehn Tagen vor den Rat und die Volksversammlung bringen, soweit es möglich ist. [15] An dies alles werde ich mich halten, sofern die Chalkideer dem athenischen Volk gehorsam bleiben.“ Den Athenern den Eid abnehmen soll eine Gesandtschaft aus Chalkis zusammen mit den *horkotai*,<sup>538</sup> und sie soll die Namen derjenigen aufschreiben, die den Eid geleistet haben. [20] Die *strategoi* haben dafür zu sorgen, dass alle mitschwören.

Die Chalkideer sollen folgendermaßen schwören: „Ich werde niemals, unter keinem Vorwand und mit keinerlei List, weder durch Wort noch durch Tat, vom athenischen Volk abfallen oder dem Abfallenden gehorchen. [25] Sollte jemand versuchen, einen solchen Abfall herbeizuführen, werde ich es den Athenern melden. Ich werde den Athenern dasjenige Tribut zahlen, auf das ich mich mit ihnen einigen kann. Ich werde ein genauso guter und gerechter Kriegsverbündeter sein, wie ich nur kann, und dem athenischen Volk zu Hilfe kommen und es verteidigen, [30] wenn jemand ihm Unrecht tut, und werde dem athenischen Volk gehorchen.“ Alle Volljährigen unter den Chalkideern sollen schwören; wer es nicht tut, der soll seine Bürgerrechte verlieren und sein Vermögen soll konfisziert werden, [35] und ein Zehntel davon soll dem Olympischen Zeus heilig sein. Den Eid abnehmen soll eine athenische Gesandtschaft nach Chalkis zusammen mit den dortigen *horkotai*, und sie soll die Namen der Chalkideer aufschreiben, die den Eid abgelegt haben.

---

<sup>537</sup> D.h. in der Eigenschaft als für das Abstimmenlassen (*ἐπιψηφίζεῖν*) zuständiger Beamter, eine Rolle, die jedem Athenischen Vollbürger irgendwann zufallen konnte.

<sup>538</sup> Beamte, die für Schwurrituale zuständig waren.

## BIBLIOGRAPHIE

### I. Ausgaben und Hilfsmittel

**Buck:** Buck, C.D., The Greek Dialects: Grammar, Selected Inscriptions, Glossary, Chicago 1955 (1961<sup>2</sup>)

**Busolt/Swoboda:** Busolt, G., Griechische Staatskunde, Handbuch der Altertumswissenschaft, Abt. 4, I 1920, II (Swoboda) 1926

**Dittenberger:** Sylloge inscriptionum Graecarum, ed. W. Dittenberger, 1915-1924<sup>3</sup>

**DNP:** Der neue Pauly, Enzyklopädie der Antike, ed. H. Cancik, Stuttgart 1996-2004

**Ernout/Meillet:** Ernout, A., Meillet, A., Dictionnaire étymologique de la langue grecque, Paris 1959

**GDI:** Sammlung der griechischen Dialekt-Inschriften, ed. H. Collitz, Göttingen 1884-1899

**Gentili/Prato:** Tyrtaei Fragmenta, ed. C. Prato, Roma 1968

**GH:** Chantraine, P., Grammaire Homérique, 1948-1953

**GIBM:** Ancient Greek Inscriptions of the British Museum, 1874-1916

**IC:** Inscriptiones Creticae, ed. M. Guarducci, Roma 1935-1950

**IG:** Inscriptiones Graecae, 1873-2003

**IvO:** Inschriften von Olympia, ed. W. Dittenberger, K. Purgold, Berlin 1896

**IvP:** Inschriften von Pergamon, ed. M. Fränkel, Berlin 1890

**KG:** R. Kühner, B. Gerth, Griechische Grammatik, 1955-1963

**Körner:** Inschriftliche Gesetzestexte der frühen griechischen Polis, ed. R. Körner, K. Hallof, Köln 1993

**LSAG:** Jeffery, L.H., The Local Scripts of Archaic Greece, Oxford 1990<sup>3</sup>

**LSAM:** Lois sacrées de l'Asie mineure, ed. F. Sokolowski, Paris 1955

**LSCG:** Lois sacrées des cités grecques, ed. F. Sokolowski, Paris 1969

**LSJ:** A Greek-English Lexicon, ed. H.G. Liddell, R. Scott, Oxford 1996<sup>9</sup>



- Macan:** Herodotus. The Fourth, Fifth, and Sixth Books, ed. R.W. Macan, New York 1973<sup>2</sup>
- Martina:** Solon. Testimonia veterum. Lyricorum Graecorum quae extant 4, ed. A. Martina, Rom 1968
- ML:** Greek Historical Inscriptions, ed. R. Meiggs, D. Lewis, Oxford 1969
- Nomima:** Nomima. Recueil d'inscriptions politiques et juridiques de l'archaïsme grec, ed. H.v. Effenterre, F. Ruzé, Rom, 1994 (II 1995)
- Pouilloux:** Choix d'inscriptions grecques, ed. J. Pouilloux, Paris 1960
- RE:** Realencyclopädie der classischen Alterthumswissenschaften, ed. A. Pauly, 1842-1912
- RIJ:** Récueil des inscriptions juridiques grecques, ed. Dareste, Hassouiller, Reinach, Rom 1965<sup>2</sup>
- Rhodes/Lewis:** The decrees of the Greek states, ed. P.J. Rhodes, D.M. Lewis, Oxford 1997
- Schwyzler:** Dialectorum Graecarum exempla epigraphica potiora, ed. E. Schwyzler, Leipzig 1923
- Schwyzler GG:** Schwyzler, E., Griechische Grammatik, Handbuch der Altertumswissenschaft, Abt. 2, I 1939, II 1950
- SEG:** Supplementum epigraphicum Graecum, 1923-
- StV II:** Die Staatsverträge des Altertums, Bd. 2: Die Verträge der griechisch-römischen Welt von 700 bis 338 v. Chr., ed. H. Bengtson u. R. Werner, 1975<sup>2</sup>
- StV III:** Die Staatsverträge des Altertums, Bd. 3: Die Verträge der griechisch-römischen Welt von 338 bis 200 v.Chr., ed. H. Schmitt, 1969
- Tilch/Arloth:** Deutsches Rechtslexikon, ed. H. Tilch, F. Arloth, Beck 2001<sup>3</sup>
- Tod:** A selection of Greek Historical Inscriptions, ed. M.N. Tod, Oxford I 1946, II 1948
- West:** Iambi et elegi Graeci ante Alexandrum cantati, ed. M. West, Oxford 1998<sup>3</sup>

## II. Sekundärliteratur

Die Namen der Zeitschriften sind gemäß dem Gebrauch der "Année Philologique" abgekürzt.

**Allen, D.** (2005), Greek Tragedy and Law, in: GAGARIN (2005), 374-393

**Arnaoutoglou, I.** (1998), Ancient Greek Laws: a Sourcebook, London 1998

- Asheri, D.** (1965), Distribuzioni di terre e legislazione agraria nella Locride occidentale, JJP 15 (1965), 313-318
- Assmann, J.** (1992), Inscriptional Violence and the Art of Cursing. A Study of Performative Writing, Stanford Literature Review 9 (1992), 43-65
- Assmann, J.** (1995), Ma'at. Gerechtigkeit und Unsterblichkeit im alten Ägypten, München 1995<sup>2</sup>
- Austin, C.** (2004), **Olson, S.D.**, Aristophanes, Thesmophoriazusae. Ed. with Introduction and Commentary, Oxford 2004
- Babakos, A. M.** (1973), Familienrechtliche Verhältnisse auf der Insel Kalymnos im ersten nachchristlichen Jahrhundert, Gräzistische Abhandlungen 6, Köln 1973
- Baltrusch, E.** (1994), Symmachie und Spondai. Untersuchungen zum griechischen Völkerrecht der archaischen und klassischen Zeit, Berlin/New York 1994
- Beck, H.** (1999), Ostlokris und die „Tausend Opuntier“. Neue Überlegungen zum Siedlergesetz für Naupaktos, ZPE 124 (1999), 53-62
- Bederman, D.** (2001), International Law in Antiquity, Cambridge 2001
- Behrends, O.** (1995), **Sellert, W. (Edd.)**, Nomos und Gesetz. Ursprünge und Wirkungen des griechischen Gesetzesdenkens, Abh. Akad. Göttingen, Phil-hist. Klasse 3, Göttingen 1995
- Behrends, O.** (2004), Der Vertragsgedanke im römischen Gesetzesbegriff auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung, in: BEHREND (2004a), 9-90
- Behrends** (2004a), **Starck, C. (Edd.)**, Gesetz und Vertrag I. 11. Symposion der Kommission „Die Funktion des Gesetzes in Geschichte und Gegenwart“ am 10. Und 11. Mai 2002, Göttingen 2004
- Bianchetti, S.** (1982), ΜΕΧΡΙ ΑΝΕΨΙΟΤΗΤΟΣ in IG I<sup>2</sup>, 115, SIFC 54 (1982), 129-165
- Bleicken, J.** (1993) (Ed.), Colloquium aus Anlass des 80. Geburtstags von Alfred Heuss, Frankfurter althistorische Studien 13, 1993
- Bloch, A.** (1975), Literarische und inschriftliche Gesetzesprosa im Griechischen, MH 32 (1975), 135-154
- Boffo, L.** (2003), Per una storia dell'archiviazione pubblica nel mondo greco, Dike 6 (2003), 5-85
- Bolmarcich, S.** (2007), Oaths in Greek International Relations, in: SOMMERSTEIN (2007), 49-78
- Bravo, B.** (1980), Sulân, ASNP III, 10, 3 (1980), 675-987
- Brox, H.** (2002), Allgemeiner Teil des BGB, 26., neu bearbeitete Auflage 2002

- Burkert, W.** (1977), *Griechische Religion der archaischen und klassischen Epoche*, Stuttgart 1977
- Camassa, G.** (1994), *Verschriftung und Veränderung der Gesetze*, in: GEHRKE (1994), 97-111
- Camassa, G.** (1996), *Leggi orali e leggi scritte. I legislatori*, in: SETTIS (1996), 561-576
- Carawan, E.** (2007), *Oath and Contract*, in: SOMMERSTEIN (2007), 155-174
- Cartledge, P.** (1990), **Millet, P., Todd, S.C.**, *Nomos. Essays in Athenian Law, Politics and Society*, Cambridge 1990
- Cataldi, S.** (1983), *Symbolai e relazioni tra le città greche nel V sec. a.C.*, Pisa 1983
- Cohen, D.** (2002) (Ed.), *Demokratie, Recht und soziale Kontrolle im klassischen Athen. Schriften des historischen Kollegs. Kolloquien 49*, München 2002
- Connor, W.R.** (1985), *The Razing of the House in Greek Society*, TAPA 115 (1985), 79-102
- Cooper, C.** (2008), *Epigraphy and the Greek Historian*, Toronto 2008
- Dunbabin, T.J.** (1968), *The Western Greeks. The History of Sicily and South Italy from the Foundation of the Greek Colonies to 480 B.C.*, Oxford 1968<sup>2</sup>
- Edelstein, E. u. L.** (1945), *Asclepios. A Collection and Interpretation of the Testimonies*, Baltimore 1945, Bd. 1
- Effenterre, H.v.** (1973), *Le contrat de travail du scribe Spensithios*, BCH 97 (1973), 31-46
- Effenterre, H.v.** (1979), *Le statut comparé des travailleurs étrangers en Chypre, Crète et autres lieux a la fin de l'archaïsme*, in: *Acts of the International Archaeological Symposium, "The Relations between Cyprus and Crete, ca 2000-500 B.C."*, Nicosia 1978, 1979, 279-293
- Effenterre, H. v.** (1980), *La fondation de Paestum*, PP 192 (1980), 161-175
- Ehrenberg, V.** (1921), *Die Rechtsidee im frühen Griechentum*, Leipzig 1921
- Ehrenberg, V.** (1925), *Neugründer des Staates. Ein Beitrag zur Geschichte Spartas und Athens im VI. Jahrhundert*, München 1925
- Faraone, C.A.** (1991), **Obbink, D. (Edd.)**, *Magika Hiera*, Oxford 1991
- Faraone, C.A.** (1993), *Molten Wax, Spilt Wine and Mutilated Animals: Sympathetic Magic in Near Eastern and Early Greek Oath Ceremonies*, JHS 113 (1993), 60-80
- Fell, M.** (1997), *Konkordanz zu den frühen griechischen Gesetzestexte*, ZPE 118 (1997), 183-196
- Fouchaud, A.** (2005), *Légiférer en Grèce ancienne*, in: SINEUX (2005), 13-26

- Foxhall, L.** (1996), **Lewis, A.D.E. (Edd.)**, Greek Law and its Political Setting, Oxford 1996
- Fränkel, E.** (1950), Aeschylus, Agamemnon, Oxford 1950 (3 Bdd.)
- Gagarin, M.** (1981), Drakon and Early Athenian Homicide Law, Yale 1981
- Gagarin, M.** (2005), **Cohen, D. (Edd.)**, The Cambridge Companion to Ancient Greek Law, 2005
- Gagarin, M.** (2008), Writing Greek Law, Cambridge 2008
- Gauthier, Ph.** (1972), Symbola. Les étrangers et la justice dans les cités grecques, Nancy 1972
- Gawantka, W.** (1977), Aktualisierende Konkordanzen zu Dittenbergers OGIS und zur dritten Auflage der von ihm begründeten Sylloge Inscriptionum Graecarum (Syll.<sup>3</sup>), Hildesheim 1977
- Gehrke, H.-J.** (1993), Gesetz und Konflikt. Überlegungen zur frühen Polis, in: BLEICKEN (1993), 49-67
- Gehrke, H.-J.** (1994) (Ed.), Rechtskodifizierung und soziale Normen im interkulturellen Vergleich, Tübingen 1994
- Gehrke, H.-J.** (1995), Der Nomosbegriff des Polis, in: BEHRENDTS (1995), 13-35
- Gehrke, H.-J.** (2000), Verschriftung und Verschriftlichung sozialer Normen im archaischen und klassischen Griechenland, in: LÉVY (2000b), 141-159
- Gilbert, G.** (1872), Studien zur altspartanischen Geschichte, Göttingen 1872
- Graham, A.J.** (1971), Colony and Mother City in Ancient Greece, Manchester 1971<sup>2</sup>
- Graham, A.J.** (2001), Collected Papers on Greek Colonisation, Leiden 2001
- Grethlein, J.** (2003), Asyl und Athen. Die Konstruktion kollektiver Identität in der griechischen Tragödie, Stuttgart 2003
- Gschnitzer, F.** (1958), Abhängige Orte im griechischen Altertum, München 1958
- Gschnitzer, F.** (1973), „Proxenos“ Nr. 17, RE S 13 (1973), 629-730
- Gschnitzer, F.** (1997), Zur Terminologie von “Gesetz” und “Recht” im frühen Griechisch, Symposium 1995, 1997, 3-10
- Harris, E.** (2004), **Rubinstein, L. (Edd.)**, The Law and the Courts in Ancient Greece, London 2004
- Herrmann, P.** (1981), Teos und Abdera im 5. Jahrhundert v. Chr., Chiron 11 (1981), 1-30 (= SEG 31, 985)

- Heuß, A.** (1934), Abschluss und Beurkundung des griechischen und römischen Staatsvertrages, in: Ders., Gesammelte Schriften, Stuttgart 1995, 340-419
- Hillgruber, M.** (1988), Die zehnte Rede des Lysias, Berlin 1988
- Hirzel, R.** (1902), Der Eid. Ein Beitrag zu seiner Geschichte, Leipzig 1902 (Ndr. Aalen 1966)
- Hirzel, R.** (1907), Themis, Dike und Verwandtes, Leipzig 1907
- Höckmann, U.** (2001) (Ed.), Naukratis. Die Beziehungen zu Ostgriechenland, Ägypten und Zypern in archaischer Zeit. Akten der Table Ronde in Mainz, 25.-27. Nov. 1999, Möhnesee 2001
- Högemann, P.** (2000), Der Iliasdichter, Anatolien und der griechische Adel, *Klio* 82 (2000), 7-39
- Hölkeskamp, K.-J.** (1999), Schiedsrichter, Gesetzgeber und Gesetzgebung im archaischen Griechenland, Stuttgart 1999
- Hölkeskamp, K.-J.** (2000), (In-)Schrift und Monument. Zum Begriff des Gesetzes im archaischen und klassischen Griechenland, *ZPE* 132 (2000), 73-96
- Hölkeskamp, K.-J.** (2002), Nomos, Thesmos und Verwandtes, in: COHEN (2002), 115-146
- Hölkeskamp, K.-J.** (2005), What 's in a Code? Solon 's Laws between Complexity, Compilation and Contingency, *Hermes* 133 (2005), S.280-293
- Huxley, G.L.** (1962), Early Sparta, London 1962
- Jeffery, L. H.** (1970), **Morpurgo-Davies, A.**, Ποινικαστας and Ποινικαζειν: BM 1969, 4-2. 1, A New Archaic Inscription from Crete, *Kadmos* 9 (1970), 118-154
- Johansen, H.F.** (1980), **Whittle, E.W.**, Aeschylus: The Suppliants, Copenhagen, 1980 (3 Bdd.)
- Kunkel, W.** (2001), **Schermaier, M.**, Römische Rechtsgeschichte, 13. Aufl. 2001
- Latte, K.** (1920), Heiliges Recht, Tübingen 1920
- Lerat, L.** (1952), Les Locrien de l'Ouest, II, Paris 1952
- Lévêque, P.** (1964), **Vidal-Naquet, P.**, Clisthène l'Athénien, Paris 1964
- Lévêque, P.** (1997), **Vidal-Naquet, P.**, Cleisthenes the Athenian, New Jersey 1997
- Lesky, A.** (1969), Der Kampf um die Rechtsidee im griechischen Denken, Studien und Untersuchungen, Athen 1969<sup>2</sup>
- Lévy, E.** (2000) (Ed.), La codification des lois dans l'Antiquité. Actes du colloque de Strasbourg, 27-29 Novembre 1997, Paris 2000

- Liebs, D.** (2004), *Römisches Recht*, 6. Aufl. 2004
- MacDowell, D.W.** (1978), *The Law in Classical Athens*, London 1978
- Maffi, A.** (1983), *Studi di epigrafia giuridica greca*. Pubblicazioni dell' istituto di diritto romano 17, Milano 1983
- Maffi, A.** (1987), *La legge agraria locrese*, in: *Studi in onore di Arnaldo Biscardi* 6 (1987), 365-425
- Maffi, A.** (1988), *L'iscrizione di Ligdamis*, Pubblicazioni del dipartimento di scienze dell' antichità 2, Trieste 1988
- Martini, R.** (2003), *Filologi, giuristi e studio del „diritto greco“*, SDHI 69 (2003), 645-648
- Mastronarde, D.J.** (2002), *Euripides, Medea*, Cambridge 2002
- McGlew, J.F.** (1993), *Tyranny and Political Culture in Ancient Greece*, Ithaca 1993
- Meyer, E.** (1892), *Forschungen zur alten Geschichte*, I, Halle 1892
- Mikalson, J.D.** (2005), *Ancient Greek Religion*, Blackwell Ancient Religions, 2005
- Mirhady, D.** (2008), *Drakonian Procedure*, in: COOPER (2008), 15-30
- Möller, A.** (2000), *Naukratis: Trade in Archaic Greece*. Oxford Monographs on Classical Archaeology, Oxford 2000
- Mosley, D.J.** (1979), *Bericht über die Forschung zur Diplomatie*, in: OLSHAUSEN (1979), 204-235
- Musielak, H.-J.** (2002), *Grundkurs BGB*, 7. Auflage 2002
- Nieto, F.J.F.** (1979), *Die Abänderungsklausel in den griechischen Staatsverträgen der klassischen Zeit*, in: *Symposion* 1979, 1983, 273-286
- Nilsson, M.P.** (1955), *Das frühe Griechenland, von innen gesehen*, *Historia* 3 (1954/5), 257-282
- Olshausen, E.** (1979), **Biller, H. (Edd.)**, *Antike Diplomatie*, Darmstadt 1979
- Ostwald, M.** (1969), *Nomos and the Beginnings of Athenian Democracy*, Oxford 1969
- Paoli, U.E.** (1933), *Studi sul processo attico*, Padova 1933
- Pappadakis, N.G.** (1924), *Λοκρικὸς θεσμός*, AE 1924, 119-141
- Parker, R.** (1983), *Miasma. Pollution and Purification in Early Greek Religion*, Oxford 1983
- Petzl, G.** (1997), *Rez. Nomima*, in: *Gnomon* 69 (1997), 612-616

- Plescia, J.** (1970), *The Oath and Perjury in Ancient Greece*, Florida State Univ. Press, 1970
- Quaß, F.** (1971), *Nomos und Psephisma. Untersuchungen zum griechischen Staatsrecht*, Zetemata 55, München 1971
- Raubitschek, A.E.** (1970), *The Cretan Inscription BM 1969, 4-2. 1: A Supplementary Note*, *Kadmos* 9 (1970), 155f.
- Ries, G.** (1983), *Prolog und Epilog in den Gesetzen des Altertums*, München 1983
- Richardson, J.H.** (2010), *The Oath per Iovem lapidem and the Community in Archaic Rome*, *RhM* 153 (2010), 25-42
- Romilly, J. De** (2001), *La loi dans la pensée grecque des origines à Aristote*, Paris 1971 (2. Aufl. 2001)
- Rosén, H.B.** (1977), *Questions d'interprétation de textes juridiques grecs de la plus ancienne époque. La contribution de la philologie à la compréhension juridique*, *Symposion* 1977, 1982, 9-32
- Runciman, W.G.** (1982), *Origins of States: The Case of Archaic Greece*, *CSSH* 24 (1982), 351-377
- Savigny, F.C. von** (1840), *System des heutigen römischen Rechts*, Bd. 3, Berlin 1840
- Savigny, F.C. von** (1853), *Das Obligationenrecht als Theil des heutigen römischen Rechts*, Bd. 2, Berlin 1853
- Settis, S.** (1996) (Ed.), *I Greci. Storia – Cultura – Arte – Società*, vol. 2: *Una storia greca*, P. 1: *Formazione*, Torino 1996
- Shipp, G.P.** (1978), *NOMOS „Law“*, Sydney 1978
- Sickinger, J.** (1999), *Public Records and Archives in Classical Athens*, North Carolina 1999
- Sickinger, J.** (2004), *The Laws of Athens: Publication, Preservation, Consultation*, in: *HARRIS* (2004), 93-110
- Sineux, P.** (2005), *Le législateur et la loi dans l'Antiquité. Hommage à Françoise Ruzé. Actes du colloque de Caen, 15-17 Mai 2003*, Caen 2005
- Sommerstein, A.** (2003), *International Conference: The Oath in Greek Society*, in: *Gnomon* 75 (2003), 287f.
- Sommerstein, A.** (2007) (Ed.), *Horkos: The Oath in Greek Society*, Bristol 2007
- Sommerstein, A.** (2007a), *Einleitung zu SOMMERSTEIN (2007)*, 1-17

- Stietencron, H. von** (2001), *Der Hinduismus*, München 2001
- Stroud, R.S.** (1979), *The Axones and Kyrbeis of Drakon and Solon*, Berkeley 1979
- Sturm, F.** (1982), *Rechtsanwendungsrecht für lokrische Aussiedler. Ein altgriechisches Zeugnis archaischen Kollisionsrechts*, in: *Studi in onore di Arnaldo Biscardi I*, Milano 1982
- Svenbro, J.** (1988), *Phrasikleia. Anthropologie de la lecture en Grèce ancienne*, Paris 1988 (Englische Übers. Ithaca 1993)
- Swoboda, H.** (1890), *Griechische Volksbeschlüsse. Epigraphische Untersuchungen*, Leipzig 1890
- Szegedy-Maszak, A.** (1978), *Legends of the Greek Lawgivers*, GRBS 19 (1978), 199-209
- Thomas, R.** (1992), *Literacy and Orality in Ancient Greece*, Cambridge 1992
- Thomas, R.** (1996), *Written in Stone? Liberty, Equality, Orality and the Codification of Laws*, in: *FOXHALL* (1996), 9-31
- Todd, S.C.** (1990), **Millett, P.**, *Law, Society and Athens*, in: *CARTLEDGE* (1990), 1-18
- Todd, S.C.** (1993), *The Shape of Athenian Law*, Oxford 1993
- Tsetskhladze, G.R.** (2006) (Ed.), *Greek Colonisation: An Account of Greek Colonies and Other Settlements Overseas*, I, Leiden 2006 (II non ancora apparso)
- Vatin, Ch.** (1963), *Le bronze Pappadakis, étude d'une loi coloniale*, BCH 87 (1963), 1-19
- Versnel, H.** (1991), *Beyond Cursing. The Appeal to Justice in Judicial Prayers*, in: *FARAONE* (1991), 60-106
- Wade-Gery, H.T.** (1958), *Essays in Greek History*, Oxford 1958
- Weiß, E.** (1923), *Griechisches Privatrecht auf rechtsvergleichender Grundlage*, I (einziger Band), Leipzig 1923
- Wheeler, E.** (1984), *Sophistic Interpretations and Greek Treaties*, GRBS 25 (1984), 253-274
- Wilamowitz, U.v.** (1884), *Homerische Untersuchungen, Philologische Untersuchungen* 7, Berlin 1884
- Willetts, R. F.** (1967), *The Law Code of Gortyna*, Berlin 1967
- Wolff, H.-J.** (1957), *Die Grundlagen des griechischen Vertragsrechts*, ZRG 74 (1957), 26-72



**Wolff, H.-J.** (1970), „Normenkontrolle“ und Gesetzesbegriff in der attischen Demokratie, Heidelberg 1970

**Ziebarth, E.** (1892), *De iureiurando in iure Graeco quaestiones*, Göttingen 1892

**Ziebarth, E.** (1895), Der Fluch im griechischen Recht, *Hermes* 30 (1895), 57-70.

## INHALTSVERZEICHNIS

1. ALLGEMEINER TEIL	2
1.1 Einleitung	2
1.2 Methodische Vorbemerkung	6
1.3 Begriffsdefinitionen	9
1.3.1 Gesetz	9
1.3.2 Vertrag	10
1.4 Das griechische Recht	15
1.4.1 Verträge im antiken Griechenland	15
1.4.2 Der Eid im griechischen Recht	15
1.4.3 Der Eid als Vertragsschluß	18
1.4.4 Völkerrechtliche Verträge	22
1.4.5 Die altgriechische Begrifflichkeit	27
1.4.5.1 Πήτρα	30
1.4.5.2 Θεσμός	39
1.4.5.3 Diskussionen zum νόμος-Begriff	41
1.4.6 Formale und inhaltliche Merkmale von Gesetzen und Staatsverträgen	43
2. EINZELNE RECHTSTEXTE AUS ARCHAISCHER ZEIT	49
2.1 Staatsverträge	52
2.1.1 Elis und Heraia	52
2.1.2 Anaïter und Metapier	61
2.1.3 Oiantheia und Khaleion	66
2.2 Verträge zwischen Staat und Einzelnem	76
2.2.1 Die Khaladrier und Deukalion	76
2.2.2 Die Eleer und Patrias	79
2.2.3 Spensithios	85
2.3 Das Amtiterationsgesetz aus Dreros	93
2.4 Die „Siedlergesetze“	98
2.4.1 Das „Siedlergesetz“	98
2.4.2 Das Siedlungsgesetz aus Lokris	112
2.5 Der „Lygdamis-Pakt“	117
2.6 Zusammenfassung	124
3. AUSBLICK	126
3.1 Die Lage in Athen	126
3.2 Der Bürgereid	127
3.3 Die „Kodifikationen“	131
ANHANG I – Θεσμός und νόμος	135
ANHANG II – Quellentexte	149
BIBLIOGRAPHIE	192